

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

extra 2

Wie geht's weiter im KB ?



DM 4,-

Vorwort

Dies ist die zweite Zusammenfassung von Artikeln und Stellungnahmen zu der in AK 132 (Ende Juni) begonnenen Diskussion „Wie geht's weiter im KB?“

Als erste Schlußfolgerung ist inzwischen nahezu überall im KB mit einer Schulungsfolge von „Klassiker“-Texten begonnen worden. Welche Texte im einzelnen zur Schulung ausgewählt werden, läuft bisher noch von Einheit zu Einheit unterschiedlich. Zur Schulung gehört meist Lenins „Linker Radikalismus“ und „Was tun?“ (oder Teile davon); in ein paar Einheiten sind grundsätzlichere Texte Lenins wie „Staat und Revolution“ oder „Der Imperialismus als höchste Stufe des Kapitalismus“ an den Anfang der Schulung gestellt worden. Ob dies in der derzeitigen Situation sinnvoll ist, ist umstritten. Zur Schulung gehören üblicherweise auch die Texte Mao Tse-tungs, die wir im „Unser Weg – Extra Nr. 1“ (Zusammenfassung des ersten Teils unserer „Wie geht's weiter ...“-Debatte) als Anhang nachgedruckt haben.

Zur Unterstützung und Ergänzung der Schulung, insbesondere für die Bedürfnisse von Sympathisanten des KB, haben wir damit begonnen, alte AK-Artikel, die heute meist nicht mehr oder nur schwer greifbar sind, in Einzelkomplexe zusammengefaßt als Schulungshefte herauszubringen. Derzeit schon erhältlich ist Heft 1 mit Texten gegen den Revisionismus.

Trotz der Fülle von Artikeln und ausführlichen Stellungnahmen zur „Wie geht's weiter...“-Debatte bleibt insgesamt festzustellen, daß sich erst ein sehr kleiner Teil der Organisation wirklich mit schriftlichen Beiträgen zu dieser Debatte geäußert hat. Die meisten der Hunderte(!) von Berichten und Stellungnahmen, die inzwischen vorliegen (in großen Teilen unserer Organisation sind alle Genossen und Genossinnen verpflichtet worden, schriftlich zu der laufenden Debatte Stellung zu nehmen), beschränken sich auf persönliche Lebensläufe, bereichsinterne Konflikte und ähnliche Dinge. Die Haltung „Ich weiß ja gar nicht, was ich da schreiben soll“, war vielfach bisher noch vorherrschend.

Ohne Übertreibung läßt sich sagen, daß 90-95% der vorliegenden Berichte, Stellungnahmen usw. davon ausgehen, den KB als kommunistische Kaderorganisation zu stärken bzw. aufzubauen; ebenso werden Arbeitsprinzipien wie Disziplin, Verbindlichkeit usw. nahezu in allen Beiträgen ausdrücklich anerkannt. Tatsache ist allerdings, daß ein wirklicher Aufschwung der politischen Arbeit (beispielsweise beim AK-Verkauf) bisher erst in Ausnahmefällen zu registrieren ist. Das deutet darauf hin, daß die Debatte bisher vielleicht weithin noch nicht gründlich und ehrlich genug geführt worden ist.

Recht häufig anzutreffen ist in den vorliegenden Berichten etc. die Tendenz, sich grundsätzlich zwar zur Notwendigkeit einer revolutionären Kaderorganisation zu „bekennen“, für die eigene Person aber die Fähigkeit und Bereitschaft anzuzweifeln, den Anforderungen einer solchen Kaderorganisation gerecht werden zu können. Teilweise spielt dabei auch ein falsches Verständnis von Kaderorganisation eine Rolle („Sich aufopfern für die Arbeiterklasse“).

Der Beitrag eines LG-Genossen in dieser Broschüre zur Notwendigkeit der revolutionären Kaderorganisation in Abgrenzung zu spontaneistischen Theorien soll gewissermaßen den ersten Abschnitt unserer Debatte abschließen. Die weitere Debatte soll sich in nächster Zeit vor allem auf zwei Themen-Komplexe konzentrieren:

- Was heißt 'Kaderorganisation' konkret? Was ist 'Demokratischer Zentralismus'? Welche 'Disziplin' brauchen wir?
 - Bündnispolitik des KB, Mitarbeit in Initiativen, in Wahlbündnissen, Aktionseinheiten usw.
- Zu beiden Themen werden von Genossen des LG Artikel als Diskussionseinstieg veröffentlicht werden. Voraussichtlich im AK und hoffentlich sehr bald.

Redaktion 12.10.78

Kaderorganisation und Basisbewegung

Die Diskussion „Wie geht's weiter im KB?“ wird im und um den KB herum nach wie vor lebhaft geführt, zunehmend auch durch schriftliche Stellungnahmen. Inzwischen liegen dem LG mehrere Hundert Leserbriefe, Diskussionsprotokolle, persönliche Stellungnahmen etc. dazu vor.

Besonders heiß diskutiert wird in vielen Zuschriften und Stellungnahmen das Verhältnis von Kaderorganisation und spontaner Massenbewegung sowie Fragen nach der Rolle und Bedeutung einer „besonderen Organisation der Revolutionäre“ (Lenin) im gegenwärtigen historisch-gesellschaftlichen Prozeß. — Wir wollen uns in diesem Beitrag mit einigen Aspekten aus diesem Themenkomplex beschäftigen.

Den KB auflösen?

In einigen — wenn auch sehr wenigen — Zuschriften wird uns direkt angeraten, den KB aufzulösen oder „umzuwandeln“, und zwar zugunsten der spontanen Massenbewegung (also etwa der Anti-AKW-Bewegung, der „Bunten Liste“ Hamburg etc.). Argumentiert wird dabei meistens, daß diese spontanen Massenbewegungen viel mehr an gesellschaftspolitischer Veränderung gebracht hätten, als die „jahrelange Abstrampelei“ des KB.

Ein Genosse „Leo“ (SSB Hamburg) schrieb uns z.B. mit dieser Stoßrichtung: „Ich finde, wir sollten das Prinzip der Bunten Liste zu unserem Prinzip machen und die Erwartung, „undogmatisch“ zu sein, erfüllen — auch auf die Gefahr hin, daß der KB als Organisation meinetwegen in der Bunten Liste aufgeht. Es ist leicht, sich Marxist-Leninist zu nennen, was aber zählt, sind die konkreten politischen Erfolge und Schritte hin zur, wie man/frau so schön sagt, „Entmystifizierung des Kapitalismus““ (siehe UNSER WEG Extra, S. 29). — Hier kommt die oben angedeutete Denkrichtung sehr deutlich zum Ausdruck, die aber auch in anderen Zuschriften tendenziell angelegt ist.

Ähnlich wird von einer starken Gruppe in der Hamburger Jugendanleitung des KB argumentiert. Diese Gruppe setzt sich dafür ein, den Schüler-SSB — unter Einbeziehung der Lehrlingsgenossen im KB — aufzulösen („zu öffnen“, wie man sich vorsichtig ausdrückte) zugunsten eines „breiten“ Freizeit- und Kulturverbandes, in dem sich „alle Jugendlichen mit fortschrittlichem Anspruch“ wohlfühlen sollen, in dem es keine besonderen Aufnahme-Kriterien mehr geben soll.

In abgemilderter Form — aber dafür umso häufiger — tritt diese Tendenz bei denjenigen Genoss(inn)en auf, die sich im Zweifelsfall eher an die Beschlüsse einer Bürgerinitiative oder Frauengruppe halten, als an diejenigen im KB — und zwar nicht als

(manchmal notwendige) taktische Einstellung, sondern mit „grundsätzlicher“ Begründung. Solche Genoss(inn)en fühlen sich in vielen Fällen einer spontanen, nicht oder kaum organisierten Bewegung, mehr verpflichtet als der politischen Organisation, deren Mitglieder sie sind. Ihre Argumente sind in aller Regel dieselben, wie sie in der Zuschrift des Genossen „Leo“ (SSB Hamburg) zum Ausdruck gebracht wurden. Überbewertung einer spontanen oder halb-spontanen Bewegung und Unterschätzung der kommunistischen Organisation, deren Rolle von solchen Genoss(inn)en herabgedrückt wird und bestenfalls noch als eine Art politischer Versorgungsbetrieb für die Qualifizierung und Entfaltung der eigenen Person gesehen wird. Diese Genoss(inn)en setzen ihre Arbeit im und für den KB letztlich alternativ zu ihrer Arbeit in einer spontanen fortschrittlichen Massenbewegung. Sie trauen einer solchen spontanen Massenbewegung mehr Durchschlagskraft (und mehr persönliche Freiräume) zu als einer kommunistischen Kaderorganisation.

Auf die Spitze getrieben wird die „Anbetung der spontanen Bewegung“ (Lenin) von solchen „Sponti“-Strömungen — zu denen bedauerlicherweise auch einige Ex-KBler gestoßen sind — die die bloße Existenz von Kaderorganisationen der Linken bereits als Anfang vom Ende sehen und die den gesetzmäßigen Zerfall (Abschwung) spontaner Bewegungen dann auch regelmäßig den „Organisierten“ („K-Grüppler“) anlasten. Solchen „Sponti“-Strömungen gilt oft die Spontaneität, die ausdrückliche Unorganisiertheit als das Wesentliche, der politische Inhalt einer Bewegung nur als Nebensache. Demzufolge verwenden sie einen nicht unerheblichen Teil ihrer politischen Energien auf die Bekämpfung (oftmals bloße Diffamierung) politischer Organisationen, wobei es ihnen nicht oder kaum auf deren jeweilige konkrete Politik, Strategie und Taktik ankommt, sondern allein oder haupt-

sächlich auf den Umstand unserer Organisiertheit. Unterschiede — z.B. zwischen „KPD“ und KB — machen diese „Sponti“-Strömungen nur in taktischer Hinsicht, d.h. sie verbünden sich mit dem (vermeintlich) Schwächeren (oftmals ausgerechnet mit der „KPD“!), um dann gemeinsam auf den Stärkeren (in der Regel den KB) einzudreschen.

Diese Hinweise und Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß es eine Reihe von Genoss(inn)en gibt, die Mitglieder im KB oder seinen Bündnisorganisationen sind oder waren, die — bei graduellen Differenzen untereinander — einer nicht oder kaum organisierten Strömung mehr zutrauen, etwas in Bewegung zu bringen und zu halten, als einer kommunistischen Kaderorganisation. Manche anderen Genoss(inn)en haben vorübergehend auch schon in diese Richtung gedacht. Wir müssen heute sogar zugestehen, daß die „Anbetung der Spontaneität“ innerhalb unserer Organisation und in ihrem Umfeld in den letzten zwei, drei Jahren zunehmend an Boden gewonnen hat und derzeit dabei ist — das zeigt ja unsere politische Krise und die Debatte darum — zu einer Strömung mit „fester Verankerung“ im KB zu werden bzw. (hoffentlich nur vorübergehend) geworden ist. Und das kann im Grunde auch gar nicht anders sein, hält man sich die in unserer „Krisen-debatte“ bisher schon aufgedeckten Mängel und Fehler — wie etwa: mangelnde oder gar keine politische Schulung der Mitglieder über lange Zeiträume, weitgehend prinzipienlose „Rekrutierung“ neuer Mitglieder in weiten Bereichen des KB etc. — vor Augen.

Es ist außerdem keinesfalls zufällig, daß die Bourgeoisie neben ihrem allgemeinen Kampf gegen alle emanzipatorischen Bewegungen, gegen alles, was links ist oder sich dahin entwickeln könnte, noch einen besonders infamen Kampf gerade gegen die „K-Gruppen“ führt.

Spontaneismus ist Unterwerfung unter die bürgerliche Ideologie

Die „Anbetung der Spontaneität“ (Spontaneismus), der Glaube, die Hoffnung, ja sogar die direkte Propagierung, daß spontane Massenbewegungen ein Ersatz, eine Alternative zur festgefügt politischen Kaderorganisation seien, ist keineswegs neu. Im Gegenteil. Der Spontaneismus ist viel älter als der wissenschaftliche Sozialismus, der sich erst in scharfer Abgrenzung und ständigem Kampf u.a. gegen den Spontaneismus und seine Spielarten (Anarchismus, Anarchosyndikalismus und allerdaher andere präsozialistische Strö-

mungen) durchsetzen mußte (vgl. u.a. den politischen Kampf von Marx und Engels gegen die Bakunisten in der 1. Internationale).

Auch Lenin führte ständig einen scharfen politisch-ideologischen Kampf gegen spontaneistische Strömungen innerhalb und außerhalb der damaligen revolutionären Organisation (SDAPR = Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands). Insbesondere um die Jahrhundertwende war dieser Kampf innerhalb der SDAPR in besonderer Schärfe ausgebrochen, was in Lenins immer wieder lesenswerter Schrift „Was tun?“ (geschrieben Herbst 1901 bis Feb. 1902) ausgedrückt und dokumentiert ist.

In dieser Schrift analysierte Lenin v.a. zwei Grundbedingungen für das breite Auftreten des Spontaneismus innerhalb der SDAPR, nämlich – das plötzliche Auftreten starker spontaner Bewegungen, v.a. in Form des „massenhaften Aufbruchs des russischen Industrieproletariats“, d.h. das Auftreten immer breiterer spontaner Arbeiterstreiks gegen die Kapitalisten und – ab und dann auch – gegen die Regierung (zur Durchsetzung bestimmter Arbeitsschutzgesetze u.ä.);

– eine weitgehende politisch-ideologische Versumpfung innerhalb der SDAPR, ein breites Defizit an politischer Schulung und Beschäftigung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus, bedingt auch durch die systematischen Verhaftungen, Verbannungen etc. der alten Führer und vieler Kader der damaligen russischen Sozialdemokratie und andererseits durch das „stürmische Hereindrängen“ nur oberflächlich ausgebildeter junger Mitglieder in die SDAPR (vgl. u.a. „Was tun?“, S. 70, S. 87 etc.).

Einige Zitate sollen zeigen, wie Lenin den Spontaneismus einschätzte: „Man redet von Spontaneität. Aber die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung führt eben zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie (...) denn spontane Arbeiterbewegung ist Trade-Unionismus, ist Nur-Gewerkschafterei, Trade-Unionismus aber bedeutet eben ideologische Versklavung der Arbeiter durch die Bourgeoisie“ (S. 73). Was Lenin hier zur Spontaneität der Arbeiterbewegung sagt, gilt natürlich erst recht bzw. viel stärker für solche Massenbewegungen, mit denen wir es hier und heute in der BRD hauptsächlich zu tun haben, nämlich mit Bewegungen, in denen das spontane proletarische Element nur eine untergeordnete Rolle gegenüber der „Spontaneität des Kleinbürgertums“ spielt.

Doch weiter zu Lenin: „Darum besteht unsere Aufgabe, die Aufgabe der Sozialdemokratie, im Kampf gegen die Spontaneität, sie besteht darin, die Arbeiterbewegung von dem spontanen Streben des Trade-Unionismus, sich unter die Fittiche der Bourgeoisie zu begeben, ab zu bringen und sie unter die Fittiche der revolutionären Sozialdemokratie zu bringen“ (Ebenda, alle Hervorhebungen bei Lenin).

Die Anziehungskraft des Spontaneismus begründet Lenin u.a.: „Wa-

rum aber, wird der Leser fragen, führt die spontane Bewegung, die Bewegung des geringsten Widerstands, zur Herrschaft der bürgerlichen Ideologie? Aus dem einfachen Grunde, weil die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter ist als die sozialistische, weil sie vielseitiger entwickelt ist und weil sie über unvergleichlich mehr Mittel der Verbreitung verfügt“ (S. 74/75).

Heute muß diese Lage der Dinge eher noch schlimmer, noch schwieriger für uns angesehen werden, müßten wir eigentlich die Lenin'schen Konsequenzen auf uns noch viel schärfer ziehen, wenn wir der allgemeinen Logik folgen wollen: Was sind schon die Verbreitungsmittel des Zarismus um die Jahrhundertwende im Vergleich zum modernen Kommunikations- und Propaganda-Apparat der westdeutschen Bourgeoisie?

Am Ende seiner Schrift „Was tun?“ charakterisierte Lenin den Spontaneismus jener „3. Periode“ in der Entwicklung der SDAPR (1898 - 1902), jener politischen Strömung also, die der SDAPR ihren revolutionären Charakter zu rauben drohte, als „die Vereinigung von kleinem Praktizismus mit völliger theoretischer Unbekümmertheit. Nicht so sehr mit der direkten Ablehnung großer Worte als vielmehr mit ihrer Verflachung beschäftigten sich die Helden dieser Periode: der wissenschaftliche Sozialismus hörte auf, eine einheitliche revolutionäre Theorie zu sein, und wurde zu einem Mischmasch, der nach freiem Ermessen mit Banalitäten aus jedem deutschen Lehrbuch verwässert wurde; die Lösung Klassenkampf gab nicht den Anstoß zu einer immer breiter und immer energischer werdenden Tätigkeit, sondern diente als Beruhigungsmittel, da ja der ökonomische Kampf untrennbar mit dem politischen verbunden ist (eine Parole der damaligen Spontaneisten; ins BRD-Hochdeutsch übersetzt: da ja die Mitarbeit in irgendeiner Bürgerinitiative, Bunten Liste etc. pp. untrennbar mit dem Kampf um die Macht im Staat verbunden ist); die Idee der Partei diente nicht als Aufforderung zur Gründung einer Kampforganisation der Revolutionäre, sondern rechtfertigte einen revolutionären Kanzleibürokratismus und ein kindisches Spiel mit demokratischen Formen“ (S. 231/232).

Was hat die APO vor 10 Jahren bewirkt?

Die breiteste, stärkste und zugleich auch radikalste spontane Massenbewegung seit Mitte der 50er Jahre war zweifellos die sog. APO (Außerparlamentarische Opposition) am Ende der 60er Jahre mit dem SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) als politischer Ausgangspunkt, Impulsgeber und organisiertes Rückgrat der gesamten Bewegung.

Diese Massenbewegung brach mit bzw. kurz nach der ausdrücklich erklärten Selbstauflösung des SDS 1971 in sich zusammen. Dem voraus ging ein innerer Zersetzungsprozeß im SDS, ein Überhandnehmen exzessiv

spontaneistischer und organisationsfeindlicher Vorstellungen: „In Hamburg hat sich der SDS im Verlauf des letzten Jahres in eine größere Zahl fachspezifischer Basisgruppen (...) aufgelöst. Diese Basisgruppen haben keine festen organisatorischen Strukturen (d.h., sie werden für jedermann geöffnet, Anm. Red.) Neben im wesentlichen fachspezifischer Arbeit wird seit einiger Zeit Kapitalschulung betrieben...“, vermeldete (mit Genugtuung!) das zentrale „SDS-Info“ im Februar 1970 („SDS-Info“ Nr. 28, 4.2.70, S. 1, herausgegeben vom SDS-Bundesvorstand in Frankfurt). Ähnlich wie in Hamburg verlief die Entwicklung auch anderswo.

Das Auseinanderfallen des SDS und der APO brachte eine weit verbreitete politische Ratlosigkeit in der jungen westdeutschen Linken, die Suche zehntausender APO-Anhänger und -Aktivisten nach einer politischen Alternative hervor. Die im Vorfeld und als Begleiterscheinung der SDS-Selbstauflösung von seinen Hauptquartieren verbreiteten spontaneistischen Parolen (untermischt mit stark reformistischen Illusionen) verstärkten die politische Perspektivlosigkeit bei der Masse der APO-Aktiven noch, bzw. determinierten bereits ihre spätere politische Orientierung.

Zu Tausenden oder gar Zehntausenden sind inzwischen ehemalige APO-Anhänger in die bürgerlichen Parteien, v.a. SPD und FDP (bzw. in deren Jugendverbände, also Jusos und Jungdemokraten) zurückgeflutet. Der „Marsch durch die Institutionen“, wie es Dutschke und andere APO-Führer verheißungsvoll forderten, begann – und damit der lange Weg der Integration in das bürgerliche Lager.

Die bürgerlichen Parteihauptquartiere (und in ihrem Gefolge natürlich auch die DGB-Zentralen) kamen dieser Entwicklungsrichtung der spontanen Bewegung durch geschickte Manöver gern entgegen. Die SPD-Führer ließen wieder häufiger von „Sozialismus“ reden, leiteten eine scheinbare demokratische Wende ihrer Partei ein, sprachen von einer „notwendigen Öffnung der SPD nach links“. Ganze Rudel von „SPD-Linken“ spezialisierten sich damals auf das Einfangen frustrierter APO-Massen.

Dieser spontane „Lauf der Lemminge“ zurück in die Arme der bürgerlichen Parteien und Institutionen, diese schrittweise, aber schließlich doch komplett vollzogene Aufgabe, bzw. Auflösung des – in der alten APO vereinheitlichten – antikapitalistischen Ausgangspunktes belegt die absolute und aktuelle Richtigkeit der Einschätzungen Lenins zu diesem Thema, daß nämlich die spontane Bewegung danach strebt, sich „unter die Fittiche der Bourgeoisie zu begeben“, daß sie zwangsläufig zur „Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie“ führt.

Ein weiterer Großteil des APO-Restes wurde wenig später leichte Beute eines anderen bürgerlichen Manövers,

nämlich der Aufsammlerpolitik der DKP. Auf eine sog. „Neugründung“ dieser revisionistischen Partei drängte die Bourgeoisie, nachdem durchaus noch nennenswerte Teile der alten APO sich der direkten Integration durch die bürgerlichen Parteien entzogen hatten. Diese Teile der APO hatten sich bereits mit der Theorie des Marxismus-Leninismus beschäftigt, sie sich – zwar nur bruchstückhaft und in zumeist von organisierter politischer Praxis abgehobenen Schulungszirkeln – angeeignet. Die Notwendigkeit der politischen Organisation wurde von diesen Teilen der APO aber ebenso bereits erkannt wie die „Orientierung an der Arbeiterbewegung“ (wie es damals so allgemein hieß). Tausender frustrierter APO-Anhänger hofften, beides in der DKP zu finden. Die rührigsten Trommler dieser Partei hatten damals leichtes Spiel mit der Restverwertung der APO. – Wenn auch in der Dimension bescheidener, so machte doch auch der „größte Sohn der deutschen Arbeiterklasse“ (Aust über Aust) mit seinem Ramschladen „KPD/ML“ das Geschäft seines Lebens und konnte vorübergehend auf eine mehrtausendköpfige Anhängerschaft blicken.

Mit dem hier Gesagten wollen wir nicht behaupten, daß die radikale und spontane Massenbewegung am Ende der 60er Jahre (die sog. APO) nichts gebracht hätte. Doch, doch. Einiges hat sie vorübergehend schon bewirkt an gesellschaftspolitischer Veränderung in der bundesdeutschen Landschaft (z.B. durchaus bemerkenswerte Demokratisierungs- und Liberalisierungs-Tendenzen in vielen Bereichen der BRD-Gesellschaft). Und insofern unterscheidet sich die APO von früheren spontanen Massenbewegungen (z.B. der Anti-Atomtod-Bewegung/Ostermarsch): Die APO hat viel mehr an radikalem antikapitalistischen Bewußtsein hervorgebracht, als frühere (und spätere) spontane Massenbewegungen. Aber dies keineswegs aus sich selbst heraus, also nicht aufgrund der Spontaneität der Bewegung, sondern als Ergebnis der Arbeit einer – bei allen Mängeln und Beschränktheiten – doch halbwegs funktionierenden „Avantgarde-Organisation“, des SDS.

Als eine weitere Bedingung für die besondere Radikalität und die starke Ausprägung eines antikapitalistischen Bewußtseins muß hier noch die Tatsache Erwähnung finden, daß sich SPD und DGB aus dieser Massenbewegung „herausgehalten“ hatten – im Gegensatz zu allen früheren spontanen Massenbewegungen – und die APO im scharfen Widerspruch, sogar Feindschaft zu diesen reformistischen Zentren stand. Dies zu erwähnen ist gerade heute wieder wichtig, weil aktuell (außer den Revisionisten natürlich) gewisse sich revolutionär dünkende Strömungen – v.a. GIM und SB – bei jedem spontanen Massenansatz alle ihre Energien darauf versch(w)enden, DGB und SPD „um jeden Preis“, auch und gerade um den Preis einer Aufgabe des eigenen antikapitalistischen Ansatzes mit hineinzuziehen, zuletzt im Rahmen der Russell-Unterstützungs-Bewegung.

Als der SDS als zentrale, die Gesamtbewegung jahrelang anleitende und zusammenhaltende politische Organisation zusammenbrach bzw. sich

selbst auflöste, war auch bald für die ganze Bewegung der Ofen aus. Lebensbedingungen für die APO war letztlich die Existenz des SDS. An Spontaneität hat es der APO gewiß nicht gemangelt. Nicht an zuviel, sondern an zuwenig revolutionärer Organisation ist die APO schließlich gestorben, konnte die westdeutsche Bourgeoisie gegenüber ihrer „verlorenen Generation“ wieder in die Offensive kommen.

Manche Leser dieser Zeilen mögen an dieser Stelle einwenden, daß die APO nicht bloß vorübergehende Ergebnisse, sondern durchaus auch solche von längerfristigem, bleibendem Wert geschaffen hat. Zu denken wäre dabei an das Entstehen revolutionärer kommunistischer Zirkel Anfang der 70er Jahre überall in der BRD. Auch die Gründung unserer eigenen Organisation, bzw. ihrer Vorläufer-Gruppen wäre ohne die politischen Impulse der APO-Bewegung kaum erfolgt. Richtig. Aber diese „bleibenden Werte“, diese langfristige (und letztlich alles entscheidende) Bedeutung verdanken wir gerade dem Umstand, daß damals – also vor acht bis zehn Jahren – eine Reihe von Genoss(inn)en erkannt haben, daß eine bloß spontane Bewegung langfristig kein gangbarer Weg zur Revolution ist, daß sie nicht einmal für nennenswerte Reformen innerhalb dieses Systems taugt. 1971 führte die freiwillige Selbstauflösung des SDS in die spontane Bewegung nicht zu ihrer Stärkung, sondern war für sie der Anfang vom Ende, führte also geradezu zu ihrer Zerstörung. Die spontane Bewegung ist also keine reale Alternative zur politischen Organisation, sondern nur eine Scheinalternative ohne längerfristige Perspektive.

Aktuelle Massenbewegungen und der KB

Insbesondere die Mitglieder, Sympathisanten und Freunde des KB fordern wir in diesem Zusammenhang einmal auf, über folgende Fragen nachzudenken bzw. diese zu diskutieren: Was wäre die Bunte Liste (Hamburg) ohne das organisierte Eingreifen des KB? Wohin würde heute die alternative Wahldiskussion („Grüne“ und „Bunte“ Listen) ohne das gezielte und organisierte Eingreifen des KB führen? In welche Richtung wäre ohne den KB das 3. Russell-Tribunal und die es unterstützende Bewegung gelaufen? Was hat die spontane Bewegung der BRD zu den Stammheimern „Selbstmorden“ gebracht (Abgrenzungs-Kampagne) und was hat der KB gebracht? Was hat die spontane Bewegung auf dem Gebiet des antifaschistischen Kampfes geleistet?

Wir wollen eine aktuelle Frage aus diesem Zusammenhang herausgreifen und näher betrachten: Was wäre – ohne die organisierten Kommunisten – aus der Anti-AKW-Bewegung geworden? Sie wäre höchstwahrscheinlich schon im reaktionären Trommelfeuer vor der 3. Brokdorfer Großaktion (Feb. 1977) steckengeblieben und zusammengebrochen. Sie hätte weder die massive Hetzkampagne noch die Spaltungsmanöver von in-

nen (Itzehoe) verkraftet und überstanden, jedenfalls nicht als Massenbewegung. Bis zur zweiten Brokdorfer Großaktion konnte sich diese Bewegung weitgehend spontan entwickeln. Dann aber – nachdem diese Bewegung stark angewachsen war, kümmerte sich „unser“ Staatsapparat zentral darum. Es begann die Gleichschaltung der Medien, die ungeheure Hetz- und Einschüchterungskampagne, die „Ansprachen ans Volk“ von Landes- und Bundespolitikern bis rauf zu Kanzler Schmidt, die Kriminalisierungs-Versuche, die innere Spaltung der Bewegung, die militärische Macht des Staates wurde aufgeföhren und mit ihr massiv gedroht – kurzum: Die Verhältnisse und Bedingungen für den politischen Massenkampf wurden derart „kompliziert“, daß die spontane Bewegung gar nicht mehr mitkommen konnte.

In dieser Situation konnten nur die organisierten Kommunisten die Bewegung trotzdem noch zu einem beachtlichen Erfolg (30 - 40.000 militant ausgerüstete Demonstranten auf der verbotenen Demonstration in der Wilster Marsch) führen: Durch die Ausarbeitung und Festlegung einer klaren politischen Linie (fußend auf der Analyse und unserer Einschätzung aller wesentlichen Faktoren), durch den – z.T. mehrwöchentlichen – zentralen, einheitlichen und geschlossenen Einsatz einiger Tausend Kader, Sympathisanten und Freunde unserer Organisation von Flensburg bis Freiburg (geleitet durch eine eigens dafür eingerichtete „Einsatzzentrale“, die alle Teile der Organisation ständig – und das hieß teilweise fast stündlich – mit den neuesten Informationen versorgte), durch unsere zentrale Agitation und Propaganda zu dieser Frage (durch AK und Flugblätter) sowie durch die massive Verbreitung unserer Informationsschriften, die – in der „heißen Phase“ – wöchentlich in einer Auflage von 30 - 50.000 Exemplaren in der Bewegung verbreitet wurden.

Diese gelungene 3. Brokdorfer Großaktion hat die gesamte Anti-AKW-Bewegung um eine Klippe herumgeführt, an der für gewöhnlich spontane Massenbewegungen zerschellen (müssen). Die Bewegung behielt noch längere Zeit ihren Massencharakter, ihre Aktionsfähigkeit, ihre Bereitschaft zur Militanz (Großdemo, nur einen Monat danach), und entwickelte zunehmend ihre Fähigkeit zur Bündnispolitik (Kalkar, Almelo).

Viele Dutzend Leserzuschriften, die uns im Rahmen der laufenden „Krisen-debatte“ zugen, beschwören geradezu die Situation in den wenigen Wochen vor der 3. Brokdorfer Großaktion. Damals hätte es keine krisenhaften Erscheinungen, keine Resignation etc. unter uns gegeben. Streicht man die teilweise etwas sentimentalen und „wehmütigen“ Klänge aus diesen Stellungnahmen, so bleibt doch die rationale Erkenntnis, daß wir damals unserer Rolle als politische Kaderorganisation innerhalb einer Massenbewegung – nach Maßgabe unserer Möglichkeiten – voll erfüllten, daß ohne das massive zentra-

listische Eingreifen des KB nicht mehr viel gelaufen wäre.

In diesem Sachverhalt liegt eine weitere entscheidende Begründung für die Notwendigkeit einer „straft organisierten“ Kaderorganisation der Revolutionäre: Eine bloß spontane Bewegung ist dem vielgliederten, hoch zentralisierten und -gerüsteten Staatsapparat in jedem Fall unterlegen, muß an ihm scheitern.

Die Erfahrungen mit der Anti-AKW-Bewegung zeigen noch einen anderen interessanten Aspekt dieses Themas. Spätestens nach der 2. Brokdorfer Großaktion (Nov. 76) war diese spontane Bewegung massiven Eingriffen und Interventionen der unterschiedlichsten organisierten politischen Strömungen ausgesetzt, v.a. Revisionisten (DKP, SDAJ etc. nebst ihren hauseigenen „Bürgerinitiativen“), Vaterlandsverteidigern („KPD“), Linkssektierern (KBW, „KPD/ML“, die allerdings bald die Segel strichen), Trotzkisten (GIM), SB, Sozialdemokraten (v.a. Juso-Gruppen, aber auch Parteigruppen, Landesvorstände), „Konservative“ (WSL etc.), „Gewaltfreie“ etc. pp. Die Mehrheit aller dieser Strömungen versuchte damals, die Bewegung ins Abseits (Itzehoe) zu dirigieren. Daß dies nicht gelang, ist im wesentlichen dem organisierten Eingreifen der Kommunisten zu verdanken.

Angesichts der vielen Organisationen, die heute in jeder spontanen Bewegung um Einfluß ringen, ist jede nicht organisierte Strömung zum Scheitern verurteilt. Was sich durchsetzt, sind dann die bürokratisch organisierten Parteien, die angesichts der politischen Ernüchterung nach dem Scheitern spontaner Bewegungen, bzw. ihrem Zurückfluten wenigstens etwas handfestes anzubieten scheinen (vergl. die Einsammelnde von Jusos und DKP nach dem Abflauen der APO-Revolution!). In letzter Konsequenz besteht also – auch aus dieser Sicht – die Alternative nicht (wie einige Kritiker unserer Organisation behaupten oder doch nahelegen) zwischen spontaner Bewegung und politischer Kaderorganisation (ohnehin bloß eine Scheinalternative, wie wir schon gezeigt haben), sondern zwischen revolutionärer oder bürgerlicher (reformistischer, bürokratischer) Organisation.

Wir brauchen also nicht weniger, sondern mehr revolutionäre Organisation, auch im wohlverstandenen eigenen Interesse demokratischer und spontaner Bewegungen. Eine starke kommunistische revolutionäre Organisation ist keine Garantie für den Bestand demokratischer Bewegungen, Basisgruppen etc. (Oft im Gegenteil, aber dann liegt es an den Inhalten unserer Politik und nicht an unserer Organisiertheit), aber sie ist eine der wichtigsten Voraussetzungen.

Was wir hier zum Verhältnis spontaner Massenbewegungen und kommunistischer Kaderorganisationen gesagt haben, gilt nicht nur für die besonderen Verhältnisse der BRD (sowie der von Lenin gekennzeichneten Situation im „alten Rußland“), sondern genauso gut für alle anderen

Länder der kapitalistischen Welt (und im Kern der Sache auch für die Lage im revisionistischen Staatenblock). Hierzu noch ein paar kurze, ergänzende Hinweise:

Und im Ausland...?

Was ist aus dem „Pariser Mai“ geworden? Welche längerfristigen Erfolge brachte der militante und spontane Aufstand von Millionen französischer Arbeiter und Studenten im Mai und Juni 1968? Und welche Erfolge brachte – aus heutiger Sicht – der spontane radikale und revolutionäre Ansturm der Volksmassen Portugals nach dem Sturz des Faschismus? Welche längerfristigen Erfolge brachten die gewaltigen illegalen Bergarbeiterstreiks Großbritanniens 1973 oder die lange Serie der Generalstreiks in Italien während der letzten Jahre? Man könnte die Kette der Fragen endlos verlängern. Alle diese großen Klassenschlachten werden zwar in das Geschichtsbuch der westeuropäischen Arbeiterklasse eingehen, werden uns Beweis bleiben für die (spontane) Kampfkraft der europäischen Arbeiter, verdeutlichen uns die historische Rolle der Arbeiterklasse als Totengräber der Bourgeoisie. Konkrete Erfolge mit langfristiger Bedeutung oder Wirkung auf die weitere Entwicklung des Klassenkampfes in ihren jeweiligen Ländern haben diese spontanen Massenbewegungen aber allesamt nicht gehabt.

Umgekehrt haben die spontanen Massenkämpfe – insbesondere diejenigen in Frankreich 1968 und in Portugal nach dem dortigen „Sturz“ des Faschismus – das Fehlen einer breit in den Massen verankerten revolutionären Kaderpartei Lenin'schen Typus schmerzlich deutlich gemacht. Auf dem Höhepunkt dieser Kämpfe wäre der Sturz der Bourgeoisie-Herrschaft (oder zumindest ein ernsthaftes Infrage-Stellen derselben) möglich gewesen, wenn es eine solche Partei gegeben hätte. Ohne solche Partei jedoch mußten diese mächtigen spontanen Kämpfe schließlich wirkungslos verpuffen, konnte der Imperialismus seine Herrschaft nicht nur wiederherstellen, sondern sogar noch weiter festigen, verfeinern, etc. Mit bloß oder hauptsächlich spontanen Protestbewegungen – mögen sie noch so breit und militant sein – ist der Imperialismus noch allemal fertig geworden. Die Geschichte der Revolution kennt nicht ein einziges Gegenbeispiel.

Spontane Arbeiterbewegung in der BRD

Zu welch längeren Erfahrungen und Erfolgen der Arbeiterbewegung der BRD haben die Streiks der letzten zehn Jahre, angefangen bei den berühmten „wilden“ Septemberstreiks 1969, geführt? Daß nach diesen Kämpfen für die Masse der streikenden Arbeiter wieder der tagtägliche Trott kapitalistischer Produktion und Arbeitsdisziplin begonnen hat, das Wiederaufleben der unmittelbaren Konkurrenz unter den Arbeitern (bis

hin zum gegenseitigen „Anschießen“ bei den Vorgesetzten und Antreiber), die politisch-ideologische Rückkehr in die Arme der Sozialdemokratie, die erneute Bindung an die DGB-Führer, die – nur durch gelegentliches laises Knurren unterbrochene – Hinnahme des täglichen Ausverkaufs von Arbeiterrechten und -interessen an die Kapitalisten durch korrupte Betriebsrats-Cliquen – all dies und noch mehr – ist selbstverständlich und liegt in der Natur spontaner Bewegungen. Hinsichtlich der Masse der Arbeiter können derartige Streiks, auch „wilde“ und militante, gar keine anderen Ergebnisse bringen, als letztlich ein allgemeines Zurückfluten in die Arme der Bourgeoisie, in die kapitalistische Produktion, unter die „Fittiche“ des Reformismus.

In seiner Schrift „Die Aktualität der leninistischen Organisationstheorie“ begründet der belgische Trotzkisten-Führer Ernest Mandel diesen Umstand ganz richtig: „Die Arbeiterklasse unterliegt der kapitalistischen Ausbeutung nicht wegen einer vorherigen ideologischen Wahl, sondern aus einem unvermeidlichen ökonomischen Zwang heraus, dem sie sich in ‚normalen‘ Zeiten nicht entziehen kann. Sie kann nicht permanent aufhören zu arbeiten, ohne zum Hungertod verurteilt zu sein. (...) Anders gesagt, die Arbeiterklasse kann nicht permanent kämpfen; außerhalb der revolutionären Kämpfe, die den Sturz der kapitalistischen Herrschaft auf die Tagesordnung setzen, mündet jeder Klassenkampf in diesem System in eine teilweise ‚Reprivatisierung‘ der Klasse, wenn der Kampf einmal beendet ist.“

Ob solche Streiks und Kämpfe der Arbeiterklasse – aus der zeitlichen Distanz betrachtet – letztlich als Erfolge für die kämpfende Klasse verbucht werden können, kann auch nicht hauptsächlich daran entschieden werden, ob und in wie weit die unmittelbaren Ziele dieser Kämpfe (z.B. eine bestimmte Lohn-erhöhung) erreicht wurden, sondern vor allem daran, in wie weit es der Arbeiterklasse gelingen konnte, aus (und in) diesen Kämpfen politische Lehren zu ziehen (politisches Bewußtsein zu entwickeln), diese Lehren zu „speichern“, zu „verarbeiten“, um sie in künftigen Kämpfen wiederum zur Verfügung zu haben, damit diese noch besser, noch effektiver organisiert und geführt werden können, damit sich in diesen Kämpfen allmählich ein allgemeines und allseitiges Klassenbewußtsein herausbildet, ein Bewußtsein von der grundsätzlichen und allgegenwärtigen Gegnerschaft zwischen Arbeitern und Kapitalisten.

Die „Reprivatisierung“ der Arbeiterklasse nach einem Kampf, nach einem Streik zieht dagegen auch ein „Vergessen“ dieser Erfahrungen aus dem unmittelbaren Kampf nach sich, ein allmähliches Verblasen der Erinnerungen, ein Überwuchern dieser Erkenntnisse durch den kapitalistischen Alltagstrott. Darum obliegt (und oblag) es stets einer Minderheit von Arbeitern, den aktivsten und bewußtesten „Führern der Arbeiterklasse“, letztlich ihrer organisierten Vorhut (der Kommunisti-

schen Partei), die Kampferfahrungen zu konservieren, zu verarbeiten, Lehren daraus zu ziehen, um – im Fall neuer Kämpfe – die schon gemachten Erfahrungen (Fehler, Mängel, die Bedingungen für Siege und Niederlagen) wieder einzubringen, die künftigen Kämpfe mit den Erfahrungen der vergangenen zu beleuchten.

Dazu nochmals Mandel: „Nur die bewußtesten, die hartnäckigsten Arbeiter werden dieser Tendenz zur Rückkehr zum ‚Existenzkampf‘, zum ‚Privatleben‘, die sich aus der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft und Wirtschaft ergibt, widerstehen“; „Genauer: nur die Minderheit der Arbeiterklasse, die fähig und bereit ist, einer permanenten politischen Tätigkeit nachzugehen, selbst in Zeiten des Rückgangs der Massenbewegung, selbst in der ‚Reprivatisierungsphase‘ der Mehrheit der Arbeiter und in der Phase des zunehmenden Einflusses der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie auf die Arbeiterklasse, nur diese Minderheit kann zu diesem auf seine höchste Ebene gebrachten Klassenbewußtsein gelangen. Dies ist die materialistische Grundlage der von Lenin verkündeten Notwendigkeit einer Avantgardepartei“.

In diesem letzten Sätzchen (dem Hinweis auf Lenin), macht Mandel allerdings einen Fehler (der die genannte Schrift weitgehend durchzieht und in der Organisationsfrage dann auch zu ganz und gar anti-leninistischen Konsequenzen führt): Mandel hätte nicht von „der materialistischen Grundlage...“ sprechen dürfen, sondern bloß von „einer...“ (und noch nicht einmal der wichtigsten). Mandel

„vergibt“ hier völlig das Element der Theorie (des wissenschaftlichen Sozialismus). Für Lenin war die wichtigste, alles entscheidende Grundlage der Avantgarde-Partei der wissenschaftliche Sozialismus, eine Wissenschaft, die keineswegs aus den unmittelbaren (spontanen) Kämpfen der Arbeiterbewegung „hervorgeht“, sondern „neben“ der Arbeiterbewegung und getrennt von ihr und ihren unmittelbaren Erfahrungen entstanden ist und mittels der Avantgardepartei erst („von außen“) in sie hineingetragen werden muß, um sich dort mit ihr zu einem Ganzen zu „verschmelzen“. Die vollständige Aneignung (und systematische Propagierung) des wissenschaftlichen Sozialismus war für Lenin stets und immer die (entscheidende) Grundlage der Avantgarde-Partei und nicht die der politischen Praxis, auch nicht einer allseitigen politischen Praxis (bei Mandel: „globalisierende soziale Praxis“) abgewonnenen Erkenntnisse. Umgekehrt war für Lenin stets die theoretische Propaganda, die Propaganda der sozialistischen Wissenschaft die wichtigste Aufgabe der Avantgarde-Partei und nicht – wie Mandel unterstellt – die Organisation einer „globalisierenden Praxis“ und die Garantie ihrer „Permanenz“. Darauf bei Mandel hinzuweisen, ist deswegen wichtig, weil Mandel die Notwendigkeit einer „besonderen Organisation der Revolutionäre“ (Lenin), also ihre Trennung (besondere Existenzform) von der spontanen Bewegung nur für Zeiten der „Aktualität der Revolution“ anerkennt und ohne diese „Aktualität“ auch die Existenzberechtigung und Notwendigkeit einer Avantgarde-Organisation bestreitet. Stattdessen soll sich die Avantgarde – nach Mandel – „innerhalb von Massenorganisatio-

nen“ betätigen, „soweit diese ein Minimum von interner Demokratie zulassen“ und hier offenbar auf die „Aktualität der Revolution“ warten, bevor sie sich als besondere und eigenständige Organisation zusammenschließt.

Lenin dagegen leitete die Notwendigkeit der Avantgarde-Organisation ganz allgemein aus der von der spontanen Bewegung (bis lange nach der Revolution) getrennten Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus (sowie der Existenz des nationalen und internationalen Klassenfeindes) ab. Auf irgendwelche Besonderheiten, wie z.B. auf die „Aktualität der Revolution“, auf besonders extreme Bedingungen der Verfolgung und Illegalität, oder auch auf die (nach 1917) dann vollbrachte sozialistische Revolution in Rußland und dergleichen mehr, reagierte Lenin lediglich mit Modifizierungen (Änderungen, die nicht das Wesen der Sache betrafen) an der „besonderen Organisation der Revolutionäre“ und zwar sowohl an der äußeren Form (dem jeweils konkreten Verhältnis von Avantgarde-Partei und Massenbewegung) als auch an dem „inneren Reglement“ (z.B. sog. „Durchsichtigkeit der Strukturen“, Bedingungen innerparteilicher Wahlen etc. pp.), ohne das grundlegende Prinzip der besonderen Kaderorganisation der Revolutionäre jemals infrage zu stellen. In dieser Hinsicht hätte also Lenin fraglos dem Trotzlisten-Führer Mandel „Anbetelei der Spontanität“ um die Ohren gehauen und wir ihm den Vorwurf einer revisionistischen „Aktualisierung der leninischen Organisationstheorie“.

Wi. (Mitglied des LG)

MAO TSE TUNG

"BAND V"



Diese Zusammenstellung bildet eine Ergänzung zu den in Peking erschienenen »Ausgewählten Werken Mao Tse-tungs«. Diese enthalten in den bisher erschienenen vier Bänden Reden und Schriften Mao's bis zur Gründung der Volksrepublik 1949. Ein daran anschließender fünfter Band ist inzwischen in der VR China in chinesischer Fassung in Druck, der aber wahrscheinlich erst den Zeitraum der 50er Jahre umfassen wird.

Für unsere Zusammenstellung haben wir die uns zugänglichen Einzeltexte, die seit 1949 im Peking Fremdsprachen-Verlag erschienen sind, zusammengezogen, außerdem zahlreiche Auszüge und Zitate, anhand der »Peking Rundschau«, Broschüren etc., jedoch ausschließlich aus chinesischen Originalquellen. Insofern unterscheidet sich diese Zusammenstellung grundsätzlich von sensationell aufgemachten Veröffentlichungen sogenannter »unbekannter Mao-Texte«.

Diese Zusammenstellung füllt unserer Meinung nach eine wesentliche Lücke, zumal es noch eine Weile dauern wird, bis sämtliche Texte Mao's aus der VR China in deutscher Übersetzung vorliegen werden – wobei noch zweifelhaft ist, ob nach dem Rechtsputsch vom Oktober letzten Jahres insbesondere die Texte zum Klassenkampf im Sozialismus und zur Kulturrevolution überhaupt vollständig und korrekt veröffentlicht werden sollen.

Erschienen am 1. Mai 1977

DM 9,-

ARBEITERKAMPF Verlag J.Reents Lerchenstr.75, 2000 Hamburg 50



Die bisherige Kritik am „Erfolgszwang“, an der „Durchdrücker-Mentalität“ u.a.m. als Kritik an den Organisationsstrukturen, den Anleitungsmethoden, des Arbeitsklimas innerhalb des KB ist ein wichtiger Schritt zur Eröffnung der Debatte gewesen, um überhaupt erst einmal wieder in die offene Auseinandersetzung miteinander zu kommen, statt bloße Geschäftsbeziehungen (von „unten“ oder von „oben“) miteinander zu unterhalten.

Die weitere Debatte sollte sich allerdings stärker mit unserer Zielsetzung und mit unserer Praxis befassen, denn von Zielsetzung und Einschätzung des taktisch Möglichen hängt schließlich ab, welche Ansprüche wir an uns stellen, wie wir unsere Arbeit organisieren, wie/wann/mit wem wir Bündnisse schließen. Die gegenwärtig hervortretenden resignativen Tendenzen im KB (und außerhalb) sind nicht zuletzt auch Ergebnis unrealistischer oder unflexibler Einschätzung des Erreichbaren.

„Wie geht's weiter?“ heißt zunächst, uns zu besinnen auf die Zielsetzung, mit der wir angetreten sind, und die Entwicklung seitdem kritisch zu prüfen.

Zu Beginn: Orientierung auf die Langfristigkeit

Bei Gründung des KB stand die Orientierung auf die Langfristigkeit der zu erwartenden Kämpfe im Vordergrund. Als Aufgabe stand, Keime einer revolutionären Alternative neu zu legen, revolutionäre Kerne für kommende Kämpfe aufzubauen. Hinter dieser Aufgabenstellung stand das Bewußtsein, daß nach dreimaliger Niederlage (1918 - 23 / 1933 - 45 / 56) und angesichts des revisionistischen Zerrbilds von Sozialismus in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ die Bedingungen für die Entwicklung einer neuen revolutionären und demokratischen Alternative in der westdeutschen (und darüber hinaus auch in der westeuropäischen) Arbeiterschaft denkbar ungünstig sind, selbst die Verteidigung einfachster demokratischer Rechte am politischen Desinteresse weiter Kreise der Bevölkerung krankt. Demgegenüber war klar, daß die westdeutsche Bourgeoisie mit allen ideologischen, politischen und polizeilich-militärischen Mitteln bereits jeden Ansatz zu einer solchen Alternative vorbeugend im Keim zu ersticken versucht, daß sie bereits darangeht, die demokratischen Rechte Stück für Stück zu liquidieren. Wir kamen zu der Einschätzung, daß die Arbeiterschaft und die demokratischen Kräfte in der BRD sich in der Defensive, der BRD-Imperialismus dagegen in der Offensive befindet. Wir charakterisierten die Politik des westdeutschen Imperialismus als „schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft“.

Den Elan, den Kampf trotzdem aufzunehmen, erhielten wir aus dem revolutionären Aufschwung in der „3. Welt“ (VR China, Kuba, Vietnam). Die Auseinandersetzungen im Weltmaßstab machten die grundsätzliche Krisenhaftigkeit des Imperialismus erfahrbar und engten gleichzeitig spürbar seinen Spielraum ein. Besonders das vietnamesische Beispiel war eine aktuelle Ermuti-

gung, der Langfristigkeit der zu erwartenden Auseinandersetzungen ins Auge zu sehen. Darüber hinaus wurde in der ersten größeren Krise des BRD-Imperialismus seine besondere innenpolitische und außenpolitische Aggressivität hautnah offenbar. Daraus resultierte ein erheblicher Schub spontaner Empörung, der selbst durch den damaligen Taktikwechsel von CDU/CSU- auf SPD/FDP-Regierung nicht sofort und nicht zur Gänze integrierbar war.

Im Gegensatz zu linken sozialdemokratischen Kräften, die im Ausklang der „APO“-Zeit auf den „langen Marsch durch die Institutionen“ orientierten, im Gegensatz aber auch zur „RAF“, die den revolutionären Elan der Befreiungsbewegungen mit dem Mittel der „bewaffneten Propaganda“ an der westdeutschen Bevölkerung, speziell der Arbeiterschaft, vorbei gewissermaßen zu „importieren“ versuchte, orientierten wir gerade auf die Entwicklung einer revolutionären Propaganda unter den „Massen“, den Aufbau revolutionärer Kerne in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem in den Betrieben, und Stärkung einer Abwehrfront gegen den Abbau demokratischer Rechte.

Grundlage unserer Propagandarbeit war die gründliche wissenschaftliche Untersuchung und Enthüllung der Planmäßigkeit der Restauration des westdeutschen Imperialismus nach 1945, der Systematik der politischen Unterdrückung in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, war der durch Fakten belegte Nachweis der kapitalistischen Ausbeutungswirklichkeit unter dem sozialdemokratischen Zuckerguß. Damit ist unsere Presse bekanntgeworden. Damit konnten unsere Genossinnen und Genossen in der Agitation auf die Frage „Wohin fährt der Zug?“ Orientierung geben.

Unsere Thesen zur drohenden Faschisierung führten in der Linken zu einer scharfen Debatte, in deren Verlauf sich verschiedene Strömungen herauskristallisierten, wesentlich mit den Polen: KB - KBW. Der KBW vertrat im Gegensatz zu uns die These: „Die Massen wollen nach links!“ Die Bourgeoisie gehe nicht vorbeugend an eine Faschisierung, sondern werde dazu gezwungen. Der KB wurde vom KBW und der übrigen Linken als Miesmacher beschimpft. Von linken Liberalen und Sozialdemokraten wurde die ganze Debatte derzeit ignoriert. Zustimmung fanden wir bei der „RAF“ - allerdings mit der nicht unerheblichen Variante, die SPD/FDP-Herrschaft sei bereits eine faschistische.

Inzwischen hat sich die gesamte Linke angewöhnt, von drohendem Faschismus, faschistischen Gefahren usw. zu reden, allerdings ohne die Korrektur ihrer früheren Positionen irgendwo öffentlich selbstkritisch belegt zu haben. Zum Teil stehen die Redewendungen von einer drohenden faschistischen Gefahr in schreiendem Gegensatz zu sonstigen Positionen dieser Organisationen. Zum Beispiel die „KPD“ bestreitet die besondere Aggressivität des westdeutschen Imperialismus. Die erfrischende Polemik zwischen den Lin-

ken ist so gut wie tot.

Linke Liberale, Sozialdemokraten und Gewerkschafter haben heute die Debatte über den drohenden Faschismus aufgenommen. Das geschieht z.T. in gezielter, z.T. in ängstlicher Distanzierung zu unseren Thesen, wenn auch gelegentlich aufgrund unserer Vorarbeit. Die durch Nazi-Terror und Adenauer-Hetze erhärtete antikomunistische Unvereinbarkeitspolitik bildet auch heute noch die Hürde beim Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Abwehrfront. Zum Teil hat die linke sozialdemokratische Kritik sogar ausgesprochenermaßen die Funktion, den Kommunisten den „Wind aus den Segeln zu nehmen“. Das Durchbrechen dieser Barriere ist uns bisher nur ansatzweise gelungen. Die Diskussion zwischen dem linkssozialdemokratischen, linksliberalen und revisionistischen Lager und uns findet bisher kaum statt.

Im Gegensatz zu „KPD“, KBW uam. haben wir die von uns 1972 vorgelegte Grundeinschätzung der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD nicht korrigiert, wenn auch verschiedentlich konkretisiert und aktualisiert. Im Gegenteil hat die politische Entwicklung unsere Einschätzung in erschreckendem Maße bestätigt. Was als These 1972 in die Debatte gebracht worden war, verhärtete sich im Verständnis vieler Genossinnen und Genossen unserer Organisation in der Folge zu einer „Wahrheit“, die nicht mehr hinterfragt, nicht mehr weiterentwickelt, sondern nur noch wie eine Schulweisheit auswendig gelernt wurde und wird. Im Verlauf der auch im KB allmählich wegsackenden Auseinandersetzung um die Frage „Wohin geht der Zug?“, wurden die Thesen mit Sympathisanten, bei Neuaufnahmen usw. in zunehmendem Maße nicht einmal mehr gelesen, sondern gewissermaßen als bekannt vorausgesetzt, so daß heute viele unserer Mitglieder nicht in der Lage sind, die notwendige politische Auseinandersetzung mit diskussionsbereiten linken Demokraten um diese Frage zu führen. Die „alten Hasen“ haben die Faschisierung z.T. als derart selbstverständlich in ihren Alltag integriert, daß sie selbst häufig erst durch die Empörung von Kollegen, Freunden usw. aus ihrem Trott gerissen werden. Diese ideologische und politisch-theoretische Erstarrung ist ein Produkt der Gewöhnung an die unmenschlichen und undemokratischen Zustände der BRD in unseren eigenen Reihen. Sie produziert zum einen linke Phrasen und muß zum anderen geradewegs in den sozialdemokratischen Sumpf führen, sich mit dem „Machbaren“ zu begnügen.

Die gegenwärtige Debatte muß daher den Begriff „Faschisierung“ wieder mit Inhalt füllen. Zum einen, um die linke Phrasendrescherei zu bekämpfen; an vorderster Stelle aber muß der entschiedene Kampf gegen das Gift des Sozialdemokratismus in unseren eigenen Reihen geführt werden, wenn wir unsererseits eine glaubhafte Alternative zum Sozialdemokratismus (und Revisionismus) entwickeln, die Bevölkerung vom sozialdemokratischen Einfluß lösen und zum Kampf gegen die drohende Faschisierung aufrufen wollen.

Haben wir unsere politische Linie in der Massenpolitik konkretisiert?

Vorweg: Das Eingreifen des KB in diverse Initiativen, Kämpfe in gesellschaftlichen Teilbereichen, Massenprotesten ist eine logische und notwendige Konsequenz aus unserer politischen Gesamtschätzung. Im konkreten Fall ergab sich die Notwendigkeit häufig durch eine vom KB unabhängige spontane Bewegung. Es wäre unsinnig zu meinen, wir hätten uns da „rausgehalten“ sollen. Nur in der konkreten Politik konnte sich die Organisation zu der realen politischen Kraft entfalten, die sie heute im Spektrum der Linken und demokratischen Kräfte der BRD darstellt. Der KB war auch in der Lage – selbst wo er dem Sog der spontanen Bewegung folgte – Orientierung zu geben, personell aktiv mitzuzugreifen, die eigene Linie relativ bekannt zu machen. Die Bündnispolitik des KB schlug hier und dort auch Breschen in die antikommunistische Unvereinbarkeitspolitik.

Es haben sich aber Fehler in der Praxis der Organisation eingestellt, die unbedingt kritisch diskutiert und behoben werden müssen.

Bereits 1972 entwickelte sich angesichts der übergroßen Aufgaben die Neigung, in einem „allseitigen“ Praxisanspruch zu ersaufen. Etwas grob gesagt, läßt sich dieser Vorgang so wiedergeben: rotieren (überall dabei sein), rasonnieren (zu allem etwas sagen müssen), resignieren (wenn man diesen Ansprüchen nicht genügen konnte). Gegen diese handwerklerische Ausuferung der „Praxis“ ohne Schwerpunkt und ohne langfristige Perspektive wandte sich schon früh eine Ausrichtungskampagne, in deren Verlauf u.a. AK-Artikel wie „Warm anziehen“ und „Gegen das Kommunistenverbot“ erschienen, die noch einmal die langfristige Orientierung vertieften. Für den „Alltagsgebrauch“ gab UNSER WEG die Parole aus: „Bewußtes Element stärken, Praxis rationalisieren!“ Debatten um die Korrektur falscher Anleitsmethoden flankierten diesen Ausrichtungsversuch.

Trotzdem hat sich in der Folgezeit bei der Arbeit in Initiativen und „Masseneinsätzen“ eine Mentalität des Umsteigens von einem „Massenansatz“ zum nächsten breit gemacht. (Ich spreche hier nicht gegen den gezielten Einsatz von Kadern, sondern von einem spontanen massenhaften Phänomen innerhalb der gesamten Organisation). Ein und dieselbe Gruppe oder auch Person wechselte von Betriebsgruppe auf Jugendgruppe, von Jugendgruppe auf „BI“, von „BI“ auf „Bunte Liste“, von Frauen-AG auf „Anti-AKW“. Letzter Schrei scheint das Umsteigen von „Anti-AKW“ auf „Antifa“ zu sein.

Im folgenden möchte ich mit einigen Beispielen, keineswegs vollständig, die Auseinandersetzung um diesen Punkt anregen:

Unsere Betriebsgruppen entwickelten 72/73 in Hamburg eine relativ breite Massenarbeit in den Betrieben, an der Gewerkschaftsbasis, in Streikleitungen. Diese Arbeit war getragen von gründlicher Enthüllungspropaganda über kapitalistische Wirtschaftspolitik, über die Gewerkschaftspolitik. In AK, Branchenzellungen, Flugblättern konnten die fortschrittlichen Kollegen sich informieren und orientieren. Es bildeten sich eine Reihe aktiver Kerne in verschiedenen Betrieben, an der gewerkschaftlichen Basis. Selbst der VS mußte einen relativ breiten Einfluß des KB in den Hamburger Betrieben konstatieren. Bekanntlich lösten diese Tatsachen scharfe Reaktionen von Kapitalisten und Gewerkschaftsführung aus (Rauschmiß, Gewerkschaftsausschlüsse). Das Ergebnis war eine massive Schwächung unserer betrieblichen Politik und Verankerung – die Untersuchungen im AK blieben aus, die Branchenzellungen wurden eingestellt. ...Eine kritische Ana-

lyse und Offenlegung dieser Entwicklung in unserer Presse aber ist bisher kaum erfolgt. Wo sind heute die Kräfte, die derzeit die betriebs- und gewerkschaftsoppositionelle Politik getragen haben? Was machen die Kollegen, die derzeit für unsere Propaganda und Agitation ansprechbar waren?

Die KB-Frauen wurden im Zuge der wachsenden Proteste gegen die Verabschiedung des § 218 aktiv. Sie mußten ihre Politik gegen den Widerstand, zumindest gegen die Gleichgültigkeit des männlichen KB-Teils durchsetzen. Im Ergebnis dieser Auseinandersetzungen erweiterten die Frauen die politische Mobilisierungsfähigkeit des KB erheblich. Damit errangen sie während der § 218-Kampagne die Anerkennung ihrer Arbeit innerhalb der Organisation – weniger mit ihren grundsätzlichen ideologischen Positionen. Angesichts der Anerkennung durch den männlichen Teil der Organisation „verzichteten“ die Frauen aber auf dem Höhepunkt der „§ 218-Kampagne“ auf die weitere Stabilisierung aktiver Frauen – Kerngruppen im KB und außerhalb. Nach der Kampagne sind viele Frauen wieder in den politischen Normal-Vollzug der Organisation oder auf politisch scheinbar „lohnendere“ Arbeiten umgestiegen, so daß der in der Kampagne gewonnene Ansatz einer eigenständigen Frauenpolitik kaputtging – innerhalb des KB; und auch die Arbeit in der Frauen-Bewegung offenbar auf ein Minimum sank. Eine analytische Aufarbeitung der Erfahrungen aus dem Kampf innerhalb der Organisation und in der Kampagne wurde nicht vorgenommen. Heute müssen Kerne aktiver Frauen, die eine Voraussetzung für eine eigenständige Frauenpolitik sind, selbst innerhalb der Organisation erst wieder geschaffen werden (siehe AK 137).

Im Jugendbereich hat es seinerzeit unter dem zunehmenden Druck auf den Ausbildungsbereich eine breite „Jugend-AE“ unter Beteiligung des KB und des SSB gegeben. Auch hier ist es nicht gelungen, einen Propaganda-Kern zu stabilisieren. Eine Untersuchung, eine Offenlegung der in der AE gemachten Erfahrungen, der Gründe z.B. warum es nicht gelang, längerfristig in breitere Kreise der Schüler und Jugendlichen vorzudringen, ist nicht bekannt. Heute ist der Jugendbereich in Hamburg politisch tot und muß neu aufgebaut werden.

In die Anti-AKW-Bewegung wurde der KB durch die spontane Bewegung gezogen. Wie keine andere Organisation der Linken lieferte der KB grundlegende Analysen zum Atomprogramm, zur Polizeistrategie, zu den Kampffragen der Bewegung und konnte damit in starkem Maße Orientierung geben. Unsere Genossen und Genossinnen konnten – mit Schwankungen – aktiv zu einer breiten Agitation der BIs beitragen, eine breite Bündnispolitik stützen – bis hin zu dem Kalkar-Bündnis. Seit der Demonstration in Kalkar geht im KB und in der Anti-AKW-Bewegung das Gespenst des „Kalkar-Schocks“ um. Kein Mensch weiß so recht, was das eigentlich ist! Eine wissenschaftlich aufbereitete Analyse der Kämpfe bis Kalkar, der objektiven Bedingungen des Niedergangs der Bewegung, der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse uam. ist nicht veröffentlicht worden – weder von uns noch von sonst irgendeiner politischen Kraft. Ebenso wenig ist eine breite Offenlegung der Probleme der Ermittlungsausschüsse im Kampf gegen die nachfolgende Kriminalisierung erfolgt. Solange der „Kalkar-Schock“ eine derartige Mystifikation bleibt, wird es schwer sein, innerhalb der Anti-AKW-Bewegung selbst die Klarheit über die nächsten Schritte zu gewinnen.

Die Bunte Liste hat dem KB zweifellos politische Bekanntheit gebracht, insbesondere seine Bündnisfähigkeit unter Beweis gestellt. Nicht so klar ist allerdings, ob sie auch das politische Profil des KB ge-

schärft hat. Zum einen wurde die Auseinandersetzung in den Wahl-Initiativen, wie die Arbeit nach der Wahl weitergehen soll, nicht ausreichend, zum Teil in verschiedenen Initiativen gar nicht geführt. Zum zweiten kam die Auseinandersetzung innerhalb des KB zum Selbstverständnis der Kommunisten in der Wahl zu kurz. Der Artikel dazu im AK erschien erst nach der Wahl. Heute ist die weitere konkrete Arbeitsperspektive der Gruppen der Bunte Liste unklar. Die bisherigen Auswertungen erlauben keine Einschätzung, was am Zustandekommen dieses Bündnisses auf besondere Hamburger Bedingungen zurückzuführen und daher nicht übertragbar ist, welche Lehren aus der Hamburger Wahlerfahrung generell zu ziehen sind – sowohl für die in verschiedenen Bundesländern anstehenden Wahlen als auch für die Bundestagswahl 1980. Im besonderen fehlt eine Offenlegung der Schwierigkeiten, die in dem Bündnis aufgetreten sind.

Im Antifa-Bereich zeichnet sich die nächste Runde des Umsteiger-Booms ab. Das ist besonders verblüffend, weil gerade in diesem Sektor im Gegensatz zu anderen lange Zeit gegen den Strom gearbeitet wurde. Angesichts zunehmender Nazi-Provokationen und im Klima allgemein wachsender Repression wächst dort gegenwärtig der spontane Protest, auch von links-sozialdemokratischer und linksliberaler Seite. Über eine Reaktion auf Provokationen der Nazis und ihrer amtlichen Helfer kommt auch unsere Antifa-Politik nur mühsam hinaus. An den Aufbau eigenständiger Propaganda-Kerne, die auch über sozialdemokratischen Protest hinauszugehen imstande sind, die auch einen evtl. Abschwung des gegenwärtigen Booms überdauern können, wird nur mit größtem Widerstreben herangegangen. Auch im antischichtischen Bereich hat eine Aufarbeitung der bisherigen Erfahrungen nicht stattgefunden. Im Bereich der Faschisierung des Staatsapparats z.B. bildet der „Stammheim-Schock“ – parallel zum „Kalkar-Schock“ – trotz aller Enthüllungen zu den „Stammheimer Wundern“ bisher ein nicht geknacktes Problem, das aber unbedingt einer offenen Diskussion bedarf.

Gemeinsam ist allen diesen Beispielen:

Es wurde kaum eine analytische Aufarbeitung der positiven wie der negativen Kampferfahrungen, der objektiven sowie der subjektiven Bedingungen des jeweiligen Kampferlaufs oder -ausgangs vorgenommen. In keinem Fall ist auf Grundlage einer solchen Untersuchung eine gründliche Offenlegung der Schwächen der Bewegung und einzelner Kräfte darin erfolgt.

In der Konsequenz bedeutet das:

1. Wir haben im KB zwar eine Menge politischer Erfahrungen gemacht, diese Erfahrungen sind bisher aber kaum zu einer kritischen Vertiefung unserer anfänglichen Einschätzung organisiert zusammengefaßt, so daß sie für die zukünftige Ausrichtung noch nicht zur Verfügung stehen;
2. Eine politische Auseinandersetzung innerhalb der Initiativen, Massenansätzen usw. politischen Strömungen um die weitere Perspektive anhand harter Fakten fand nicht in ausreichendem Maße statt, womit Möglichkeiten der langfristigen Stabilisierung der jeweiligen „Ansätze“ verschenkt wurden.

Stattdessen ist es in manch einem Fall so, daß notdürftig „der Laden am Laufen gehalten“ wird, die Schwächen und mangelnden Perspektiven vertuscht und über die konkrete Arbeit z.T. schönfärbische Darstellungen gegeben werden – oder es wurde eben kommentarlos die Flucht ergriffen und auf den nächsten „Erfolg“-versprechenden Ansatz umgestiegen.

Zu ungeduldig in der Bündnispolitik

Als Bedingung für dieses Umsteiger-Phänomen muß wohl heute wie zu Be-

ginn unserer politischen Arbeit die schwierige Bündnispolitische Lage in der BRD gesehen werden. Außerhalb der Sozialdemokratie und der Liberalen gibt es eben in der BRD immer noch keine eigenständige demokratische Kraft, kein demokratisches Mittelfeld. Die neuerlich in linkssozialdemokratischen und linksliberalen Kreisen aufkommende Kritik an der Entwicklung ist immer noch in der antikommunistischen Abgrenzungspolitik befangen. Seitens der Bourgeoisie wird die Isolationspolitik mittels „Anti-Terrorismus“, mittels ideologischer Aufweichung (DKP u.a.), mittels Kriminalisierung immer massiver betrieben. In der Realität der verschiedenen Initiativen und Massenansätze ist es immer wieder ein relativ begrenzter Personenkreis, der die jeweiligen Aktivitäten trägt, vor allem in kleineren Orten. Vorstöße in sozialdemokratisch oder liberal beeinflusste Kreise sind nur mühsam möglich. Von hierher müssen aber schließlich die neuen Mitstreiter gewonnen werden. — Hinzu kommt, daß Teile der Linken inzwischen als fortschrittliche Kräfte ziemlich abgewirtschaftet haben, aber immer noch größere Teile aktiver Kräfte binden („KPD“, KBW, DKP...).

Bei jeder politischen Frage, die der KB heute aufgreift, kommen wir daher — gerade durch die gewachsene politische Bedeutung der Organisation — zwangsläufig in die Gefahr, stellvertretend für die hierzulande unterentwickelte demokratische Bewegung den Protest artikulieren und z.T. sogar organisieren zu müssen und — in schädlicher Konsequenz auch zu „wollen“. Extrem tritt dies in der Politik des KBW auf, der bekanntlich die „Volksmassen“ durch Mitgliederaktionen ersetzt, und sie von Abenteuer zu Abenteuer treibt.

Als Ursache der Umsteigerei aber ist eine gewisse „linke Ungeduld“ anzusehen. Um sich selber oder anderen angesichts der — unbestritten schwierigen und z.T. frustrierenden — politischen Lage Mut zu machen, wird das Schwergewicht der Orientierung auf kurzfristige Mobilisierungserfolge verlagert, die langfristige Entwicklung neuer Kräfte durch politische Kleinarbeit dagegen geringgeschätzt.

In diesen Zusammenhang gehört auch das „Instrumentalisieren“ von Bündnispartnern. Sie werden häufig nur so lange akzeptiert, wie sie einer bestimmten Kampagne nützen; als eigenständige Kraft im politischen Spektrum der BRD und als Person/Gruppe, von der auch wir etwas lernen können, aber werden sie gar nicht für voll genommen.

Im Gegensatz zu solch einem „Erfolgs“-Verständnis muß m.E. Erfolg in der Massenarbeit gerade daran gemessen werden, ob es gelingt, vom KB unabhängige demokratische Kräfte zu fördern und politisch zu stabilisieren, um damit langfristig die Kampfverhältnisse so günstig wie möglich zu machen, und kurzfristig die demokratische Abwehrfront zu verbreitern.

Die ungeduldige Umsteigerei zehrt dagegen trotz aller kurzfristigen — und z.T. ja beachtlichen — „Erfolge“ an der politischen Substanz — und zwar sowohl des KB als auch der verschiedensten Initiativen u.a. Es erschwert erheblich den notwendigen Aufbau der Alternative gegen den herrschenden Sozialdemokratismus (und Revisionismus). Die häufige perspektivlose „Rödelei“ muß irgendwann zwangsläufig in Resignation und damit in Kapitulation vor den bestehenden Verhältnissen führen. Die gegenwärtigen „Ausflipp“- und „Ernüchterungs“-Tendenzen, der „Rückzug ins Private“, die Beschränkung aufs „Machbare“ sind gerade in der „Massenarbeit“ die alarmierendsten Anzeichen.

Politisches Programm erarbeiten!

Einige Stimmen haben in der Debatte bereits eine „Effektivierung“, „Straffung“,

„Hebung des Niveaus“ gefordert. In vielen Einheiten unserer Organisation wird dementsprechend bereits kräftig „geschult“. Als Sofort-Maßnahme ist es zweifellos richtig, zunächst mal über eine Schulung die notwendige Rückbesinnung auf die bereits vorliegenden Einschätzungen unserer Organisation unter unseren Mitgliedern vorzunehmen sowie Sympathisanten in diese Literatur und die Geschichte des KB/der Linken einzuführen. Auch die Schulung an prinzipiellen Fragen der marxistischen Gesellschaftslehre ist notwendig.

Die Schulung darf die praktische Weiterentwicklung unserer Politik allerdings nicht ersetzen.

„Hebung des Niveaus“ bedeutet über Schulung hinaus Einleitung einer programmatischen Debatte im AK, UW und evtl. auch in öffentlichen Zusammenkünften. Das muß als Aufgabe der gesamten Organisation begriffen werden. Die Weiterentwicklung seit 68/69 muß aufgearbeitet werden (Pläne des Imperialismus/Kräfteverhältnis Imperialismus — Sozialismus weltweit/Kräfteverhältnis in der BRD; Arbeiterschaft, demokratische Front, Linke usw.). Ein politisches Schwerpunktprogramm muß entwickelt werden, das uns hilft, die notwendige Auseinandersetzung mit Sozialdemokratismus, Revisionismus und auch den übrigen Linken zu forcieren, das uns hilft, spontane Bewegungen so frühzeitig wie möglich zu erkennen, das uns erlaubt, unseren Kräfteinsatz längerfristig als bisher zu planen, und das auch damit die Umsteiger-Mentalität in der Organisation bekämpft.

Ein Schwerpunkt der weiteren Arbeit ist daher auf wissenschaftliche Untersuchungsarbeit zu legen. Das heißt nicht, am Schreibtisch gemütlich soziologische Studien zu betreiben. Das heißt organisierte wissenschaftliche Kleinarbeit: Sammeln von Berichten, Anfertigen von Einzelanalysen, Auswertung vorhandener bürgerlicher Quellen, Kontaktaufnahme und Meinungsaustausch mit linksbürgerlichen oder demokratischen „Koryphäen“ usw. Das Ergebnis dieser Bemühungen muß öffentlich zur Diskussion gestellt werden.

„Hebung des Niveaus“ beinhaltet zum zweiten eine politische Überprüfung unserer Arbeit in den diversen Initiativen und „Massenansätzen“. Jedem Liquidierungsversuch muß dabei von vornherein entgegengetreten werden. Aufgrund der bisher praktizierten Umsteiger-Politik muß ja manche Gruppe die nominell betriebene Arbeit im „Bereich“ erst einmal in der Tat aufnehmen! Auch hier steht Kleinarbeit vorne an: Die Überprüfung muß sich darauf richten 1) ob überhaupt effektiv konkrete (fachliche) Mitarbeit geleistet wird; 2) ob es möglich ist, den Aufbau von Aktivisten-Kernen zu fördern, um die Initiative zu stabilisieren; 3) ob es möglich ist, individuell die/den eine(n) oder andere(n) für den KB zu gewinnen. Insgesamt kommt es darauf an, die politische Auseinandersetzung sowohl um die Alltagsprobleme als auch um die weitergehenden Perspektiven in den „Bereichen“ zu intensivieren mit dem Ziel, die Eigenständigkeit der Initiativen, „Ansätze“ u.a. als demokratische Kraft zu stärken. — Wo dies — auch nach selbstkritischer Überprüfung der eigenen „Rödelei“ — gar nicht möglich erscheint, sollte der Einsatz reduziert werden.

Für unser Presse-Konzept bedeutet „Niveau heben“ folgerichtig:

1. Der AK muß nicht weniger, sondern mehr „Informationen“ bringen, und zwar im Sinne zusammenfassender Übersichten, Analysen von Entwicklungstendenzen, Auswertung von Kampferfahrungen, Berichte. Die Enthüllungspropaganda muß intensiviert werden. AK-Redakteure/Innen müssen die von der sonstigen Presse verborgenen Schweinereien aufdecken. —

Kurzweg: das Informations- und exemplarische Agitationsniveau muß derart angehoben werden, daß der AK für jede(n), der/die sich über die Verhältnisse in der BRD eine Meinung bilden will, unentbehrliche Grundlage seiner Einschätzung ist. Das gilt auch für die Einordnung des westdeutschen Imperialismus in die weltweiten Auseinandersetzungen. Darauf basierend muß der AK eine Plattform für programmatische Auseinandersetzungen um die revolutionäre und demokratische Alternative hierzulande werden. Das schließt die kritische Beschäftigung mit diversen radikaldemokratischen Programmen ein.

Diese Aufgabe kann der AK nur leisten, wenn eine Infra-Struktur wissenschaftlich arbeitender Propaganda-Kerne um die politische Redaktion herum aufgebaut wird, wenn auch das Berichts- und Kommissionswesen gestrafft wird. Jede Genossin und jeder Genosse muß sich als Agent(in) des AK verstehen. Eine Vertiefung spezieller politisch-theoretischer Fragestellungen sollte ergänzend UNSER WEG als theoretisches Organ leisten — einerseits um den AK zu entlasten, andererseits um mit der Vertiefung bereits angeschnittener Fragen gezielt auf einem bestimmten Niveau beginnen zu können.

2. Einzelne Bereiche — die schon jetzt den AK zu sprengen drohen und nur unter Verzicht auf allseitige und vollständige Berichterstattung noch im AK-Rahmen gehalten werden können — müssen eine zusätzliche Pressearbeit entwickeln — und zwar nicht als „Lupenreine“ Ableger des KB, sondern als demokratische Organe in Zusammenarbeit mit Kräften außerhalb des KB. In den meisten Initiativen oder „Bereichen“ gibt es ja bereits derartige Organe — wenn nicht, so muß auch in diesem Sektor die Bildung einer „Infra-Struktur“ von Infos etc. unsererseits angeregt werden.

Bei bereits bestehenden Infos, Zeitungen usw. muß geprüft werden, ob eine solidarische, gleichberechtigte Mitarbeit möglich ist — oder ob es wie z.B. im antifaschistischen Sektor bei der „tat“ unsinnig ist, dort mitzuarbeiten. Grundsätzlich ist eine Mitarbeit unserer Genossinnen/Genossen in demokratischen Publikationsorganen allemal eine wünschenswerte Sache — allerdings, ohne diese Organe als Mini-AK oder als „Müllplatz“ für den AK zu betrachten.

In welchen Bereichen wir uns in absehbarer Zeit an eigenständiger demokratischer Presse-Arbeit beteiligen können, hängt unmittelbar von der konkreten Entwicklung der jeweiligen Bündnisse ab. Sicher und notwendig erscheint es mir für die Bereiche „Internationales“ und „Antifa“. Weiteres wird man sehen. Fraglich erscheint mir, ob der REBELL in dieser Form weiter haltbar ist. Hierzu müssen im Zuge der Diskussion um die Jugend-Politik unbedingt Fakten auf den Tisch.

Zur Frage der „Leistung“

Aus der grundsätzlichen Aufgabenstellung sowie aus der aktuellen Situation ergibt sich zwangsläufig, daß wir unsere Arbeit klar nach Effektivitätsgesichtspunkten organisieren müssen — wenn wir gegen den hochorganisierten Gegner auch nur die geringste Chance haben wollen. Ich will hier nicht die Prinzipien des demokratischen Zentralismus sowie des leninischen Zeitungskonzepts zum wiederholten Male ausführen — mit ihrer Zentralisierung von Wissen, Qualifikation, demokratisch gewonnenen Meinungen unter einem einheitlichen Ziel und Kommando ist dies die bisher effektivste Organisationsform. Selbst die Polizeistrategen versuchen, ihren Apparat heute zentralistisch und zugleich „demokratisch“ zu organisieren — nur daß es bei ihnen mit der Demokratie so gar nicht klappen will, weil der Beamte von „unten“

eben nur nach „oben“ orientiert ist und eigene Verantwortung sabotiert, und weil die Bevölkerung bekanntlich immer noch ihre Meinung gegenüber Polizisten zurückhält ... Jeder von uns weiß auch, wie die Produktion organisiert ist — da müssen wir eben noch besser sein.

Schief wird die Sache, wenn „Leistung“ nicht mehr mit klarer Zielsetzung begründet wird, wenn nicht mehr mit kühlem Kopf eine Arbeit gegen die andere abgewogen werden kann, sondern wenn „Leistung“ als „kommunistisches Arbeitsprinzip“ oder so ähnlich ausgegeben und damit schlichtweg moralische Erpressung ausgeübt wird. Wir müssen uns wohl immer wieder erinnern, daß wir auf dem Boden der Freiwilligkeit miteinander arbeiten. Die Übernahme von Arbeiten muß nach dem Prinzip der Interessiertheit geschehen. Ein Interesse setzt sich aus Einsicht in Notwendigkeiten zum einen und individuellen Fähigkeiten und Neigungen zum anderen zusammen. Es verändert sich durch praktische Überzeugungsarbeit, nicht durch Überredung in langen Sitzungen. Im Gegensatz zum berüchtigten „Bock-Verhalten“ allerdings beinhaltet Interessiertheit, daß eine übernommene Arbeit verbindlich ausgeführt wird, Schwierigkeiten sofort angegeben werden uam.

Die Arbeit nach Interesse ist auch eine Grundvoraussetzung für die Qualifikation der Genossinnen und Genossen — gleich auf welcher „Ebene“ sie tätig sind. Sie fördert die Auseinandersetzungsfreudigkeit mit der politischen Aufgabe. Kleine Erfolge aus eigenständiger Arbeit geben Mut und die politische Sicherheit, sich auch um andere Fragen der Bewegung zu kümmern als nur die eigenen usw. —

Von einem solchen Prinzip der Arbeitsorganisation sind wir heute weit entfernt. Das Umstelgen hat das gerade Gegenteil bewirkt: Es hat die Genossinnen und Genossen z.T. disqualifiziert, eigenes Interesse abgewürgt, statt es zu stärken, und hinterläßt in vielen Fällen statt arbeitsfähiger, stabiler, im Bereich verankerter Kerne eine amorphe Masse politisch interessierter, aber unqualifizierter und ineffektiv arbeitender Menschen, die notwendigerweise hinter jeder spontanen Bewegung hinterherschwappt. Im schlimmeren Fall hat die Umstelgerei die berüchtigten „Polit-Leichen“ hinterlassen.

Wir brauchen aber Zellen, die in ihren Bereichen fest verankert sind, die eine eigenständige Politik machen, notfalls auch mal gegen den Strom, und die gegebenenfalls — auch unabhängig von Repression gegen die Gesamtorganisation — politisch aktionsfähig bleiben. Diese Anstrengung müssen wir auf uns nehmen.

F. (Antifa-Kommission), Hamburg



Liebe Genossinnen und Genossen!

In den Einheiten der Organisation und — mehr noch — an Kneipen und an anderen Tischen wird gegenwärtig diskutiert, wie (und ob?) es mit dem MB weitergeht. Diese Debatte offenbart beträchtliche Differenzen im KB, ist also bitter notwendig. Schlimm wird's allerdings, wenn nicht mit dem Ziel der größtmöglichen Vereinheitlichung diskutiert wird. Dem Ziel der Einheit dient man am besten, indem man versucht, den eigenen Standpunkt in der gesamten Organisation durchzusetzen; hierum so lange zu kämpfen, bis man gegebenenfalls davon überzeugt wurde, „auf dem Holzweg“ zu sein. (In seiner politischen Meinung oder der Entscheidung, sich im KB zu organisieren). Gegenwärtig müssen wir diesbezüglich eine erhebliche Unernsthaftigkeit feststellen. Gemessen am Um-

fang der Debatte gibt es sehr wenig schriftliche Stellungnahmen. Vorherrschend sind folgende liberale Methoden: Auf der Zellsitzung wird rumgefragt, „was den Genossen stinkt“ — es erfolgt eine bunte Aussprache über subjektiv empfundene Mängel. Die Palette reicht zuweilen von persönlicher Kritik über organisatorische Mängel bis zur Infragestellung der Notwendigkeit der Kaderorganisation; die Konsequenz der Aussprache bleibt nebulös bzw. wird subjektivistisch von der Einheit oder dem Anleiter festgelegt. Einige Bereiche haben „experimentelle Wochenendseminare“ gemacht mit Aussprache über „alternatives Leben“ (Landkommunen etc.), ohne daß das Ziel dieser „Schulung“ besprochen wurde und ohne daß angegeben werden konnte, ob es in dieser Frage tatsächlich Meinungen gab, die man bekämpfen wollte. Beliebte scheint auch die sogenannte „provokative These“ zu sein, d.h.: Genossen „werfen Fragen auf“ (z.B. „ist die Arbeiterklasse eigentlich das revolutionäre Subjekt“) ohne einen eigenen Standpunkt zu beziehen, ohne zuzugeben, daß es sich um ihre Fragen (bzw. Meinungen) handelt.

Diese Herangehensweise fördert letztendlich Unklarheiten und verschärft die Handlungsunfähigkeit — zersetzt. Möglicherweise ist gerade ein Grund unserer heutigen Schwierigkeiten, daß wir in letzter Zeit zu viel Meinungen haben bestehen lassen, pragmatisch festgestellt haben „der hat Widersprüche, zieht nicht mit“ ohne die Sache bis zu Ende durchzufechten. Jedenfalls hatten wir schon zeitweise einen besseren Überblick über den Diskussionsstand in der Organisation (ich erinnere die Veteranen an die „Pflicht“-Stellungnahmen zur Wahl der SPD 1972), und das ist die erste Voraussetzung zur Einheit in der Aktion. Die jetzt laufende Debatte kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle Standpunkte (ob vereinheitlichte Meinung der Einheit, ob individuelle Positionen) der Leitung zugehen, und der Organisation bekanntgemacht werden. Insbesondere bitte ich die anleitenden Genossen, mutig loszulegen; vielleicht hat gerade das bisweilen zur Schau gestellte „mir ist alles klar“ dazu geführt, daß am Kneipentisch ohne „Chef“ die brisantesten Sachen erörtert werden. Als kleine Hilfestellung stelle ich noch mal einige offene Fragen und Positionen zusammen, die sich aus der bisherigen AK-Debatte sowie bisher geführten Diskussionen in verschiedenen Bereichen ergeben.

1. Bock oder Leistung

Nur der Kampf um die radikale Veränderung dieses dekadenten Systems ermöglicht es uns, menschlich zu sein, weil nur so die barbarischen Normen dieser Gesellschaft (z.B. die Konkurrenz) überwunden werden können. Insofern ist kommunistische Arbeit auch heute die befriedigendste, befreidendste, schönste Sache der Welt. Wir beneiden nicht den Spieler, der die 500,- DM, die wir Beitrag zahlen, „für sich“ hat, weil ihm der konkrete Traum von der Zukunft fehlt, weil er nicht wie wir lernt, die Verhältnisse immer besser zu begreifen und bewußt zu verändern. So allgemein ist die Teilnahme am kollektiven (Klassen-) Kampf Bedingung der individuellen Emanzipation — Bedürfnisse und Arbeit stimmen überein. Konkret zwingen uns die herrschenden permanent, gegen unsere Bedürfnisse (Bock) zu verstoßen oder unser oberstes Ziel, die Revolution, zu vernachlässigen. AK-Verkauf ist kein Lustgewinn, Disziplin, Pünktlichkeit, Fleiß, einzuhaltende Termine, stehen häufig gegen die eigene Gesundheit, gegen die persönliche Beziehung, das Hobby. „Bock-Prinzip“ und ernsthafte revolutionäre Arbeit sind unvereinbar. Wir haben den Anspruch, diesen objektiven Widerspruch zu lösen durch die Unterordnung der eigenen Person unter die Belange der Revolution. Wir tun nicht so, als wären wir solche perfekten Kader, aber das ist die Richtung, in die wir wol-

len. Wenn wir einen Genossen moralisch bewerten, stehen doch Ehrlichkeit, Solidarität, Fleiß, Disziplin ganz oben an und nicht Redegewandtheit, Intellekt, Humor oder Schönheit. Ich halte es für legitim, zeitweise bewußt nach Bockprinzip zu arbeiten (ausgebrannt, muß sich erholen); erst recht ist es notwendig, Genossen entsprechend ihren Neigungen und Fähigkeiten einzusetzen.

Aber diejenigen, die das Bockprinzip zum Dogma ihrer Arbeit machen, können nicht mehr als Sympathisanten einer kommunistischen Organisation sein, oder sollten wir erst auf Anleitersebene diese Kriterien anlegen? Eine versteckte Variante scheint mir die häufig anzutreffende Formulierung „ich mach nur soviel, wie der KB als Gegenleistung für meine persönliche Qualifikation bietet“.

2. Das Klima — und wer Schuld daran ist.

a. Gegen Angeberei, Mackertum, Bürokratismus, Obrigkeitshörigkeit, Konkurrenz und allen bürgerlichen Verhaltensmustern muß rebelliert werden, besonders, wenn es bei Anleitern auftritt.

b. Gutes Klima hat nichts mit persönlicher Sympathie zu tun und wir sind tolerant gegenüber jedem Lebensstil, der nicht zu Lasten anderer geht (III). Gutes Klima hat auch nichts mit Harmonie zu tun, der heftige politische Streit, das furchtbare Gemetzel um die richtige Position ist unser „Lieblingsklima“.

c. Was mir aktuell am wichtigsten erscheint: Es gibt keinen Zusammenhang zwischen der Struktur unserer Organisation (demokratischer Zentralismus) und bürgerlichem Verhalten (schlechtes Klima). Wir haben es ja heute breit damit zu tun, daß die bloße Existenz von LG und Anleiterstrukturen mit „Druck“ und „Bürokratismus“ gleichgesetzt wird. Das geht soweit, daß diese Strukturen der Avantgardeparteien für die Restauration in der SU verantwortlich gemacht werden. (Muster: demokratischer Zentralismus führt zu Stalinismus, zu den Moskauer Prozessen und angesichts all dieser schrecklichen Dinge wird so ein Mann wie Solschenizyn zum Reaktor.) Dies sind Thesen, die an kleinbürgerliche Vorstellungen anknüpfen, an Ideale von völliger Unabhängigkeit und (Entscheidungs-)freiheit; Ideale, die den politischen Zweck unserer Aktionen ablehnen (ich erinnere an das Gezeter in der kleinbürgerlichen Sponti-Szene, das man sich bei Brokdorf III so schlecht „selbst-verwirklichen“ konnte).

Wenn wir Fehlverhalten einzelner Genossen als Produkt dieses Systems (und nicht unserer Organisation) begreifen, können wir es konkret bekämpfen. Einverstanden? (Wenn ja, kann man sehr genau diskutieren, ob das Verhältnis von Demokratie und Zentralismus bei uns richtig gewichtet ist.)

3. Wir und die Massenarbeit (Halten wir Schritt?)

a. Der KB ist noch nie so uneinheitlich nach außen aufgetreten wie in diesem Jahr, speziell in der BUU und BL. Ich erinnere an den Gründungskongreß (speziell das Trauma mit dem Namen), die Hannover-Demo und jetzt läuft ja in der BUU diese miese Kampagne, daß nur diejenigen in den Sprecherrat dürfen, die auch fest in einer BL verankert sind (dicke Zustimmung von Teilen der Organisation), daß immer weniger Genossen zu Fraktionssitzungen kommen, paßt ins Bild. Die Sache mit der Hannover-Demo ist mir klar, weil hier nicht sauber vordiskutiert worden war. Aber wie erklären sich die vielen anderen Dinge? In Bergedorf wurde der Standpunkt vertreten, wir dürften in der Bunten Liste nicht fraktionell arbeiten, weil das dem Wesen dieser demokratischen Massenorganisation widerspricht. Dies ist sicherlich eine extrem deutliche Ablehnung der besonderen Rolle der kommunistischen

Organisation. Aber ist die Ablehnung der Fraktionsdisziplin nicht das gleiche? Wünschen sich diese Genossen vielleicht den KB als „linke Fraktion des radikaldemokratischen Lagers“? Mich bedrückt weniger die Tatsache, daß wir hier und da uneinheitlich aufgetreten sind; schlimmer ist, daß es danach so einfach weiterging, die politische Differenz, die hinter dem unterschiedlichen taktischen Verhalten stand — wo ist die bis zur Neige ausgefochten worden? Oder wird es schon als positiv begriffen, so schön pluralistisch zu erscheinen? b. Gerade in Hamburg sind wir natürlich einem gewissen politischen Druck ausgesetzt; kaum verhalten wir uns mal einigermaßen geschlossen, wird uns „Machtpolitik“ nachgesagt. Aber warum fragen die Genossen dann ängstlich nach, ob an diesem „Vorwurf“ was dran sein könnte? Kommunistische Politik ist prinzipiell und strategisch Überzeugungsarbeit. Kommunistische Taktik ist der Einsatz genomener „Macht“ um die Bedingungen der Überzeugungsarbeit zu verbessern. Kurz gesagt ist es das Wesen unserer Politik, unsere Ideen „an die Macht“ zu bringen (zunächst Positionen in diesem System, dann das „Ganze“). Eine politisch vereinheitlichte Kaderorganisation diskutiert den Einsatz ihrer „Macht“ immer taktisch. Z.B. lehnen wir die Spaltung der Gewerkschaften nicht prinzipiell ab, aber wir „spalten“ heute nicht, weil wir da alt aussehen würden. Wenn wir an Einzelabschnitten bereits mehrheitsfähig sind (z.B. in der Hamburger Basisbewegung) setzen wir dort nicht alles durch, was wir könnten (z.B. die Verankerung des Sozialismus im Programm war möglich), sondern stellen Überlegungen an, welchen Teilen der Basisbewegung wir auf alle Fälle die Zusammenarbeit mit uns ermöglichen wollen und welche Kreise der Bevölkerung wir ansprechen wollen. Jeder taktische Schritt ordnet sich unserem Ziel, der Zerschlagung des bürgerlichen Staates, unter. (Damit's nicht falsch verstanden wird: „Taktische Notwendigkeiten“ dominieren natürlich niemals kommunistische Prinzipien — so hat Lenin das Selbstbestimmungsrecht der Völker — also auch das Recht auf Lostrennung vom sozialistischen Staat — immer wieder prinzipiell gesehen; und Kommunisten bleiben Humanisten wie etwa die vietnamesischen Genossen bewiesen haben, als sie die US-Piloten gut behandelten, aus denen mit den Mitteln der Gegenseite manch wichtiges militärisches Geheimnis zu holen gewesen wäre.) Kommunistische Kader diskutieren also nicht, ob „da etwa ein Fall von Machtpolitik“ vorliegt, sondern ob wir vorausgeiligt sind (zu links waren, Freunde verloren haben, mit denen wir zusammen könnten, wenn's etwas langsamer ginge) oder nachgetrabet sind (wenn die spontane Bewegung radikalere Positionen erklimmen könnte, aber wir verschlafen's). Dieser Punkt berührt auch die Frage unserer Bündnispolitik allgemein. (Bitte laßt bei diesen Diskussionen dieser Komplexe nicht a. und b. ineinanderlaufen — der Anspruch, mit dem wir in der demokratischen Bewegung arbeiten ist einigermaßen zu trennen von der Frage, ob wir politisch vorausgeiligt sind, nachgetrabet sind oder richtig lagen — ersteres ist eine prinzipiellere Infragestellung unserer bisherigen Vorstellungen.)

4. Schulung

Ist natürlich nicht das Allheilmittel und bei der ideologischen Versumpfung wirkt sie nicht mal lindernd. Trotzdem glaube ich, daß Schwankungen in der Massenarbeit und mehr noch „resignative Tendenzen“ (hierzu später) mit mangelnder Schulung zusammenhängen. Haben wir möglicherweise der vertiefenden Diskussion grundlegender AK-Artikel zu wenig Beachtung geschenkt? Haben wir den Fehler gemacht, fast alle qualifizierten Genossen in die Praxis zu stürzen, so daß zu wenig Kräfte vorhanden waren, die hier was bieten

konnten? Ich glaube, daß insbesondere die jungen neuen Genossen keine Chance hatten, sich die Grundlagen unserer Politik und einiger Klassiker anzueignen. Insgesamt sollten wir diskutieren, ob wir mit Neuaufnahmen nicht unverantwortlich umgegangen sind, und so ein Teil der heutigen Probleme von uns organisiert wurden.

5. Kampagnen

scheinen zum Teil zum Haßobjekt Nr. 1 vieler Genossen geworden zu sein, werden mit „Aktionismus“, etc. gleichgesetzt. Ich glaube, wir sollten uns alle vergegenwärtigen, daß es gerade die Kampagnen wie Brokdorf, Russell, Stammheim waren, die uns zu dem Faktor werden ließen, der wir sind. Sehr viele Genossen haben gerade an der Frage, wie man rasch auftretende Möglichkeiten der Massenpolitik nutzt, entscheidend dazugelernt. Von Leitungsseite ist diesem Feld unserer politischen Arbeit die größte Aufmerksamkeit geschenkt worden, Widerstände und alte Gewohnheiten des lieben „nur klein-klein“ mußten gebrochen werden. Dieser Kraftakt mag hier und da zum Eindruck geführt haben, „nur“ wer Kampagnenpolitik beherrscht, ist richtig im KB, stille Kleinarbeit zählt nicht. (Dieses Problem stellt sich in kleineren Ortsgruppen wesentlich schärfer als in Hamburg, weil es dort kräftemäßig häufig alternativ stand). Ich glaube, wenn wir zur gegenseitigen Achtung der jeweiligen Fähigkeiten (und Neigung) zurückfinden, ist schon einiges an dieser Sache entschärft. Der Weg wäre dann frei für die exemplarische Analyse einiger Kampagnen — Erfolge und Fehler:

- Wie ist die Kampagne im Bereich vorbereitet worden? Diskussion um die Inhalte und das Ziel; Behandlung von Widersprüchen?
- Gab es so etwas wie einen Mobilisierungsplan/„Zielgruppe“?
- Gab es so etwas wie eine Auswertung/Bilanz und in diesem Rahmen auch eine Neuaufnahme der Diskussion der Widersprüche?

In dieser konkreten Analyse könnte man auch problematisieren: Ist Basisinitiativen die Kampagne „aufgedrückt worden“ (Sollte eine Frauengruppe Zaire schulen). Oder sind Möglichkeiten umgekehrt verschenkt worden (Betriebsgruppe, die nichts zu „AKWs und Arbeitsplätze“ macht, weil sie gerade mit dem Manteltarif zugange ist). Ebenso sollten wir konkret diskutieren, wo die Sache mit den Kampagnen zu sprunghafter, unernteter Politik geführt hat („die BI läuft augenblicklich nicht so gut, wir machen jetzt Antifa“). Ich glaube, wir haben uns sehr selten „unnötig überschlagen“. (Hatten wir eine zu große Flut in der Endphase des Wahlkampfes?) Aber wenn dieser Eindruck besteht, sollte es jedenfalls sehr konkret dargestellt werden.

6. Objektive Schwierigkeiten — oder sind die nicht objektiv?

Ja, die Enttäuschungen sind groß — China, Cuba, Chile, Portugal. Ja, der Sozialismus ist diskreditiert, besonders durch diesen „real existierenden“. Die Möglichkeiten, sich hierzulande einzurichten, sind gegeben; die Verhältnisse schreiben nicht nach Revolte. Und die Repression ist stärker geworden. Der AK-Verkauf ist schwieriger geworden (der Hauptfaktor der sinkenden Zahlen ist allerdings der fallende Einsatz). Nirgendwo in den imperialistischen Monopolen bahnt sich aktuell die Revolution an. Ich glaube, wir müssen uns diese Bedingungen von Zeit zu Zeit vergegenwärtigen, um zu begreifen, wie mühsam heute Erfolge zu erringen sind. Z.B. sind Menschen für uns heute nicht gewinnbar, die die romantische Liebe zu einem verehrten „sozialistischen Vaterland“ oder „Revolutionshelden“ benötigen als Kraftgrundlage ihrer politischen Arbeit. Eine wissenschaft-

liche Analyse des Scheiterns der Kulturrevolution — der konkrete Nachweis, daß es nicht so kommen mußte, wie es kam — kann das Abdriften solcher Menschen nicht verhindern. Sinngemäß gilt dies für all diejenigen, die ihr politisches Engagement von kurzfristigen, großen Erfolgen abhängig machen. Der kurzfristige, rasante Zustrom zur Anti-AKW-Bewegung war zum Großteil auf die scheinbar möglichen „großen Erfolge“ zurückzuführen, der relative Rückgang setzte ein, nachdem der Staat Macht demonstriert hatte. Sich diese Dinge zu vergegenwärtigen — gerade wenn man an Einzelabschnitten (Anti-AKW-Bewegung, Bunte Liste) größere Erfolge erwartet hatte — ist sicherlich notwendig, ebenso die Schulung des wissenschaftlichen Sozialismus, uns gegen Anfälligkeiten beim Auf und Ab spontaner Bewegungen immunisieren soll. Was ich allerdings nicht verstehe, ist, daß gerade heute einige Genossen von Perspektivlosigkeit und „grundsätzlicher Infragestellung unserer Politik“ sprechen. Ich meine, daß gemessen etwa an 1972 unsere Möglichkeiten sich verbessert haben, und insgesamt die Chancen der Abwehr faschistischer Entwicklungen größer geworden sind (Lies mal „Warm anziehen“ nach, damals von „Perspektivlosigkeit“ zu sprechen, war relativ realistischer als heute). Ebenso verstehe ich, wieso gerade heute die Frage aufgeworfen wird, ob „dieses Proletariat tatsächlich zum revolutionären Subjekt werden kann“, oder ob es „überhaupt realistisch ist, anzunehmen, wir würden die Revolution erleben“.

Diese Positionen sollten schnellstens ausformuliert werden, wenn's geht, mit ner Begründung, warum das heute aufstößt.

Wie gesagt, die Aufforderung zur schriftlichen Stellungnahme ist Hauptanliegen des Schreibens. Die aufgestellten Thesen nur Hilfsmittel zur Strukturierung der Diskussion.

Also im Sinne unseres alten theoretischen Organs: EINHEIT, EINHEIT, EINHEIT (oder wie hieß das man noch?)

Grüße La/ZRK



Erst einmal zu mir: Ich arbeite seit Ende 1976 im KB mit und gehöre zu den Genossen, die sich teils aus politischen Widersprüchen, teils aus persönlichen Gründen zurückziehen. Im folgenden werde ich mich mit der Antwort der AK-Redaktion auf den Brief des Genossen M. beschäftigen, auf einige Leserbriefe eingehen und selbst versuchen, einen Standpunkt zu entwickeln.

Die Antwort der AK-Redaktion

Hierzu hat m.E. Klaus aus Hannover einen guten Beitrag geschrieben. Liest man sich die Antwort durch, so kommt man letztlich zu dem Ergebnis, daß das Problem des Aus- bzw Wegflippens zum Sachzwang reduziert wird. Letztlich liege es an den Genossen selbst, wenn sie nicht mehr bereit sind, mitzuarbeiten. Kl. hat dieses in seinem Beitrag recht gut dargestellt.

Das Problem revolutionärer Politik in der BRD und die verbindliche Arbeit im KB

Meines Erachtens sind zunächst mal objektive Ursachen dafür verantwortlich, daß es viele Genossinnen und Genossen gibt — nicht nur ehemalige KBler — die im Laufe der Zeit mit der politischen Arbeit aufgehört haben. Gucken wir uns die Lage auf der Welt an, so ist es zunächst einmal so, daß es kein gelobtes Land gibt, d.h. ein Land, das wir für vorbildlich halten. In jedem Land, das einst als sozialistisch galt, vielleicht mit Ausnahme von Albanien, hat

sich bislang der Revisionismus durchgesetzt. Hinzu kommt, daß die Revolution in den Metropolen bis heute ausgeblieben ist, derzeit erleben wir wieder weltweit die Offensive der Konterrevolution, was wir in der BRD derzeit wohl alle voll mitbekommen. Hinzu kommt in der BRD die besonders bornierte Politik vieler linker Organisationen und auch der Unorganisierten. Als Spitze des Eisberges seien hier nur die diversen „ML“-Gruppen genannt, wo die politische Einschätzung falsch ist, der Wunsch die politische Praxis bestimmt und nicht die Analyse der gesellschaftlichen Realität die politische Praxis. Dieses treibt natürlich viele Genossen in die Resignation. Zurück bleiben ein paar Apparatschiks, die bestenfalls noch in der Lage sind, schablonenhaft zu denken, der Marxismus ist für sie nicht mehr Methodik und Analyse zwecks revolutionärer Umgestaltung der Gesellschaft, die Theorie verkommt bei ihnen zur Rechtfertigung der eigenen politischen Praxis.

Zu fragen wäre nun, wie das bei uns aussieht. Ich werde hierauf in diesem Leserbrief nur oberflächlich eingehen, da das sonst den Rahmen meines Briefes sprengen würde, und mich noch mit der Antwort der AK-Redaktion weiter beschäftigen. Grundsätzlich falsch finde ich die Tendenz des AK-Artikels, das Leistungsprinzip dem Bockprinzip alternativ gegenüberzustellen, was in der Erkenntnis gipfelt: Bei den Spontis ist es halt angenehmer, dafür leisten wir die verbindlichere Arbeit. Außerdem wird m.E. die Sponti-Szene hier auch nur sehr oberflächlich aufgerollt, sich ein Teil dieser Szene herausgesucht, nämlich der, der mit dem Anspruch, Politik als erste Person, private Revolution, Alternativkultur etc. zu machen, worauf es sich dann auch ziemlich leicht eindreschen läßt. Zwar wird dann noch gesagt, daß unsere Beziehungen, unser Verhältnis zur politischen Arbeit verbessert werden muß, über das Wie aber erfahren wir kein Wort. Nun muß fairerweise gesagt werden, daß ein Artikel so etwas auch nicht leisten kann. Die Tendenz in dem AK-Artikel geht aber genau in die andere Richtung. Gerade durch die Studentenbewegung, erst recht aber durch die Frauenbewegung sollten wir doch endlich begriffen haben, daß es eine Trennung zwischen Privat- und Arbeitsleben bzw. zwischen Privatleben und politischer Arbeit nicht gibt. Gerade, deshalb muß hier auch eine Diskussion geführt werden, und permanente Auseinandersetzungen auch gerade zu dieser Frage müssen laufen.

Das Problem der verbindlichen Arbeit

Liest man sich den entsprechenden Abschnitt im AK 132 durch („Die revolutionäre kommunistische Organisation“) so kommt hier nur am extremsten die Tendenz des gesamten Artikels zum Ausdruck, nämlich es geht nur durch Arbeit, Arbeit, Arbeit, unsere persönlichen Bedürfnisse zählen nicht. Davon mal abgesehen, ist diese Stelle ein unheimlicher Hammer. Nimmt man dieses Zitat für sich, gewinnt man/frau den Eindruck, als hätte Zeit ihres Lebens die Arbeiterklasse an nichts anderes gedacht als an die revolutionäre verbindliche Arbeit (schön wär's ja) und keine eigenen Reproduktionsbedingungen berücksichtigt. Der AK-Redaktion dürfte doch wohl bekannt sein, daß früher in der deutschen Arbeiterbewegung die Arbeitersportvereine relativ stark waren, daß in der Weimarer Republik versucht wurde, eine proletarische Kultur zu entwickeln etc. Dieses hatte unter anderem die Funktion, daß die Leute sich wohl fühlen. Ich meine das jetzt nicht im Sinne von Alternativkultur oder so, das Sich-Wohl-Fühlen war ein Aspekt dabei. Um nicht mißverstanden zu werden, ich rede nicht gegen das Prinzip der verbindlichen Arbeit. Mir ist es auch klar, daß es nicht möglich ist, sozialistische Inseln zu schaffen, auf die man sich zurückziehen kann. Dieses schaffen

auch die Spontis nicht, aber so, wie das Prinzip der verbindlichen Arbeit im AK 132 definiert ist, finde ich es unheimlich aufgesetzt. Persönlich habe ich auch Ähnliches in der hannoverschen Organisation erlebt. Oftmals ist von Leitungsgenossen gesagt worden, wir wollen jetzt verbindlich und kollektiv diskutieren. Inhaltlich fanden oftmals kaum noch Diskussionen statt, es wurden nur noch Aufgaben verteilt, wo ein Teil diese erledigte, der andere „sabotierte“. So kam es dann zeitweise zu einem miserablen politischen Klima in der Organisation. Klaus hat das in seinem Leserbrief sehr gut beschrieben. Ich finde, daß diese Erscheinungsformen nur Ausdruck einer aufgesetzten Kollektivität sind, diese hat strukturelle Ursachen. Die Aufgaben bestimmen sich nach angeblichen Sachzwängen, die Leitungsgenossen verteilen die Aufgaben, teils moralisch-solidarisch, teils aggressiv, es wird aber nicht von den Ansprüchen der einzelnen Genossen ausgegangen, meistens werden diese nicht einmal mehr diskutiert. So kommt es dann dazu, daß die einen sich nur noch als Objekte sehen, bzw. auch dazu degradiert werden, und die anderen die agierenden Subjekte sind bzw. die ML-Oberkader. Die demokratische Struktur einer Gruppe wird so zerstört, was noch viel schlimmer ist, daß solche Prinzipien verinnerlicht werden, das eigene Gefühl für die Veränderbarkeit von gesellschaftlichen Zuständen geht dabei verloren, was bleibt, ist bestenfalls noch ein abstraktes Politikverständnis. Am schlimmsten aber ist, daß so das revolutionäre Verhältnis von Kritik und Selbstkritik verlorengeht bzw. das Gefühl dafür völlig abhanden kommt und bestenfalls noch mechanisch ausgeübt werden kann. Dieses ist für eine Organisation, die den Anspruch hat, kommunistisch zu sein, mit das Schlimmste, was ihr passieren kann, denn auch der Erzieher muß erzogen werden.

Die bisher gelaufene Diskussion

Aus den bisher veröffentlichten Leserbriefen in den AKs 133 und 134 lassen sich meines Erachtens nach zwei Haupttendenzen feststellen. Die eine beschrieb ich schon anfangs in meinem Leserbrief, als ich etwas über Theorieentwicklung schrieb. Mit solchen Erscheinungsformen haben wir auch im KB zu tun. Der größte Hammer in dieser Richtung ist der Leserbrief im AK 134 des Genossen, der einmal im BDJ organisiert war. Ich möchte hierauf nicht näher eingehen, nur so viel: Wenn diese Genossen meinen, durch das Zitieren von Klassikern und ein vollkommen unreflektiertes Studium der Geschichte der KPdSU weiterzukommen, so sollten sich diese Genossen lieber einer kirchlichen Sekte oder ähnlichem anschließen, mit Marxismus hat das wenig zu tun. Solch ein Vorgehen ist letztlich ahistorisch und vollkommen ungeeignet, unsere derzeitige Krise zu überwinden. Die andere Haupttendenz ist die, daß sich die ganze Diskussion zu einer Art Selbstverständnisdiskussion ausweitet, und das ist gut so. Am besten kam das meines Erachtens in einem Leserbrief zum Ausdruck im AK 133 S. 58: „Ist es heute nicht ein Problem, daß in den KB als bekanntermaßen ‚undogmatische‘ Organisation viele Genossinnen und Genossen gekommen sind, die im Grunde etwas anderes wollen als den Marxismus-Leninismus und die revolutionäre kommunistische Organisation?“ Ich möchte noch mit der Frage nachschließen: Was ist heute eigentlich unter Marxismus-Leninismus zu verstehen? Mein Verständnis jedenfalls basiert darauf, daß es sich hier nicht um ein abgeschlossenes System handelt, sondern um eine Methodik, die sinnvoll und schöpferisch anzuwenden ist, zwecks revolutionärer Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsordnungen. Durch ein unreflektiertes Zitieren von Klassikern kommen wir jedenfalls nicht weiter. Dieses gibt nur das übliche „MLer“-tum von der übelsten

Sorte.

Doch noch einmal zum AK-Artikel 132, wo auch von der allgemeinen Krise der „Neuen Linken“ Westeuropas die Rede ist. Meines Erachtens hat diese Krise im wesentlichen zwei Ursachen: 1. die objektive Situation, d.h. nach wie vor das Funktionieren der Integrationsmechanismen des Imperialismus durch die Arbeiteraristokratie, 2. das daraus mangelnde Verständnis der „Neuen Linken“ über die einschlagende Strategie und Taktik, d.h. vor allem oftmals das Nichtbegreifen, daß die Arbeiterbewegung nur in einer bestimmten Situation revolutionär sein kann. Aus dieser subjektiven Unfähigkeit heraus folgen falsche politische Einschätzungen, vor allem die fatale Neigung, sich als historisches Subjekt zu begreifen und so den Bezug zur gesellschaftlichen Realität zu verlieren.

Über Klassiker

Die Klassiker zeichnen sich meines Erachtens durch eins aus (Stalin zähle ich nicht dazu). Nämlich, daß sie in einer bestimmten gesellschaftlichen Situation eine Analyse über die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse gemacht haben und diese anschließend auf ihre politische Praxis angewandt haben, wo sich diese dann auch bestätigt hat. Ich will dieses nicht im einzelnen ausführen, sondern setze voraus, daß das im allgemeinen bekannt ist. Dieses bedeutet für mich nun nicht, daß davon heute überhaupt nichts mehr zu gebrauchen ist, aber daß der Marxismus-Leninismus, die Mao-tse-tung-Ideen historisch zu sehen sind und genau zu reflektieren ist, was wir davon in der BRD verwenden können.

Was wir brauchen

Was wir brauchen, ist meines Erachtens eine gesellschaftliche Analyse mindestens der gesellschaftlichen Realität in der BRD, d.h. konkret unter der Berücksichtigung der Kategorie der politischen Ökonomie, des Verhältnisses Stadt-Land usw. Unsere Faschisierungstheorie reicht vielleicht dazu aus, die Richtung des BRD-Imperialismus anzugeben, nicht aber, um langfristig eine Strategie zu entwickeln, die gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD zugunsten der Beherrschten zu verändern. Von dem Statut wollen wir erst gar nicht reden, hier ist zumindest zur Zeit der Wunsch der Vater des Gedankens.

Daß wir vor sehr schwierigen Problemen stehen, ist klar. Die Revolution in den Metropolen des Imperialismus ist bis heute ausgeblieben, wir wissen alle – es darf hier nicht so weitergehen. Das Buch von Rudolf Bahro „Die Alternative“ bietet m.E. einen guten Ansatz, Probleme des wissenschaftlichen Sozialismus zu diskutieren, bzw. auch eine differenzierte Diskussion über den Leninismus zu führen. Ich finde es jedenfalls lohnend, hierzu auch inhaltlich zu arbeiten, nicht nur tagespolitisch als Problem über die RGW-Staaten zu verwenden, weil das eventuell eine ganze Menge Konsequenzen für uns haben kann.

Peter/Hannover



Zentralismus, Bockprinzip, Disziplin oder was?

„Es ist nicht nur unwirksam, sondern sogar sehr schädlich, ideologische Probleme im Volk oder Probleme des Geisteslebens der Menschen mit einfachen Methoden behandeln zu wollen. Man kann die Äußerung falscher Ideen verhindern, aber die falschen Ideen werden doch weiterbeste-

hen..." (Mao Tse Tung, „über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk“).

In der bisherigen Diskussion über das innerorganisatorische Leben und die Arbeitsweise unserer Einheiten zeichnen sich - von wenigen Ausnahmen abgesehen - zwei Verfahrensschemata ab, deren politischer Hintergrund mir sehr bedenklich erscheint. Zum einen wird die Gelegenheit beim Schopfe gegriffen von vielen „frustrierten“ Genossen, tatsächliche und empfundene falsche Strukturen, aufzuzeigen und von dort aus zu einer generellen Infragestellung von Grundprinzipien kommunistischer Arbeit zu kommen. Die andere Seite der Medaille ist die „prinzipientreue“, aber leider meist im konkreten ebenso gehaltlose „Verteidigung“ von „demokratischem Zentralismus“, „Disziplin“, die energische Abweisung des „Bockprinzips“ etc.p.p. . Warum aber diese Dinge wichtig sind, was denn eigentlich unter „demokratischem Zentralismus“ etc. verstanden wird, was das für praktische Konsequenzen für unsere Arbeit hat etc.p.p. - alle diese brennenden Fragen werden nicht oder nur am Rande berührt. Es wird, mal polemisch gesagt, von den „harten“ Verfechtern der Disziplin etc. oftmals die reale Situation unserer Organisation mit einer Lektion in Sachen leninistischer Parteiprinzipien verwechselt.

Warum aber, bitteschön, diskutieren wir denn eigentlich? Ich bin jetzt mehr als 8 Jahre „dabei“, und es ist keine Angabe, wenn ich behaupte, alle diese Dinge theoretisch schon damals gewußt zu haben - nur, ich wußte - ebenso wenig wie die anderen nicht immer - sie richtig zu praktizieren. Wir diskutieren doch jetzt - Gott sei Dank! - um unsere Praxis in Frage zu stellen, und wir brauchen nur einen Blick nach „nebenan“ zu werfen, auf die Organisationen, die Anfang der siebziger Jahre (oder z.T. früher) mit uns angefangen haben, und nicht gelernt haben zu diskutieren: Diese Leute, meinetwegen KPD/ML oder KPD/AO als Beispiel, schneiden sich immer noch aus Prinzip die Haare kurz, tragen aus Prinzip Anzüge, hören aus Prinzip „revolutionäre Musik“ ausschließlich, und - mir fehlen die Informationen - ob sie auf ihren Parteitagen immer noch ihrem „Führer“ huldigen, indem sie mit einem gleichförmigen Ruck die Ärsche hochziehen und Sonderapplaus spenden, wenn der „1. Vorsitzende“ den Saal, betritt...

Welche Attraktivität diese Strukturen bei den umworbenen „Massen“ besitzen, ist für jedermann deutlich zu sehen. Sie haben nicht verstanden, um was wir uns in der laufenden Diskussion verstärkt bemühen sollten: die konkrete Anwendung der Prinzipien kommunistischer Arbeit auf unsere Verhältnisse, auf unsere Genossen, etc...

Zu sagen, in unsere Reihen sind nach undurchsichtigen Kriterien, ohne eigentlich selbst kommunistische Arbeit leisten zu wollen, eine Reihe von Menschen gedrungen, mit denen man ein ernstes Wort reden muß, ob sie denn nun auch wirklich „revolutionäre Arbeit“ leisten wollen, - ein häufiges Argument in den Diskussionen - halte ich für am Schwanz aufgezuimt. Es ist erst einmal ein Zeichen unserer Qualität, daß wir dem Sektierertum soweit entglitten sind, um attraktiv genug für die fortschrittlichen Menschen auf verschiedenen Ebenen in diesem Land zu sein. Wir kannten Zeiten, wo wir die Haare kurz geschoren trugen, und meinten, den Arbeitern so besser zu gefallen... etc. p.p..

Ich bin ferner der Meinung, daß die jetzt geäußerten „Bocktendenzen“, in einem dialektischen Verhältnis zu Strukturen in unserer Organisation begriffen werden müssen, die die Genossen monate- und jahrelang mit abstrakten, ergebnislosen, mehr und mehr inhaltsleeren

Terminen, Anforderungen etc. belastet haben, aber nicht dazu angetan waren, das persönliche Engagement- und deswegen sind doch die allermeisten gekommen - zu fördern. Das hat erst einmal objektive Gründe. Mit der Betriebsarbeit - lange Zeit das nahezu alleinige Arbeitsfeld - zu landen, ist, ganz unabhängig einmal von den unterschiedlichen Fähigkeiten der Genossen, ein sehr mühseliges Geschäft, und objektiv bei weitem nicht immer möglich. Wie groß aber ist der Zweifel an sich selbst, wenn man in einem Bereich sitzt, wo überschaubar in zwei, drei Betrieben was laufen kann, in dem eigenen aber absehbar nichts oder wenig? Die Erfolge der anderen anhören zu müssen, den ständigen Anforderungen zu unterliegen, bei ausbleibenden Erfolgen die tatsächliche Situation ein bißchen umzulügen etc.p.p. - und weggehen? War das nicht lange Zeit gleichbedeutend mit ausflippen? Ich kenne Fälle von Genossen, die an dieser Frage regelrecht „ausgedrängt“ worden sind...

Wer aber nicht zu den „Machern“ gehört, und trotzdem irgendwie versucht hat sich über Wasser zu halten - ist es schwer sich vorzustellen, was das für Kraft und Energie erfordert? Ist es nicht natürlich, daß irgendwann resigniert wird, nicht mehr verkauft wird, kein „Bock“ mehr da ist etc. ...?

Ich will kein allzu düsteres Bild zeichnen, inzwischen sind wir - am gewaltigsten in den letzten zwei Jahren - nach vorne gegangen, die Arbeitsmöglichkeiten sind vielfältig, viele Genossen haben sich in der Massenarbeit engagieren können, und vieles von den krausen Vorstellungen ist automatisch aus unseren Köpfen. Aber es geht nicht an - und das war mein Anliegen - „Bocklosigkeit“ als etwas in den KB hineinimportiertes, unabhängig von unseren inneren Strukturen und Entwicklungen zu sehen. Nicht selten ist eben auch die Polarisierung in die „Macher“ und die „Bocklosen“ nicht allein objektiv bedingt, sondern ein Ausdruck akuter Leitungsschwäche der Bereiche/Einheiten anleitenden Genossen.

Der gute alte Mao vergaß nicht, als er über „Passivität und Lässigkeit“ in der Schrift „Über die Berichtigung falscher Ansichten in der Partei“ sprach, z w e i generelle Möglichkeiten zu erwähnen: „Geht etwas nicht nach Wunsch, wird man passiv und weigert sich zu arbeiten. Die Ursache dafür ist im wesentlichen mangelnde Erziehungsarbeit, aber manchmal liegt es auch an der ungeeigneten Art, in der die führenden Funktionäre Probleme behandeln, die Arbeit verteilen, oder die Disziplin durchsetzen.“ Man trifft nicht selten in einzelnen Bereichen auf Strukturen, die auf der einen Seite einen kleinen Kreis von Genossen aufweisen, die drohen, unter der Last ihrer Arbeit zusammenzubrechen, auf der anderen einen mehr oder weniger untätigen oder nur punktuell tätigen Rest. Auch hier sollten wir nicht gleich dem „untätigen Rest“ unbesehen die Schuld geben - das Problem ist meist vielschichtiger. Nachgeprüft werden sollte, ob es für den „Untätigen“ die reale Möglichkeit, d.h. einen seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten entsprechende Unterstützung und Einweisung etc. gegeben hat, überhaupt das G a n z e (!!) kollektiv mitzutragen und entsprechendes Engagement und darauf basierend (kann sie ja nur!) entsprechende Verantwortung und Disziplin zu entwickeln. (Dies gilt besonders für das Phänomen des „Verschleißes“ junger Genossen!). Nicht selten überschauen doch die „Macher“, „ihre“ Aktivitäten, haben sie mit ihrem Schwung an sich gerissen, sind nach und nach dazu übergegangen, diese Teilarbeit oder jene Teilarbeit den anderen zu übertragen und wunderten sich (mehr oder weniger) plötzlich, daß ihnen da nicht sehr begelstert „zur Hand“ gegangen wird... Da bilden sich schnell entsprechende Arbeits-

teilungen heraus - die einen schreiben die Artikel für die Bereichszeitung etc., die anderen machen Layout oder legen sie „schwerpunktmäßig“ zusammen, die einen machen eben „Kopf“ - die anderen „Hand“-Arbeit...

Bei den „Kopfarbeitern“ wird - sie stehen ja wirklich unter Streß! - auch nicht so sehr nach dem Verkauf gefragt ...usw. usf. ...

Ich glaube, ohne hier namentlich irgendeinen Bereich exemplarisch abzuklopfen, daß die meisten von uns diese Dinos kennen. (Es gibt inzwischen in den Stellungnahmen genügend Beispiele). Es ist dies doch im ganz kleinen, und ohne irgendjemanden Böswilligkeiten zu unterstellen, das, was Rudolf Bahro in seiner Analyse des „realen Sozialismus“ als „Verantwortungslosigkeit der Untergebenen“ beschreibt, als, wie er sagt, „Subalternität“: „Zunächst ist ein Subalternar einfach ein im Rang Untergeordneter, der über eine von oben abgegrenzte Kompetenz hinaus nicht selbstständig handeln und entscheiden darf... Wenn jedoch diese Rolle das soziale Gesamtverhalten der ihr Unterworfenen bestimmt, wenn sich ihr gesamter Lebensprozeß hauptsächlich im Zeichen irgendwelcher untergeordneter Teilfunktionen für ein unkontrolliertes Ganzes abspielt, dann wird die Subalternität ... zur Eigenschaft des ausführenden Individuums.“

Sie beherrscht nun das subjektive Verhalten und sogleich tritt als ihr Pendant (Gegenstück) die Verantwortungslosigkeit für allgem. kleinere Zusammenhänge hinzu“.

Verzeiht das schwierige Zitat. Was zum Aufbruch dieser Strukturen notwendig ist, ist m.E. Folgendes:

- Erschöpfende Diskussion über alle laufenden Arbeiten jedes Arbeitsbereiches,

- Transparenz für die leitenden und (!) „untergebenen“ Genossen (wechselseitig!) aller Arbeitsprozesse und soweit möglich kollektive Bewältigung, Festlegung aller Verbindlichkeiten orientiert an den individuellen Fähigkeiten, gezielte Förderung der Genossen in den Bereichen, mit denen sie nicht vertraut sind, Heranziehung von Genossen in Leitungstätigkeit und Verantwortung, wo möglich und nicht allzusehr hemmend w e c h s e l n d e Leitungstätigkeit und Verantwortung unter den Genossen, bzw. Wechsel von Teilfunktionen der Anleitung etc... Jeder Genosse muß dem Kollektiv gegenüber über seine Arbeit rechenschaftspflichtig sein - nicht nur die „Untergebenen“ gegenüber den Anleitern! Die schonungslose und trotz allem solidarische Kritik an der A r b e i t (nicht zerstörerisch gegen die Person gerichtet) muß zur schlichten Gewohnheit werden - davon sind wir, man betrachte gerade d i e s e Diskussion, noch einiges entfernt.

Die oben genannten - erst einmal nur groben - Vorstellungen geraten natürlich u.U. ein wenig mit der Effektivität unserer Arbeit in Konflikt - einer weiteren „heiligen Kuh“ der „harten Linie“ unter den Briefe-Schreibern. Natürlich können wir das „Bockprinzip“ nicht (unter unseren Bedingungen am allerwenigsten!) zum Dogma unserer Arbeit machen, wir müssen kontrolliert, konzentriert etc. wirken, aber deshalb ist die Effektivität nicht die Entschuldigung für das „knock-out“ der „Un-effektiven“, für das Abschütteln der „Bockleute“ etc. Ersteinmal sollte man in der Regel die Genossen ermutigen, sich die Arbeit zu suchen, die ihnen wirklich Spaß macht, soweit sich das mit den Anforderungen objektiver Art vereinbaren läßt. Darüber hinaus verstehe ich die laufende Auseinandersetzung als A u f f o r d e r u n g an uns alle, möglichst für die u n t e r s c h i e d l i c h belastbaren und einsetzbaren Genossen u n t e r s c h i e d l i c h e Ebenen der Tätigkeit zu entwickeln und nicht alle über einen (sektiereri-

schen) Leisten zu schlagen. Der Zentralismus, d.h. die Schlagkräftigkeit unserer Organisation, schnelle Mobilisierungsfähigkeit etc. wird durch die Förderung des selbständigen Handelns und des persönlichen Engagement unserer Genossen nur gestärkt, ebenso wie ich es übrigens als erfrischend empfinde, daß in der Organisation derzeit verschiedene Meinungen aufeinanderprallen, die Diskussion an verschiedenen Ecken im AK lebendig wird, und nicht als Zeichen „ideologischen Zerfalls“, wie offenbar von manchen „harten Vertretern“ mißgedeutet. Hoffentlich ist das nur der Anfang!!!



Anmerkung:

Gerade darin, daß so etwas bei uns möglich ist, liegt doch unser Durchbruch im Vergleich zu den ML-Sektierern! Nicht eine lebendige, unterschiedlichen Bedingungen und unterschiedlichem Niveau Rechnung tragende Massenarbeit zu entwickeln, nach außen wie nach innen (wobei die Übergänge fließend sind!), sondern stattdessen in alter rigider Form an Inhaltseeren Prinzipien (da sektiererisch gefüllt) festzuhalten, den Menschen (und Genossen) mit entsprechenden hochgeschraubten „Mindestanforderungen“ kommunistischer Arbeit zu begegnen, anstatt Formen und Möglichkeiten zu finden, gerade ihre jeweiligen Fähigkeiten mit ins Ganze einzubeziehen etc., alles das würde ziemlich schnell unseren TOD bedeuten (in Sachen Attraktivität und Massenarbeit), statt uns voranzubringen!

Ich möchte in Sachen Effektivität hier auch noch einmal auf die Kulturrevolution der VR China verweisen und die entsprechenden Auseinandersetzungen, wo von den Linken stets die Aktivierung der Massen und die Hebung des politischen Niveaus Vorrang vor nackter Effektivität hatte (Auch vorher schon: „Laßt hundert Blumen blühen!“ u.ä. Kampagnen). Dieser Erfahrungsschatz sollte ohnehin von jemanden, dem das nicht soviel Vorarbeit gekostet hat wie mir, mal in die Debatte eingebracht werden — als kleiner Vorgeschmack erst einmal ein Zitat vom guten alten Mao zum vorläufigen Schluß dieses Briefes:

„Es gibt viele Dinge, die zu einer Last, zu einer drückenden Bürde für uns werden können, wenn wir ihnen blind anheimfallen und uns ihrer nicht bewußt sind. Zum Beispiel: Einer hat einen Fehler gemacht, und glaubt nun, er könne sich von diesem Fehler nicht mehr befreien, ist daher niedergedrückt und mutlos; es kann auch sein, daß einer keine Fehler begangen hat, und nun meint er, er wäre fehlerfrei, so daß er überheblich wird. Hat einer keinen Erfolg in der Arbeit, kann es sein, daß er pessimistisch wird und den Kopf hängen läßt; hat er Erfolg, kann es wiederum pas-

sieren, daß er die Nase hochträgt. Hat jemand wenig Kampferfahrung, so kann auch sein Verantwortungsgefühl gering sein; einem anderen wiederum können seine lange Kampferfahrung zu Kopf steigen. Genossen, die aus der Arbeiterschaft oder der Bauernschaft kommen, können aus Stolz über ihre Klassenherkunft auf Intellektuelle von oben herabschauen, diese wiederum können, weil sie gewisse Kenntnis besitzen, die Genossen, die aus der Arbeiterschaft oder der Bauernschaft kommen, geringschätzig betrachten...“ (Bd. 3, S. 199). Zu diesem Zweck müssen unsere Genossen ihren Spürsinn schärfen; sie müssen jedes Ding zunächst einmal beschnüffeln, um festzustellen, ob es etwas Gutes oder etwas Schlechtes ist, und erst dann entscheiden, ob man es begrüßen oder boykottieren soll... Man darf in keinem Fall blindlings mitlaufen und sklavischen Gehorsam fördern“ (Bd. 3, 52).

30.8.78, Piet., Hamburg



Wie geht's weiter im (mit dem) KB?

Ich selbst bin vor ca. einem halben Jahr aus der Westberliner Ortsgruppe des KB ausgestiegen, ohne Begründung, ziemlich frustriert. In der Debatte „wie geht's weiter im KB?“ spiegeln sich allerdings „schaltend“ die vielen Probleme, die in Westberlin bestehen und damit auch meine Widersprüchlichkeiten wider. Nun gehöre ich zu denjenigen recht zahlreich gewordenen Genoss(innen), die nicht völlig „weggeflüpt“ sind, sondern mehr oder weniger „auf eigene Faust“ „Politik“ machen, zum Teil noch in lockerer und unverbindlicher Diskussion mit der Organisation. Mein „Ausstieg“ kann nur in unmittelbarem Zusammenhang mit der Politik und den Schwierigkeiten in der Westberliner Ortsgruppe einerseits und „objektiven“ Bedingungen andererseits gesehen werden und ich möchte zu beiden Problemen Stellung nehmen. Zunächst also zur Westberliner Gruppe. Vor etwa eineinhalb Jahren mischte der KB hier stärker in der „großen Politik“ mit und es kamen zahlreiche wunderschöne gemeinsame Aktionen mit anderen unorganisierten und organisierten Linken zustande — so das breite Bündnis zum 1. Mai 1977, verschiedene Antirepressionskampagnen (10. Todestag von Benno Ohnesorg), Mobilisierung zu den zentralen Anti-AKW-Demos usw. Nach außen hin entwickelte sich der KB durchaus zu einem wichtigen politischen Faktor innerhalb der Westberliner linken Bewegung. Hinzu kam, daß diese Aktivitäten verbunden waren mit einer verstärkten Pressearbeit. Das klingt alles sehr schön, aber dahinter verbargen (und verborgen) sich die ganzen inneren Widersprüchlichkeiten.

Denn um ein Bündnis mit anderen Linken herzustellen, sind nur einige wenige „begabte“ Genoss(innen) erforderlich. Die Crux der Sache bestand gerade darin, anhand dieser laufenden Kampagnen die „Genoss(inn)en mitzureißen“ oder „anhand der zentralen Kampagnen die Organisation aufzubauen“ — wie es so schön heißt. Tatsächlich sah es aber so aus, daß nur ein winziger Teil der Genoss(innen) sich auf diversen „Aktionseinheiten“ herumzuschlugen und daß ein ebenso winziger Teil (und zwar im wesentlichen derselbe) auch noch die Zeitung machte. Dies bedeutete zwangsläufig eine völlige Überlastung dieser wenigen, die deshalb bemüht waren, diese Arbeit auf „breitere Füße zu stellen“. Es gab Vollver-

sammlungen, einige Schulungen, die zum Teil eilig einberufen wurden, um aus dieser oder jener Kampagne noch das Beste draus zu machen, d.h. mehr Genoss(innen) in die Kampagnen einzubeziehen. Ab und an und mehr sporadisch meldeten sich dann auch einige Wenige, um die anderen Wenigen zu unterstützen, blieben anschließend aber wieder weg und widmeten sich wieder anderen Dingen. Aber im großen und ganzen blieb es bei diesem Zustand, daß 5 % die zentralen Kampagnen „manageten“ und 95 % in diversen Basisbereichen — losgelöst von den zentralen Aktivitäten — arbeiteten. Diese Entwicklung verschärfte sich zusehends und führte zu einem Zustand, wo „zentrale Kampagnen“ regelrecht boykottiert wurden.

Zu Vollversammlungen und Schulungen ging man nicht mehr hin, weil „da sowieso nur wieder 'ne neue Kampagne durchgezogen werden soll“, in den Einheiten wurden bereichsspezifische Dinge und der übliche technische Kram (Organisation bzw. Diskussion über den AK-Verkauf) diskutiert usw. Neben dieser Verweigerungshaltung auf der einen Seite konnte von einer „zentralen (An)leitung“ der Ortsgruppe nicht geredet werden, denn die „örtliche Leitung“ machte regelrechte bürgerliche Arbeitsteilung, sicherlich infolge der hohen Anforderungen, bei allen „zentralen wichtigen Sachen“ als KB mitzumischen. Also die eine machte „Russell“, der andere machte „AKW“, die nächste „Frauen“, der andere „Antifa“ usw. Und zwar jede(r) für sich in seinem (ihrem) eigenen Schrebergarten. So herrschte ein Zustand, wo die einzelnen Arbeitsbereiche (Bezirk, Betrieb, Frauen usw.) vor sich hinwurschtelten und jede(r) in der örtlichen Leitung auch sein individualistisches Süppchen kochte. Von einer „demokratisch-zentralistischen Organisation“ konnte man also kaum sprechen. Diese Situation führte denn auch — meist in Keipen — zu Beschwerden über das „Klima in der Organisation“, es herrsche nur noch „Anmache“, auf der einen Seite wurden Genoss(innen) beschuldigt, sie „ziehen nicht mit“, andere forderten, die „Leitung müsse weg“, allgemein wurde gesagt, daß keine(r) so richtig auf die anderen eingehe. Meiner Meinung nach hat die „Klima“-Diskussion absolut nichts mit dem „Zustand der Organisation“ zu tun, sondern die „Klima“-Diskussion bedeutete im Grunde das Umschiffen einer längst fällig gewordenen politischen Auseinandersetzung (obwohl das Wort „Auseinandersetzung“ bei einigen bereits zu einem Schimpfwort geworden ist). Ab und an kam es dann aber zu einer Auseinandersetzung, speziell mit einem Teil der Betriebsgenoss(innen), als diese ein „Kritikpapier“ vorlegten, endlich mal. Anhand dieser Auseinandersetzung, die ich nach wie vor für aktuell und exemplarisch dafür halte, zeigen sich meiner Meinung nach die derzeitigen Schwierigkeiten und damit auch meine Schwierigkeiten und Fehler.

Es ging diesen Betriebsgenoss(innen) im Grunde genommen in ihrer Kritik darum, daß sie sich beschwerten, daß auf ihre „Bereichspolitik“, d.h. also ihre Betriebsarbeit, von zentraler Stelle überhaupt nicht eingegangen würde. Über diese Genoss(innen) werde hinweggegangen, weil „alles zentrale“ ja viiiel wichtiger sei usw. Die Genoss(innen) forderten also im Grunde genommen, daß auf ihre Basisarbeit stärker eingegangen werden sollte, sie genauso zum Bestandteil der „zentralen Diskussionen“ gehören sollten wie die „zentralen Sachen“ (Kampagnen, AK-Verkauf). Auf diese Kritik wurde von der örtlichen Leitung „gekontert“, woran ich mich auch beteiligte. Die örtliche Leitung hielt den Betriebsgenoss(innen) im wesentlichen Lenins „Was tun“ vor und kritisierten die Genoss(innen) als „Ökonomen“, sie besäßen „Sponti-Ideologie“ usw. Nicht nur anhand dieser Dis-

kussion, sondern auch im weiteren Verlauf der Arbeit der Westberliner Ortsgruppe setzte sich diese Art von Auseinandersetzung fort und letztendlich wurde eine (hinter vorgehaltener Hand) Trennung vollzogen: Es gibt eben „gute“ Genoss(innen), die überfordert sind und sich überfordert fühlen und subjektiv meinen, die an sich „richtige“ Politik des KB zu betreiben (Kampagnen, AK-Verkauf usw.). Und auf der anderen Seite gibt es halt Genoss(innen), die im Grunde genommen „Spontis“ sind, die sich nicht an Kampagnen beteiligen, nicht an der Pressearbeit, mehr schlecht als recht am AK-Verkauf, also im Grunde genommen Genoss(innen), „die gar nicht in die Organisation gehören“. An dieser mehr als haarigen Auseinandersetzung – wenn's wenigstens eine wäre – bin ich auch mehr oder weniger kaputtgegangen und suche nun mein Heil darin, mehr oder weniger individuell Politik zu machen. Ich bin der Ansicht, daß die hier grob umrissenen Widersprüche in der Organisation völlig falsch und sektiererisch behandelt wurden (werden?). Zu keiner Zeit ist den unterschiedlichen Bedürfnissen, Fähigkeiten der einzelnen Genoss(innen) Rechnung getragen worden ist, sondern das Herangehen an die Mehrzahl der Genoss(innen), die die „zentralen Sachen“ (noch) nicht „mittragen“, ist mehr oder weniger offen als „Verweigerer“, „Spontis“ usw. beschimpft und geradezu aus der Organisation getrieben worden. Im Gesundheitsbereich und auch in anderen Bereichen der Ortsgruppe z.B. sehen die dort arbeitenden Genoss(innen) ihren politischen Schwerpunkt, ihre politischen Bedürfnisse vor allem darin, mit der in Westberlin zweifellos breiten Gesundheitslinken eine gemeinsame Arbeit auf die Beine zu stellen. Diese Bedürfnisse sind im Grunde zum Widerspruch zu den „zentralen Aktivitäten“ erhoben worden. Und genau hier liegt der Hase begraben: kommunistische Politik machen heißt ja, in allen gesellschaftlichen Bereichen mehr Menschen gegen einzelne Punkte dieser verhaßten Gesellschaftsordnung zu gewinnen, letztendlich mit dem Blick der Beseitigung dieser Scheißgesellschaft. Insofern nutzt die Bereichsarbeit der einzelnen Genoss(innen) letztendlich auch dem KB, wenn in diesen Bereichen KB-Politik betrieben wird. Dieser zweifelhafte Nutzen, der gleichzeitig auch den individuellen Bedürfnissen der Genoss(innen) entspricht, wird leider völlig verkannt und zum Widerspruch zur „zentralen Politik“ erhoben. Wenn es nicht gelingt, die vielzähligen und unterschiedlichen Bedürfnisse in solidarischer Weise voll auszuportieren, damit jede(r) weiß, was jede(r) eigentlich will, welche Ziele er (sie) hat, wie jedes Individuum sich „KB-Arbeit“ vorstellt, sehe ich (leider) ziemlich düster in die Zukunft, denn die vorherrschenden „Klima-Kneipen-Debatten“ führen letztendlich zur Auflösung der Ortsgruppe bzw. zur starken Dezimierung. Das ist für mich aber nur die eine Seite des Problems.

Die Kehrseite der Medaille besteht in der bei einigen schon allergischen Reaktion, wenn es um „zentrale Kampagnen“ geht. Das Problem, sowohl die Basisarbeit als auch die „Kampagnen“ unter einen Hut zu kriegen, besteht glaube ich gerade in einer relativ kleinen Organisation sehr scharf, weil für beide Dinge einfach auch die Kräfte fehlen. Aber das sind erstmal objektive Gründe, die – wie gesagt – das Problem mit den „Kampagnen“ verschärft stellt.

Um den Begriff „Kampagnen“ und ihren Stellenwert bei revolutionärer Politik vielleicht erstmal zu klären: Für mich sind Kampagnen das A & O revolutionärer Politik, denn ein Kommunist bzw. eine kommunistische Organisation muß immer versuchen, möglichst viele Menschen von bestimmten Standpunkten zu überzeugen, d.h. Widerstand gegen

staatliche Schweinereien zu leisten, Solidarität zu üben usw. Letztendlich soll diese Überzeugungsarbeit dazu führen, die Machtfrage hier zu stellen. Kampagnen haben in diesem Rahmen einen sehr hohen Stellenwert, bedeutet es doch das Eingreifen der Revolutionäre in meist politisch „hochbrisante“ und aktuelle Ereignisse, die über die tägliche Klein-Klein-Arbeit hinausgehen und deshalb weit mehr Menschen erreicht. Der KB wäre ohne Kampagnen – mit Verlaub – ein kleines Häuflein einiger Kader mit völliger Bedeutungslosigkeit. Siehe als Negativ-Beispiel z.B. den KABD. Diese Kampagnenpolitik wird von den meisten Genoss(innen) auch garnicht gelehrt, sind sie selbst zum Teil über solche Dinge gewonnen worden.

In der täglichen Praxis jedoch, wenn es um die Unterstützung und das „Mittragen“ solcher Kampagnen geht, scheiden sich die Geister. Und hier stellt sich für mich die Frage, wie mehr Genoss(innen) für diese Aufgabe gewonnen und überzeugt werden können. Bestimmt nicht mit lauter Vorhaltungen, daß sie „nur“ Kleinkram machen. So 'ne Überzeugungsarbeit innerhalb der Organisation sollte m.E. schon damit beginnen, eine Kampagne sauber vorzubereiten, dazu zählt für mich, daß solche Sachen vorbesprochen werden müssen, u.a. auch der Punkt, wie eine bestimmte Kampagne in den jeweiligen Bereichen von den Genoss(innen) genutzt werden kann, anstatt einen Widerspruch daraus zu konstruieren, der keiner ist: Mir sollte mal jemand erzählen, in welchem „Arbeitsfeld“ z.B. die Wahldiskussion nicht geführt werden kann?!

Außerdem müssen solche Dinge auch ausgewertet werden, was meist nach meinen eigenen Erfahrungen den Bach runterläuft. Wenn Kampagnen sang- und klanglos so schnell von der Bildfläche verschwinden, wie sie gekommen sind, kann man Genoss(innen) nicht gerade „motivieren“. Als weiteren Hebel – der über den Punkt Kampagnen hinausgeht – sehe ich die verstärkte Schulung an, angereichert mit einigen „Klassikern“. Mir selbst bringt das Schmöckern im alten Lenin immer eine gewisse Bereicherung für meine Arbeit und Vorstellungen. Um mich nicht mißzuverstehen: Schulung ist kein Allheilmittel und kein Ersatz für die ideologischen Differenzen. Aber ich kenne auch viele junge und gute Genoss(innen), die durch ihre praktische Tätigkeit keine Möglichkeit haben, wenigstens den AK vernünftig zu lesen, geschweige denn weitere Dinge. Durch eine fehlende Schulung werden gerade junge Genoss(innen) viel zu wenig mit den KB-Standpunkten konfrontiert und letztendlich können sich durch diesen Mangel auch die beschriebenen unterschiedlichen Vorstellungen breit machen.

Die Sache mit der Schulung ist, glaube ich, heute schwieriger als zu „alten Zeiten“, weil einfach die praktischen Aufgaben einen unheimlich in Anspruch nehmen.

Noch'n Wort zum so beklagten „Klima“ in der Organisation: Ich hatte vorhin schon geschrieben, daß das „Klima“ („Anmache“ usw.) nichts mit „demokratischem Zentralismus“ oder so zu tun hat, sondern die ganze „Klima-Kneipen-Diskussion“ ein im Grunde genommen unpolitisches Herangehen an die vorhandenen Differenzen bedeutet. Für mich liegt bei einigen die Ursache in der „Klima-Diskussion“ eher in der verdammt tief sitzenden bürgerlichen Ideologie, die tagtäglich auf uns hineindrückt und uns beeinflusst. Ich meine damit vor allem die sogenannte kleinbürgerlich-individuelle Ideologie, die ja beinhaltet, für sich selbst eine „saubere Lösung“ zu finden. Das liegt auch bei mir voll drin, dieser Scheiß-Individualismus, der einfach nach meinem „Ausstieg“ der bequemere Weg ist. Ich glaube, dieser Aspekt ist sehr wichtig, vor allem bei denen, die ebenfalls „ausgestie-

gen“ sind oder dies im Hinterkopf haben. Insoweit kann man nämlich nicht „die Organisation“ für alles verantwortlich machen, sondern diese barbarische Gesellschaft, von deren Ideologie wir so viel herumschleppen und auch in die Organisation tragen.

So, das sind so'n paar Gedanken, die ich mir gemacht habe, weil ich die Politik des KB nach wie vor für richtig halte. Nachträglich ist mir selber klar geworden, daß ich in der Organisation eher sektiererisch vorgegangen bin, d.h. auch zu denen gehörte, die „mit dem Kopf durch die Wand“ laufen wollten und daran letztlich scheiterten. Außerdem sehe ich keine Möglichkeit, meine politischen Bedürfnisse und Interessen innerhalb des KB zu verwirklichen und ziehe meine individuelle politische Arbeit vor. Ich hätte auch gar nicht die Kraft und Energie, die für die ganzen innerorganisatorischen Sachen erforderlich wäre.

Noch eine Anmerkung: Mich wundert es – oder vielmehr: Ich sehe darin eine Bestätigung – daß von den Leserbrieffen nichts aus Westberlin dabei ist. Für mich ist das ein Indiz dafür, daß ein „Klima“ in der Organisation vorherrscht, nicht in den politischen Clinch zu gehen, oder?

Ein sympathisierender Ausgetretener aus Westberlin



Im folgenden möchte ich auf einige Punkte des sehr wichtigen und notwendigen Artikels des Genossen der AK-Redaktion („Soweit ist es mit uns gekommen!“) eingehen.

„Sind wir überhaupt eine kommunistische Organisation?“ heißt eine offene Frage von ihm, und einen m.E. mit entscheidenden Punkt nennt er selber: „Es ist nicht klar, was überhaupt die Organisation des KB ist, und wer ihr angehört. Es gibt keine für den gesamten KB verbindliche Definition der Organisation, der Mitgliedschaft und des Aufnahmeverfahrens. Die Grenze zwischen Mitgliedern, 'Sympathisanten', AK-Leserkreise etc. ist offen“.

Stimmt man dem Genossen zu, (und wer tut das nicht?) ist das „Urteil“ klar: Wir sind keine kommunistische Organisation, sondern ein Sammelsurium von mehr oder weniger fest zusammengeschlossenen Kommunisten (und anderen?), mit mehr oder weniger vielfältigen, undiskutierten, unterschiedlichen Standpunkten.

Die allererste Frage lautet deshalb auch, ob wir zu einer kommunistischen Organisation werden wollen. Das hört sich vielleicht etwas platt an, trifft aber meines Erachtens den Kern. In jeder Einheit sollten deshalb die Aufgaben der Kommunisten, und welcher Organisationsform es dafür bedarf, grundsätzlich und anhand unserer Politik in den letzten Jahren diskutiert werden.

Die scheinbare Banalität, daß jedem Mitglied Grundsätze und Ziele bekannt sein sollten, entpuppt sich als durchaus nicht selbstverständliche Realität. Eine Broschüre, die die politischen Positionen, Grundsätze und Ziele enthält, ist deshalb bitter nötig. Denn neben dem von dem Genossen genannten Grund hierfür („Pflichtlektüre“ für alle (neuen) Mitglieder) ist es einfach so, daß immer wieder neue Menschen, die einige Male den AK gelesen haben und/oder auch praktische Erfahrungen mit dem KB gemacht haben, einfach erstmal die politischen Positionen des KB kennenlernen wollen, ohne deshalb vielleicht bereits in einem

AK-Lesekreis oder ähnlichem mitmachen zu wollen. Dann ist es natürlich nicht gerade toll, ihm diverse AKs vorlegen zu müssen. Das steigert nicht unbedingt das Interesse an der Beschäftigung mit unserer Politik, zumal dann die AKs vielleicht noch vergriffen oder nicht vorrätig sind usw. (das kommt wirklich öfter vor!).

Es ist prinzipiell ein Unding, wenn unsere politischen Vorstellungen auf Dauer nur vereinzelt und verstreut vorliegen. Die Erstellung einer Broschüre, die ausführlich unsere Politik darstellt und begründet sowie eventuell Differenzen zu anderen Organisationen benennt und begründet, sollte daher mit zu den wichtigsten Aufgaben für die nahe Zukunft gehören.

Bis dahin halte ich es für sinnvoll, eine Liste von AK-Artikeln, die für alle neuen Genoss(innen) „Pflichtlektüre“ darstellen, zusammenzustellen, um einigermaßen gewährleisten zu können, daß die Grundsätze usw. je d e r / m bekannt sind. (Die Heranziehung von alten AK-Artikeln halte ich natürlich auch nach Erstellung der besagten Broschüre für notwendig und sinnvoll!)

Ein anderer wichtiger Punkt betrifft die Leitung bzw. Anleitung der gesamten Organisation.

Konkret: Ich habe oft den Eindruck, daß das LG die anderen Ortsgruppen (außer Hamburg) als nur indirekt oder nur am Rande zum KB zugehörig betrachtet und ab und an, wenn es brennt, sozusagen vor Ort mal die Rolle der Feuerwehr spielt. Hier muß unbedingt diskutiert werden, wie die „nationale“ Anleitung verbessert werden kann (Genosse M. aus Bielefeld hat ja einige Vorschläge hierzu zur Diskussion gestellt). Sehr sinnvoll finde ich den Vorschlag des Genossen M., einen internen Rundbrief einzurichten. Dieser sollte mit dazu dienen, den innerorganisatorischen Kommunikationsfluß zu verbessern und zu verstärken. U.a. sollte dieser Rundbrief Ergebnisse und Beschlüsse von ZRK-Sitzungen enthalten, so daß man/frau nicht mehr oder weniger auf mündliche Berichterstattung angewiesen ist, deren Umfang und Tendenz vom jeweiligen Berichtersteller abhängt.

Bevor ich noch zu anderen Punkten komme, noch eine generelle Bemerkung: Bei allen von mir genannten und vorgeschlagenen Aufgaben (Broschüre, interner Rundbrief, Anleitung verbessern) stellt sich natürlich sofort die Frage der Realisierbarkeit, und ich übersehe das keineswegs, nur meine ich, daß wir unsere Anstrengungen in Richtung der genannten Aufgaben auf jeden Fall verstärken müssen. Auch wenn andere Bereiche unserer Arbeit dafür etwas kürzer treten müssen.

Nun zu einem anderen Punkt: Mit Entsetzen (anders kann ich es nicht ausdrücken) habe ich in dem Artikel gelesen, wieviele Genossen nicht mal mehr zum AK Lesen kommen. Da fühle ich mich fast schon wie ein „Privilegierte“; diese Zeit nehme ich mir immer. Aber AK Lesen stellt eigentlich noch nicht mal das absolute Minimum dessen dar, was quasi „Pflicht“ jede(r)s Genoss(inn)en sein sollte. Dazu gehört eigentlich auch die Beteiligung an der politisch-ideologischen Diskussion in der Organisation. Aber: Neben der fehlenden Schulung und Qualifizierung hierzu (das wird wohl von allen so gesehen) ist auch das eine „Zeitfrage“.

Konkret: Ich habe mir schon öfter vorgenommen, zu politisch-ideologischen Artikeln Leserbriefe zu schreiben. In der Realität sah das dann so aus, daß ich in den letzten 2 Jahren lediglich 2 Leserbriefe zu diesen Artikeln zustande gebracht habe, in allen anderen Fällen, d.h. ca. 5–6 Mal schob ich das aus Zeitgründen solange vor mich hin, bis ich es dann für zu spät hielt bzw. meinte, da wird schon jemand anders was geschrieben haben.

Auf der anderen Seite habe ich gemotzt, wenn zu m.E. wichtigen Themen nichts im AK stand, obwohl mir theoretisch klar war und ist (und so habe ich es auch gegenüber anderen Genoss(inn)en vertreten, die so reagierten wie ich), daß es auch an mir liegt und auch meine Aufgabe ist, wie der AK inhaltlich gestaltet ist, d.h. welche Themen angesprochen werden usw..

Die Realisierung dieser theoretischen Einsicht stößt allerdings auf eine Reihe Probleme.

Beispiel: Kurz bevor der UW-extra erschien, fiel mir ein, daß demnächst der 60. Jahrestag der Novemberrevolution ist und spontan überlegte ich mir, einen umfassenden Artikel über Verlauf, Charakter, Rolle der SPD usw. zu schreiben (ich habe mich schon vor Jahren hiermit ausführlicher beschäftigt), weil neben anderen wichtigen Lehren, die Novemberrevolution m.E. ein wichtiges historisches Lehrbeispiel für die Diskussion um die Bedeutung einer kommunistischen Organisation und ihre Aufgaben etc. darstellt. Nun gut, jetzt stehe ich aber vor folgendem Problem: Ein relativ umfassender Artikel würde mindestens mehrere Tage Zeit in Anspruch nehmen, zumal ich noch relativ unübt im Schreiben bin. Woher aber nehmen?

- Durch Abstriche von
- a) politischer Arbeit
 - b) Privatleben
 - c) Prüfungsvorbereitungen oder
 - d) von allen dreien etwas oder woher?

Dieses für mich hier konkrete „Dilemma“ gilt allgemein. Der Genosse der AK-Redaktion schreibt nur, daß wir uns diese Zeit nehmen müssen. Richtig. Für mich heißt das, daß ich die Zeit für Artikelschreiben, lesen usw. endlich als das betrachte und zu dem mache, was es eigentlich auch ist: Bestandteil meiner politischen Arbeit und nicht, wie bisher oft versucht, als Zusätzliches neben der „eigentlichen“ politischen Arbeit. Okay?

Jetzt noch zu einigen „Kleinigkeiten“. Der Genosse der AK-Redaktion geht auf den Leserbrief des Osnabrücker Genossen (AK 133) ein, der kritisiert hat, daß vom KB mit den zahlreichen örtlichen kommunistischen Zirkeln keine Auseinandersetzung geführt würde, sondern diese totgeschwiegen würden (da gebe ich dem Osnabrücker Genossen voll recht). Die Antwort des Genossen der AK-Redaktion: „Die politisch-theoretischen Arbeiten und längerfristigen Einschätzungen werden im KB immer noch fast ausschließlich von einer unvorstellbar kleinen Zahl von Genossen geleistet, auf diesem Gebiet wirkt sich die Enthaltsamkeit von gut 95% unserer Organisation besonders scharf aus. Wir wären doch froh, wenn aus der Organisation sich Genossen beispielsweise dramatisch machen würden, sich mit linken Gruppen am Ort auseinanderzusetzen, Broschüren dazu herausbringen, eventuell Artikel für den AK zu schreiben. Aber totale Fehlanzeige!“

Lieber Genosse der AK-Redaktion, obwohl Du hier richtige Tatsachen nennst, geht Deine Antwort insgesamt m.E. am Kern der Sache völlig vorbei, denn die Ursache für das „Totgeschwiegen“ liegt doch darin, daß wir der Auseinandersetzung mit den örtlichen Zirkeln einen sehr geringen bis gar keinen Stellenwert zugemessen haben.

Woran liegt das? M.E. sind hier vor allem zwei Gründe zu nennen:

- 1) Mit allen größeren Organisationen (Ausnahme: KABD) haben wir in den letzten Jahren mehr oder weniger ausführlich eine politisch-ideologische Auseinandersetzung zu vielen Fragen geführt. Mit diesen wurden wir, im Gegensatz zu den örtlichen Zirkeln, in verschiedenen Bereichen unserer Politik (Anti-AKW-Bewegung, Alternative Listen, Gewerkschaften, Uni etc.) direkt konfrontiert.
- 2) Eine Frage, der wir uns nach unserem Statut eigentlich verstärkt hätten wid-

men müssen, fiel in der Auseinandersetzung allerdings fast vollständig heraus: Die Frage der Einheit der Kommunisten – des Parteaufbaus, wie und mit wem. Der Grund hierfür mag im wesentlichen darin liegen, daß Organisationen wie KBW und „KPD“, mit denen eine ausführliche Auseinandersetzung geführt worden ist, immer weniger als Kräfte für den Parteaufbau in Frage kamen, und es unklar war (und ist!), welche Kräfte hierfür in Frage kommen.

Wäre uns die Notwendigkeit des Aufbaus der KP allerdings tatsächlich so klar gewesen, wie es im Statut formuliert worden ist, dann wäre der Frage der politisch-ideologischen Auseinandersetzung insgesamt, aber auch mit den örtlichen Zirkeln m.E. schon deshalb mehr Bedeutung zubemessen worden, um Klarheit darüber zu erhalten, auf welcher Grundlage (und natürlich ob überhaupt) und mit wem der Aufbau der KP möglich und realisierbar ist. D.h. die örtlichen Zirkel und ihre mögliche Bedeutung für den Parteaufbau konnte nicht gesehen werden, weil wir den Aufbau der KP selbst ziemlich aus den Augen verloren haben.

Zum Schluß noch: Gar nicht gefallen hat mir, daß das falsche Konsumverhalten (ehemaliger) Genossen, die das Fehlen von Artikeln usw. „verleihen“, sich selbst aber nicht dafür verantwortlich fühlen, als „demagogisch“ bezeichnet wird. Ich weiß, daß viele Genoss(innen) durchaus ähnlich wie diese „ehemaligen“ reagieren (mich eingeschlossen, siehe oben); sind wir wegen dieses tatsächlich falschen Herangehens alles Demagogen oder trifft das nur für Ehemalige zu ...? Ist es Zufall, lieber Genosse der AK-Redaktion, daß es sich bei den Ehemaligen aus Kaiserslautern nur noch um einige „ausgetretene Menschen“ (keine Genossen mehr?) handelt?

Gerade zum „Fall“ der Kaiserslauterer: Als die AK-Redaktion in AK 134 den „Kurzkommentar“ zum Brief aus Kaiserslautern schrieb, habe ich die Reaktion der AK-Redaktion voll geteilt, da ich auch über den Brief empört war. Inzwischen habe ich meine Meinung geändert: Was soll eine Antwort, die auf die aufgeworfene Frage überhaupt nicht eingeht, sondern einen zugegebenermaßen recht provozierenden Brief nur dazu benutzt, zu betonen, daß es sich sowieso um Leute handelt, um die es nicht schade ist? Dann wirklich lieber keinen Kommentar als solch einen.

Der hilft nämlich bestimmt niemandem. Das wars erstmal. Mit solidarischen Grüßen

W. aus Westberlin



„Die Grundlage der Krise sind politische Fehler, die wir gemacht haben“ (UNSER WEG, Vorwort). Wollen wir also die Krise überwinden, so müssen wir nach den politischen Fehlern forschen, müssen wir uns zu allererst fragen, wie tiefgehend diese Fehler sind. Haben wir hier und dort mehr oder weniger „zufällig“ (Unklarheit in Detailfragen, persönliches „Versagen“ einzelner Genoss(inn)en...) Fehler begangen, oder gibt es eine gemeinsame Grundlage, auf der sich diese Fehler notwendig entwickeln mußten? Wo wäre dieses „Grundübel“ zu suchen, wo hätte die Kritik anzusetzen und wie und wohin mußten Veränderungen angestrebt werden?

Die Kritik, die ich im folgenden an unserer Politik übe, trifft insbesondere auch mich selbst, da ich hier in Westberlin diese Politik als leitender SSB-Genosse nicht nur getragen, sondern auch teilweise gegen Widerstände durchgesetzt habe.

Bemerkenswert an der bisherigen Diskussion ist m.E., daß sich fast alle Stellung-

nahmen in der Beschreibung der unmittelbaren Erscheinungsform einig sind.

Wenn es allerdings darum geht, Konsequenzen aus diesen Fakten zu ziehen, dann werden zwei völlig gegensätzliche Positionen — zwischen denen sich sozusagen eine „Gruppe der Schwankenden“ bewegt sichtbar:

- der KB soll anstreben, eine marxistisch-leninistische Organisation zu werden oder

- er soll sich — bestenfalls als linke Fraktion — in die Basisbewegungen auflösen.

Es liegen also nicht nur irgendwelche Differenzen in Detailfragen vor — Immerhin geht es um die Auflösung oder Nichtauflösung des KB — sondern es bestehen prinzipielle Differenzen darüber, ob es überhaupt sinnvoll ist, innerhalb einer kommunistischen Organisation zu arbeiten, also ob es politisch vernünftig ist, eine kommunistische Organisation (und später eine KP) anzustreben. Dies berührt immerhin die Grundlagen kommunistischer Theorie und Praxis und die Basis, auf der diese verschiedenen Positionen gedeihen konnten, die Grundlage, die es möglich machte, daß diese Positionen jahrelang innerhalb unserer Organisation und diskutiert nebeneinander existieren konnten, kann daher nur in prinzipiellen politischen Fehlern zu finden sein.

Die Grundlage der Krise im KB ist die völlige Unterschätzung des Stellenwertes der revolutionären Theorie innerhalb kommunistischer politischer Praxis.

Mit dieser These meine ich nicht, daß dieser Genosse oder jene Genossin „theoriefeindlich“ ist, sondern daß in allen anleitenden Gremien — und damit in der gesamten Organisation — ein falsches Bewußtsein über diese Frage vorherrschen mußte und daraus die jetzige Krise zu erklären ist. Krasser Ausdruck davon ist m.E. die von uns jahrelang praktizierte sozialdemokratische Aufnahmepolitik und das völlige Fehlen einer systematischen Schulung. Als ich beispielsweise vor drei Jahren in den KB kam, wurde zwar mit Begeisterung aufgenommen, daß ich praktisch arbeiten wollte, aber was für Vorstellungen ich über kommunistische Politik hatte (viel war das nicht), ob ich die zentralen politischen Positionen des KB kennen und teilen würde usw. usw., wurde nicht hinterfragt. Außer Schulung der Frauenfrage habe ich im KB keine einzige Schulung mitgemacht (ich wüßte auch nicht, wann es mal eine gegeben hätte), die über eine Diskussion unmittelbar anstehender politischer Fragen hinausgegangen wäre. Aber: Ich bin seit fast zwei Jahren leitender Genosse des SSB/Westberlin!!!

Offensichtlich bin ich kein Einzelfall, und wir müssen uns fragen, wie es möglich ist, daß eine kommunistische Organisation diese jahrelange Rekrutierungspolitik nicht organisiert bekämpft, grundlegenden Unklarheiten und Widersprüche nicht durch Schulung und Auseinandersetzung organisiert angeht. Wenn wir die Praxis als Maßstab nehmen — und was sollten wir sonst nehmen? — so liegt die Antwort auf der Hand: Der KB hat es nicht als seine Aufgabe betrachtet, in seinen eigenen Reihen Schulung zu organisieren. Demnach kann es auch nicht als seine Aufgabe betrachtet haben, Bewußtheit in spontane Bewegungen zu tragen, „das bewußte Element“ zu stärken. Denn hätten wir dies als wesentliche Aufgabe unserer Politik betrachtet, dann hätten wir die innerorganisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen. Ich selbst habe dieser zentralen Aufgabe kommunistischer Politik jedenfalls kaum einen einzigen Gedanken gewidmet.

„Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur (1) dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletariat die gemeinsamen, von der Na-

tionalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.

Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus. ...

Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind.

Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung“ (Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei).

Das ist deutlich: Die Kommunisten haben der Masse des Proletariats die revolutionäre Theorie voraus, sie können deshalb die Interessen des gesamten Proletariats und der Gesamtbewegung vertreten — und zwar nicht zufällig, sondern mit Hilfe einer wissenschaftlichen Theorie und Methode — und sind daher der „entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien“!

Es wäre sicherlich unsinnig zu fordern, daß, bevor man/frau überhaupt politisch-praktisch arbeiten kann, sie/er sich bis ins Letzte mit der Theorie befaßt haben muß. Aber es dürfte klar sein, daß die Grundzüge der Theorie und Methode bekannt sein müssen, um kommunistische Politik machen zu können. Ist das nicht der Fall, so verbleibt die Politik der Organisation auf einer zufälligen, spontanen, von „politischer Intuition“ getragenen und deshalb letztlich ziellosen Ebene. Die Organisation ist nicht in der Lage, Bewegungen tatsächlich anzuleiten, die Bewußtheit der Bewegung zu stärken, sondern sie schwimmt lediglich mit, geht dann in ihr auf und löst sich schließlich mit der Bewegung, deren Abschwung sie nicht verhindern konnte, ganz auf — es sei denn, eine neue Bewegung wird aufgetan.

Wenn wir heute feststellen müssen, daß wir der politisch-theoretischen, ideologischen Schulung höchstens den Stellenwert eines „Dienstes am Kunden“ (neues Mitglied) zugebilligt haben, dann kann das nur heißen, daß wir uns unserer Aufgaben nicht bewußt waren und vor ihnen zurückgewichen sind.

„Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben. Dieser Gedanke kann nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart“ (Lenin, Was tun?). Diesen Gedanken haben wir ganz offensichtlich fast gar nicht betont, obwohl der zweite Satz des Zitats für die heutige Situation innerhalb der Arbeiterbewegung und der Linken geschrieben sein könnte.

Was sind unsere Aufgaben?

Auch dazu steht bei Lenin lesenswertes: „In allen Ländern hat es eine Periode gegeben, in der Arbeiterbewegung und Sozialismus getrennt voneinander bestanden und getrennte Wege gingen — und in allen Ländern hat diese Trennung Schwäche des Sozialismus und der Arbeiterbewegung zur Folge gehabt; in allen Ländern hat erst die Vereinigung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung eine feste Grundlage für beide geschaffen.

... Andererseits hat die Geschichte gezeigt, daß in Rußland das sozialistische Denken viel stärker von den fortgeschrittenen Vertretern der werktätigen Klassen

getrennt ist als in anderen Ländern und daß bei einer solchen Trennung die russische revolutionäre Bewegung zur Ohnmacht verurteilt ist. Hieraus ergibt sich ganz von selbst die Aufgabe, die die russische Sozialdemokratie zu verwirklichen berufen ist: sozialistische Ideen und politisches Bewußtsein in die Massen des Proletariats zu tragen und eine revolutionäre Partei zu organisieren, die mit der spontanen Arbeiterbewegung unauflöslich verbunden ist“ (Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung). In kaum einem westeuropäischen Land ist die Trennung von Sozialismus und Arbeiterbewegung, die Beschränkung der Arbeiterbewegung auf den ökonomischen Kampf so groß wie in der BRD und Westberlin. Die Vereinigung, die in der alten KPD bestanden hatte, ist im Faschismus weitgehend erstickt worden und die Reste sozialistischen Bewußtseins in der westdeutschen Arbeiterbewegung konnten auf der Basis der relativen ökonomischen Stabilität und unter Ausnutzung der Entwicklung in den Ländern des „realen Sozialismus“ weitgehend von der Bourgeoisie zerstört werden. Die revolutionäre Bewegung hat sich völlig getrennt von der Arbeiterbewegung. Ende der 60er Jahre hat sie sich neu entwickelt und diese Trennung bis heute nicht aufheben können. Insofern ist unsere heutige Situation der damaligen in Rußland nicht so unähnlich, die Aufgabe kann es dann wohl auch nicht sein (?)

Unsere bisherige Politik

Gerade in Westberlin ist die Ziellosigkeit und Zerrissenheit unserer gesamten politischen Praxis unübersehbar: Zwar haben wir in der Vergangenheit durch vielfältige Kampagnen den Einfluß unserer Organisation zeitweise wesentlich vergrößert (die Organisation selbst nicht!); längerfristig gearbeitet haben wir mit diesen Kampagnen aber eigentlich nie. Meistens war es sogar so, daß gar nicht klar war, was mit der Kampagne längerfristig erreicht werden sollte. Die Diskussionen bewegten sich immer auf einer rein politisch-taktischen und technischen Ebene (wie kommt man an diese oder jene potentiellen Bündnispartner ran, Flugblattschreiben usw.). Mit der abschließenden Veranstaltung war dann in der Regel auch die Arbeit der Organisation an den Inhalten der Veranstaltung beendet, d.h. Kontakte, die zu dieser Veranstaltung geknüpft wurden, wurden wieder fallengelassen usw. In dieser Manier sind wir eigentlich von Kampagne zu Kampagne geschritten und teilweise gerannt.

Die meisten Kampagnen behandelten inhaltliche Fragen, die in der Linken (Sponti-) Bewegung gerade im Gespräch waren und sie wurden auch fast ausschließlich von diesem Gesichtspunkt her diskutiert. Vor allen Dingen stützten sie sich nie auf konkrete Untersuchung der politischen Bedingungen am Ort, wurden nie von unserem Gesamtinteresse und schon gar nicht vom „Gesamtinteresse der Arbeiterbewegung“ her diskutiert.

Diese Tatsache bezieht sich aber nicht nur auf Kampagnen, sondern auf unsere gesamte Politik in Westberlin: — so weit ich weiß, existiert für keinen Bereich eine konkrete Untersuchung der konkreten Bedingungen. Selbst zu zentralen Gebieten unserer Politik (z.B. Antifa) nicht.

Demzufolge existieren auch keine längerfristigen Überlegungen, anhand derer wir unsere Politik in Westberlin planvoll entwickeln könnten. Auf diese Art und Weise machen wir hier seit Jahren eine Politik, die schon von der Methode her ein Anhängsel der spontanen Bewegung ist. Praktisch werfen wir unsere relativ geringen Kräfte, die wir hier im Verhältnis zur großen Linken haben, je nach Erfordernis der spontanen Bewegung von einem Schauplatz auf den anderen.

Noch mehr als bei Kampagnen — die ja meist nicht so eng mit den örtlichen Verhältnissen verbunden sind — schlägt dies in der Massenarbeit durch. Wenn hier mal was los ist, dann geht man/frau schnell mal in diese Initiative, ist woanders einmal mehr los, dann geht man eben in die andere. Jedesmal haben wir von nichts 'ne Ahnung (was die inhaltliche Arbeit der Initiative betrifft) und sobald wir einigermaßen inhaltlich durchblicken, kapitulieren wir vor den Schwierigkeiten und suchen uns einen neuen Wirkungskreis, was ja gerade in Westberlin nicht besonders schwer fällt.

Systematische Untersuchungsarbeit und Analyse der Widersprüche usw. sind fast nie gemacht oder von mir gefordert worden. Ohne diese Grundlage können wir aber keine politische Perspektive entwickeln, können wir auch niemanden für kommunistische Politik gewinnen.

Ein weiterer Aspekt unserer Politik erscheint mir noch besonders wichtig: Wir beschränken uns fast völlig auf den politischen Kampf. Der ökonomische Kampf ebenso wie der ideologische Kampf finden bei uns/von uns nicht statt! Es kann also gar keine Rede davon sein, daß wir den Klassenkampf umfassen und führen. Dieses Problem ist mir bislang überhaupt nicht bewußt gewesen.

Innerorganisatorische Situation

Diese Zerfahrenheit in unserer Politik spiegelt sich naturgemäß in der Situation der Organisation wider:

Chaotische Diskussionen; es wird kaum mit Beschlüssen gearbeitet; werden doch welche herbeigeführt, so ist noch lange nicht klar, daß sie auch eingehalten werden; selbst zentrale Funktionen werden kaum wahrgenommen (Zentralisierung von Information, Auswertung), Individuelles Arbeiten von Genossen oder relativ autonomes Arbeiten ganzer Kollektive. Dieser Zustand existiert — mehr oder weniger ausgeprägt — seit ich im KB bin. Bekämpft wurde zumindest von mir dieser Zustand lediglich durch Appelle an die Genoss/inn/en. Dabei appellierte ich an ein Bewußtsein, das erstens nicht organisiert geschaffen wurde, das ich (und die anleitenden Genoss/inn/en) meistens selbst nicht hatten und das sich drittens in unserer Politik so gut wie gar nicht niederschlug.

Wie soll beispielsweise eine anleitende Genossin (oder Genosse) eines Bezirkskollektivs diese Grundeinheit davon überzeugen, daß das Kollektiv eine Kampagne tragen soll, wenn ihm/ihr selbst nicht klar ist, was für längerfristige Ziele mit dieser Kampagne verfolgt werden, in welchem Verhältnis diese Kampagne zur Basisarbeit des Kollektivs stehen und welchen politischen Stellenwert diese Basisarbeit im Rahmen unserer Gesamtpolitik überhaupt hat? Wie soll eine fruchtbare Diskussion in einer Grundeinheit möglich sein, wenn die verschiedensten Vorstellungen über die allgemeinen Aufgaben der Organisation insgesamt und diskutiert im Raum schweben? An jeder zentralen politischen Anforderung, die nicht unmittelbar mit der politisch-praktischen Arbeit des Kollektivs verbunden ist, müssen diese Widersprüche dann auftauchen, die dann in der konkreten Situation gar nicht ausdiskutiert werden können, da erstens das Grundsätzliche dieser Widersprüche meist nicht erkannt wird und zweitens zumindest die Anleitung unter dem Druck steht, möglichst schnell praktische Ergebnisse (Mobilisierung, Hineintragen der Kampagne in Initiativen usw.) zu erzielen, da sonst die gesamte Kampagne droht, den Bach runterzugehen. Psychoterror statt Anleitung ist die notwendige Folge — oder Liberalismus. Mit diesen Folgen haben wir m.E. heute innerorganisatorisch zu kämpfen.

Eine Lösung der innerorganisatorischen Probleme ist m.E. nur möglich, wenn wir

zuerst die Frage klären, was die Hauptaufgaben revolutionärer Politik heute sind. Denn erst auf dieser Basis können wir klären

1. welche Organisation wir brauchen
2. welche Bereiche Schwerpunkte — längerfristig — unserer Politik sind
3. Welche Bereiche tatsächlich angeleitet werden und welche nicht. (denn alle Bereiche können wir nicht anleiten)

um nur einige Punkte zu nennen.

Was sind die Hauptaufgaben unserer Politik?

Ich habe schon weiter oben geschrieben, daß ich unsere Hauptaufgabe darin sehe, die Trennung von Arbeiterbewegung und Sozialismus zu überwinden.

Dem scheint die Auffassung zu widersprechen, daß unsere Hauptaufgabe darin bestünde, die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft zu bekämpfen, indem wir die radikaldemokratische Bewegung stärken und vorantreiben.

Was heißt das: die radikaldemokratische Bewegung vorantreiben und stärken? Hauptseitig kann dies m.E. nicht heißen, lediglich zu Aktionen zu mobilisieren, unsere Arbeitskraft und unseren technischen Apparat der Bewegung zur Verfügung zu stellen, sprich der Bewegung passiv zu dienen. Denn erstens ist es — außer in Hamburg — meist keine wesentliche Stärkung der Bewegung, wenn in dieser und jener Initiative auch ein oder zwei KBler mitarbeiten oder wenn der KB zu dieser oder jener Aktion mit aufruft (was nicht heißt, daß wir dies nicht tun sollen!); zweitens besteht die Stärke einer Bewegung nicht allein in der Masse der mobilisierten Menschen und drittens wollen wir ja nicht, daß die Bewegung so bleibt, wie sie ist, sondern daß mal eine sozialistische aus ihr wird. Langfristig kann eine radikaldemokratische Bewegung nur dann Bestand haben, wenn sie an Bewußtheit gewinnt, wenn die Trennung zwischen Sozialismus und Bewegung überwunden wird. Ein gutes Beispiel für gute Politik ist die von uns geführte Auseinandersetzung anläßlich Brokdorf III zur Gewaltfrage: Die Anti-AKW-Bewegung ging wesentlich gestärkt aus dieser Auseinandersetzung hervor. Und dies nicht allein deshalb, weil 35.000 in Brokdorf demonstrierten, sondern weil diese 35.000 die relative Bewußtheit der Bewegung in der Gewaltfrage, d.h. ein Ansatz von Bewußtheit über den unversöhnlichen Gegensatz zwischen dem kapitalistischen Staat und Umweltschutz, dokumentierten. Beides zusammen (Masse und Bewußtheit) machte erst den politischen Erfolg der Demonstration aus. Die Hauptseite der Politik des KB lag vor Brokdorf III darin, die Auseinandersetzung um die Gewaltfrage zu führen, Bewußtheit in die Bewegung zu tragen. Diese Aufgabe konnte aus der Bewegung selbst heraus gar nicht erfüllt werden. Wenn der KB diese Aufgabe nicht wahrgenommen hätte, wäre sie gar nicht wahrgenommen worden und Brokdorf III wäre ein politisches Fiasko geworden. Erst auf der Basis der Auseinandersetzung um die Gewaltfrage sind z.B. Anti-AKW-Initiativen dazu gekommen, massiv für Brokdorf zu mobilisieren. Dies zu erreichen, war die Hauptaufgabe des KB und dies war auch die Stärkung, die die Bewegung durch den KB erfahren hat.

Stärkung der radikaldemokratischen Bewegung kann hauptseitig für uns nur heißen: Stärkung des bewußten Elements! Nur eine bewußte Bewegung kann die Faschisierung stoppen!

Radikaldemokratische Bewegung und Arbeiterbewegung

Die Trennung von Sozialismus und Arbeiterbewegung aufzuheben, kann angesichts

der heutigen politischen Situation natürlich nur als langfristiges Ziel begriffen werden. Insbesondere meine ich natürlich nicht, daß wir jetzt z.B. aus der Anti-AKW-Bewegung aussteigen. Vielmehr müssen wir versuchen, die radikaldemokratische Bewegung und die Arbeiterbewegung zusammenzubringen. Dies bedeutet m.E. dreierlei:

1. Mit Hilfe der radikaldemokratischen Bewegungen in die Arbeiterbewegung hineinwirken (z.B. Anti-AKW-Bewegung — Gewerkschaften, Russell-Tribunal — Gewerkschaften usw.). Der zentrale vielversprechende Versuch in diese Richtung läuft m.E. zur Zeit über das Zustandekommen alternativer Listen.
2. Wir müssen m.E. dem ökonomischen Kampf wesentlich mehr Aufmerksamkeit widmen als bisher. Es ist nun mal so, daß die Arbeiterbewegung hierzulande sich völlig auf diesen Kampf beschränkt. Wollen wir diese Beschränktheit langfristig überwinden, so können wir den ökonomischen Kampf nicht einfach ignorieren, sondern wir müssen dort ansetzen und konkret die Schädlichkeit dieser Beschränkung aufzeigen und den politischen Kampf in Zusammenhang mit dem ökonomischen Kampf bringen. Dazu gehört m.E. auch den ökonomischen Kampf in die radikaldemokratische Bewegung hineinzuverlagern und auch so die Annäherung von radikaldemokratischer und Arbeiterbewegung voranzutreiben.
3. In jedem Fall ist m.E. unsere Hauptaufgabe die Stärkung des bewußten Elements. In der Vergangenheit haben wir diese Aufgabe von Kommunisten sträflich vernachlässigt. Nicht nur die Einstellung von „Unser Weg“, sondern auch der politisch-ideologische Stand der Organisation insgesamt sprechen hier eine deutliche Sprache.

„Das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation. (...) das Proletariat (kann und wird) unbedingt nur dadurch eine unbesiegbare Kraft werden, daß seine ideologische Vereinigung auf Grund der Prinzipien des Marxismus festgelegt wird durch die materielle Einheit der Organisation, die Millionen Werktätiger zur Armee der Arbeiterklasse zusammenschweißt“ (Lenin, Ein Schritt vorwärts..., Hervorhebung von mir). In der BRD und Westberlin sind wir heute weit davon entfernt, von einer ideologischen Vereinigung des Proletariats auf Grund der Prinzipien des Marxismus — die durch die materielle Einheit der Organisation festgelegt werden könnte — sprechen zu können. Umso größer ist unsere Verpflichtung, durch beharrliche ideologische Auseinandersetzung, durch Ausrichtung aller unserer politischen Aktivitäten auf dieses Ziel unserer Aufgabe gerecht zu werden. Umso wichtiger ist es auch für uns, die gesamte Organisation für diese Aufgabe zu rüsten. Es ist doch heute so, daß selbst innerhalb der Linken von einer ideologischen Einheit keine Rede sein kann. Diverse „Theorien“ schweben in der Linken — weitgehend undiskutiert — im Raum: Reformismus, Revisionismus, Spontaneismus, „3 Welten Theorie“ usw. usf. Alle diese Theorien berufen sich mehr oder weniger auf den Marxismus, zumindest aber auf irgendeine „Kapitalismuskritik“. Wo und wann wurden diese „Theorien“ aber umfassender vom marxistischen Standpunkt aus kritisiert? Wie soll eine Einheit erzielt werden, wenn diese Auseinandersetzung nicht permanent geführt, nicht gesucht wird?

Während wir der ideologischen Versumpfung der gesamten Linken im wesentlichen tatenlos zusehen, machen sich gleichzeitig bürgerliche Ideologen daran, ihre Ideologien offensiv in die Linke und die Massenbewegungen zu tragen (z.B. Ökologismus). Dies fällt ihnen umso leichter, je weniger die Linke ideologisch gefe-

stigt, je weniger bewußt die radikaldemokratischen Massenbewegungen sind.

„Und je jünger die sozialistische Bewegung in einem Lande ist, desto energischer muß deshalb der Kampf gegen alle Versuche, die nichtsozialistische Ideologie zu festigen, geführt werden, desto entschiedener müssen die Arbeiter vor den schlechten Beratern gewarnt werden, die von einer ‚Überschätzung des bewußten Elements‘ usw. zeteren. Die Verfasser des ökonomischen Briefes wettern im Einklang mit dem ‚Rabotscheje Delo‘ gegen die Intoleranz, die der Kindheitsperiode der Bewegung eigen sei. Wir antworten darauf: Ja, unsere Bewegung befindet sich tatsächlich im Kindesalter, und um schneller mannbar zu werden, muß sie eben von Intoleranz gegen die Leute erfüllt werden, die ihr Wachstum durch Anbetung der Spontaneität aufzuhalten suchen“ (Lenin, Was tun?) Diese Lehre Lenins nicht beherzigt zu haben, ist unser zentraler politischer Fehler.

Was für eine Organisation brauchen wir?

Um den oben skizzierten Aufgaben auch nur annähernd gerecht zu werden, brauchen wir m.E. eine Organisation

1. deren Kern aus geschulten und erfahrenen zentralen Kadern besteht,
2. die weiterhin aus Genossinnen und Genossen besteht, die in einzelnen Bereichen unserer Politik arbeiten, in Grundeinheiten organisiert sind und dort ihre Politik kontinuierlich diskutieren, sie entsprechend dem Gesamtinteresse unserer Politik ausrichten und deren Politik für die Gesamtorganisation kontrollierbar ist.
3. in deren Umfeld sich die vielfältigsten Gruppen, Initiativen usw. befinden, die zwar nicht direkt zum KB gehören, die sich aber an der Politik des KB orientieren und mit denen eine möglichst kontinuierliche Auseinandersetzung geführt wird.
4. die nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist.
5. deren Mitglieder ausnahmslos über ein Mindestmaß politisch-theoretischen Wissens verfügen.

Zur Begründung:

zu 1.: ohne eine genügende Anzahl zentraler Kader, die die politische Arbeit als ihre Hauptaufgabe betrachten, ist es völlig unmöglich, die vor uns liegenden Aufgaben überhaupt anzupacken. Allein eine dringend notwendige, umfassende Revisionismuskritik (Aufarbeitung der Entwicklung in den Ländern des „realen Sozialismus“, Untersuchung der Politik der revisionistischen Parteien in Westeuropa usw.) ist „so mehr nebenbei“ überhaupt nicht mehr leistbar. Allein das ständige Verfolgen der politischen Ereignisse, ihre Systematisierung und Einschätzung im Gesamtzusammenhang usw. ist anders gar nicht leistbar. zu 4.: zentralistisch muß die Organisation sein, da sonst eine zielgerichtete Politik überhaupt nicht möglich ist. Werden Informationen nicht zentralisiert, ordnen sich die unteren Organe den oberen nicht unter, dann ist es völlig unmöglich, die Kräfte der Organisation auf die wesentlichen Punkte zu konzentrieren, ja, es wäre sogar unmöglich, eine gemeinsame Diskussion über zentrale Fragen unserer Politik zu organisieren. Jeder Bereich würde notwendig eine Politik betreiben, die diesen Bereich als „Nabel der Welt“ betrachtet. Ein Vertreten des „Interesses der Gesamtbewegung“ wäre unmöglich.

Die Organisation muß demokratisch sein, da sie sonst nicht in der Lage wäre, politische Fehler schnell zu erkennen, ihre Politik kontinuierlich an der Praxis zu überprüfen und gegebenenfalls Fehler zu korrigieren. Sie muß weiterhin demokratisch sein, damit ein offener Kampf verschiedener Meinungen überhaupt stattfinden kann und damit eine Politik entwickelt wird, die von der Mehrheit der Organisa-

tion getragen wird. Auch wenn der Standpunkt der Mehrheit falsch sein sollte: aus diesen Fehlern wird die gesamte Organisation lernen, was nicht der Fall ist, wenn richtige Positionen undemokratisch durchgesetzt werden. Voraussetzung für die Umsetzung einer politischen Linie ist, daß die Mehrheit der Organisation von ihrer Richtigkeit überzeugt ist.

zu 5.: Nur wenn alle Mitglieder der Organisation über ein Mindestmaß an politisch-theoretischer Schulung verfügen, ist die Organisation in der Lage, Massenbewegungen tatsächlich anzuleiten, das bewußte Element zu stärken usw. Nur wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, kann jedes Mitglied in Initiativen usw. zielgerichtet Politik betreiben; nur dann sind wir in der Lage, durch bewußte Anwendung der revolutionären Theorie in der Praxis und diese Theorie schrittweise anzueignen, unser theoretisches Verständnis zu vertiefen und damit unsere politische Praxis zu verbessern. Nur so ist innerorganisatorische Demokratie und Auseinandersetzung wirklich praktikierbar, kann Kritik z.B. an der Leitung nicht mehr einfach „abgebüßet“ werden, sondern können die einzelnen Genoss/inn/en anleitende Gremien zwingen, auf die Kritik einzugehen usw.

zu 2 und 3.: Nur wenn einerseits eine gemeinsame politische Basis vorhanden ist und andererseits organisatorische Verbindlichkeiten existieren, kann davon gesprochen werden, daß irgendjemand im KB organisiert ist, ansonsten arbeiten Gruppen oder Einzelpersonen mit dem KB zusammen, aber nicht mehr. Verwischen wir diesen Unterschied, so wird die Organisation zu einer Hülle ohne realen Inhalt.

Diese Vorstellungen von mir sind als Zielvorstellungen zu verstehen, d.h. daß es sicher völlig blödsinnig wäre, alle Genoss/inn/en auszuschließen, weil sie z.B. Punkt 5 nicht „erfüllen“. An diesem Ziel orientieren sich aber meine konkreten Vorstellungen.

- I Diskussion um die Hauptaufgaben unserer Politik in der gesamten Organisation
- II Erarbeitung einer Schulung der Grundlagen des Marxismus-Leninismus, die systematisch in der gesamten Organisation durchgeführt wird (Kontrolle). Diese Schulungen müssen verbindlich zunächst alle Ortsleitungen mitmachen, die verpflichtet werden, sie in den Ortsgruppen durchzuführen.
- III Da wir ja nicht für ein halbes Jahr von der politischen Bildfläche verschwinden können:
 - a strikte Zentralisierung der Information
 - b Kontrolle der gefaßten Beschlüsse
 - c Aufbau eines Berichtswesens von oben nach unten und von unten nach oben
 - d Wiederherstellung der Verantwortlichkeit der anleitenden Genossinnen und Genossen. D.h. daß zuallererst mal diskutiert wird, zu was die einzelnen Genossinnen und Genossen bereit und in der Lage sind und zu was nicht.
 - e Diskussion über den politischen Stellenwert der einzelnen Bereiche und über die politischen Ziele, die mit einer Arbeit dort angestrebt werden. (An welchen Widersprüchen arbeitet die Initiative? Wie werden sich diese Widersprüche entwickeln? In welchem Verhältnis steht diese Arbeit zur Gesamtpolitik des KB?..)

Dies sind m.E. Voraussetzungen, die für uns in Westberlin es z.B. erst möglich machen einigermaßen organisiert in die Wahlausinandersetzungen einzugreifen.

Abschließend noch ein paar Sätze zu der Stellungnahme des Genossen der AK-Redaktion (UNSER WEG S. 30):

M.E. zieht sich durch die ganze Stellungnahme eine falsche Position durch. Der Genosse betrachtet durchweg die von ihm angesprochenen Mängel unserer Politik als individuelles Problem jeder einzelnen Genossin und Genossen. So versucht er anhand der Tatsache, daß statt Lenin

teilweise Verena Stefan gelesen wurde, zu belegen, daß „die Probleme, die uns am meisten brennen, (...) die der persönlichen Beziehung, nicht die des politischen Kampfes (sind).“ Oder ihm fällt bei der Frage der „freimütigen Diskussion“ nur die Anpassung der Genossen „nach oben“ ein, oder er kritisiert das „Konsumverhalten“ der Genossen und zitiert gerade den Teil des Artikels „Schritt halten“, der dieses Verhalten angreift. Dabei ist dies in „Schritt halten“ nur der kleinste Teil des Artikels, in dem vorher unter den Überschriften „Leitungsschwächen systematisch überwinden“ und „Eine zweite Linie aufbauen und das Niveau der ganzen Organisation heben“ die Fehler der Leitung und Anleitung aufgearbeitet werden. Oder er schreibt: „Es wird nicht bedacht, daß unsere Kader ihre sonstigen Arbeiten eben einschränken müssen, um sich selbst ständig politisch-theoretisch weiterzuentwickeln und um auch anderen dabei zu helfen.“ Wer, bitteschön, ist denn es? Doch wohl nicht zuerst jede Genossin oder jeder Genosse, sondern zuallererst die Leitung! Wer hat denn den Überblick über die Aufnahmepraxis? Wer hat denn versäumt, eine systematische Schulung und Weiterbildung zu organisieren?

Wenn die Grundlagen unserer heutigen Krise politische Fehler sind, dann sind diese Fehler vornehmlich dort zu kritisieren, wo sie die größten Auswirkungen haben, wo sie multipliziert statt bekämpft werden. Politische Fehler einer Organisation sind zuallererst bei den verantwortlichen Genossinnen und Genossen, d.h. den leitenden Gremien zu kritisieren. Indem der Genosse jedem Mitglied unserer Organisation empfiehlt, sich an die eigene Nase zu fassen, lenkt er von der Tatsache ab, daß wir diese Fehler nicht erkannt und nicht organisiert bekämpft haben, was zuallererst an leitenden Genossen kritisiert werden muß.

Außerdem tut der Genosse geradezu so, als würde Schulung das individuelle Lesen von „Klassikern“ bedeuten und nicht eine Sache sein, die organisiert werden muß. Falls er doch dieser Meinung sein sollte, so hätte er sich ja mal zumindest die Frage vorlegen können, warum er selbst in immerhin leitender Funktion sich nicht dafür eingesetzt hat. Wir sollen nichts im Keller verstecken und — wie Mao uns gelehrt hat, „ernsthafte Selbstkritik üben —“. Denn man to.

Mit kommunistischen Grüßen
R., SSB/Westberlin



Ursprünglich hatte ich vor — nach der Lektüre des Kt.-Artikels im AK 134 — eine schriftliche Stellungnahme abzugeben. Dieser Lesebrief hat m.E. die radikalste Fragestellung aufgeworfen, gleichzeitig die notwendige Stoßrichtung, in die unsere Debatte gehen muß, aufgezeigt.

Aus Zeitmangel (Urlaubsvertretungen und zusätzliche Anleiteraufgaben) einerseits und aus der abstrakten — und gewiß auch überheblichen Erkenntnis — „es geht auch ohne meine schriftliche Stellungnahme seinen ‚sozialistischen Gang‘“, habe ich v. a. Klassiker studiert, um meine persönliche Klarheit in dieser Kampagne zu vertiefen.

Da ich im wesentlichen mit dem Beitrag eines AK-Redaktions-Genossen übereinstimme, möchte ich aus meiner Sicht etwas zur Ursachenforschung und zur weiteren Lösung der Fragen im KB beitragen.

Ich, der ich einerseits stolz bin, Gründungsmitglied einer der wesentlichen Vorläufer des KB — des SALZ-Hamburg — zu sein, andererseits eine dementsprechend

hohe politische Verantwortung, darf mich zu den wenigen Genossen zählen, bei denen ansatzweise die politische Praxis sowie die theoretische Qualifikation eine dialektische Einheit bildeten. Dabei will ich nicht verhehlen, daß auch bei uns „Veteranen“ des öfteren entweder die Theorie oder die Praxis jeweils zu Lasten der anderen Seite überbetont wurde.

1. „Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben“! (Lenin)

„Wir stehen völlig auf dem Boden der Marx'schen Theorie: erst sie hat den Sozialismus aus einer Utopie zur Wissenschaft gemacht, hat diese Wissenschaft auf feste Grundlagen gestellt und den Weg vorgezeichnet, der beschritten werden muß, um diese Wissenschaft weiterzuentwickeln und in allen Einzelheiten auszuarbeiten...“

Es kann keine starke sozialistische Partei geben, wenn es keine revolutionäre Theorie gibt, die alle Sozialisten vereinigt, aus der sie all ihre Überzeugungen schöpfen und die sie auf die Methoden ihres Kampfes anwenden; wenn man eine solche Theorie, die man nach bestem Wissen für richtig hält, vor unbegründeten Angriffen schützt, so heißt das noch keineswegs, ein Feind jeder Kritik zu sein.

Wir betrachten die Theorie von Marx keineswegs als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß sie nur das Fundament der Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten nach allen Richtungen weiterentwickeln müssen, wenn sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen“. (Lenin, Aus „Unser Programm“-1899).

Warum habe ich dieses lange Zitat so in den Vordergrund gestellt?

Daß der wissenschaftliche Sozialismus sich aus einer „Utopie zur Wissenschaft“ (Engels) entwickelt hat, ist geschichtlich bewiesen! Die erfolgreichen Revolutionen in Rußland, China etc. sind Zeugnisse, ebenso beweist diese Wissenschaft die Ursachen und Bedingungen für die Revisionismen und die Restauration des Kapitalismus in den Ländern des real existierenden Sozialismus.

Welchen Genossen haut denn eine solche Entwicklung wie z.B. in der UdSSR, China oder die „fehlende revolutionäre Perspektive in Westeuropa“ oder gar die Entwicklung im KB um? Doch den, der sich mit psychologischen und pädagogischen Halbwahrheiten, ausgeprägten Subjektivismus seinen Eklektizismus (mechanische, prinzipienlose Verbindungsverschiedener geistiger Richtungen) zusammenzimmert!

Dies will ich allen Genossen auf den Weg geben, die mit der o.g. Methode und nicht mit den Methoden des wissenschaftlichen Sozialismus in dieser Kampagne einsteigen oder gar wichtige Elemente desselben „als widerlegt“ über Bord schmeißen (gemeint einige Leserschriften).

M. E. vermag uns nur der wissenschaftliche Sozialismus und das Studium desselben, sowie die Auseinandersetzung mit den Praktikern des Klassenkampfes, die richtigen Antworten auf unsere Fragen zu geben.

2. Es wird im KB der wissenschaftliche Sozialismus nicht von allen Kräften wissenschaftlich bearbeitet!

In der Urgeschichte unserer (Hamburger) Organisation haben die Vorläufer des SALZ (Zusammenschluß aus SALZ/Hochallee, Arbeiterbund und BALZ) sowie der KAB die Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus und die Theoriebildung als Hauptaufgabe auf ihre Fahnen geschrieben.

In harten politisch-ideologischen Kämpfen und mit hohem Arbeitsstil haben die

Genossen sich das Rüstzeug und Handwerkszeug für den Klassenkampf angeeignet.

Durch den Aufbau und Vertrieb des AK und des Unser Weg (Vorläufer KAZ, EKE und KAB-AZ) entwickelte sich fortwährend unsere politische Praxis und damit auch unsere organisatorischen und politischen Erfolge (Nationale Organisation des KB, Beteiligung an Wahlen, wichtiger politischer Faktor der Anti-AKW-Bewegung, Stammheim-Gegenoffensive und Kommunisten in den BR's). Diese niemals zu unterschätzenden Erfolge waren einerseits nur möglich durch die Weiterentwicklung vom Schulungs-Zirkel zum politischen Bund mit einer nicht unerheblichen praktischen Bedeutung (auch für die Bourgeoisie).

Nach dieser insgesamt also erfolgreichen Etappe unserer bislang noch jungen kommunistischen „Partei“ ist es „soweit mit uns gekommen“, daß wir mit einer „Kulturrevolutionären Kampagne“ unsere Organisation auf eine höhere Ebene heben müssen, um den weiteren Aufgaben gewachsen zu sein. Auch nichts schlechtes! Denn in Ermangelung einer „uns nicht das Wasser reichenden Opposition“, (nicht überheblich gemeint) muß die sozialistische Revolution sich ständig selbst kritisieren, um nicht in Erstarrung, Abweichung oder gar dem Untergang zu verfallen (Sinngemäß nach Marx: 18. Brumaire des Louis Bonaparte).

Durch die bekannte Rekrutierungs-Politik und die nicht erfolgte allseitige Arbeit an der Qualifikation aller Genossen haben wir die Situation, daß wir viele Genossen unter uns haben, die den wissenschaftlichen Sozialismus nur als Floskel kennen oder es gar ablehnen, sich damit zu beschäftigen, wie es sinngemäß ein „junger Genosse“ bei uns in Steilshoop ausgedrückt.

„Es wird namentlich die Pflicht der Führer der Arbeiterklasse (also der Kommunisten) sein, sich über alle theoretischen Fragen mehr und mehr aufzuklären, sich mehr und mehr von dem Einfluß überkommener, der alten Weltanschauung angehöriger Phrasen zu befreien und stets im Auge zu behalten, daß der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, d.h. studiert werden will!“ (Engels, Vorwort zu „Der Deutsche Bauernkrieg“).

M.E. müssen die Bestandteile des Marxismus-Leninismus, — der dialektische Materialismus, der historische Materialismus mit der Lehre vom Klassenkampf und die polit-ökonomische Theorie — von allen Genossen im KB als Totalität angeeignet werden und als umfassende und allgemeingültige Methode des Klassenkampfes angewendet werden. Das geht nur durch unerbittliche Schulung und eiserne Arbeit an sich selbst! Packen wir es an!

3. Für die Organisation einer einheitlichen Schulung!

Im Gegensatz zu einem Leserbrief-Schreiber bin ich nicht der Meinung, daß die fehlende Theorie-Bildung unter uns der Ausdruck einer Geringschätzung der Theorie im KB als Ganzes ist. Jeder AK ist voll mit wichtigen „Grundsatzfragen“ und führt auch durch seine Fragestellung zumeist hin zu den Klassikern des Marxismus-Leninismus, zumindest wirft er Fragen auf, die dort vertiefend behandelt werden können. Ich behaupte, durch die uns bekannte Art der politischen Arbeit (die ich mir schenken will weiter auszuführen) hat sich bei den meisten von uns eine Mentalität breit gemacht, die Stalin in „Über die Grundlagen des Leninismus“ kritisch analysierte: „Manche glauben, der Leninismus sei das Primat der Praxis über die Theorie in dem Sinne, daß das Wesentliche in ihm die Umsetzung der marxistischen Grundsätze in die Tat, die „Ausfüh-

rung“ dieser Grundsätze sei; was dagegen die Theorie anbelangt, so sei der Leninismus in dieser Hinsicht ziemlich unbekümmert... Es ist bekannt, daß viele unter den heutigen praktisch tätigen Leninisten der Theorie nicht sehr gewogen sind, besonders angesichts der Unmasse praktischer Arbeit, die die Umstände ihnen aufzwingen. Ich muß erklären, daß diese mehr als sonderbare Meinung über Lenin und Leninismus ganz falsch ist und in keiner Weise der Wirklichkeit entspricht und große Gefahren für unsere Sache in sich birgt... Natürlich wird die Theorie gegenstandslos, wenn sie nicht mit der revolutionären Praxis verknüpft wird, genauso wie die Praxis blind wird, wenn sie ihren Weg nicht durch die revolutionäre Theorie beleuchtet“.

Lassen wir die politische Praxis aller Genossen durch die revolutionäre Theorie beleuchten! Natürlich müssen wir zu einer Organisation dieser kontinuierlichen Arbeit auf den verschiedensten Ebenen kommen wie es der AK-Redaktions-Genosse im UW darlegt.

Schließlich möchte ich auch auf Mao hinweisen, der in seinen Schriften immer wieder bei aufkommenden Fehlströmungen in der Partei darauf orientiert, „die Wurzeln (der Fehlströmung) von der Theorie her beseitigen!“ (vergl. z.B. Bd. 1 „Beseitigung falscher Ansichten in der Partei“).

4. Bolschewistische Kaderpartei oder radikal-demokratische Massenorganisation?

„Das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation“ (Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“).

Vor allem Lenin kommt das bisher nicht widerlegte Verdienst zu, die Notwendigkeit einer kommunistischen Avantgardepartei zum Sturz des „Imperialismus, als höchstes Stadium des Kapitalismus“ entwickelt, verteidigt und erfolgreich bestätigt zu haben! Das kann auch keine — noch so erfolgreiche — Bunte Liste widerlegen.

Es wäre „Nachtrabpolitik, wollte man glauben, daß irgendwann unter der Herrschaft des Kapitalismus fast die gesamte (Arbeiter)-Klasse oder die gesamte Klasse imstande wäre, sich zu der Bewußtheit und der Aktivität zu erheben, auf der ihr Vortrupp, ihre sozialdemokratisch (gemeint kommunistische) Partei, steht... Es würde bedeuten, nur sich selbst zu betrügen, die Augen vor der gewaltigen Größe unserer Aufgaben zu verschließen, diese Aufgaben einzuengen, wollte man den Unterschied zwischen dem Vortrupp und all den Massen, die sich zu ihm hingezogen fühlen, vergessen, wollte man die ständige Pflicht des Vortrupps vergessen, immer breitere Schichten auf das Niveau dieses Vortrupps zu heben“ (Lenin, Ein Schritt...).

Um die Aufgaben der bewußten Führung, der Anleitung der Massen, der Hebung des Niveaus vom Abwehrkampf bis zum offensiven Kampf um die Macht zu leisten, darf der KB keine Mitgliederpartei sein, in die man „beliebig“ eintreten kann. Er sollte nur aus Mitgliedern bestehen, seien es Intellektuelle oder Arbeiter, die sich zu bewußten Revolutionären entwickeln und die entsprechenden Aufgaben erfüllen wollen.

Genossen, die die Notwendigkeit einer Kader-Organisation nicht anerkennen, verfallen in ökonomistischer Handwerkslei und erheben sie gar zur Theorie!

„Die Organisation der Revolutionäre (im Gegensatz zu den Gewerkschaften z.B.) muß vor allem hauptsächlich Leute erfassen, deren Beruf die revolutionäre Tätigkeit ist. Hinter dieses allgemeine Merkmal der Mitglieder einer solchen Organisation muß jeder Unterschied zwischen Arbeitern und Intellektuellen, von den beruflichen Unterschieden der einen

oder anderen ganz zu schweigen, v ö l l i g zurücktreten" (Lenin, Was tun?).

Paßt nicht auch diese Aussage von Lenin aus dem Jahre 1902 in „Was tun“ wie die Faust aufs Auge?: „Unsere größte Sünde in organisatorischer Beziehung besteht darin, daß wir durch unsere Handwerkelei das Ansehen der Revolutionäre in Rußland herabgesetzt haben. Schlaff und schwankend in theoretischen Fragen, mit engem Horizont, seine Schlaffheit mit der Spontaneität der Massen rechtfertigend, eher dem Sekretär einer Trade-Union (Gewerkschaft) ähnlich als einem Volkstribun, unfähig, einen umfassenden Plan aufzustellen, der auch den Gegnern Achtung abzwänge, unerfahren und ungeschickt in seiner beruflichen Kunst“ (der revolutionären Tätigkeit). „Das ist doch kein Revolutionär, sondern ein kläglicher Handwerker“. In diesem Sinne ist es unsere Aufgabe, die „Handwerker auf das Niveau von Revolutionären e m p o r z u h e b e n“!

5. Kaderkriterien aufstellen!

M.E. muß die „Kaderbildung“ zum Berufsrevolutionär im Rahmen der allseitigen politischen Arbeit der Organisation erfolgen, bei gleichzeitiger Weiterentwicklung des Demokratischen Zentralismus und der Arbeitsteilung.

Deshalb ist es mehr als zuvor notwendig, bei der Heranbildung und Hinzuziehung von Kadern zu den vielfältigen Aufgaben, genau auf ihre Qualifikation, d.h. ideologischer Standfestigkeit und politischer Entscheidungssicherheit sowie ihrer subjektiven Wünsche zu achten. Auf keinen Fall dürfen wir Genossen zu Kadern machen, die diesen Anforderungen nicht nachkommen können. Wir schädigen damit diese Genossen, denen wir die Gelegenheit der angemessenen praktischen und ideologischen Vorbereitung auf die Kader-Organisation nehmen und die Schlagkraft des KB.

Wir müssen klar von dem Prinzip ausgehen, daß es in dieser Etappe nicht so sehr auf eine mengenmäßigen Vergrößerung des KB ankommt, sondern auf die Bildung einer schlagkräftigen Organisation von Berufsrevolutionären!

Das bedeutet, daß wir z.B. die Dimittroff'schen Kaderkriterien wieder als Anspruch bis hin zur Leitlinie entwickeln. Ebenso uns nicht davor scheuen sollten, uns von den Genossen auf der Ebene der Kaderorganisation zu trennen, wenn sie diese Kriterien nicht erfüllen wollen oder können.

Wichtige Elemente dieser Kriterien sollen z.B. sein: a) Herstellen einer engen Verbundenheit mit den Massen, b) Prinzipienfestigkeit, c) Durchführung der KB-Linie, d) Parteidisziplin (von der Anerkennung des Demokratischen Zentralismus, des Prinzips: Einheit der Aktion – Freiheit der Kritik, bis hin zur Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit) e) Fähigkeit zur Kritik und Selbstkritik. Nicht missen will ich das Leninsche Prinzip des „Kampfes gegen den Strom“!

Genosse Wang Hung-wen sagte auf dem 10. Parteitag der KP-Chinas anlässlich der Aufnahme des Prinzips des „Kampf gegen den Strom“ in das Parteistatut: „Man muß den revolutionären Geist haben, den Mut aufzubringen, gegen die Strömung anzukämpfen... Wo es sich um die Linie über die Gesamtlage handelt, muß ein wahrer Kommunist frei von jeglichen eigennützigen Überlegungen den Mut haben, gegen die Strömung anzukämpfen, auch wenn das für ihn Amtsenthebung, Ausschluß aus der Partei, Kerkerhaft, Ehescheidung bedeuten oder ihn den Kopf kosten könnte. Der falschen Strömung gegenüber stellt sich selbstverständlich nicht nur die Frage des Mutes, sondern auch die Frage, ob man in der Lage ist, sie zu erkennen“.

Bei der Umsetzung und Organisation dieser Fragen sollten wir unbedingt Lenins

Ausführungen in „Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück“ beachten: „Erstens werden keineswegs nur die Organisation der Revolutionäre, sondern auch eine ganze Reihe von Arbeiterorganisationen, die als Parteiorganisationen anerkannt sind, zu den aktiven Elementen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gehören... Gerade weil ein Unterschied im Grad der Bewußtheit und im Grad der Aktivität besteht, muß auch ein Unterschied im Grad der Nähe zur Partei gemacht werden“.

Schließlich möchte ich anregen, daß bei der Leitung des KB eine Art „Referat für Kaderfragen“ eingerichtet wird. Es soll sowohl die Schulung im weitesten Sinn initiieren und kontrollieren als auch ein Augenmerk für die politischen und ideologische Entwicklung aller Genossen haben. M.E. war es immer gute Tradition der bolschewistischen Parteien der Komintern, verantwortliche Genossen für diese Fragen zu delegieren.

6. Die Frage des Parteiaufbaus wieder mehr in den Vordergrund stellen!

Die Bedingungen für die Schaffung einer bolschewistischen Partei müssen wieder breit geschult, debattiert und auch angepackt werden. „Schaffen wir die Partei im Massenkampf“ muß wieder klarer politisch und ideologische Leitlinie in unseren Köpfen werden. Wir müssen uns vergegenwärtigen, warum wir noch keine Partei sind und dementsprechend kein Programm haben. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß die Parteigründung ein Prozeß ist, indem der Erfolg der Revolutionäre in der Arbeiterklasse und der Eintritt der Zirkel sowie der demokratischen Organisation in dem Kampf um die Partei eine fundamentale Bedeutung haben. Die KP kann nicht im Kämmerlein aufgebaut werden, sondern nur im nahen Zusammenhang mit den „Kämpfen der Bevölkerung“. Hierbei hat natürlicherweise der „Arbeiterkampf“ als wichtigster Teil des Klassenkampfes eine zentrale Bedeutung.

7. Lohnt es sich überhaupt, in der Arbeiterklasse zu arbeiten?

Diese radikale und fast ketzerische Frage, die eine Hamburger Genossin aus dem Druckbereich aufwirft und die Debatte um einer der wichtigsten Fragen, die das Selbstverständnis der Kommunisten anbelangt, einleitet, hat einen ähnlich hohen Stellenwert wie die Berufsrevolutionären-Frage.

Auch hier gibt der wissenschaftliche Sozialismus (wie sollte es auch anders sein?) uns die Antwort.

Marx und Engels, die sowohl von der ökonomischen Basis als auch vom politischen Überbau des Kapitalismus her die Rolle des Proletariats als revolutionäres Subjekt beweisen, weisen auf die Notwendigkeit hin, daß die Arbeiterklasse aus einer „Klasse an sich zu einer Klasse für sich“ entwickelt werden muß („Kommunistisches Manifest“)

Lenin beweist, daß die Arbeiterklasse aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorbringen vermag. Es fehlt den Arbeitern aber das s o z i a l i s t i s c h e B e w u ß t s e i n, das Lenin definiert als „Erkenntnis der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zu dem gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen System“ (Was tun?). Diese Aufgabe, die Arbeiter zum sozialistischen Bewußtsein zu entwickeln, ist die „heiligste Arbeit“ der kommunistischen Partei.

Dieses sozialistische Bewußtsein, das in erster Linie außerhalb der Sphäre des Produktionsprozesses entsteht, muß durch die KP „hineingetragen“ werden. Das geschieht mittels der kommunistischen Presse, die die Erfahrungen der Arbeiterklasse verbreitet und systematisiert und andererseits durch die Aneignung des Marxismus-

Leninismus und seiner Auseinandersetzung mit der Praxis.

Wenn wir uns dann vergegenwärtigen, daß die KP als „Avantgarde der Klasse“ auch „auf dem Wege der Auslese der besten, klassenbewußtesten, selbstaufopfernden, weitsichtigen Arbeiter geschaffen“ wird, (Leitsätze der Komintern über die Rolle der KPs – 1920) kann m.E. die Frage der Arbeit in der Arbeiterklasse und damit auch die „politische Betriebsarbeit“ nur prinzipiell-strategisch und keinesfalls taktisch vom Kräfteverhältnis usw. z.B. des KB beantwortet werden.

Als langjähriger „Betriebsarbeiter“ kenne ich auch die konkrete Situation, was den politisch-ideologischen Stand der Arbeiterklasse insgesamt anbetrifft. Wir alle wissen: Alles andere als erfreulich im Hinblick auf sozialistisches Bewußtsein bzw. erkennen der Notwendigkeit einer kommunistischen Klassenpartei.

Aber hat nicht Lenin in seiner Imperialismus-Analyse bewiesen, daß die Imperialisten den „Extraprofit“, d.h. „ein Profitüberschuß über den in der ganzen Welt üblichen normalen kapitalistischen Profit,...“ verwenden, um i h r e Arbeiter zu bestechen, um eine Art Bündnis der Arbeiter der betreffenden Nation mit ihren Kapitalisten g e g e n die übrigen Länder zu schaffen“. Der Imperialismus und Spaltung des Sozialismus)

Ist nicht in dieser „Bestechung“ der Arbeiter, die sich auch politisch und ideologisch auswirkt, die e n t s c h e i d e n d e U r s a c h e zu sehen, die unsere Arbeit im Proletariat so schwer macht? Wenn wir uns das mit allen Konsequenzen strategisch und taktisch in unserer Politik wieder vergegenwärtigen, können dann Berufsrevolutionäre den Schwanz einziehen? Im Gegenteil, macht die politisch-ideologische Lage der westdeutschen Arbeiterklasse nicht die verstärkte Notwendigkeit für revolutionäre Kader klar, daß wir „vor Ort“, also in erster Linie da, wo das Proletariat „im großen Stil organisiert ist“, arbeiten müssen: in Betrieb und Gewerkschaft!

Müssen wir nicht vielmehr bei uns den ideologischen Kampf führen, daß möglichst viele „Berufsrevolutionäre“ – ob Arbeiter oder Intellektuelle – zu den Arbeitern in die Großbetriebe gehen?

Ist nicht die direkte Arbeit im Proletariat – mit vielen Schwächen und Fehlern – geschichtlich gesehen, eine der größten Erfolge der Hamburger KB-Gruppe.

Organisieren wir deshalb im Rahmen unserer „Bolschewisierung“ des KB eine neue „HIB-KAMPAGNE“: Hinein in die Betriebe!

Schließlich möchte ich noch Lenin zur Untermauerung „strapazieren“:

„Eine der unerläßlichen Bedingungen für die Verbreiterung des Sieges des Proletariats ist ein langwieriger, beharrlicher, erbarmungsloser Kampf gegen Opportunismus, Reformismus, Sozialchauvinismus und ähnliche bürgerliche Einflüsse und Richtungen, die unvermeidlich sind, solange das Proletariat unter kapitalistischen Verhältnissen bleibt. Ohne diesen Kampf, vorherige restlose Besiegung des Opportunismus in der Arbeiterbewegung kann von einer Diktatur des Proletariats nicht die Rede sein“! (Aus „Wahlen in die Konstituierende Versammlung und die Diktatur des Proletariats“ – 1920)

Udo, KB/Gruppe Hamburg, Steilshoop



Betrifft: Wie geht es weiter im KB?

Erfreulicherweise wird in dieser endlich öffentlichen Debatte auf die Fragen eingegangen, die mich sehr lange Zeit äußerst bewegt haben.

Ich selbst bin vor ca. anderthalb Jahren für fast ein halbes Jahr wie man so schön sagt „ausgefloppt“ gewesen. Die Entwicklung zu diesem Ausstieg ist meines Erachtens auch in dieser Debatte interessant. Es waren bei mir zunächst überhaupt keine politischen Differenzen zur Linie des KB, es war eher ein Prozeß der Resignation und Unzufriedenheit mit meiner persönlichen Situation.

Wie viele Genossen in der Anfangsphase der ML-Bewegung um das Jahr 1970 herum, hab ich nach der Studentenbewegung die „Arbeiterklasse entdeckt“ und bin aus dem allgemeinen Anspruch heraus, die „Arbeiterklasse zu revolutionieren“ aus dem Gymnasium rausgegangen und in den Betrieb rein, hab eine Lehre begonnen.

Der Wechsel hat mir ganz schön zu schaffen gemacht. Da war man auf einmal mit der kapitalistischen Disziplin konfrontiert, mit den Druckmitteln, wie einem selbst diese Disziplin eingebläut werden soll. Vorher war ich als Schüler wirklich ein Musterbeispiel der antiautoritären Bewegung, die die ganze Schulscheiße nicht mehr ernst genommen hat. Bin also kaum zur Schule gegangen, hab mich nur noch in den Laden begeben, um dort „Politik zu machen“. Nun plötzlich eine gänzlich andere Welt, Kollegen aus der Arbeiterklasse, die einen ganz anderen Werdegang hatten als ich, und dennoch, die ersten Jahre ging es noch gut. Wir hatten damals einige Erfolge als Jugendvertreter aufzuweisen, durch unsere Arbeit auch ein gewisses Ansehen unter den Kollegen, bis von seiten der Kapitalisten in Zusammenarbeit mit der rechtsozialdemokratischen Betriebsrats- und der örtlichen Gewerkschaftsspitze voll zugeschlagen wurde. Ihre Rezeptur, die Lehrlinge unter Kontrolle zu bringen, reichte von Entlassungen (die wir verhindern konnten), massenhaften Verwarnungen, dem Einsatz neuer Ausbilder, der Isolierung der Jugendvertretung usw. usf. Von da an ging's bergab mit der Arbeit und dann auch mit mir. Die Illusion, die Kollegen überzeugen zu können, schnelle Erfolge zu haben, zerbröckelte immer mehr und dies verunsicherte mich zusehends.

Dann war die Lehre zuende und ich mußte jetzt unter den älteren Kollegen arbeiten. Da war überhaupt nichts mehr zu merken von irgendwelchem Widerstand, alles war treu und brav im Trott, ab und zu mal „einen ballern“ und ein bißchen meckern – ansonsten Desinteresse. Und ich dazwischen mit meinen hohen Ansprüchen, ohnehin als Kommunist verschleien. Zunächst konnte ich mich über diese Situation noch dadurch hinüberretten, daß ich außerhalb des Betriebes stärker politisch ackerte. Aber der ganze Laden stank mir immer mehr. Damals konnte ich diesen Prozeß noch nicht so gut analysieren, oder mir eine neue Perspektive erarbeiten. Ich weiß noch, wie ein leitender Genosse, mal in einer Diskussion, als ich den Betrieb wechseln wollte, zu mir sagte, man „müsse sich auf einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren einrichten“. Das war für mich damals zu lang. Zudem wurde auch noch in der konkreten Betriebsarbeit von seiten der Leitung (bzw. der dafür zuständigen Genossen) häufig reichlich gebremst, Zeitungen konnten nicht erscheinen etc. Heute verstehe ich das zumindest schon eher, wir hatten doch noch eine ganz schön aktionistische Linie drauf.

Wie gesagt, damals konnte ich meinen Prozeß der persönlichen Resignation nicht begreifen, Diskussionen darüber konnte ich nicht führen, dazu hatte ich selber immer noch den hohen „kommunistischen

Anspruch“ im Kopf, hab meinen Prozeß eher als persönliches Versagen empfunden, es war mir peinlich dies überhaupt offenzulegen. In der Folge hab ich dann angefangen, unheimlich zu schlucken und zu kiffen und bin schließlich zusammen mit einem anderen Genossen an einem Streit mit den „anleitenden Genossen“, als ich den Betrieb wechseln wollte, ausgestiegen. Damals konnten wir keine politischen Gründe für unseren Ausstieg angeben. Wir wollten eben nur unsere persönlichen Bedürfnisse ausleben, mal was anderes machen, Träume von großen Reisen, mal ein Segelboot klauen, dann um die Welt segeln und danach ein Buch schreiben.

Soweit der Prozeß des Ausflippens. (Nur kurz dazu, nach einem halben Jahr bin ich, angeekelt von dem Sumpf, in den wir uns zurückgezogen hatten, wieder in die politische Arbeit eingestiegen). Nun allerdings zum entscheidenden Punkt in dieser Frage. Sind die Verhältnisse tatsächlich im KB derart unmenschlich, funktional oder sind gar die ach so schrecklichen „Strukturen“ des demokratischen Zentralismus an den teuflischen Auswüchsen schuld, sitzen im LG menschenverachtende Gangster, die sich in ihrer Bedeutung sonnen und wie Despoten die Genossen herumkommandieren. Polemik beiseite. Ich glaube, daß wir ebenso wie die anderen ML-Organisationen (allerdings weit abgeschwächer) mit den Kinderkrankheiten jeder kommunistischen Bewegung zu kämpfen hatten. Auch bei uns gab es früher einen weitverbreiteten Proletkult, ein super-kommunistisches Gehabe, eine idealistische Vorstellung vom „Proletariat“, eine idealistische Hoffnung auf die schnellen Erfolge (siehe Leserbrief von Kt, Hamburg). Allerdings sollte man/frau sich davor hüten zu glauben, daß die Beseitigung der Organisation nun eine „vollständige Befreiung“ oder gar „Selbstverwirklichung“ bringt, man nun endlich „repressionsfrei“ diskutieren könne. Daß dies nicht so ist, im Gegenteil weder bei den „Spontis“ mehr Menschlichkeit, Wärme, Solidarität oder eine wirklich gleichberechtigte Diskussion zu finden ist, noch ein wirkliches Glück in dem bürgerlichen Laden möglich ist – mußte ich am eigenen Leibe feststellen.

Sponti sein – wirklich eine politische und menschliche Alternative?

Vorweg möchte ich meine Einschätzung der Sponti-Bewegung geben. Man kann eigentlich nicht von einer geschlossenen Sponti-Richtung sprechen, eher von verschiedensten Strömungen, Gruppen bis hin zu Einzel-Freaks. Das Spektrum reicht von sogenannten Alternativ-Freaks, die von einer Flucht aufs Land träumen, über reine Drogenszene, über selbsternannte Anarchos, Anarcho-Syndikalisten, über Counters (Folterkomitees) bis hin zu der Strömung des sogenannten „praktischen Widerstands“ (all diese Strömungen waren u.a. in dem nicht allzu bekannten „Sponti-Plenum“ in Hamburg vertreten), dazu kommen noch Psycho-Gruppen usw. usf.

Bei meinem Einblick in diese Szene mußte ich sehr schnell feststellen, daß gerade hier das so angeprangerte „Mackertum und Gurusverhalten“ gang und gebe ist, nur mit dem kleinen Unterschied, daß dies in Worten ständig angegriffen und abgekanzelt wurde. Nun denn, Worte sind bekanntlich leicht gesprochen.

Zudem sah das Plenum vielleicht ein wenig bunter und vielfältiger aus, dies lag aber nur daran, daß sich eben verschiedene Kleinstgruppen mit ihren jeweiligen Gurus trafen. Wie anders, als mit guruhaft soll man/frau denn die offenen Allüren der kleinen Häuptlinge bezeichnen, die ich erleben konnte.

Eine menschliche Alternative oder gar ein besonderes Eingehen auf die individuelle Situation konnte ich ebenfalls nicht

feststellen, außer in einem verbalen Anspruch. Besonders die Rolle der Mädchen und Frauen machte mich stutzig. Bis auf ganz wenige Ausnahmen waren die Frauen tatsächlich nur geduldetes Anhängsel, hatten in den Diskussionen nichts zu sagen. Hierzu könnte ich wenn nötig Dutzende von Beispielen aufzählen.

Ein weiterer Punkt, der mir aufstieß, war die weitverbreitete Mär von der „Organisationslosigkeit“, die immer wieder als Instrument gegen die fürchterlichen MLer vom KB genutzt wurde, die mit ihren „stalinistischen Unterwanderstiefeln“ alles unter ihre Knute bringen wollen, um so den „praktischen Widerstand zu verhindern“. Auch dies erwies sich beim näheren Hinsehen als reine Zwecklüge. Natürlich existierten auch bei den Spontis derartige Organisationen.

Nun gut, wenn es schon menschlich kaum sauberer zugeht als bei uns, im Gegenteil das ernsthafte Bemühen bei den meisten Genoss/inn/en weit ausgeprägter ist, sich um andere zu kümmern, dann bliebe als Entscheidungspunkt für eine Zugehörigkeit zu einer der vielfältigen Strömungen nur eine wirklich politische Begründung.

Ich will hier nicht auf den Streit für und wider einer kommunistischen Organisation, nicht auf die Erfahrungen und Erkenntnisse der revolutionären Weltbewegung eingehen, und auch nicht auf den Streit, was nun aus der Entwicklung der sozialistischen Länder zum Revisionismus für Schlüsse oder Konsequenzen zu ziehen sind, oder ob gar ein Sozialismus nur als libertärer Sozialismus zu realisieren ist, dazu ist sowohl in unserer Presse schon viel gesagt worden, wenn auch nicht in allen Punkten sauber, ausführlich und klar genug. Dennoch eins ist gewiß – eine Revolution setzt eine schlagkräftige, in den Massen verankerte Organisation voraus – einen Generalstab der Revolution. Ansonsten kann man die Sache vergessen. Beweise hierfür sind nicht nur die mißlungene Mai-Revolution in Frankreich, oder die Revolution in Portugal – die Geschichte der revolutionären Bewegung liefert dazu eine Vielzahl von Belegen.

Sicher, der Umsturz wird die Sache der breiten Massen sein, dies ist nicht anders vorstellbar (das sei auch an die Adresse der Anhänger der praktischen Aktion gesagt), nur ist die Arbeiterklasse – oder soll man sagen die revolutionäre Volksbewegung – dem Gegner vollständig unterlegen, wenn sie über kein Zentrum, keine Koordinationszentrale verfügt. Woran ist denn die November-Revolution 1918 in Deutschland gescheitert, wenn nicht an dem Mangel einer wirklich revolutionären Führung, an der Vorherrschaft der rechten Sozialdemokratie innerhalb der revoltierenden Volksmassen? Nun, tun wir mal so, als würden wir die Bewegung als Hauptsache sehen, ein organisiertes Eingreifen nur noch als „Fraktion“ der Bewegung zulassen. Welche Erfahrungen müßten wir machen? Daß unsere Bewegung und unsere spontanen Zusammenschlüsse immer wieder auseinanderfallen und entsprechend mit dem Konjunkturverlauf der Spontaneität wieder aufblühen. Wirklich keine solide Basis für eine revolutionäre Bewegung.

Ein derartiger Konjunkturverlauf läßt sich auch in der Hamburger Sponti-Szene leicht attestieren. Kurz eine kleine Chronologie der Versuche und der Zusammenbrüche: Zunächst mit den ersten Aktionen um Brokdorf blühten die Sponti-Gruppen auf. Als Beispiel Eimsbüttel, hier waren es zunächst nur die Spontis um den AK politische Ökologie, die die Sache beherrschten. Der Zulauf war frappierend. Bald hatte die BI so um Brokdorf III 150 Mitglieder. Danach trennten sich die Gruppen in verschiedene Stadtteilgruppen. Von nun an ging's in einigen Gruppen bergab. Die hartgesottesten „Spontis“ gründeten damals die BI „Alt-Eimsbüttel“ in der u.a. auch Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Organisierte – sprich KBler praktiziert

wurden. Begonnen wurde der Verein mit 30 Leuten, nach einem viertel Jahr gab es die BI nicht mehr.

Ein ähnliches Schicksal ereilte den AK politische Ökologie. Er bildete im HH-Plenum zunächst die organisierte Spitze. Oberguru F.S. fühlte sich schon halbwegs auskorener Sprecher der BI-Bewegung. Nach seinem Versuch, einen sog. alternativen Bundeskongreß gegen „die Organisierten“ durchzuführen — ist die Gruppe heute von der Bildfläche verschwunden. Ähnliches gilt für die FAU. (Freie Arbeiterunion — eine anarcho-syndikalistische Gruppe). Ihre Zeitung, die „Direkte Aktion“ konnte zunächst mit ca. 1.000 Exemplaren in Hamburg abgesetzt werden, vornehmlich an KB-Genossen. Wo sind die FAUler abgeblieben?

Ein ähnliches Schicksal hat wohl auch das Sponti-Plenum genommen. Auf dem ersten Treffen waren noch 150 Leute sämtlicher Couleur da, beim zweiten 100 und heute?

Und wo ist das sog. Alternativ-Plenum (hartgesottener Sponti-Kern, der vor ca. einem Jahr aus der BUU auszog) geblieben? Auch davon hört man nichts mehr.

Eine der wenigen Gruppen, die bis heute überleben konnte ist die BI-Hoheluft. Sie konnte es nur, da sie sich eigentlich in alle Aktivitäten, die vom KB getragen bzw. initiiert wurden, mitelgeklinkt hat, wenn auch immer in der sog. Kritikerrolle. Hier war einzig der Versuch gemacht worden, eine etwas geschicktere Taktik gegen den „übermächtigen KB“ zu entwickeln und wegzukommen von der nur blinden Motzerei. Allerdings stagniert auch diese Gruppe, wenn sie auch zu einem gewissen Sammelbecken geworden ist.

Meines Erachtens ist diese Entwicklung zwangsläufig, da sich die Gruppen von der spontanen Bewegung abhängig gemacht haben und den schönen Traum von einer ständig wachsenden Bewegung — und zwar dazu noch einer ausgesprochen militanten — geträumt haben. Als die Erfolge ausblieben und die Bewegung mit den Schlägen der Herrschenden, mit dem offenen Versagen der Strategie nur auf den direkten Kampf am Bauplatz zu orientieren, den Berg runterging, da fielen die Gruppen auseinander, resignierten gänzlich oder gingen zu Alternativlebensprojekten über. Auch das ist naturgemäß der Fall. Jede Bewegung, jede breite Auflehnung gegen den Staat setzt derartige Dinge in Bewegung, läßt Hoffnungen aufblühen und verleitet zum Träumen, das Erwachen ist meist bitter.

Noch eins aus meiner Sicht zu den Spontis — zum Teil spiegelt diese Bewegung, zumal an der Basis, schon eine echte Auflehnung und der Wunsch nach einer Alternative zu unserer menschenverachtenden, spießigen Konkurrenzgesellschaft wider. Insofern ist die Bewegung durchaus positiv, bzw. enthält positive Elemente ähnlich wie die antiautoritäre Bewegung Ende der 60er Jahre. Allerdings wegen einer solchen Bewegung, und sei die Kritik an den „verkrusteten ML-Organisationen“ noch so stark, auf eine revolutionäre Organisation verzichten zu wollen, halte ich für total absurd und völlig kurzsichtig. Was ist denn, wenn die Bewegung, wie jetzt gerade, den Berg runter geht, an Elan verliert?

Neue Menschlichkeit — Der Weg aus der Misere?

Es wird jetzt viel von der zu kurz gekommenen Menschlichkeit gesprochen, Politik häufig nur noch als Druck empfunden, dem man sich entledigen möchte.

Auch hierzu einige Erfahrungen. Ich selbst hatte, als ich mich wieder organisierte, den Wunsch drauf, in meiner Arbeit künftig Menschlichkeit und Politik miteinander zu verbinden. Hab mich gegen formalisierte Ansprüche — der AK muß verkauft werden, in diese oder jene Sache

muß ein Genosse hinein gesteckt werden, usw. usw., aufgelehnt.

Wollte keine „bürokratische Verwaltung“ der Genoss(en)innen mehr mitmachen.

Dies war so gesehen — auch nach meiner heutigen Sicht — ein richtiger Anspruch. Auch in dem Bereich, in dem ich organisiert bin, kann man noch nicht davon sprechen, daß wirklich eine gute politische Auseinandersetzung und Vereinheitlichung läuft, daß wirklich immer ohne Bürokratismus entschieden und diskutiert wird. Die Folgen sind tatsächlich eine weitgehende Verwaltung der Aufgaben und die Herausbildung von guteingearbeiteten Spezialisten, die zugegebenermaßen zum Teil eine hervorragende Arbeit leisten und damit auch die Diskussion dominieren. Vor allem bleibt viel zu häufig keine Zeit mehr für eine intensive Schulung, weil die meiste Zeit für irgendwelche Praxisfragen draufgeht. Das geht auf die Dauer absolut in die Hose! Die nicht so gut dastehenden oder noch nicht so qualifizierten Genossen bleiben in einem solchen Klima auf der Strecke, bekommen meist das Gefühl, wohl ein bißchen doof zu sein, oder gar von einem Guru oder ähnlichem verwaltet zu werden.

Es ist schon häufig in unserer Debatte gesagt worden, daß die Genossen gerade deshalb ausflippen, weil sie die politische Arbeit als Druck empfinden, nach einigen Jahren des „Abrackerns“ plötzlich bemerken, wie wenig sie bisher von ihren Bedürfnissen befriedigen konnten, wie wenig sie vermeintlich ihre Bedürfnisse kannten. Da ist meines Erachtens durchaus was richtiges dran, das Ausflippen ist nicht allein mit der Situation zu erklären, daß die „leuchtenden Beispiele“ fehlen, wie z.B. der revolutionäre Ansporn durch die Offensive der Befreiungsbewegungen vor wenigen Jahren. Meines Erachtens haben sich — da hat Kt. gänzlich recht — die Bedingungen für eine konkrete revolutionäre Arbeit heute nicht verschlechtert, im Gegenteil durch die AKW-Bewegung, Frauenbewegung, durch die „kritischere Sicht“ der Faschisierung von größeren Teilen der Intelligenz und des liberalen Lagers eigentlich verbessert. Und auch der Einfluß des KBs auf diese Bewegungen ist nicht unbedeutend — also an der objektiven Bewegung, etwa an einem breiten Zurückdrängen der Bewegung, brutalen Schlägen gegen die linken Spitzen, allgemeine Resignation ist nicht zu sprechen.

Und dennoch üben gerade die Sprüche von einem „libertären Leben“, von repressionsfreier Verwirklichung in der politischen Arbeit und eine massive Kritik an dem Dogmatismus der ML-Organisationen sich in einer Verunsicherung der Genossen. Kritik an dem Führungsstil bis hin zu einem grundsätzlichen Mißtrauen gegen die „Kader“ — all dies ist anzutreffen. Unabhängig von dem Grad der Berechtigung an einzelnen Fehlern, massiven Fehlströmungen — sollte eins meines Erachtens bedacht werden: Inwieweit ist es unter den Bedingungen der Konkurrenz, Warengesellschaft, unter den Bedingungen eines weitgehend intoleranten Klima eigentlich noch möglich, seine Bedürfnisse nach Freiheit, Glück, Spaß, Zorn, Haß, Liebe zu befriedigen? Wo sind die Freiräume, der Platz für Experimente, läßt der Kapitalismus überhaupt solche Spielwiesen zu, es sei denn für die Studenten, für den Mittelstand? Aber ist nicht hier auch der Leistungsdruck mit der Krise immer stärker geworden? Wohin dann wegtauchen? Holt einen der Kapitalismus nicht überall wieder ein? Wird nicht jeder Versuch, wirklich frei oder subkulturell zu leben, unmöglich gemacht? Dies sollte meines Erachtens auch mit in die Überlegungen einbezogen werden.

Wie war es denn bisher bei uns im Bezirk? In der Kerngruppe — der Bezirksleitung — dominierten die anleitenden Genossen, die über einen gewissen Informationsvorsprung verfügten, eine gewisse Au-

toritätsposition verfügten. Die anderen Genossen waren ihnen gegenüber immer in einer Rechtfertigungsposition. Warum klappte diese oder jene Aktion nicht? Warum stagniert der AK-Verkauf? usw. usw. Ich selbst bin häufiger gegen eine Mauer gelaufen, wenn ich angezweifelt habe, daß mit einem bloßen Abfragen des AK-Verkaufs und einem Appell an die Disziplin, die Sache wohl kaum so recht in Schwung kommt. In der Tat gab und gibt es im Bezirk Zellen, die so als „schlecht“, „schwierig“ oder gar „oppositionell“ gelten. Da „läuft nichts mehr ab“, „bringt nichts“ und ähnliche Sprüche kursierten. Eine tatsächliche Untersuchung der Widersprüche, eine tatsächliche Erforschung der Ursachen fand nicht statt, — stattdessen wurde, wenn's hoch kommt, ein „Krisenpapier und eine Krisensitzung“ mit dem anleitenden Genossen veranstaltet. Ergebnis gleich null. Der Eindruck von meiner Seite: Die Genossen wurden abgeschoben, wenn's hoch kommt noch nach dem Motto, die „Zeit heilt alle Wunden, die kommen schon von selbst drauf“.

Ein ähnliches Bild auf den Bezirks-VV's. Zunächst betretenes Schweigen, Unsicherheit bei den Genossen, nur nicht vorwagen, nur nicht auffallen — weil sonst gibt es ja wieder ätzende Anmache, Debatten. Dann man lieber gucken, was der Anleiter sagt. Schließlich ein Vortrag von einem Genossen, kleiner Streit zwischen den qualifizierten und Mutigen, bißchen Streit um die Praxis — diese Sache und jene Sache muß noch organisiert werden — Na, endlich Schluß!

Was in der bezirklichen Arbeit meines Erachtens not tut, ist die Herausbildung von Zentren, die sowohl politisch-ideologisch vereinheitlicht sind, wie auch in der Praxis Erfahrungen aufweisen. In diesen Zentren muß ein absolut kollektiver Geist der Kameradschaft und Ehrlichkeit herrschen. Dies ist allerdings nur möglich, wenn von einem Pöschchen denken, oder einer kleinlichen, selbstsüchtigen Betrachtungsweise Abstand genommen wird.

Soweit die Ansprüche im groben. Die entscheidende Erfahrung habe ich in meiner Zellenarbeit machen können. Ich bin an diese Aufgabe mit dem Anspruch herangegangen, die wirklichen menschlichen Probleme der Genossen nicht einfach „links“ liegen zu lassen, sondern die Widersprüche tatsächlich ausdiskutieren. Wichtig ist, daß alle Genoss/inn/en der Zelle eigentlich schon ihre persönlichen Erfahrungen mit dem Dogmatismus und einer bürokratischen Verwaltung der Genossen gemacht hatten und sich auch zum Teil offen in einer Opposition zum KB, seinen „Strukturen“ etc. befanden. Da bei uns die persönlichen Dinge und die Widersprüche zu unserer Politik nicht ausgeklammert wurden, lag unsere Arbeit als Zelle fast für ein halbes Jahr brach. Da lief nichts mehr, weder AK-Verkauf noch Beiträge, jedes Flugblatt, das verteilt werden sollte, wurde zu einem regelrechten Kraftakt. Dafür herrschte auf den Sitzungen ein wirklich angenehmes Klima, es ist wirklich wahr, die Genossen rückten mit ihren Widersprüchen und Problemen heraus und wir hatten teilweise eine Atmosphäre wie in einem Häkelclub. Nun gut, diese Debatten haben sehr viel zu einem wirklich offenen Klima und einer Vertrautheit und menschlicher Nähe geführt, vielleicht auch weil keiner Angst hatte, seine Widersprüche würden irgendwelche Tabus berühren und nur ätzende Diskussionen vom hohen Podest herab nach sich ziehen.

Allerdings führte diese Situation zur völligen Liquidierung der Arbeit, die zu machen ja eigentlich unser Anspruch ist, wenn wir uns organisieren. (Übrigens am Rande. Ich verstehe den Leserbrief des Gen. Mi., der die Debatte über den KB eröffnete, insofern nicht, da Mi. lange Zeit bei uns organisiert war und seine Erfahrungen bestimmt nicht mit den Zellen-

sitzungen erklären kann. Es sei denn, er will sich bewußt in die Tasche lügen!)

Danach trat ein Wandel ein. Ich hatte versucht, mit zwei Papieren unsere Schlafmützigkeit anzuticken und uns wieder wachzurütteln. Mit einigem Erfolg. Wir sind wieder auf dem aufsteigenden Ast, der AK-Verkauf konnte wieder verdoppelt werden (man höre! Obwohl allerorts zurückgegangen) und es wird wieder über die politische Praxis diskutiert. Dennoch bleibt unser gutes persönliches Klima und auch die Bereitschaft zu offener Debatte in allen Fragen.

Die sog. Menschlichkeit, die Hoffnung auf eine Veränderung unserer Situation ist meines Erachtens letztendlich in der kapitalistischen Umgebung, in der wir uns befinden, eine Illusion, der Kampf wirklich die einzige Perspektive. Alles andere bleibt meist nur der schale Versuch, sich irgendwie rauszustehlen, doch irgendwo sich ein Plätzchen „heile Welt“ zu schaffen. Um nicht mißverstanden zu werden, ich spreche mich nicht dagegen aus, wenn man versucht, seine Bedürfnisse zu befriedigen, dort vielleicht auch experimentiert, eigene Ängste und Verklebtheit versucht, abzubauen, vielleicht auch sich irgendwie kleidet, meinetwegen als Punker oder sonst was – dennoch all dies sind letztendlich keine Perspektiven, allerhöchstens nette Zufluchtsstätten, Höhlen, in denen man mal untertauchen kann, mal raus aus der Scheiße.

Da sollten wir weniger verklemt als bisher herangehen. Ruhig mal über die eigenen Wünsche nachdenken, auch über die eigenen Bedürfnisse. Ich glaube, hierin liegt eine gewisse Dialektik. Wenn wir die Politik völlig in den Vordergrund stellen, und dabei die persönlichen Bedürfnisse völlig liquidieren, sie gar als konterrevolutionär etc. abstoßen, dann flippen die Genoss/inn/en tatsächlich aus. Wird allerdings der Seite des guten Klimas zuviel Aufmerksamkeit geschenkt und die Politik vernachlässigt, kann man den Laden über kurz oder lang ebenfalls getrost zumachen (Ist fast Mao-reif, was?). Da gibt wahrlich eine absolute Lösung, is ja wohl für einen Marxisten eigentlich logisch, oder nicht?

Wie soll's weiter gehen?

Meines Erachtens knallt es im Grunde noch nicht genug, viele getretene, mißverständene Genoss/inn/en sind noch im inneren Streit, und noch nicht in der Öffentlichkeit.

Auf jeden Fall sollten wir sehr genau überlegen, ob nicht ein großer Teil der Kritik sich an einem sicher weitverbreiteten falsch verstandenen Kadertum – für mich eher spielerische Aufspieler, viel heiße Luft ohne wirkliche Substanz – entwickelt und jetzt offen aufkeimt. Da sollte wirklich auch mal die Konsequenz überlegt werden. M.E. sollten wir unsere Prinzipien und Ziele, soweit bislang erarbeitet, auf einer Art Parteitag offen ausfechten, um uns schließlich auf neuer Grundlage zu vereinheitlichen. Denn wenn wir eine kommunistische Organisation für nötig erachten – der Meinung bin ich entschieden, dann sollte man sich am Ende der Debatte auch wirklich prinzipiell einigen, am sinnvollsten ein Statut verabschieden. Ansonsten bin ich der Meinung: Ring frei für den offenen Streit, es gibt keine Tabus – jedenfalls für Marxisten nicht.

Allerdings warne ich davor, nun vollständig praktische Arbeit zu liquidieren. Ansonsten werden auch wir den traurigen Weg von Lotta Continua gehen. Also Streit um die prinzipiellen und taktischen Fragen ja – aber dennoch die Organisation aufrecht erhalten. Unsere Gegner wären uns sonst sicher dankbar, eine der qualifiziertesten kommunistischen Organisationen auf so denkbar einfache Weise aus dem Weg geräumt zu bekommen.

In diesem Sinne!
Horst, Hamburg



Wir sind eine kleine Gruppe, die sich Gedanken dazu machen will, wie man/frau Unterdrückungsstrukturen innerhalb der Linken überwinden kann. Wir wollen dazu Fakten sammeln, diese analysieren (d.h. deren Ursachen herauszufinden) und davon ausgehend Alternativen finden.

Unterdrückung findet unserer Meinung nach mehr oder weniger in allen linken Organisationen statt. Sie drückt sich z.B. aus in: Hierarchie; Karrieredenken; Leistungsprinzip; Druck aller Art bis hin zu Gewalt Unterdrückung von persönlichen Bedürfnissen; Arroganz gegenüber anderen Linken; die Fähigkeit zur Kritik wird direkt oder indirekt erschwert, jedenfalls nicht gefördert, Schlucken ist Trumpf, Eigeninitiative fast unmöglich usw.

Wir sind der Meinung, daß wir nur dann eine wirklich bessere Gesellschaft schaffen können, wenn wir uns von der Nachahmung derartiger und anderer bürgerlicher Normen endgültig trennen. Für uns ist die Frage, warum das bis jetzt noch nicht geglückt ist und ob das u.U. eine Folge des Aufbaus bzw. der Struktur der Organisation (des sogenannten demokratischen Zentralismus) ist.

Natürlich können wir aus dem Stand keine Alternativen aufzeigen, sondern wollen mit Leuten sprechen, die das Ziel haben, die bürgerlichen Verhaltensweisen aktiv zu bekämpfen und trotzdem linke Politik zu machen. Denn auch wir wollen das, was als Alternative zur Gesellschaft gedacht ist, nicht als Alternative zum Kampf enden lassen.

Unsere Diskussion darüber haben wir am Beispiel des KB eröffnet, weil

- die meisten von uns den KB von innen oder von außen kennengelernt haben,
- er die stärkste Organisation in Hamburg ist,
- im KB-Altona ein Genosse – ehe er austrat – so verprügelt wurde, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Außerdem wurde dieser Genosse von seinem „Anleiter“ als VS-Spitzel verleumdet.

Der KB, der in letzter Zeit an verstärkten Austritten seiner Mitglieder zu leiden hat, ging in der Nummer 132 seiner Zeitung „Arbeiterkampf“ zum erstenmal auf das Problem der Unterdrückung und deren Folgen innerhalb der eigenen Organisation ein.

Damit hat der KB selbst, was sehr zu begrüßen ist, eine öffentliche Diskussion über dieses Thema begonnen. Wir halten diesen Artikel allerdings für gefährlich, da er unserer Meinung nach in die falsche Richtung geht.

Die AK-Redaktion bezeichnet die Austritte als „Aus- und Wegflippen“, was zwar den allmählichen Rückzug aus der Organisation beschreibt, womit aber die Entscheidung dieser Leute verbal abqualifiziert wird. Der KB schiebt das „Aus- und Wegflippen“ – also individuelle Probleme – vor, um von seiner eigenen Situation abzulenken. Zitat: „Politische Widersprüche werden dann vielleicht noch nachträglich dazukonstruiert bzw. subjektiv als solche empfunden.“

Austritte mit politischem Hintergrund gibt es also merkwürdigerweise fast nicht! Außerdem sind individuelle Schwierigkeiten, d.h. Konflikte mit Freunden, im Beruf o.ä. – also Probleme des einzelnen – keinesfalls unpolitisch. Nach unserer Auffassung gehört zur politischen Arbeit auch der Kampf um mehr persönliche Freiheiten und mehr individuelle Entfaltung. Die AK-Redaktion schreibt, daß sich dabei „ein Maximum an individueller Entfaltung (mit) einem Minimum an politischer Arbeit (verbinden)“ würde.

Hier wird ein Widerspruch zwischen individueller Entfaltung und politischer Ar-

beit aufgebaut, den es nach unserer Meinung nicht geben darf. Der AK gibt dazu folgendes beschämendes Beispiel: „Trotzdem muß einschränkend festgestellt werden, daß heute zwei Genossen/Genossinnen, die in einer Zweierbeziehung total aufeinander fixiert sind, aber revolutionäre politische Arbeit leisten, immer noch viel wertvoller für unseren Kampf sind als zwei „sexuell befreite“ Individuen, die allenfalls noch einmal im Vierteljahr zur Demo gehen und sonst nicht mehr politisch aktiv sind.“

Wertvoller für wen? Wertvoller für den KB als politische Organisation oder wertvoller für die Sache, um die es geht? Ist es nicht eher schädlich, wenn Genossen/Genossinnen des KB die bürgerliche Moral indirekt propagieren, indem sie vielleicht andere, mit denen sie zusammenkommen, zur Nachahmung eines solchen Verhaltens verleiten? Wie will der KB etwas ändern, ohne den einzelnen Menschen zu verändern? Wir müssen uns doch auch gegen die bürgerlichen Verhaltensweisen wenden, die jedem von uns anerzogen werden. Eine dieser typisch bürgerlichen Verhaltensweisen ist der Leistungsdruck, auf den sich u.a. das kapitalistische System stützt. Bedauerlicherweise unterstützt auch der KB das Leistungsprinzip: Etwa beim AK-Verkauf und Terminzwang, d.h. sich rechtfertigen zu müssen, wenn man/frau mal nicht kommt. Zum Leistungsprinzip schreibt die AK-Redaktion: „Zu meinen, daß es auch anders ginge, womöglich nach dem „Bock-Prinzip“ (Lust-Prinzip) ist reine Illusion“.

Die einzige Alternative zum Leistungsdruck besteht laut KB im Lust-Prinzip. Es muß doch möglich sein, daß jeder seinen Anteil an der politischen Arbeit selbst bestimmt. Das benötigte politische Bewußtsein läßt sich nicht durch Leistungsdruck erzwingen. Die Notwendigkeit dieses Leistungsprinzips untermauert die AK-Redaktion wie folgt: „Wir kämpfen mit relativ schwachen Mitteln gegen einen übermächtigen Feind, der über praktisch unbegrenzte Mittel verfügt“.

Diese Argumentation ist zwar richtig, aber es ist schon merkwürdig, wenn man/frau bedenkt, daß der Feind – dessen Leistungsprinzip der KB bekämpft – herangezogen wird, um das eigene Leistungsprinzip zu begründen.

Wie sehr diese Verhaltensmuster – wenn auch wohl unbewußt – in der AK-Redaktion drin sind, macht folgendes Zitat deutlich, welches den Unterschied zwischen individueller Freiheit und politischer Arbeit verdeutlichen soll: „Daß Genosse Y, der im KB jahrelang seine Homosexualität vor den meisten Genossinnen und Genossen versteckt hielt, sich als ganz neuer Mensch fühlt, seit er nicht mehr im KB sondern „nur noch in einer Schwulen-Gruppe arbeitet, ist auch kein Wunder.“ Das darf doch nicht wahr sein! Hier ist eine fortschrittliche Organisation, die für die Rechte der Homosexuellen kämpft und dann davon schreibt, wie sich ein Homosexueller jahrelang in der Organisation verstecken muß.

Da das auch die AK-Redaktion offenbar nicht gut findet, schlägt sie vor: „Deshalb ist es sinnvoll und notwendig, die von den „Spontis“ in die Diskussion gebrachten Elemente kritisch aufzunehmen und alles, was daran für uns als organisierte Kommunisten nützlich und nutzbar ist, zu übernehmen.“ Leider schreibt die AK-Redaktion nicht, was für Elemente das sind und was daran nützlich und nutzbar ist. Falls dieser Vorschlag ernst gemeint ist, fordern wir den AK auf, dies zu erläutern und eine Diskussion über diese Punkte öffentlich zu führen, da diese Problematik die gesamte Linke betreffen dürfte und nicht nur den KB.

Woran liegt es?

Der KB sieht die Ursache für seine derzeitige Schwächung (z.B. verstärkte Austritte, starker Rückgang des AK-Ver-

kaufs und der Auflage, Auflösung der KB-Gruppe Osnabrück usw.) in der „Unvereinbarkeit zwischen den Ansprüchen einer politischen Arbeit im KB einerseits und den individuellen Bedürfnissen andererseits. Individuelle Bedürfnisse kommen zu kurz, Schwierigkeiten in persönlichen Beziehungen verschärfen sich durch den auf beiden Beteiligten lastenden Arbeitsdruck, Kinder kommen nicht auf ihre Kosten“ usw.

Dies wird als Ursache des „Wegflippens“, wie das Austreten und Zurückziehen der Leute vom KB bezeichnet wird, benannt. Wir sehen darin eher die Folge des Arbeitsstils, der im KB vorherrscht. Die wahren Ursachen liegen unserer Meinung nach im KB selbst, in der Struktur und dem Aufbau dieser Organisation und vor allem wie damit in der Praxis gearbeitet wird.

Der Fehler lag unserer Meinung nach schon in der Selbstnennung einiger Genossen zum „Leitenden Gremium“ (LG). Damit haben sie sich an die Spitze einer Hierarchie gestellt und somit die Voraussetzungen für Karriere- und Leistungsdenken geschaffen. Da auch die politischen Inhalte fast ausschließlich vom LG ausgehen und von ihm bestimmt werden, wird den einzelnen Genossen nur schwer klar, was sie vertreten sollen. Man/frau hat das Gefühl, in seinem politischen Bewußtsein nicht weiter zu kommen. Zusätzlich geht von vielen Zellen „Anleitern“ ein Leistungsdruck aus u.a., um sich vor dem LG zu profilieren. (Z.B. wird den Genossen vorgeschrieben, bis zu fünf Arbeitsterminen in der Woche zu bewältigen.) Durch die ihnen aufgedruckte Arbeit müssen viele Genossen ihre persönlichen Bedürfnisse zurückstellen. Somit kommen diese Bedürfnisse zu kurz und oft entstehen dadurch vermehrt individuelle Schwierigkeiten, zu deren Lösung in der Zelle keine Zeit bleibt.

Wenn dann ein/e betreffende(r) Genosse(in) versucht, sich diesem Arbeitsdruck zu entziehen, in dem er/sie weniger arbeitet und versucht, sich mehr mit sich selbst zu beschäftigen, reagiert der „Anleiter“ und oft auch die anderen Genossen darauf mit Unverständnis und bestrafen ihn/sie auch noch mit einem fühlbaren Freundschaftsentzug. Diese Schwierigkeiten führen dazu, daß viele sich aus der politischen Arbeit zurückziehen, (manche für immer, manche für eine gewisse Zeit) und somit für den Kampf gegen dieses System verloren sind, wenn die (politischen!) Ursachen dafür nicht beseitigt sind.

Kleine Gruppe



Zur Kritik der RGW-Kommission im AK 133 wegen so weniger Genossinnen/en auf der Bahro-Demonstration.

Vielleicht hängt die schlechte Beteiligung an der Demo sowie an der Afrika-Veranstaltung (1000 Menschen ist ja wohl etwas übertrieben!!) mit ein und derselben Sache zusammen. Der Entpolitisierung von uns KBlern und Ex-KBlern auf Grund mangelnder Diskussion in den letzten ein oder zwei Jahren (weiß nicht mehr, wann das anfang), der Müdigkeit, die dadurch entstanden ist. Daß alle Veranstaltungen nur noch als ätzende Belastung aufgefaßt werden, bis hin zum fast völligen Verlust dessen, warum man sich mal organisiert hat. Da hatte man Energie, war lernbegierig und wollte was tun! Jetzt wird nicht mehr eine Aktion ideologisch vorbereitet durch ausführliche Diskussion in den Zellen VORHER (für die auch Zeit ge-

nommen wird), sondern meist hört man 1 1/2 Wochen vorher als KB-Mitglied davon auf einem Termin als einer der vielen organisatorischen Punkte. Glaubt ihr, da kann man eine gute Mobilisierung erwarten? Damals zu Chile und Portugal, da wußte man Bescheid, da war man geschult. Dann ist man 1. selbst motiviert, 2. dadurch auch bereit und in der Lage, Freunde und Bekannte zu mobilisieren, weil man was in der Birne hatte. Heute ist der Kopf leer oder höchstens noch voll mit Organisatorischem. Wenn diese Art von „Politik“ gegenüber den eigenen Genossen/ Genossen zunächst und dadurch auch gegenüber den anderen fortschrittlichen Menschen (die Genossen sind schließlich Multiplikatoren) nicht aufhört, dann hängt bald auf den Veranstaltungen und Demos nur noch ein Häuflein Aufrechter rum. Beim derzeitigen Zustand vieler Genossinnen/en ist es notwendig, in erster Linie statt Quantität wieder Qualität zu erreichen, dazu war es schon immer notwendig, daß jeder wußte, worum es geht und wohin. D.h. als Konsequenz zunächst einmal, daß das Kampagnendenken aus den Köpfen verschwindet. Und das verschwindet nur, wenn eine „Kampagne“, d.h. eine Aktion oder ein Thema in der Organisation erarbeitet wird und dann überlegt wird, wie man das am besten in die Praxis umsetzt. Das muß derzeit besonders der Schwerpunkt sein. Dafür müßten viele Sachen, auch wenn sie noch so wichtig und notwendig sind, zurückstehen. Ich gehe davon aus, daß ihr alle ein Interesse daran habt, die vielen „müden“ Genossen wieder zu aktivieren und die Abbröckelungserscheinungen zu stoppen. Das ist nicht durch moralische Apelle, nicht durch Holzen oder weiß der Teufel was zu erreichen, sondern nur durch politische Diskussion über politische Themen. Das müssen viele von uns erst wieder lernen, nicht nur einen AK-Artikel (wenn überhaupt) auswendig zu lernen und nach zu blablaen, sondern auch zu hinterfragen oder für die Erarbeitung eines Themas selber auch noch andere Materialien rauszusuchen usw. So wie damals zu Chile, da hatte man echt was in der Birne und dann macht die Arbeit auch Spaß. Für mich ist Spaß nämlich nicht eine Frage des Bockprinzips, sondern ob man was im Kopf hat oder nicht, ob man hinter etwas steht oder nicht und wer blickt denn heute noch so richtig durch, was eigentlich läuft? Bei mir hatte sich jedenfalls mit der Zeit so der totale theoretische Salat im Kopf angesammelt. Z.B. ist denn mal breit darüber diskutiert worden, wieso wir heute im Gegensatz zu früher auf einmal gegen die Willkür in der DDR demonstrieren? Oder die Frage, wie und ob überhaupt man die DDR noch verteidigen sollte, wie wir das früher gemacht haben? Haben wir uns dem KBW und der KPD in diesen Fragen angenähert? Wie nennt man das in der DDR jetzt eigentlich? Rechtsradikal, faschistisch, revisionistisch, schlecht, reaktionär? Ich bin mir da auch ziemlich unsicher. Wie agitiert man denn zu so einer Demo? Können diese Fragen nicht mal mit viel Zeit und Ruhe diskutiert werden? Mit der DDR wird man doch auch dauernd im Betrieb konfrontiert durch nicht nur reaktionäre Kollegen. Das ist das eine!

Eine andere Sache ist die Frage der immer wiederkehrenden Majorisierungsdebatten (AKW-BIs, BL usw.).

Die Theorie des KB heißt Aktionseinheit. Die Praxis jedes(r) einzelnen Genossen/in widerspricht dem oft ziemlich. Ich finde es für einen Unorganisierten manchmal ganz schön schwer, seine Identität und Selbstbestimmung zu erhalten in Initiativen, wo der KB mitarbeitet. Das Auftreten unsererseits entspricht oft der Methode: „Hoppla jetzt sind wir da, alles was bisher war, war Mist, ab heute wird alles ganz anders“.

Daß bei einem so selbstgefälligen arroganten Vorgehen die Mitglieder der Initiativen sauer werden, ist, finde ich, noch die beste Reaktion. Daß so was Antikommunismus fördert oder Organisationsfeindlichkeit, ist nicht verwunderlich. Aktionseinheit oder Bündnis heißt doch eigentlich das Miteinandergehen von Menschen, die in einem oder mehreren Punkten gleicher Meinung sind, in vielen aber nicht. Kommunisten haben in solchen Bündnissen die Aufgabe, die anderen Menschen in ihrem Bemühen noch besonders zu unterstützen. Und zwar in dem Punkt: Erziehung zur Selbständigkeit (das heißt, daß man sich auch überflüssig machen können muß), andere aktivieren, und darüberhinaus ideologische Auseinandersetzungen anzuregen und die einzelne Frage mit dem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen in Verbindung zu bringen. Meist läuft das aber so ab, daß wir alles an uns reißen und langsam aber sicher Inaktivität fördern. Was Wunder, wenn dann die Genossinnen/en sich überlastet fühlen. Ich glaube, das hängt auch mit dem Irrglauben zusammen, daß nur wir denken können, andere nicht. Oder damit, daß der Führungsanspruch einer kommunistischen Partei dadurch gerechtfertigt wird, daß sie am lautesten schreit, und nicht dadurch, daß sie aufgrund inhaltlicher Fragen zur Führung ernannt wird. Ich meine irgendwie hat das doch Gründe, daß die RGW-Staaten und nun auch China so versumpft sind. Ich glaube, das hängt damit zusammen, daß eben die jeweiligen KP-Mitglieder nicht mit den anderen Menschen gemeinsamen Wege zur Befreiung erarbeitet haben, sondern Inaktivität, Autoritätsdenken gefördert haben. Da kommt dann so ein Mist raus. Dadurch wird der kommunistische Gedanke nicht gerade attraktiv gemacht. Wenn wir großkotzig auftreten, dann kriegen die anderen das Gefühl, für blöd gehalten zu werden. Keiner mag Leute, wo er/sie ständig den Eindruck hat, da kommt man sowieso nicht gegen an, da wird man nur funktionalisiert. Entweder Unterwerfung und Anpassung oder man muß gehen. Dieses Auftreten hat was mit ideologischer Schwäche zu tun. Ich merke das an mir selber. Je weniger ich den Überblick habe, desto hektischer werde ich. Dann klappt es nicht mit Argumenten, also wird man autoritär. In einer Indianerbrochure habe ich was Gutes dazu gelesen:

„Wenn man gegen die Römer kämpft und im Verlauf des Kampfes selber zum Römer wird, spielt es keine Rolle mehr, ob man gewinnt oder verliert. Deshalb müssen die Indianer ihren Kampf so führen, daß sie nicht werden wie die Leute, gegen die sie kämpfen.“

„Zuerst müssen wir die Individuen zum Leben erwecken, müssen sie zu starken und selbständigen und freien und erwachsenen Menschen machen, die Verantwortungsbewußt gegenüber der Schöpfung und den kommenden Generationen handeln.... Nur starke Individuen können eine starke Nation bilden, die Zustände können allein durch uns geändert werden. Erwachsen sein bedeutet beides, die physische Reife und das Erlernen von „Überlebensfähigkeit“.“

So, das wars. Ich hoffe, ich bin bald wieder soweit, daß ich mich wieder im KB organisieren kann.

D.HH



Ich bin seit über acht Jahren politisch aktiv und habe mehrere Phasen von intensiver politischer Organisiertheit (3 1/2 Jahre ML, 70 - 74) sowie mehrere Phasen "ausflippen" hinter mir. In diesen 8 Jahren habe ich die unterschiedlichsten Erfahrungen gemacht, die sich alle mehr oder weniger positiv oder negativ auf mich ausgewirkt haben, angefangen damit, daß ich mit 17 Jahren einer ML-Partei beigetreten bin. Dann habe ich drei Jahre im Ausland (Wien) gelebt, die mich auch stark geprägt haben, schließlich lebe ich seit Ostern wieder in Frankfurt und stehe seitdem in keinem festen politischen oder sonstigem Zusammenhang. Ich lese seit Mitte 76 regelmäßig den AK und habe erst seit April sporadisch und oberflächlichen Kontakt zu Leuten vom KB.

Nach 3 1/2 Jahren ML, Ausflippen, 1 1/2 Jahren linke Sozialdemokratie, einem weiteren halben Jahr in einer dem SB nahestehenden Gruppe in Wien, Arena, Ausflippen, Russell-Tribunal usw., bin ich soweit, daß ich mich nicht mehr fest organisieren will. In meinen dreieinhalb ML-Jahren habe ich die rigiden Strukturen einer "demokratisch-zentralistisch" straff durchorganisierten Partei voll miterlebt. Ich möchte jetzt nicht groß über meine Erfahrungen berichten, sondern ich verweise auf das Rotbuch "Wir waren die stärkste der Partei'n". Dazu allerdings noch eine kurze Anmerkung: Ich habe zwei verschiedene Kritiken an diesem Buch gelesen: die vom KB, die mir vorkam, wie der getroffene Hund, der bellt und die von der GRM (Gruppe revolutionärer Marxisten, österreichische Sektion der IV. Internationalen, Ableger der GIM). Obwohl ich von der GRM nicht viel halte, fand ich deren Kritik an dem Buch sehr gut, es war nämlich eine Inhaltsbeschreibung und das Eingeständnis, daß es in ihrer Organisation vielfach ähnlich zugeht, wie in dem Buch beschrieben. Und die GRM ist eine im Vergleich zum KB sehr kleine Organisation mit in Wien als größter Ortsgruppe höchstens 100 Mitgliedern und festen Sympathisanten. Von anderen Gruppen, so z.B. der IKL, österreichischer Ableger vom Spartacusbund, bekam ich im persönlichen Gespräch gesagt, in ihrer Organisation (die sich in Wien auf etwa 40 Leute stützt) gäbe es zwar solche Tendenzen, aber im großen und ganzen würde sich die Organisation auch um gute zwischenmenschliche Beziehungen kümmern. Ein Freund von mir ist später aus dieser Organisation ausgetreten, mit der Begründung, daß er die Arbeitsbelastung durch die Organisation momentan nicht mehr schaffen könne und sich erst mal vorrangig persönlichen Problemen widmen müsse.

Nachdem ich also die ML hinter mir gelassen hatte, habe ich versucht, erst einmal etwas Abstand zu gewinnen und mich aus dem festen Kreis von Insidern zu lösen und wieder mit Menschen (als Gegensatz zu fest eingespannten "Politikern") zu kommunizieren. Während der Zeit, in der ich organisiert war, war ich nicht fähig, zu irgendwelchen Menschen, ob innerhalb oder außerhalb der Organisation, intensive, menschliche Beziehungen zu unterhalten. Das hat so lange nachgewirkt, daß ich mich als ML-Geschädigter bezeichnen kann.

Erst nach zwei Jahren, als indirekte Wirkung der Arena in Wien auf mich (wo ich zum ersten Mal mit dem Versuch konfrontiert wurde, zwischenmenschliche Beziehungen zu verändern), habe ich die politische Arbeit, in der ich damals steckte, (Sozialistische Jugend Wien, Freie österreichische Jugend SB-nahe) radikal aufgegeben und bin nur noch selten zu politischen Veranstaltungen gegangen. Dafür war ich öfter in "Freak-Lokalen" und habe mit der Zeit ein breites Spektrum von Leuten kennengelernt. Das reichte von politisch aktiven bis zur Drogenszene.

Während der ganzen Zeit, in der ich politisch nichts gemacht habe, habe ich trotzdem linke Zeitungen gelesen, hauptsächlich AK und ID. Als sich in Wien eine Russell-Unterstützergruppe gebildet hat, war das für mich eine Möglichkeit, wieder etwas politisch zu tun, auch weil sich das mit der Situation in der BRD beschäftigte, was mich sehr interessierte. Da zu der Zeit meine persönlichen Schwierigkeiten sich vergrößerten (arbeitslos, keine Unterstützung durch Behörden, Wohnungsprobleme, auslaufende Aufenthaltsgenehmigung usw.) war ich ziemlich darauf angewiesen, daß ich Hilfe durch Genossen bzw. die "Scene" bekomme. Und die Leute waren unheimlich duftig, ich konnte umsonst wohnen in verschiedenen Wohngemeinschaften, wurde zum Essen eingeladen usw. Nachdem ich während der Schleyer-Entführung verhaftet wurde und in Schubhaft gesteckt worden war (siehe AK Nr. 118, glaube ich, Österreichseite und 121) und nach zwei Wochen wieder entlassen wurde, spürte ich die Solidarität noch direkter: die Leute kannten mich und haben mir bewußt geholfen, auch wie die Repressionswelle nach der Palmers-Entführung über die Wiener Linke hinwegrollte. In diese Zeit fällt dann auch meine Entkrampfung, was zwischenmenschliche Beziehungen angeht und die Aufarbeitung meiner ML-Schädigung. Ich konnte mein Selbstbewußtsein erhöhen, mich in die Lage versetzen, daß ich meine Bedürfnisse einbringen konnte und meine Ansichten formulieren und diskutieren konnte. Ich betrachte diese Phase rückblickend als die bisher wichtigste in meiner persönlichen wie politischen Entwicklung.

Ich kämpfe für einen freiheitlichen Sozialismus. Ich bin der Ansicht, daß eine politische Organisation, die in sich auf autoritären (um nicht zu sagen: Zwang) Strukturen aufgebaut ist, vielleicht die "Diktatur des Proletariats" aufbauen kann, aber keinen freien Sozialismus.

AGITATIONSFEHLER

- Dies Buch, von dem Brecht, das du mir gegeben hast, sagt Paul M., also: ich hab's gelesen.
- Ganz, sagt Paul M. Und ich habe es verstanden.
- Und? frage ich.
- Nein, sagt Paul M., nicht was du denkst. Ich werde nicht Mitglied der Kommunistischen Partei.
- Und warum nicht? Hast du wirklich Brecht verstanden?
- Und ob! sagt Paul M. Dieser Brecht - er vergleicht die bolschewistische Partei mit der Ford'schen Fabrik...
- Und?
- Erwarte nun nicht, sagt Paul M., daß ich in die Partei eintrete - ich arbeite nämlich bei Ford.

(P.P. Zahl)

Eine revolutionäre Organisation, die die Befreiung des Menschen erreichen will, kann nicht als Abbild der Gesellschaft, die sie bekämpfen will, organisiert sein: hierarchisch!

Wie bezieht sich das auf den KB?

Ich will versuchen, das an der Antwort des KB auf die Austrittserklärung von M. festzumachen. Ich werde den Artikel an den Punkten kritisieren, die mir besonders kritikwürdig erscheinen.

"Obwohl die Zahl der im Laufe der Jahre 'weggeflippten' Genossinnen und Genossen recht groß ist, gibt es fast gar keine politischen Erklärungen dieser Genossinnen und Genossen zu diesem Schritt. Tatsächlich kann man in der Mehrzahl der Fälle nicht einmal von einem förmlichen Austritt sprechen, sondern von einem allmählichen, widerspruchsvollen Rückzug aus der Organisation, ihren Arbeitszusammenhängen und Verbindlichkeiten".

Hier wird von Genoss(innen), die vielleicht jahrelang in der Organisation waren und denen langsam das "Betriebsklima" stinkt, verlangt, politische Erklärungen zu

verfassen, um gegenüber der Organisation ihren Rückzug zu rechtfertigen. Es wird völlig ignoriert, daß Genoss(innen) sich zurückziehen, nicht weil ihnen die Politik des KB stinkt, sondern weil sie sich mit der Umsetzung dieser Politik nicht mehr identifizieren können, weil diese Politik in einer Art und Weise in ihr Leben eingreift, die sie nicht mehr akzeptieren. Wer fest in die politische Arbeit einer Organisation eingespannt ist, wer die politische Linie dieser Organisation tagtäglich nach "außen" (sprich: seinen sonstigen Lebenszusammenhang) vertreten muß, wird kaum die Zeit haben, für seinen Austritt eine fundierte, politische Begründung zu formulieren. Dazu würde ja gehören, sich intensiv mit anderen Strömungen in der Linken auseinanderzusetzen, ohne durch seine KB-Mitgliedschaft vorbelastet zu sein. Die Linke reagiert nun mal (ich möchte sagen leider) auf KB-Mitglieder (allgemein auf Organisierte) anders als auf Unorganisierte, das heißt nicht vorurteilsfrei (daran hat allerdings auch der KB Schuld). Ein Mitglied einer Organisation, das sich von dieser lösen will, wird in der Regel auch während dieser Lösungsphase nicht über die Möglichkeit verfügen, sich eine politische Austrittserklärung zu erarbeiten. Besonders wenn eine solche Ablösung von der Organisation mit persönlichen Problemen verbunden ist, nehmen diese einen so in Anspruch, daß an eine politische Erklärung nicht zu denken ist. Es wird hier von austretenden Genoss(innen) etwas verlangt, wozu diese in der Regel nicht fähig sind. Ich spreche hier aus meiner eigenen Erfahrung, denn meine Lösung von der ML vollzog sich ebenfalls so "unpolitisch". Ich war durch die Organisationsarbeit dann auch so frustriert, daß ich zu politischen Erklärungen nicht mehr fähig war. Auch war ich mit Terminen so überhäuft, daß ich kaum noch zum Zeitungslernen kam. Vor allem für "werktätige" Genossen ist das sehr schwer.

"Politische Widersprüche werden vielleicht noch nachträglich dazukonstruiert bzw. subjektiv als solche erfunden".

Wenn Mensch aus einer Organisation ausgetreten ist, ist Mensch endlich in der Lage, die Politik, die Mensch selbst lange Zeit vertreten hat, rückblickend selbstkritisch zu reflektieren. Ich selbst habe nach meinem Austritt aus der ML festgestellt, daß ich lange Zeit Ereignisse, die nicht in mein Weltbild als Mitglied dieser einen Partei paßten, einfach ignoriert oder verdrängt habe. Bei solchen Rückblicken habe ich oft genug festgestellt, daß ich unter jetzigen Bedingungen auf damalige Ereignisse anders reagiert hätte. So etwas als "nachträgliches Dazukonstruieren von politischen Widersprüchen" zu bezeichnen, halte ich für ein ziemlich starkes Stück.

"Die revolutionäre, kommunistische Organisation kann nur überleben und Fortschritte machen, wenn strikte Verbindlichkeit in der Arbeit eingehalten wird und wenn jede/jeder entsprechend seinen Fähigkeiten politische Leistung einbringt". (Hervorhebung von mir).

Hier tauchen die "Verbindlichkeiten", diesmal als "strikte", wieder auf. Was bedeutet das? Auch ich habe während meiner ML-Zeit diese "Verbindlichkeiten" kennengelernt. Nur hießen sie damals "politische Notwendigkeiten". Die Bedeutung ist m.E. dieselbe: was die Parteiführung als "politisch notwendig" bezeichnet, hat absoluten Vorrang. Mit der "Notwendigkeit" wurde alles legitimiert, was den Mitgliedern nicht konkret begründet wurde oder begründet werden konnte. Mit der Berufung auf die "Notwendigkeit" wurden die Interessen der einzelnen Mitglieder der "Parteilinie", der "Parteidisziplin" untergeordnet. Beispiel aus dem zitierten Rotbuch: der schwule Genosse, der von seiner "Anleitung" gesagt bekommt: "Genosse, du mußt einsehen, du bist ein Nebenwiderspruch"!

Die Berufung auf die Geschichte der Arbeiterbewegung im nächsten Absatz als Zeugen dagegen, "daß es auch anders ging", ist das schwächste Argument, das schon immer gegen Neues angewandt wurde: "Es war schon immer so, daran wird sich nichts ändern".

Kommentar wohl überflüssig!

Die Spontis werden dann als das andere Extrem geschildert. Dem ist aber auch nicht so. Die Spontis haben schon seit 67/68 versucht, den Widerspruch zwischen der Zielvorstellung "Befreiung des Menschen" und den Lebensbedingungen im Kapitalismus zu lösen. Nicht umsonst fallen die ersten Gründungen von Kommunen und Wohngemeinschaften in diese Zeit. Inwieweit das gelungen ist, ist die andere Frage. Ziel war, die Befreiung des Menschen nicht erst auf die Zeit nach der ökonomischen Revolution zu verschieben, sondern vorher schon die zwischenmenschlichen Beziehungen auf eine neue Stufe zu heben. Deshalb habe ich auch den Text von P.P. Zahl zitiert: das System von Zwang und Ausbeutung kann nicht durch eine Organisation beseitigt werden, die auf Zwang und Ausbeutung beruht. Zwang, der durch die abstrakte "Notwendigkeit" nur notdürftig kaschiert wird; Ausbeutung der Arbeitskraft, des "revolutionären Elans, der Motivation" im Sinne der Linie der Partei. Von der Kritikfähigkeit des Einzelnen bleibt da nicht viel übrig.

Die Kritik an den Spontis läuft darauf hinaus, daß mit ihnen politisch nichts anzufangen sei. In bezug auf die Politik des KB wird das wohl auch stimmen, da diese Politik von der Mehrheit der Spontis abgelehnt wird, weil sie nicht die konkreten Interessen der Genossen widerspiegelt. Es darf nicht übersehen werden, daß die Spontis eher libertären, anarchistischen, linksradikalen Ideen zuneigen als kommunistischen, wie sie z.B. auch der KB vertritt, auch aus der Erfahrung der Oktoberrevolution, die anstelle der bürgerlichen Diktatur die Diktatur der Partei gesetzt hat, genauso in China, Kuba, usw. Soweit dazu.

Für mich bedeutet das konkret, daß ich mich nicht in einer Organisation organisieren werde, die meinen wesentlichen Bedürfnissen zuwiderläuft. Das bedeutet nicht, daß ich mich aus politischer Betätigung herausschalte, ich arbeite da mit, wo ich mich gemäß meinen Bedürfnissen einbringen kann und da, wo mich das Thema interessiert. Ich will mich nicht von irgendwem bestimmen lassen, das heißt, mir sagen lassen, das mußt du tun, das mußt du sein lassen. Ich will mich selbst bestimmen, gerade in den Bereichen, wo ich die Möglichkeit jetzt schon dazu habe. Daß die absolute Selbstbestimmung erst nach der Befreiung von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Herrschaft des Menschen über den Menschen möglich ist, werden auch die (im KB-Sinne) "eingefleischtesten" Spontis nicht bestreiten. Ich bin halt, im Gegensatz zum KB der Auffassung, daß die Befreiung der zwischenmenschlichen Beziehungen zumindest bis an die Grenze des im Kapitalismus Möglichen und revolutionäre Tätigkeit *keine* Widersprüche sind.

mit libertären Grüßen, Horst



"Die Frage zwischen richtig und falsch, zwischen korrekt und unkorrekt in unserer Arbeit ist eine Frage der Widersprüche im Volk" (Mao). Für mich heißt das, die Grundlage unserer Politik bestimmt sich durch das Klassenkräfteverhältnis, durch die Stärke der Bourgeoisie, die verantwortlich ist für die Widersprüche im Volk.

Auf den KB bezogen heißt das, daß neben der allseitigen Schulung des Marxismus/Leninismus/Maoismus als Handlungsanweisung unserer praktischen Politik die Notwendigkeit besteht, eine genaue Analyse und Untersuchungsarbeit des derzeitigen Klassenkräfteverhältnisses zu leisten. Und zwar nicht in der platten Form — Arbeiterklasse ist in der Defensive, Bourgeoisie in der Offensive —, sondern differenzierter. Ich meine, es gibt auch Phasen innerhalb der Offensive der Bourgeoisie, wo diese sich in Widersprüche verwickelt, taktische Fehler macht (Stammheim, Brokdorf III). In diesen Phasen ist es für uns oftmals relativ leichter, Erfolge in unserer Agitation zu erzielen. Resignation kann eigentlich nur dann einsetzen, wenn nicht ganz klar ist, daß Phasen von Widersprüchlichkeiten innerhalb der Bourgeoisie noch nicht deren Verdrängung in die Defensive bedeuten.

Beispiel Stammheim: Dadurch, daß der KB sich als einzige linke Organisation nicht der Abgrenzungshysterie angeschlossen hatte, erlangten wir „gewisses Ansehen“, konnten viele gute Diskussionen führen, viele Demokraten waren empört. Dieser Erfolg war aber nicht ausschließlich Ergebnis unserer korrekten Politik, sondern wurde begünstigt durch die Widersprüchlichkeiten, in die sich die Bourgeoisie verwickelt hatte. D.h. in dieser Phase gab uns die Bourgeoisie eine gute Möglichkeit für eine Agitation und Propaganda. An der Stabilität der westdeutschen Bourgeoisie kratzt das natürlich noch in keiner Weise.

Aufgrund ökonomischer und politischer Widersprüche und Konkurrenz der Imperialisten, ist die Bourgeoisie gezwungen, sich neue Profitquellen zu suchen bzw. ihren politischen Machtapparat auszubauen (Atomprogramm, Rationalisierung, Kapitalexpert ...). Dabei macht sie teilweise taktische Fehler, die Proteste in der Bevölkerung hervorrufen.

Es ist selbstverständlich, daß wir als Kommunisten versuchen, durch Mitarbeit in Initiativen unsere Standpunkte in demokratische Bewegungen hineinzutragen und den Kampf der „Massen“ unterstützen. Aktuell diktiert uns die Bourgeoisie schon, an welchen Fronten unsere Politik sich auszurichten hat. D.h. jedoch für die eigene Organisation m.E. nicht, daß sich unsere Politik ausschließlich an momentan sich lohnenden Bewegungen ausrichten sollte. In diesem Sinn gebe ich der Genossin Ulrike aus dem Druckbereich recht, daß es immer noch die Arbeiterklasse sein wird, die den Kapitalismus stürzen wird und daß der Bereich der Betriebsarbeit den für mich wichtigsten, weil kontinuierlichsten Faktor unserer politischen Praxis darstellt. Da teilweise in den demokratischen Bewegungen Erfolge leichter (jedoch nur vorübergehend) erzielt werden konnten und zudem positiver in der Organisation bewertet wurden, halte ich teilweise den Schwerpunkt der Basisarbeit in Initiativen für überrepräsentiert.

Ich für meinen Teil gehe aus vom Proletariat als revolutionäres Subjekt. Jede Genossin/jeder Genosse wird für sich klären müssen, welche gesamtgesellschaftliche und welche konkrete innerbetriebliche Situation zur Zeit besteht. Welche Auswirkungen haben z.B. Arbeitslosigkeit, Rationalisierung, steigende Lebenshaltungskosten etc. auf die Kollegen? Bin ich in der Lage, die Verängstigung vieler Kollegen aufgrund meiner Einsicht in die gesellschaftlichen Bedingungen zu verstehen, oder gehe ich so ran: Im Grunde sind die Arbeiter dumm, die lernen's nie? Ob ich

mit Kollegen über Rationalisierung, Beziehungen oder über Kinofilme rede; das halte ich alles für wichtig und politisch. Zu kritisieren wäre nur, wenn Genossen/Genossinnen Kontakte zu Kollegen mit politischer Arbeit legitimieren, konkret jedoch liberal an diese rangehen, also um des lieben Friedens willen sich nicht zu verschiedenen Themenbereichen mit diesen auseinandersetzen bzw. aus Bequemlichkeit mit ihren/unseren Standpunkten hinter'm Berg halten. (Nebenbei habe ich auch a b u n d z u nichts gegen einen zünftigen Skat mit Kollegen).

Noch mal zur Initiativenarbeit. Anti-AKW-Arbeit, Frauenarbeit etc. sind Bewegungen, die aufgrund von zu scharfen Maßnahmen seitens der Bourgeoisie entstanden sind. D.h., daß dort viele Menschen bereit sind zu kämpfen, die jedoch nicht gleichermaßen unser Gesellschaftssystem infrage stellen bzw. auch einen reformistischen Weg zum Sozialismus o.ä. einschlagen wollen. Unser Ziel als Kommunisten ist es, diese positiven Aktivitäten der „Massen“ zu unterstützen durch praktische Mitarbeit sowie durch die Konfrontation mit unseren Zielen. D.h. hier erstmal den Pluralismus einer Bewegung zu analysieren und dann konkrete taktische Schritte zu überlegen.

Der Bunte-Liste-Wahlkampf hat z.B. gezeigt, daß heute ein Potential vorhanden ist, das erst einmal nur unzufrieden mit der jetzigen Situation ist, wobei nur ein kleiner Teil aktiv dafür eintritt. Für uns als Kommunisten bedeutet das, diese ersten Schritte in Hinblick auf eine demokratische Massenbewegung zu unterstützen. Das ändert aber nichts an unserer Strategie, unserem Endziel, der Revolution und dem Sozialismus. Unser nächstliegendes Ziel muß es jedoch sein, diese Vorstellung je nach dem Stand der Bewegung in die Bündnisse hineinzutragen und durch die Bündnisse an das Volk zu tragen (dies bezieht sich primär auf die Anti-AKW-Bewegung).

Ich meine hiermit, daß Massenarbeit auch bedeutet, Bündnisse konsequenterweise mit unseren politischen Vorstellungen zu konfrontieren. Unser Kampf beinhaltet nicht nur das strategische Endziel, wobei unterschiedliche Taktiken hintenüberkippen, sondern wir müssen auch um die richtige Taktik dorthin kämpfen. Nochmal deutlicher, wie ich das meine: das Volk ist unser Ansprechpartner; Bündnisse einzugehen eine taktische Frage mit dem Sinn, das bewußte Element zu stärken.

Der Erfolg unserer Basisinitiativenarbeit kann nicht isoliert vom Engagement der Initiativenmitglieder gesehen werden. Dieses ist abhängig von der politischen Einstellung der Einzelnen. Gerade aufgrund der Perspektivlosigkeit vieler, heute zum Kämpfen bereiter Menschen (Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts), ist es unsere Aufgabe als Kommunisten, der auf immer wiederkehrende Schläge der Bourgeoisie aufkommenden Resignation entgegenzuwirken. Und das können wir wiederum nur, wenn uns das konkrete politische Kräfteverhältnis in der BRD klar ist sowie eine Untersuchungsarbeit der jeweiligen Bewegung gemacht wurde.

Dann sind wir in der Lage, Erfolge und Niederlagen zu beurteilen. Und zwar konkret, ob die Niederlage z.B. objektive Ursachen hatte, d.h. aufgrund der Taktik der Bourgeoisie oder aufgrund eigener taktischer Fehler unvermeidbar war.

Diese Analysen und Untersuchungsarbeit sollte jede Genossin/jeder Genosse auch in den eigenen Köpfen versuchen, für sich zu klären in Hinblick auf die Befähigung zu unserer eigenständigen politischen Arbeit.

In der Einleitung zum UW heißt es, die 'Neue Linke' entstand praktisch aus dem Nichts, losgelöst von den traditionellen 'kommunistischen' Parteien. Die 'Neue Linke', ein Produkt der Studentenrevolte und

der Apo-Bewegung hatte also keine Basis in der Arbeiterklasse, bestand vor allem aus Intellektuellen, die sich erst allmählich den Marxismus/Leninismus aneigneten, um die "Interessen der Arbeiterklasse zu ihren eigenen zu machen". Da ich mich selbst auch eher zu den Intellektuellen zähle und mich nicht gerade als kampfbewährte Proletarin definieren kann, möchte ich hier ein Zitat aus dem Kommunistischen Manifest anführen: *"Wenn solche Leute aus anderen Klassen sich der proletarischen Bewegung anschließen, so ist die erste Forderung, daß sie keine Reste von bürgerlichen, kleinbürgerlichen etc. Vorurteilen mitbringen, sondern sich die proletarische Anschauungsweise unumwunden aneignen..."* (Auswirkung in Deutschland, damals war der Bernsteinische Opportunismus).

Für mich wirft dieses Zitat einige Fragen auf. Obwohl von proletarischer Bewegung heute noch nicht die Rede sein kann: Inwieweit haben sich auch im KB opportunistische Strömungen breitgemacht aufgrund des fehlenden Klassenbewußtseins vieler seiner Mitglieder. Wir werden aufgrund der historischen Entwicklung nach '45, auch aufgrund der subjektiven, ideologischen „Verbürgerlichung“ des Proletariats wohl auch immer mit opportunistischen Strömungen innerhalb der Organisation zu kämpfen haben. Aber dagegen müssen wir ankämpfen! Wir werden dieses Problem jedoch nicht knacken, wenn noch hinzukommt, daß Genossinnen/Genossen anleitende Funktionen ausüben, oftmals nur aufgrund ihrer tollen Rödelarbeit und nicht ihrer ideologischen Fähigkeiten.

Anleitende Genossinnen/Genossen müssen nicht nur ideologische Fähigkeiten besitzen, sondern die Prinzipien des demokratischen Zentralismus auf die eigenen Genossen anzuwenden verstehen, also „... nicht eine Atmosphäre schaffen, die den Menschen das Gefühl gibt, sie könnten sich keinen einzigen Fehler erlauben, und jeder Fehler sei eine Katastrophe“ (Mao). Ideologisch nicht genügend geschulte Anleiterinnen und solche ohne Verständnis für Fehler und Widersprüche der anderen Genoss (inn)en reproduzieren m.E. bei sich und den anderen bürgerliche Verhaltensweisen und begünstigen somit das Wachsen von Liberalismus und Opportunismus in der Organisation.

Für mich hat doch gerade die Anti-AKW-Bewegung sowie die BL gezeigt, wie weit der Liberalismus bereits in die eigenen Reihen vorgedrungen ist (auch bei mir, nur habe ich das natürlich nicht offen zugegeben). An diesen Widersprüchen zur kommunistischen Massenarbeit, zur kommunistischen Strategie hat sich innerhalb der Organisation eine Heterogenität gezeigt, die für eine revolutionäre Organisation notwendige Einheit schwächt. Es gibt m.E. mehrere Ursachen für die z.Zt. bestehenden unterschiedlichen Meinungen in der Organisation. Mangelnde Schulungen, Untersuchungsarbeit und Analysen politischer Prozesse ist nur die eine Seite. Die andere geht die Innerorganisatorische Demokratie, unsere Rekrutierungspolitik, unsere bürgerlichen Verhaltensmuster an. Besteht innerhalb einer Organisation so unterschiedliches Bewußtsein wie bei uns und herrscht andererseits ein Klima, das von Karrierismus, Mackertum, Obrigkeitdenken, Angeberei, Konsumverhalten, Konkurrenz etc. stark geprägt ist, muß die Umsetzung einer korrekten, einheitlichen politischen Linie, wie sie der AK vertritt, in der Praxis scheitern. Dabei sollten wir jetzt besonders die jungen Genoss (inn) en berücksichtigen und stärken, ihre ideologischen Widersprüche auf den Tisch zu legen und in der Organisation zu klären.

Ich möchte jetzt noch mal kurz auf die notwendige Trennung zwischen kommunistischer Agitation und Propaganda einerseits und die Beteiligung von uns an demokratischen Bewegungen eingehen. Ich sehe eine Gefahr darin, daß viele Genoss(innen)

in ihren Initiativen versinken, in denen aber aufgrund des Standes der Bewegung schwer kommunistische Agitation und Propaganda umzusetzen ist. Unter dem Druck stehen doch viele von uns, und das Ergebnis ist dann Macht- und Einsackpolitik auf der einen und frustrierte Genoss (inn)en auf der anderen Seite. Wir müssen uns als ein Teil der Frauengruppe, der Anti-AKW-Initiative verstehen und nicht versuchen, auf Krampf – ohne auf den Stand der jeweiligen Initiative zu achten – unsere Politik durchzusetzen. Unsere Agitation und Propaganda muß heute größtenteils doch getrennt von politischer Basisarbeit gemacht werden.

Die Frage, wie wir uns als Kommunisten in den „Massen“ verankern, muß die Komplexität unserer politischen Arbeit berücksichtigen. Den Weg zu den „Massen“ müssen wir jedoch auch an den eigenen Kräften messen. D.h. für mich, viele Thematiken als Berichterstattung/Informationen über den AK – und der sollte so bleiben! – an die Bevölkerung tragen, also Agitation mit unserer Zeitung verstärken, dabei im AK Auseinandersetzungen um verschiedene Standpunkte führen, und die Initiativenarbeit nicht unbedingt (es gibt da natürlich Ausnahmen wie BL, die schon zusätzliche Kräfte erfordert) als den wichtigsten Faktor ansehen, unsere Politik an die Frau/den Mann zu bringen. Hier müssen wir wirklich differenzieren, welche unserer politischen Interessen wir wo und in welcher Form am sinnvollsten einsetzen können. Wohin eine Überbewertung von Basisarbeit führen kann, zeigt doch deutlich der Artikel von Leo/SSB, der faktisch die Auflösung des KB in die BL fordert.

Hier möchte ich noch auf die Frage der Terminflut eingehen. Ich habe lange Zeit in der Frauengruppe den Fehler gemacht, alle möglichen Termine an mich zu reißen, da ich ja die „Fortschrittlichste“ war. Zu diesen Terminen kamen dann noch Innerorganisatorische hinzu. Für Kolleginnen/Kollegen hatte ich dann eh keine Zeit mehr. Ergebnis war also ein Wust von Terminen und Frust. Welche Ziele/Interessen ich wo am wirkungsvollsten und politisch sinnvollsten einsetzen kann, ist mir (ja, eigentlich grob gesagt bis heute) immer noch nicht ganz klar.

Martina
KB-Gruppe HH-Altona



Die bisher gelaufene Diskussion hat m.E. bereits sehr deutlich gemacht, daß wir momentan alles Mögliche sein mögen, nur keine einheitliche, schon gar nicht eine einheitliche kommunistische Organisation.

Eingerissen sind Verhaltensweisen, die mich mehr an die kleinbürgerlich-spontanistische Bewegung als an eine kommunistische Organisation erinnern. Der AK-Verkauf wird von vielen nur noch als lästige Pflichtübung verstanden, von daher auch häufig (wenn überhaupt noch) sehr lustlos betrieben. Termine werden, wenn überhaupt wahrgenommen, so doch meist unvorbereitet „abgesessen“.

Beim so geliebten MV-Ersatz (dem abendlichen Biertisch in der Stammkneipe) werden dann die großen Probleme diskutiert. Die Anleitung tritt arrogant auf, funktioniert gar nicht, wir machen eine opportunistische Politik, wir machen eine „Zinker“-Politik (d.h. Machtpolitik u.ä.). Disziplin wird in Frage gestellt: „Warum soll ich AK verkaufen, wenn doch x und y schon lange nicht mehr verkaufen?“

„Warum soll ich mehr Beitrag zahlen, wo doch schon seit geraumer Zeit gar keiner mehr Beitrag mehr zahlt?“ u.ä.

Nun, ich kann mir eine weitere Aufzählung sparen, das meiste ist auch schon in

der bisher gelaufenen Debatte angesprochen worden.

Vielmehr möchte ich versuchen, aufzuzeigen,

1. wo m.E. die Ursachen für diesen Ist-Zustand liegen, und
2. wo m.E. unser Weg hinführen sollte.

Zu 1.:

Während des Aufschwungs oder vielleicht besser des Höhepunktes der spontanen Bewegung (Brokdorf III, Grohnde, Uni-Streiks im Dezember 76, aber bedingt auch noch Russell-Tribunal und die Kampagne um die Stammheimer „Selbst“-Morde) haben sich viele Genoss(innen) durch eine Übereinstimmung in diesen praktischen Fragen stärker mit unserer Organisation beschäftigt und sind dann auch – sofern sie nur nicht laut genug „nein“ schrien – auch rücksichtslos (rücksichtslos auf den Charakter unserer kommunistischen Organisation; siehe unten) organisiert worden. Häufig mit Argumenten wie: „Du stimmst doch mit unserer praktischen Politik voll überein, da kannst du auch eintreten. Mehr Arbeit oder Verbindlichkeit bringt das auch nicht mit sich!“

Das ging so lange gut, wie die spontane Bewegung „lief“ und wir zumindest durch die Brille der neu Organisierten (aber auch vieler alter Genoss(innen) unentwegt deutlich sichtbar die Bewegung organisierend und nach links treibend auftraten. Solange der AK wegging wie warme Semmeln (im Vergleich zu heute) brachte es auch für die (heimlichen) Verfechter des „Bock-Prinzips“ eine gewisse Befriedigung zu verkaufen.

Diese Politik funktionierte nicht mehr – und konnte m.E. auch nicht mehr funktionieren – als zum einen keine derartig unmittelbar sichtbaren Erfolge wie Brokdorf III oder Grohnde organisierbar waren, als zum anderen „Deutschland im Herbst“ einen recht rasanten Schritt vorwärts bezüglich Repression und Kriminalisierung der Linken machte, als also die vielgehaßten Kampagnen zumindest durch eine mehr kontinuierliche Kleinarbeit hätten abgestützt werden müssen.

Hier zeigten sich m.E. die negativen Früchte unseres berechtigten Hinwendens zu einer realen Massenpolitik (im Vergl. zum früheren Klein-Klein.) Die durch unsere korrekte Bündnispolitik usw. für den KB gewonnenen Genossen standen nun vor dem Problem, die im Vergleich zum Zeitpunkt ihrer Organisation veränderte Lage politisch derart zu verarbeiten, daß organisierte Politik, wie z.B. momentan vor allem unser Eingreifen in die Wahldebatte (das massenpolitisch gesehen für uns mindestens genauso wichtig ist wie Brokdorf oder Grohnde) für sie weiterhin möglich und auf der Linie des KB notwendig erschien. Das war u.a. deshalb nur bedingt möglich, weil während der „heißen Konjunkturen“ Fragen der kommunistischen Organisation und ihrer Politik eigentlich immer nur mit „ja“ oder „nein“ diskutiert wurden, nicht aber das „wie“, ebenso wenig wie unsere Perspektive – der Sozialismus – über seine Nennung hinaus diskutiert wurde. So beschränkte sich die Motivation für eine Mitarbeit im KB häufig auf das gemeinsame Organisieren von Aktionen, wobei unsere eigenen Positionen – vor allem bezüglich der Bündnispolitik – sehr häufig mit den Positionen des Bündnisses insgesamt auch in den Köpfen der Genoss(innen) selbst verschwammen (vgl. GLU-Debatte in Niedersachsen, aber anscheinend auch Bunte-Liste in Hamburg).

Das hierin begründete faktische Aufgehen im Bündnis (ähnliches gilt für Komitees und Basis-Initiativen), ebenso wie die andere Seite dieser Medaille – das (objektiv meist unbegründete) schlechte Gewissen, wichtige kommunistische Prinzipien zu verraten – , hatten natürlich in der Praxis eine teilweise Lähmung unserer organisierten Arbeit zur Folge. Die hier nötige Abhilfe konnte nicht/zumindest wurde da-

mals nicht geschaffen, weil häufig vor lauter organisatorischen (im formalsten Sinne des Wortes) Diskussionen die lebensnotwendige Diskussion um Linie, Perspektive u.ä. zurückstehen mußte, bzw. in der Praxis zurückstand. Inhaltliche Kontroversen zu grundsätzlichen AK-Artikeln wurden höchstens noch am Biertisch oder in der Wohngemeinschaft ausgetragen; *organisiert* fand der Kampf um die richtigen Positionen kaum statt, was vielleicht in der konkreten Situation erklärlich war, da es *unmittelbar* bezüglich der aktuellen Kampagne keine/kaum Auswirkungen hatte, was sich aber heute um so eklatanter an unserem sehr unterschiedlichen Auftreten nach Außen zeigt.

Zu 2.:

Spätestens hier stellt sich die Frage, was für eine Organisation wir wollen, erneut. M.E. darf der undogmatische Ruf des KB nicht mit einer unverbindlich-spontaneistischen Organisationsform verwechselt werden. Es geht m.E. nicht an, daß in einer kommunistischen Organisation – undiskutiert (!) – sich ausschließende Positionen nebeneinander bestehen, und was fast noch schlimmer ist: nach außen vertreten werden. Wenn ich von einer kommunistischen Organisation spreche, die wir m.E. sein *müssen*, dann verbinde ich damit einen bestimmten Grundkonsens, der – neben der politisch-ideologischen Linie – in etwa folgendes umfaßt:

- die auf Einsicht in die Notwendigkeit beruhende Anerkennung von Verbindlichkeiten (also AK-Verkauf), MVs, Zellen-sitzungen u.ä. auch wenn aktuell der "Bock" dagegen spricht).

Vor allem aber: übernommene Aufgaben auch wirklich und gewissenhaft ausführen.

- die Bereitschaft, voneinander zu lernen (sowohl innerhalb der Organisation als auch in Bezug auf Bündnispartner), was allerdings ohne eine scharfe Diskussion um die richtige Politik nicht möglich ist. Von daher: die freiwillige Verpflichtung, sich tatsächlich mit unserer Politik auseinanderzusetzen, also nicht um das "guten Klimas" (Friede, Freude, Eicherkuchen) willen politische Kontroversen zurückzustellen. Ein nicht Austragen der Widersprüche kann m.E. nur zu dem momentanen Zustand einer lockeren Ansammlung von Individuen, nicht aber zum einheitlichen Auftreten einer kommunistischen Organisation führen.

Zu diesem Komplex gehört sicher auch das Problem der Überforderung bzw. Unterforderung von Genoss(inn)en. Das Ziel unserer Organisation, möglichst viele qualifizierte Kader heranzubilden, muß m.E. sowohl den Anleitern als auch jedem einzelnen Mitglied wieder stärker ins Bewußtsein treten. Vor diesem Hintergrund sollte auch stärker als bisher versucht werden, mehr Genoss(inn)en zu inhaltlichen Arbeiten (Flugblätter etc.) heranzuziehen/auszubilden. Denn die ausschließliche Ausführung von "Rödeljobs" wird weder eine allseitige Qualifizierung bewirken, noch das Problem der – zumindest so wahrgenommenen – Überforderung in dieser Hinsicht, Unterforderung in ideologischer Hinsicht, lösen.

- die Bereitschaft, sich "politisch weiterzubilden", also Schulungen sowohl zu aktuellen Fragen unserer Politik als auch die Auseinandersetzung mit den Klassikern, die immer noch eine wesentliche Quelle unserer Perspektive und Vorsicht darstellen. Diese Schulungen müßten von entsprechend qualifizierten Genoss(inn)en vorbereitet und das Angebot muß auch wahrgenommen werden.

Sicher können Schulungen allein die Diffusität unseres Auftretens und die teilweise Resignation nicht aufheben, sie sind jedoch ein wichtiges Element der Festigung unserer Organisation. Wenn Schulungen allerdings zu Debattier-Clubs verkommen, die nicht vom Willen einer größtmöglichen inhaltlichen Vereinheitli-

chung unserer Politik und unseres Auftretens geleitet sind, dann verlieren sie ihre Berechtigung, verkehren sich im Gegenteil zu einem Mittel der Desorganisation.

Zu fragen bleibt angesichts dieser Kriterien, inwieweit unsere bisherige Aufnahmepraxis zu revidieren ist. Zumindest scheint mir die Verniedlichung des Charakters der kommunistischen Organisation gegenüber Sympathisanten ("Als Mitglied ändert sich für dich nichts" u.ä., siehe oben) nicht gerade zur Festigung der Organisation beizutragen, sondern ein zentraler Grund für eine allmähliche Spontaneisierung (oder auch: Versumpfung) a la Lotta Continua unserer Organisation zu sein. Ebenso scheint mir die Aufnahme von Übereinstimmung lediglich in einigen praktischen Punkten problematisch. Wo besteht dann der Unterschied zwischen Kommunisten und einer politisch fitten Basis-Initiative? Ich plädiere damit nicht für formale Aufnahme-Gespräche, in denen der "Kandidat" seine "Kenntnis" des Marxismus-Leninismus verbal unter Beweis zu stellen hat, sie können das Problem m.E. nicht lösen; doch scheint es mir dennoch nötig – auch wenn ich keine Antwort für das "wie" habe – die bisherige Praxis zu überdenken.

Sicherlich kann eine Veränderung der Aufnahmepraxis, eine verschärfte (oder in kleineren Orten vielleicht erst zu beginnende) ideologische Diskussion, dazu führen, daß der/die eine oder andere sich die Mitarbeit im KB noch einmal überlegt, doch auf dem Wege zu einer stärkeren Vereinheitlichung unserer Politik, kommen wir m.E. nicht darum herum, wenn wir nicht zu einem lockeren Zusammenschluß "undogmatischer" Kräfte (KB dann vielleicht: Kommunistisches Büro) herunterkommen wollen.

Zu diesem Thema vielleicht zum Abschluß ein Satz von Mao (aus: "Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk", Mao, Bd.V):

"Das Ausscheiden eines Teils der Mitglieder aus der Partei und ihrer zahlenmäßige Verkleinerung ist natürlich eine schlechte Sache, aber sie hat auch eine gute Seite. Schwankende Elemente wollten nicht mehr mitmachen und traten aus der Partei aus,, die große Mehrheit der standhaften Parteimitglieder schloß sich nun enger zum Kampf zusammen. Ist das nicht auch eine gute Sache?"

rh, Göttingen



Die augenblickliche Debatte in der Organisation hat eine ungeheure Breite angenommen; sie erfaßt beinahe alle Bereiche revolutionärer Arbeit. Sie beginnt mit dem sogenannten „Bock-Prinzip“ und geht über meteorologische Betrachtungen (Klima), über Fragen der Bündnisarbeit, der Schulung und der politischen Weltlage bis hin zur Infragestellung der Notwendigkeit einer revolutionären Organisation überhaupt. Da wir uns nicht den ungeübten Arm beim Versuch eines Rundschlages verrenken möchten, wenden wir uns hier erst einmal einigen wenigen uns besonders am Herzen liegenden Fragen zu.

I
Zum Prinzip wird der "Bock" u. E. wohl nur von einigen 200%-Spontis erhoben. Mit denen sollten wir diskutieren – aber nicht im KB. Doch oftmals wird eine viel ernstere Frage mit diesem Thema vermischt, nämlich die Frage, wie wir mit Rückschlägen in der Arbeit, mit Niederlagen fertig werden. Die Enttäuschung über Niederlagen, der Frust über eine Stagna-

tion der Arbeit sind es auch, die zur "Bocklosigkeit" – oder schlimmer – zur völligen Resignation führen. Besonders tauchen diese Erscheinungen beim Abschwung bestimmter Kampagnen auf, wie z. B. Anti-AKW-Bewegung, Russell, Frauenarbeit, Internationalismus etc. Das gilt nicht nur für unsere Organisation, sondern für die gesamte Linke. Ganz anders sieht das meistens aus, wenn sich bestimmte Bewegungen oder Kampagnen im Aufschwung befinden, dann lernen wir selbst viel neues und stoßen auch außerhalb auf großes Interesse. Die AK-Auflage steigt, das Herz schlägt schneller und die Revolution scheint näher. Dieses Auf und Ab des revolutionären Gemüts vollzieht sich nicht unbedingt direkt parallel zum Auf und Ab der Massenbewegungen, sondern oft verzögert. So schaffen wir den Übergang zur nächsten Auf-Welle, ohne ganz unten gewesen zu sein. Eine starke Abhängigkeit unseres Befindens vom Wellenschlag der spontanen Massenbewegung bleibt bestehen. Gerade in Zeiten des Abschwungs stellt es sich heraus, ob wir uns ein wirkliches, tieferes Verständnis über die Bewegung verschafft haben; ob wir genaue Untersuchungen angestellt haben; ob bei uns selbst die letzten Zweifel beseitigt sind, oder ob wir mehrheitlich eben doch nur mitgeschwommen sind. In Zeiten des Abschwungs kommt es mehr als irgendwann sonst darauf an, die Ursachen genauestens zu untersuchen, aus der konkreten Analyse der Tatsachen eine neue Taktik zu entwickeln, statt nach irgendwelchen plausiblen Erklärungen zu suchen.

"Kannst du eine Frage nicht lösen? Nun gut, dann untersuche doch ihren gegenwärtigen Stand und ihre Geschichte! Kennst du all diese Umstände so gut wie deine eigene Tasche, dann findest du auch den Weg zur Lösung der Frage. Jede Schlußfolgerung ergibt sich, wenn die Untersuchung einer Situation beendet ist, nicht wenn sie anfängt. ... Eine Frage untersuchen heißt gleichsam 'neun Monate schwanger gehen'; die Frage lösen heißt gleichsam 'an einem Tag gebären'. In der Untersuchung der Frage liegt ihre Lösung" (Mao Tse Tung, Gegen die Buchgläubigkeit). Wir behaupten nicht, daß solche Untersuchungen im KB überhaupt nicht mehr stattfinden – der AK bemüht sich auch reichlich darum. Nehmen wir das Beispiel der Anti-AKW-Bewegung. Da hat im AK eine umfassende Auseinandersetzung mit den Spontis um den Weitergang der Bewegung stattgefunden, sowohl zur Kalkar-Demo, als auch gerade zu den Grohnde-Prozessen. Nur können wir feststellen (zumindestens für Göttingen), daß diese Überlegungen im AK den meisten Mitgliedern nicht vermittelt werden konnten. Deutlicher Ausdruck war das totale politisch-ideologische Durcheinander zur 1. Prozeßdemo in Hannover. Zur 2. Demo sah es nicht besser aus. Die Spontis haben uns mit ihrer moralischen Argumentation total aufs Kreuz gelegt. Und noch ein anderer Gesichtspunkt läßt sich an diesen Beispielen verdeutlichen: die Schwachstellen unseres demokratischen Zentralismus.

Hat zu Zeiten, als die Anti-AKW-Bewegung noch Hochkonjunktur hatte, besonders zu den Großaktionen, die Zentralisierung unseres Handelns als geschlossene Gruppe noch sehr gut geklappt – es wurden Berichte über die Aktivitäten am Ort gemacht; es fanden lebhaftere Auseinandersetzungen sowohl innerhalb als auch nach außen in großer Zahl statt; es bestand ein ständiger Kontakt und Koordination zwischen Ortsgruppe und Zentrale – so flauten diese Aktivitäten zusammen mit der Bewegung auch wieder ab. Aber eben darin sehen wir einen entscheidenden Fehler. Als es darum ging, mit der Flaute fertig zu werden, wurden keine Berichte über Schwierigkeiten (wie vorher über Erfolge) gegeben, es wurden die schlechten Erfahrungen kaum zusammengetragen und aus-

gewertet, es wurde nicht mehr zentralisiert in dem Ausmaß wie früher. Die Folge: Beginn der Handwerkerlel

Daß die Arbeit keinen Bock mehr macht, wenn man ständig im Dunklen tappt, ist nur zu verständlich!

II

Unserer Auffassung nach ist die augenblickliche Krise weniger Ausdruck einer generellen „Orientierungslosigkeit“ des KB als vielmehr eines fehlenden ideologischen Kampfes unter seinen Mitgliedern. Würden die im AK entwickelten Positionen zu den verschiedensten Arbeitsbereichen alle gründlich diskutiert und nachvollzogen, allein dann wären wir schon einen guten Schritt weiter. Andererseits werden auch im AK Positionen dort nicht weiter entwickelt, wo jede Kritik am Bestehenden fehlt, wo keine Auseinandersetzung um richtig und falsch geführt wird.

Eine solche ideologische Haltung muß früher oder später zur Resignation führen. Das beginnt damit, daß um die Arbeit eines Bereiches keine Diskussion mehr läuft. Die entsprechende Einheit wurstelt noch eine Weile planlos vor sich hin, einzelne Genossen engagieren sich in anderen Aufgaben und nach und nach wird die Arbeit in dem Bereich undiskutiert (I) eingestellt. Wer den Absprung bis dahin nicht geschafft hat, resigniert. Auf eben diese Weise wurde in Göttingen zumindest vorübergehend die Arbeit in den Bereichen: Post, Stadtteil, Lehrer, Russell liquidiert. Im Prinzip nicht viel anders, und das ist überhaupt das schärfste, erging es der Göttinger Leitung!

So kommt eine im Verband ehemals recht starke Ortsgruppe total auf den Hund. Nicht, wir betonen das nochmal, weil unüberbrückbare objektive Differenzen vorlägen, sondern weil es nicht gelernt wurde, Schwierigkeiten zu benennen, nach deren Ursachen gründlich zu forschen und um die ideologische Einheit zu kämpfen.

Wer wäre denn gegenwärtig in der Lage, den Stand der Arbeit der Göttinger Ortsgruppe zu benennen, die konkreten Schwierigkeiten zu beschreiben?

Mao sagt: „Hast du in irgendeiner Frage keine Untersuchungen vorgenommen, dann verlierst du das Recht, darüber mitzureden.“

Also untersuchen wir!

III

Um das Gesagte zusammenzufassen, möchten wir sagen: unsere Krankheit ist der Liberalismus, seine Erscheinungsformen sind Handwerkerlel, Individualismus und Verzicht auf ideologischen Kampf.

Das Mittel gegen diese Krankheit ist der demokratische Zentralismus. Wohlgeachtet, das Mittel ist nicht schon die Heilung selbst, denn dazu gehört auch noch die richtige Anwendung, die wir erst noch einüben müssen. Anders gesagt, heißt das, der demokratische Zentralismus ist die Methode, um diejenigen Fakten zu verschaffen, deren Analyse uns den politischen Weg weist und uns von der „Orientierungslosigkeit“ befreit. Zur Verdeutlichung möchten wir noch einmal Mao zitieren: „Gibt es keine Demokratie, hat man nicht die Meinung der Massen, dann kann man auch keine gute Linie, keine guten Richtlinien, keine gute Politik und keine guten Methoden ausarbeiten. Hinsichtlich der Ausarbeitung von Linie, Richtlinien und Politik und Methoden spielen unsere Führungsorgane nur die Rolle einer Verarbeitungsfabrik. Wie jeder weiß, kann eine Fabrik ohne Rohstoffe nichts weiterverarbeiten. Ohne quantitativ genügend und qualitativ geeignete Rohstoffe kann sie keine guten Erzeugnisse herstellen. Wenn es keine Demokratie gibt, wenn man sich über die Lage in den unteren Ebenen und über die Verhältnisse nicht

im klaren ist und nicht weitestgehend die Meinungen der unterschiedlichen Seiten einholt, wenn die übergeordneten und untergeordneten Ebenen nicht miteinander in Verbindung stehen und die Probleme allein durch die übergeordneten Organe nach einseitigem oder ungenauem Material entschieden werden, dann wird die Entscheidung unvermeidlich subjektivistisch sein. Zudem ist es unmöglich, die Meinungen und Handlungen zu vereinheitlichen und wirklichen Zentralismus zu erreichen.“

Es liegt an jedem einzelnen, jeder Zelle und jeder Ortsgruppe, die „nötigen Rohstoffe“ zu liefern. Es liegt an der Zentrale, diese z.B. im AK zu verarbeiten und jedem einzelnen die „Produkte“ wieder zur Verfügung zu stellen. So kann dann jede Frage auf fruchtbare Weise erörtert werden.

IV

Soweit zum Modell. Unsere konkreten Vorstellungen sind noch nicht ganz ausgereift, aber hier ein paar Vorschläge:

1. Unter Leitung der ZRK bildet sich eine provisorische Ortsleitung (OL), deren Hauptaufgabe es ist, in der Ortsgruppe den demokratischen Zentralismus zu entwickeln:
 - a. Ideologischer Kampf mit dem Ziel der Einheit zu den anstehenden inhaltlichen Fragen, wie z.B.: Bündnispolitik, Grüne und Bunte, Betriebsarbeit, Frauenpolitik, Antifa etc.
 - b. AK-Artikel. In dieser Hinsicht kann die Arbeit der Göttinger Antifa-Kommission als vorbildlich angesehen werden. Sie leistet mit ihrer regelmäßigen Berichterstattung im AK mehr für den nationalen Aufbau des KB, als der ganze Rest der Ortsgruppe zusammengenommen.
2. Dazu gehört auch besonders die Einrichtung lebensfähiger Zellen. Ein/e der OL verantwortliche/r Genosse/in fertigt mit der entsprechenden Zelle oder ihren Resten einen Bericht über den Stand der Arbeit an.
3. Daraufhin erarbeiten die Zellen mit Hilfe der OL einen Plan für ihren Bereich.
4. Die OL erarbeitet mit Hilfe der ZRK einen Plan für die gesamtörtliche Arbeit.

V

Unser Beitrag wird vorläufig sein:

- Protokoll über die erste Diskussion nach dem Urlaub über die Betriebsarbeit am 4.9.
- Eine Zellen-Schulung über „Was Tun“
- Diskussion und Protokoll zur Wahlfrage
- geplant ist ein Beitrag zur Diskussion des AK-Konzepts
- sowie ein Artikel zum Kern-Prozeß

Göttingen im September
Rot Front MZ/DZ (Wh.)



Die Erscheinungsformen der momentanen Krise innerhalb des KB sind deutlich: Austritte, Unlust bei der Wahrnehmung politischer Aufgaben, wenig Neuorganisierungen trotz größeren Einflusses des KB innerhalb von Massenbewegungen, Rückgang der Verkaufszahlen u.ä. Worin liegen die Ursachen? Ich meine, daß die Verschlechterung der objektiven Bedingungen hier eine wesentliche Rolle spielt und wir in der Organisation überlegen müssen, ob wir in der Lage waren, ihnen entgegenzuwirken in dem Sinne, uns selber und anderen Menschen ihnen zum Trotz klarzumachen, wohin unser Weg führt und warum es für uns keine Alternative geben kann.

I. Kt. aus Hamburg schreibt, daß ein

Grund dafür, daß es heute in Europa praktisch keine Partei der Arbeiterklasse gibt, „vielleicht daran liegt, daß die Verhältnisse in Europa heute nicht nach revolutionärer Veränderung schreien.“ An dieser Aussage ist bezogen auf die BRD insbesondere in bezug auf die wirtschaftliche Situation etwas dran. Mit abnehmender Tendenz zwar (z.B. Arbeitslosigkeit), aber dennoch gelingt es dem BRD Imperialismus heute noch einigermaßen, seiner Bevölkerung ein wirtschaftlich „gesichertes Leben“ zu garantieren. An dieser Tatsache kommen natürlich auch wir Linken nicht vorbei, in zweierlei Hinsicht nicht:

1) profitieren wir in einem bestimmten Maße selbst davon, die meisten von uns sicher noch mehr als die „typischen“ Arbeiterfamilien. Denn viele der in linken Organisationen mitarbeitenden Genossen sind doch wohl aufgrund ihrer Herkunft und Ausbildung privilegiert und leben, sofern sie schon im Beruf stehen, unter oftmals menschlicheren wirtschaftlichen Verhältnissen als der Durchschnitt. Mit Aussicht auf interessante berufliche Tätigkeit und materiellen Wohlstand versucht uns dieser Staat immer wieder zu ködern, um den Preis politischer Arbeit natürlich nur;

2) hat diese Tatsache auch ideologische Auswirkungen. Sie ist sicher ein Grund neben anderen (z.B. Korruption der Gewerkschaften) für die „Unterentwicklung“ der Arbeiterbewegung selbst auf ökonomischem Gebiet. Ich sehe es unter diesen Bedingungen schon als schwierig an, aus eigener Anschauung die Tatsache, daß die Arbeiterklasse die einzige revolutionäre Kraft ist, nicht aus dem Auge zu verlieren.

II. Die Repression der Bourgeoisie gegen ihre Kritiker, d.h. heute hauptsächlich gegen uns Linke, nagt recht scharf an uns. Ich kann ehrlich sagen, daß ich über die Atompolitik, Aufrüstung, all die Erscheinungen der Faschisierung des politischen Lebens empört bin, mir dies Angst macht, aber trotzdem schleicht sich von Zeit zu Zeit der Gedanke ein: „Ist die Bedrohung durch Atomkraftwerke für Dich nicht doch unkonkreter, entfernt, mittelbarer als die Aussicht auf vielleicht ein Jahr Knast und Isolation, wenn sie Dich bei der nächsten Großaktion schnappen?“ Die Bourgeoisie schafft es doch m.M. punktuell immer wieder, daß wir uns von ihrer Repression gegen unseren Widerstand mehr subjektiv betroffen fühlen, als von dem gesellschaftlichen Mißstand, gegen den wir kämpfen. „Haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben mehr zu fürchten als den Tod“ – ich glaube, die wenigsten Genossen könnten diesen Satz heute in voller Konsequenz so unterschreiben. Liegt es daran, daß unser persönliches Leben uns heute noch nicht so schlecht und ausweglos erscheint? Wahrscheinlich. D.h. aus unseren heutigen subjektiven Alltagserfahrungen können wir offensichtlich nur unzureichend revolutionäre Wut schöpfen. Ausdruck dieser Tatsache sind für mich Aussagen wie „Die Organisation hat mich kaputtgemacht“ oder (von einer ehemaligen „KPD“-Gen.beim Verkauf) „3 Jahre war ich organisiert und was ich jetzt habe, ist Berufsverbot und Gewerkschaftsausschluß“. Solche Aussagen zeigen doch, daß die Motivation für die politische Arbeit nicht mehr klar war, subjektiv wird die Organisation, nicht mehr der Kapitalismus als existenzbedrohend empfunden.

III.

Die Entwicklung der chinesischen Innen- und Außenpolitik halte ich auch nicht für unwichtig für die Resignation vieler Linker. Für viele Genossen, die schon länger mitarbeiten, war die Motivation „sich politisch zu engagieren, eine Wut über das unfreie geistige Klima in der BRD, Autoritätsstrukturen innerhalb dieser Gesellschaft, Kälte in den zwischenmenschlichen Beziehungen, die zwar nicht am eigenen Leibe erfahrenen, aber vermittelten brutal-

sten Machenschaften des Imperialismus, gegen die Länder der „3. Welt“.

China war für mich und viele andere praktisches Vorbild dafür, daß eine menschlichere demokratischere Gesellschaft möglich ist, lebendiges Gegenbeispiel gegen antikommunistische Hetze. Ein Genosse schrieb in seinem Leserbrief: War es nicht das Bewußtsein, daß wir wohl unterdrückt, niedergeschlagen, ja besiegt werden können, aber nie widerlegt werden können, was der Studentenbewegung ihre Sprengkraft gab?

Die Kulturrevolution in China spielte bei dieser Einsicht sicher eine Rolle (s. auch Einleitung). Obwohl in China wirklich noch „nicht alles beschlossen“ ist, gibt uns China dieses praktisch mögliche Beispiel („genau das wollen wir auch“) nicht mehr. Wir werden auch in unserer Anti-Antikommunismus-Argumentation mehr gefordert. Die Länder des Ostblocks tragen objektiv schon seit jeher zumindest nicht zum Abbau des Antikommunismus bei; kam das Argument, „guck Dich doch mal um, was in der DDR läuft, da hast Du doch Deinen Sozialismus“, konnten wir auf China verweisen; irgendwo gab uns das Selbstvertrauen. Die Frage „Warum wollen wir den Sozialismus?“ stellt sich gerade auch durch die Entwicklung in China theoretischer, mehr aus dem Wissen über den Charakter des Imperialismus als aus dem Vorbild, das und emotional mitreißt. Dieses Wissen können wir eben nicht vollständig aus unseren heutigen Erfahrungen ableiten. Die Erkenntnisse, daß der Imperialismus uns langfristig kein wirtschaftlich sicheres Leben garantieren kann; die Weiterentwicklung der Produktivkräfte und darum angenehmeres Leben hemmt bzw. verhindert, daß im Kriegsführen letztlich seine einzige Chance liegt, gegen seine Konkurrenten zu bestehen; daß er seine Macht nicht freiwillig abtrifft, sondern nur gegen erbitterten Widerstand; daß die Arbeiterklasse geschichtlich die einzige revolutionäre Kraft ist, dieses Wissen sind historische Erfahrungen, die wir in den marxistischen Klassikern wiederfinden. Unsere Aufgabe besteht darin, uns dieses Wissen anzueignen, und es auf unsere heutige gesellschaftliche Situation zu konkretisieren. Wir müssen wieder oder überhaupt erst einmal erfahren, daß der Marxismus gerade in schwierigen politischen Zeiten uns hilft, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren und uns auch ganz konkrete Unterstützung zum Verstehen und zur Einschätzung heutiger politischer Erscheinungen sein kann (z.B. die Artikel „Kommunisten und Wahlen“ oder „Ökologie und Marxismus“ haben das gezeigt).

Eine weitere Sache, die ich für wichtig halte, um unser Perspektivlosigkeit zu überwinden, ist eine konkrete Analyse des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses in der BRD, der Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie, des demokratischen Protestes, des Zustandes der linken Bewegung, unserer anstehenden Aufgaben und Möglichkeiten gemessen an unserem Ziel und die Veröffentlichung einer solchen Einschätzung. Der AK-Redakteur hat Recht, wenn er sagt, daß so etwas nicht die volle Realität unserer Politik und deren zeitliche Entwicklung zum Ausdruck bringen könnte. Aber sie könnte Anhaltspunkt und Leitlinie für unsere politische Arbeit sein und Sympathisanten ein einigermaßen klares Bild unseres Selbstverständnisses vermitteln.

In den Leserbriefen wird viel von Handwerkerlei und Rodelarbeit gesprochen. Die objektiven Ursachen dieser Erscheinungen sehe ich in dem Gegensatz zwischen der Vielfalt der durch die Bourgeoisie gestellten Aufgaben, d.h. der Vielzahl ihrer Angriffe und unseren sehr begrenzten Kräften; zum weiteren in dem Entstehen spontaner Massenbewegungen an solchen Punkten, wo die Herrschenden bei der Durchsetzung ihrer Ziele doch etwas zu brutal und offen undemokratisch vorgegangen sind.

Es ist klar, daß wir in solchen Masseninitiativen mitarbeiten. Wir sind selbst betroffen von Atompolitik, § 218, Erstarben des Neofaschismus usw.. Wir freuen uns als Kommunist über jedes Mißtrauen, über jeden fortschrittlichen Widerstand, der den Herrschenden entgegengebracht wird und versuchen, ihn nach Kräften zu unterstützen.

In der Stellungnahme des AK-Redakteurs wird bezüglich der Mitarbeit von Genossen in Masseninitiativen kritisiert, daß sie diese nur als Durchlauferhitzer betrachten und versuchen, die dort mitarbeitenden Menschen so schnell wie möglich im KB zu organisieren, aus dem Verständnis heraus, daß Masseninitiativen etwas Zweitrangiges, weniger Wertvolles sind. Die Einschätzung von Masseninitiativen trifft sicher auch auf einige Genossen in Altona zu, aber das Ziel, in den Initiativen mitarbeitende Menschen langfristig auch im KB zu organisieren, ist fast völlig aus den Augen verloren worden. Ich finde dieses Ziel allerdings weiterhin völlig richtig, sicher nicht in der Weise, daß wir sie quasi ohne weitergehende Diskussion zu uns herüberlotsen, sondern so, daß wir auch in solchen Initiativen unsere sozialistischen Standpunkte versuchen hineinzutragen, in der problemorientierten Diskussion, durch den Verkauf des AKs, durch weitergehende politische Angebote. Zu Beginn der Anti-AKW-Bewegung hatten wir diese Dinge mal drauf, heute ist es schon vielfach so, daß wir fast genauso fassungslos vor der Stagnation von Massenbewegungen dastehen und daran resignieren, wie diejenigen, denen wir eigentlich darüberhinausgehen die Perspektiven geben wollen.

Petra, BO Altona,
KB-Gruppe Hamburg



Trotz der mittlerweile vielen abgedruckten Leserbriefe im AK, die zum Teil auch gute Ansätze zur Diskussion stellen, ist es meiner Ansicht nach noch nicht gelungen, diese Auseinandersetzung „auf den Punkt“ zu bringen, nämlich die Frage: Was ist denn nun eigentlich die Krise des KB?

In mehreren Leserbriefen, vor allem in AK 132, wird z.B. massive Kritik an den Anleitungen geübt; aber das kann nicht die Krise des KB sein, denn Kritik an anleitenden Genossen hat es schon immer im KB gegeben und wird es wohl auch weiter geben, letztlich auch im Sozialismus. Ein anderer Schwerpunkt der Kritiken ist, daß die einzelnen Genossen zu wenig Zeit (Freiraum) für ihre persönlichen Interessen haben, aber auch dieser bestimmt oft berechtigter Vorwurf ist doch ebenfalls nicht neu. Andererseits wird von den Genossen (berechtigt) gefordert, daß mehr politische Schulung notwendig ist. Aber Genossen, mal sehr einfach ausgedrückt, auch dieses Problem ist doch nicht neu bzw. erst vor kurzem aufgetaucht!

Ein weiterer Kritikpunkt ist: Uns macht die politische Arbeit, ob in Gewerkschaft, Anti-AKW-Bewegung usw., keinen Spaß mehr. Allerdings habe ich meine Zweifel, ob den Genossen in den vergangenen Jahren die Arbeit auch Spaß gemacht hat; ist das doch mit einer bestimmten Befriedigung in der Arbeit nicht zu verwechseln. In den ganzen Jahren hat die Frage doch nicht so gestanden, ob die Arbeit Spaß bringt, sondern man war von der politischen Notwendigkeit mehr oder weniger überzeugt.

Was macht nun den wirklichen Kern der Krise des KB aus?

Innerhalb des politischen Klimas der BRD hat es in den letzten Jahren kaum größere Ansätze für eine Massenbewegung gegen das kapitalistische System bzw. ein-

zeine seiner Auswirkungen gegeben (mal Ansätze kurz nach Zerschlagung des 3. Reiches weggelassen). Wir Kommunisten haben jahrelang auf solche Gelegenheiten gewartet, um in diesen Massenbewegungen mitzuarbeiten und sie politisch soweit wie möglich auszurichten und dementsprechend ihr politisches Niveau zu haben. Die Linke in der BRD und damit auch wir vom KB haben also eine relativ „ruhige Kugel“ schieben können, im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern. Vor ca. zwei Jahren entstand dann ziemlich plötzlich die Anti-AKW-Bewegung, die erstmal am Anfang ziemlich ohne unser Einwirken entstand. Diese Möglichkeit, in einer linken Massenbewegung mitzuarbeiten, war also so gut wie neu für fast alle von uns, und es kostete anfangs doch erhebliche Anstrengungen bzw. Überwindung der einzelnen Genossen, voll mitzuarbeiten und aus der sonst gewohnten Arbeit (Trott) herauszukommen. Etwas überspitzt ausgedrückt haben wir doch fast die gesamte Organisation auf diese linke Massenbewegung „geworfen“. Ohne beschelden zu sein, kann man wohl sagen, daß wir einen nicht unerheblichen Anteil daran gehabt haben, daß diese Massenbewegung solch eine Breite und zum Teil auch ein solches politisches Niveau bekommen hat.

Das Eintreten in solch eine linke Massenbewegung bringt aber auch immer die Gefahr des Opportunismus mit sich. Es besteht also immer die Gefahr, daß eine politisch ungesicherte und schwankende linke Gruppe in einer Massenbewegung aufgeht. Sehr deutlich wird das meiner Meinung z.B. an dem MES in Portugal. Um mal auf die Situation in der BRD einzugehen, ist doch folgendes zu sehen. Gruppen wie KPD/ML und KBW, die heute in keiner Massenbewegung (mehr) mitarbeiten, sondern als Pflänzchen daneben dahinvegetieren, sind klein und besitzen nicht mal den Ansatz von Einfluß in einer Massenbewegung, so daß die Gefahr des Opportunismus über diesen Weg nicht so sehr besteht, dafür allerdings über andere Kanäle, z.B. blindes Nachbeten der „Theorien“ der VR China. Zwar trifft der letzte Punkt auch für die „KPD“ zu, allerdings ist hier zu sehen, daß diese zwar auch kaum einen Ansatz von Masseneinfluß hat, allerdings immer dabei ist, wo was los ist, z.B. Anti-AKW-Bewegung, Bunte Liste, dafür aber von dauernden Schwankungen hin und her gerissen ist, die sie in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Mitgliedern gekostet hat.

Doch zurück zu uns, dem KB. Mit unserem Eintreten in eine Massenbewegung, in diesem Fall der Anti-AKW-Bewegung, stellen sich natürlich auch für die einzelnen Mitglieder neue, größere Aufgaben und Anforderungen, wollen wir als KB nicht entweder „nur“ in der Bewegung mit-schwimmen oder in ihr untergehen, was auf dasselbe herauskommt.

Die Genossen werden damit praktisch auch aus ihrem sonstigen allgemeinen Trott, der auch mit viel Routine erlidigt worden ist, herausgerissen. Mit unserem Eingreifen in eine linke Massenbewegung erweist sich auch, ob wir in der Lage sind, geschlossen, personell wie politisch, einzugehen.

Innerhalb der Arbeit der Genossen in einer linken Massenbewegung entsteht nun die falsche Ansicht, die sich auch auf Genossen, die nicht in der Massenbewegung mitarbeiten, sondern eher an ihr überträgt, daß sie die Arbeit der Kommunisten nicht so verstehen, auch als Kommunisten aufzutreten, sondern sich eher mit dem Anspruch, radikal-demokratisch aufzutreten, zufriedengeben und solch eine Politik auch noch als kommunistische Politik unter heutigen Gegebenheiten verstehen. Sehr deutlich wird das an der Bunten Liste, wo bekanntermaßen auch der KB mitgearbeitet hat, seine Rolle und Vorhandensein aber immer heruntergespielt worden ist, auch von den eigenen Genossen. Die Ge-

nossen haben sich einen radikaldemokratischen Mantel umgehängt, allerdings werden sie ihn heute nicht immer mehr los, da er ihnen zur neuen Haut geworden ist.

Sich in einer linken Massenbewegung eher als radikaldemokratisch hinzustellen – und dies letztlich für die konkrete Bedingung bereits als kommunistische Politik zu verstehen – führt letztlich auch dazu, ähnliche Verständnisse in die kommunistische Organisation zurückzutragen. Sonstige allgemein anerkannte Grundsätze kommunistischer Politik bzw. kommunistischen Organisationsverständnisses gehen damit letztlich langfristig unter, als da sind: Disziplin, gemeinsam abgesprochenes Vorgehen, Berichtswesen, Unterordnung der Minderheitenposition unter die Mehrheitsposition usw. Damit wird der KB letztlich zu einer Organisation, die ein sehr großes Dach für linke Politik hat, unter dem es zwar in den meisten politischen Einschätzungen Übereinstimmung gibt, aber sonst??? Dazu kommt dann noch, daß aus dieser linken Massenbewegung neue junge Kräfte gewonnen wurden, was ja auch unser Ziel gewesen ist und nichts anderes, die aber nur sehr verschwommene Vorstellungen von unseren „allseitigen“ Einschätzungen haben, also erst langfristig „auf Stand“ gebracht werden müssen, aber mit ihren zum Teil recht eigenartigen Vorstellungen schon im oder am KB mitarbeiten und damit auch ihre falschen Vorstellungen in den KB tragen. Das kann man nun diesen neuen jungen Genossen nicht übelnehmen, wir haben ja auch Jahre gebraucht, um die Einschätzung zu erarbeiten, die wir heute haben. Während diese jungen Genossen aber zulernen, scheinen andere „ältere“ Genossen vieles verlernt zu haben.

Ra. Hamburg



Sicher bin ich nicht der Einzige, der Angst hat, im Jahre 2000 immer noch „unter uns zu sein“, also Kommunist immer noch wie ein „Außenseiter/Spinner/Fanatiker/Nestbeschmutzer/Träumer/Rote Ratte/Hetzer/Original usw.“ behandelt zu werden (das Passende, ob Kompliment oder Beleidigung, kann sich jeder selbst aussuchen). Irgendwie ist diese Außenseiterrolle auf die Dauer doch eine Art „Psycho-Streß“: Man will nicht noch weiter in die Isolation geraten, man geht vielleicht mal einen „Kompromiß“ ein, um zu zeigen, daß man doch auch nur ein Mensch, ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft ist; so motzt man nicht z.B. bei jeder frauenfeindlichen Bemerkung von Nachbarn drauf los, um nicht ständig als ewiger „Meckerer“ im Rampenlicht zu stehen. Hinzu kommt die Angst vor möglichen Repressionen, vor Denunziation im Beruf, Gewerkschaft usw.

Vielleicht geht es Euch auch so – „ich möchte mich nicht unnötig ins Zeug“ legen, um nachher feststellen zu müssen (z.B. im Jahr 2000), daß alles umsonst war. Oder ist vielleicht doch nichts umsonst von unserer politischen Arbeit? Davon später.

Immer wieder beneide ich viele meiner Freunde, die abends die Beine hochlegen und den Abend voll für sich genießen können. Und immer wenn Genossen aussteigen, denke ich auch mal daran, was die jetzt alles machen können. Dann würde ich viele Bücher lesen, endlich mal alle abonnierten Zeitschriften und Tageszeitung durcharbeiten können; Sport treiben, womöglich noch eine Fremdsprache lernen;

und natürlich viele Freunde besuchen, vielleicht auch malen? Das bürgerliche Leben ist eben doch verdammt verführerisch.

Und dann sehe ich mir meine Umgebung an: Flaute, wenig Bewegung unter der Bevölkerung. Immer noch der alte Antikommunismus, oder die Gültigkeit auch vieler Jugendlicher, die Wahlergebnisse sind auch noch nicht sehr ermutigend. Viele Ausgeflippte, viele Resignierte, viele Ehemalige – und bei uns mehr Abgänge als Zugänge. Ruhe an der AKW-Front, „gerusselt“ wird auch z.Zt. nicht; um die BUNTE LISTE ist es auch etwas stiller geworden; beim Internationalismus scheint auch eine Dürrezeit zu bestehen. Na, ich brauche wohl nicht fortzufahren, sonst rollen womöglich noch Tränen ...

Und da höre ich, daß schon wieder ein Genosse abgesprungen ist – ausgerechnet noch einer der aktivsten in unserem Bereich (z.B. auch beim AK-Verkauf), völlig überraschend – und ich höre, daß er noch einen Leserbrief schreiben will. Und plötzlich werde ich verdammt sauer! Schon wieder einer weg, schon wieder einer, der sich ohne große Ankündigung oder Diskussion im Bereich absetzt – schon wieder einer, der uns im Stich läßt? Aber ich mußte ihn doch eigentlich verstehen, wo ich doch selbst gar nicht voll dahinterstehe? Und vielleicht habe ich selbst noch dazu beigetragen, denn wie oft war ich unvorbereitet bei Sitzungen oder wie wenig habe ich selbst verbindlich gearbeitet? Vielleicht ist der Genosse durch die miese Lage im Bereich besonders frustriert worden?

Und trotzdem! Ich denke schon wieder an das hässliche Grinsen der Bürgerlichen, die uns schon wieder vorhalten: „Seht Ihr, wenn Ihr älter werdet, hört Ihr damit sowieso auf und paßt euch an.“ Oder: „Ist doch klar, daß Euer Weg in die Sackgasse führt.“

„2 andere Genossinnen wollen evtl. auch aussteigen“, höre ich. Ich wäre der letzte, der die Beweggründe der beiden nicht nachvollziehen könnte – aber irgendwie packt mich doch die Wut! Ausgerechnet jetzt, wo sich der KB und die Zeitung in einer der kritischsten Phasen befindet, wo die Gelegenheit zu breiterer, offener Diskussion um alle „innen- und außenpolitischen Fragen des KB“ und die Möglichkeit zur Neubestimmung unserer zukünftigen Struktur und Politik noch nie größer war, da laßt ihr uns im Stich! GENOSSEN, die ihr aussteigt oder aussteigen wollt, WIR BRAUCHEN EUCH UND IHR WERDET UNS AUF DAUER AUCH BRAUCHEN!

Ich gehe nicht davon aus, daß ihr mit der politischen Arbeit ganz Schluß machen wollt – viele der „Ehemaligen“ machen eine häufig engagiertere und konsequentere praktisch-politische Arbeit als vorher als Organisierte!

1. Und solltet ihr doch ganz aufhören wollen, Kommunist zu sein (denn Kommunist ist nur der, der etwas für den Kommunismus tut, und nicht einer, der nur vom Kommunismus redet) – dann schiebt nicht alles auf die Organisation und auf die „Flaute“ in der Bewegung, sondern fragt Euch selbst mal: Wie weit haben persönliche Gründe seinerzeit bei Eurer Organisation eine Rolle gespielt, wolltet ihr private Probleme damit lösen, oder wolltet ihr solchen damit aus dem Weg gehen, habt ihr Kontakt gesucht, seid ihr nur einer momentanen Neigung gefolgt usw.?

Dies wären allerdings denkbar schlechte Voraussetzungen für ein Durchhaltevermögen in kritischen Zeiten. War nicht damals vielleicht schon vorauszusehen, daß ihr eines Tages wieder abspringen würdet? Ich will auf gar keinen Fall Fehler der Organisation, der Anleitung usw. und auch

die objektiven politischen Bedingungen außer Acht lassen – aber bei den ganzen Diskussionen sollte man doch erst mal bei sich selbst anfangen.

2) Und ihr, die ihr weiterarbeiten wollt in einer BI oder in der Gewerkschaft oder sonstwo und auch vielleicht davon mehr verspricht, – meint ihr, die AKW-Bewegung, das Russell-Tribunal, die BUNTEN LISTEN, die Stammheim-Enthüllungen/die fortschrittlichen Rechtsanwaltsbefreiungen, die Schwulenbewegung usw. wäre ohne den KB soweit?

Meint ihr, das Bewußtsein über die Notwendigkeit der Frauenbewegung und der antifaschistischen Aktionen, die Fülle der Internationalismus-Veranstaltungen wäre ohne den KB möglich??

Die Einzelinitiativen brauchen die Organisation des KB und der KB braucht die Initiativen! Warum, brauche ich wohl nicht noch auszuführen.

Unsere Stärke bestand und muß auch weiter bestehen (bzw. wieder erreicht werden) in einer weitgehend klaren politischen Zielrichtung, in einer Kontinuität unserer Arbeit, in einem vorantreibenden Bewußtsein, im beispielhaften persönlichen Einsatz eines jeden („die Aktivisten“ in den BIs etc.) mit unserem technischen Apparat im Hintergrund, in unserer Bewegung und die weltpolitische Lage widerspiegelnden und bewertenden Zeitung, in unserer offenen Zusammenarbeit suchenden Bündnispolitik, in unserer schonungslosen Enthüllungsbearbeitung, in unserer konsequenten demokratischen und antifaschistischen Kampf, in unserer Ehrlichkeit uns selbst gegenüber und jetzt auch nach außen hin usw.!! (Ich weiß, daß vieles von mir zu rosig beschrieben wurde, aber es ist m.E. in der Tendenz richtig).

Diese Stärke („Avantgarde“) müssen wir wiederherlangen – und dazu ist allerdings eine Rückkehr zu Disziplin, Verbindlichkeit, Schulung (auch was den „Lebensnabel“ unserer Organisation, den AK-Verkauf anbetrifft), das, was ich unter „Kaderorganisation“ verstehe, notwendig!

Jede Aufweichungstendenz wie z.B. in Richtung auf demokratische Massenorganisation oder gar SB-ähnliche Strukturen ist ein RÜCKSCHRITT für die gesamte Bewegung, ja für die Sache des Sozialismus, den wir alle erkämpfen wollen! Und dieser Rückschritt wird sofort durch einen VORWÄRTSSCHRITT der Reaktion beantwortet werden (z.B. beschleunigter Abbau von demokratischen Rechten).

Das sollten wir uns bei den zukünftigen Diskussionen klarmachen – wir sollten unseren Einfluß und unsere Bedeutung trotz unserer gegenwärtigen Schwäche nicht unterschätzen!

Wir sind aber nun so stark, wie viele wir sind und wie aktiv die einzelnen Genossen sind. Damit will ich nicht wieder zurück zum Verheizen von Genossen, zur „Handwerkelei“, zum „Kampagnenakkord“, zur „Technokratisierung“ der Genossen. Sicher muß man bei vielen/einigen ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Beruf, politischer Arbeit und Freizeit/privaten Problemen finden. Andere wiederum stärker an ihre Pflichten erinnern. Ich will hier nicht näher auf Bock- und Leistungsprinzip eingehen – nur soviel: Bockprinzip und kommunistische Organisation sind unvereinbar.

Wem das noch zu abstrakt ist, dem sage ich: Jeder Genosse, der austritt, aber weiter politisch arbeiten will (als Kommunist), macht einen Schritt zurück und schwächt (auch wenn er es nicht will) damit den KB. Und wenn er/sie der Meinung ist, daß der KB nach wie vor eine gute Politik macht, daß wir eine schlagkräftige, kom-

munistische Partei mitaufbauen müssen und daß der KB dafür und auch sonst notwendig ist und daß der AK eine gute Zeitung ist — ja verdammt noch mal, dann muß man auch solidarisch sein und durch „saure Gurkenzeiten“ und „Flauten“ usw. hindurch im KB bleiben! Denn die Probleme, deretwegen ihr, Genossen, austreten wollt (also z.B. zu wenig Schulung, keine Lust zum AK-Verkauf usw.), werden durch euren Austritt weder für euch noch für uns gelöst, sie fallen eher unter den Tisch.

Vielleicht bin ich jetzt manchem zu „moralisch“ geworden. Sollte es so sein, dann vertritt ich hier allerdings das Prinzip der Solidarität gegenüber der eigenen kommunistischen Organisation (und damit gegenüber der kommunistischen Bewegung) und ich bin stolz auf diese Moral. Ebenso hat mich diese Moral zum Kommunisten gemacht, d.h. das Bewußtsein der Ungerechtigkeit, der Ausbeutung, der Ungleichheit der Chancen in dieser Welt, die nur im Sozialismus bzw. als Endziel im Kommunismus aufzuheben ist. Und Moral ist nichts Schlechtes. Und sie ist auch die wesentliche Kraft, die — und damit komme ich zum Ausgangspunkt zurück — mich bei der Stange hält und mich vor Anpassung schützt, allerdings tut hier die Organisation auch ihr übriges.

Genossen — unsere bisherige Arbeit war nicht umsonst, sonst wäre die Bewegung heute nicht soweit und es wären noch ein paar mehr „Selbstmorde“ in den Knasts passiert ... Unsere zukünftige Arbeit wird auch nicht umsonst sein — und im Jahr 2000 wird die Geschichte des KB zur Pflichtlektüre im Geschichtsunterricht gehören! Wir sollten ein bißchen mehr Optimismus haben, der kann nicht schaden.

Und sollten wir uns doch nur am Bierisch (oder im Altersheim?) gegenseitig etwas vorschwärmen — wie „Veteranen“ von der „Schlacht um Brokdorf“ und dem „bunten 78er Hamburg“ — während „draußen“ die Söhne von Schleyer, Schmidt, Kohl und Co. das Sagen haben, dann gilt trotzdem, daß unsere Arbeit nicht und nie umsonst war, denn sonst würden wir vielleicht — um im Bild zu bleiben — neben vielen anderen Demokraten von heute — unter den „Söhnen von Strauß“ im Zuge der „Ausmistung des Saustalls“ gesäubert worden sein.

Genossen — nicht in der „Ausmistung“ /Gesundschumpfung des KB, sondern in der „Ausmistung“ von uns selbst als der KB besteht unsere Zukunft — und daran sollten wir jetzt Hand anlegen!

P.S.: Damit ich nicht mißverstanden werde: Diejenigen, die vollständig aus der politischen Arbeit aussteigen wollen (siehe oben), sollten m.E. nicht verurteilt und beschimpft bzw. links liegen gelassen werden — mit ihnen muß die Diskussion um die Notwendigkeit und die Bedeutung der politischen und besonders der kommunistischen Arbeit vielmehr verstärkt geführt werden.

4.9.78

A.
Gesundheitsbereich Hamburg



Wir sind drei Sympathisanten, davon eine sogenannte „ausgefippte“, ehemalige KB-Genossin.

Vorstellen müssen wir, daß zwei von uns im Öffentlichen Dienst tätig sind, was weiter unten noch erläutert wird.

Eure Antwort auf den Leserbrief des ausgetretenen Genossen beginnt mit der

Zuschreibung des „Ausgefipptseins“, obwohl dieser Genosse seinen Austritt aus dem KB ausführlich begründet, wobei er noch nicht einmal unter den Zwang gerät, dies ausschließlich „politisch“ begründen zu müssen (wollen). In eurer Stellungnahme wird deutlich, daß Ihr von ausgetretenen Genossinnen/Genossen für den Austritt eine politische Erklärung verlangt. Dies impliziert zwangsläufig, daß Ihr subjektiv-private Gründe nicht akzeptiert und somit nicht als politische Gründe begreift. Hierbei weist Ihr privaten Begründungen einen separaten Platz zu. Wir meinen, wenn Genossen aus Legitimationsdruck für Ihren Austritt politische Gründe — die Ihr dann als widersprüchlich analysiert — „nachreichen“, so wird hier eine autoritäre Struktur der Organisation deutlich. Zudem halten wir die Trennung in „private“ und „politische“ Gründe für zutiefst bürgerlich. Die Trennung zwischen „privat“ und „politisch“ stabilisiert unser autoritäres System und findet sich wieder in jedem Individuum. Scheinbar habt Ihr dieses Denken kritiklos übernommen. Hinzu kommt, daß Ihr noch nicht einmal nach den Widersprüchen in einer politischen Erklärung fragt, sondern sie (die Begründung) als politisch widersprüchlich analysiert.

Zu „Die revolutionäre Organisation ...“ und die „Spontis“

Sicher erkennen wir die Arbeit der Genossinnen/Genossen der letzten sieben Jahre an. Doch sollte der Wert politischer Arbeit nicht an einer Verzichtsideologie, wie Ihr sie geradezu peinlich schildert und Euch dabei nicht nachweisbar in die Geschichte der Arbeiterbewegung einreihet, gemessen werden. Zur Rechtfertigung Eurer Verzichtsideologie weist Ihr auf die „Spontis“ hin. Hierbei verwendet Ihr geradezu typische Methoden der bürgerlichen Medien, die aus Abgrenzungsgründen Minderheiten schaffen müssen. Bis zum Schluß Eurer Stellungnahme subsummiert Ihr alles unter den Begriff „Spontis“, was nicht zu Eurer Vorstellung scheinbar revolutionärer Politik paßt, ohne überhaupt konkret Gruppen und Ereignisse der „Spontiszone“ zu benennen. Somit könnten indifferenziert „AAO-Leute bis zur RAF“ „Spontis“ sein. Einfacher geht's wirklich nicht mehr. Konkret könnt Ihr nur den Gegensatz von: „Spontis = Maximum individueller Entfaltung verbunden mit Minimum an politischer Arbeit“ erzeugen.

Im einzelnen meinen wir: Es ist nicht zufällig, — wenn Genossin X nach jahrelanger KB-Arbeit wegflüpft und plötzlich eine neue „Freiheit“ entdeckt, hatte sie diese doch bisher im KB nicht, da hier eine Trennung zwischen „privat“ und „politisch“ gemacht wird.

— daß Genosse Y sich als neuer Mensch fühlt, nachdem er sich erst außerhalb des KB zu seiner Homosexualität bekennen konnte; denn beide werden mit ihrer Subjektivität nicht ein integraler Bestandteil der politischen Arbeit des KB, sondern lediglich funktionalisiert.

Nun könnte man meinen, der KB würde in dieser Hinsicht bei sich selbst die Ursache suchen, stattdessen wird das Problem auf eine imaginäre Krise linker Politik in der BRD — ja, sogar Westeuropas geschoben. Wobei letzteres nicht stimmt (siehe Italien)!

Das Entstehen einer sogenannten „Spontiszone“ drückt zumindest einen Mangel in der linken Bewegung der BRD aus. Den gilt es zu analysieren, anstatt sich zu rechtfertigen und abzugrenzen.

Zu: „Die Politik der radikalen Phrase“

In diesem Abschnitt diffamiert der KB jegliche politische Aktivität mit „eigener

verkümmerten Praxis“, die nicht im Sinne seiner Organisation ist. Es ist einfach verkehrt zu meinen, „Spontis“ lehnten ideologisch jede Kleinarbeit ab, ohne das dies vom KB belegt wird. (Wir wissen immer noch nicht, welche „Spontis“ gemeint sind). Wieder wird ein Gegensatz erzeugt (Feindbild geschaffen): Arbeit an der Basis oder systematische und kontinuierliche kommunistische Agitation und Propaganda“. Dies bedeutet übersetzt ja nichts anderes, als daß jemand, der nicht organisiert ist, aber z. B. aktiv in der Betriebsgruppe seiner Gewerkschaft mitarbeitet, oder in der Bunten Liste, oder in der Schwulen/Frauengruppe, oder im Stadtteil usw., sinnlose Arbeit leistet, da er/sie Spontist ist. Weiter werden die Begriffe kommunistische Agitation und Propaganda benutzt, ohne sie z. B. näher für uns als Angestellte im Öffentlichen Dienst bzw. überhaupt im Beruf, die wir uns täglich mit den Widersprüchen dieser Gesellschaft, mit Entfremdung etc. auseinandersetzen müssen und nach acht Stunden Arbeit einfach kaputt sind, zu definieren. Hinzu kommt, daß wir, die wir täglich gegen Entfremdungserscheinungen im „privaten/politischen“ Bereich kämpfen, nun vom KB zu hören bekommen, daß er lieber eine kaputte Zweierbeziehung in Kauf nimmt, Hauptsache, die revolutionäre Arbeit der beiden „Genossen“ funktioniert. Der Zynismus ist kaum zu überbieten, der hier zum Vorschein kommt. Willkürlich definiert der KB hier „sexuelle Befreiung“ und entwickelt erst eine Theorie, die er dann den sogenannten „Spontis“ zuschiebt. „Sexuelle Befreiung“ scheint auch im KB Ängste auszulösen, könnte sie doch darüber hinaus Machtstrukturen deutlich werden lassen.

„Die Frage der zwischenmenschlichen Beziehungen“

Hier wird nun in schöner Kontinuität wieder nicht bei der Organisation KB angesetzt, sondern jetzt werden die Widersprüche auf die Entwicklung der SSB's abgeschoben und somit auch die Erfahrungen des ausgetretenen Genossen.

1. Wenn der Schüler-SSB dogmatisch diskutierte und arbeitete, so ist dies keine Entschuldigung für den KB, sondern dieser Zustand muß als ein Bestandteil der offiziellen Politik des KB akzeptiert werden. Unter Umständen muß methodisch hier die „politische Arbeit“ anders laufen.
2. Wenn es auch offiziell kein „Schminkverbot“ und kein „AK-Verkaufslimit“ gibt, so scheinen diese Strukturen aber unerschwerlich zu bestehen, denn wie sonst sollten sie erklärt werden. Es scheint einen subtilen, sozialen Druck zu geben und wundern würde es uns nicht, da auch in einer „revolutionären“ Organisation nicht von heute auf morgen unterdrückende (Internalisierte = Normen für sich selbst übernehmen) psychische Strukturen geändert werden können.
3. Letztendlich wird zugegeben, daß sich doch nur dann etwas (im Sinne des LG des KB) ändert, wo diese am massivsten die Führung übernehmen.

Wir sahen uns zu diesem Diskussionsbeitrag genötigt, da uns trotz fleißiger siebenjähriger Arbeit der Genossinnen/Genossen im KB erschreckend deutlich wurde, wie widersprüchlich und hilflos und theorieflos der KB auf eine „subjektive“ Kritik reagiert, die seine Struktur in Frage stellt.

P.S. Bitte sagt uns doch endlich, welche „Spontis“ Ihr meint, wir sind so unsicher, ob wir dazu gehören oder nicht.

Wilhelm
Christiane
Joachim,
Hamburg



Führten Genossen: Ihre übernommenen Aufgaben nicht aus, behandelte ich sie oft so, als seien sie faul oder als hätten sie keinen Bock. Das gibt es sicherlich auch, soll aber im Augenblick nicht Diskussionspunkt sein. Wie sich gelegentlich später herausstellte, war die Ursache für ihr Verhalten recht einfach: Die Aufgaben waren nicht gut besprochen worden.

Aber statt dies festzustellen, druckste man durch die Gegend. Ich versuchte, die Vereinbarungen mit Druck durchzusetzen. Die darauffolgenden Auseinandersetzungen verliefen oft nicht mit dem Ziel solidarische Unterstützung bzw. Kritik, nicht aus der Erkenntnis heraus, daß wir eben unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen leben, sondern es entwickelte sich ein schlechtes Klima unter den Genossen.

Durch den Druck anderer Termine, Aufgaben etc. und mangelndem Verständnis, wie solche Fragen zu lösen sind, kam es zu altbekannten und bewährten Autoritätsverhalten beiderseits.

Insgesamt kann ich sagen, daß ich mehr Kritik an den Personen als an der Sache führte.

Natürlich müssen gemeinsame Verbindlichkeiten eingehalten werden. Wie sollten wir sonst politisch sinnvoll arbeiten und vorwärts kommen?

Aber Erfolge lassen sich doch nur erzielen, wenn die Aufgaben klar sind und bei Widersprüchen gemeinsam darüber mit dem Ziel der Einheit diskutiert wird.

Beispiele zeigen, daß es auch anders Große Veranstaltungen zu organisieren, ist eine recht schwierige Sache, bringt für alle beteiligten Genossen viel Arbeit und Streß. Die Durchführung dieser Aufgaben verlief dann erfolgreich, wenn die Schwierigkeiten diskutiert und die Notwendigkeit und das Ziel der Aktion politisch und organisatorisch gut und gemeinsam bestimmt waren. Diese Erfolge darf man nicht vergessen, sondern man muß von ihnen lernen.

Werden Aufgaben schematisch verteilt, wird nicht der „Widerstand“ bzw. die „Passivität“ diskutiert, analysiert und andererseits Motivation geschaffen, wird eine Aufgabe hundertmal schwerer. Man muß sich doch als Anleiter zuerst fragen, ob man selbst die Aufgabe richtig erklärt hat, statt die Fehler ohne weiteres bei den Genossen zu suchen. Das Verhältnis zu den Genossen wird bei einer solchen Vorgehensweise zunehmend schlechter.

Ausgetragen wird dies meist nicht offen, sondern per Anmache. Oder wie Mao sagt: es werden „Hüte“ aufgesetzt. Ein anderes Beispiel:

In einem technischen Bereich werden Broschüren erstellt. Da meist die Genossinnen tippen können (typischer Frauenberuf...) tippen eben die Genossinnen immer und immer wieder die Broschüren. Die Genossen hingegen erledigen selbstredend die politisch wichtigen Fragen, wie z.B. redaktionelle Absprachen, Planung, bis hin zum Layout, was mehr Spaß bringt als dieses anstrengende Tippen.

Lange Zeit wurde diese Praxis nicht in Frage gestellt. Diese Situation spitzte sich dann über Annahmen, Krankheiten etc. zu. Die Genossinnen wurden der „Unlust“ verdächtigt usw. ...

Bis den Genossinnen die Sache zunehmend klar wurde. Sie forderten entschieden die Einarbeitung in alle, diese Arbeiten betreffenden, Fragen und Kenntnisse.

Die Genossen kämpften mit Haken und Ösen um ihre „Privilegien“. Mit verbalen Zugeständnissen wurde in der Praxis Aufschub praktiziert.

Schließlich erreichten die Genossinnen durch ihre Hartnäckigkeit bei den Genossen auch wirkliche Einsicht und den ehrlichen Willen, die Situation gemeinsam zu verändern.

Im folgenden wurden die Aufgaben kollektiv diskutiert und die Genossinnen zunehmend eingewiesen und unterstützt.

Die verschiedenen Vorschläge wurden zusammengetragen. Bedenken gegen Vorteile abgewogen und siehe da: Das Klima verbesserte sich ungemein. Die Arbeit machte allen viel mehr Spaß, wurde erfolgreicher und effektiver. Der Reichtum vieler Ideen bringt einfach mehr, als so ein krämerhafter Individualismus.

Dieses Beispiel betrifft natürlich das grundsätzliche Verhalten unter Genossen. Aber im besonderen wird deutlich, wie an Genossinnen herangegangen wird: „Ihnen kann man das ja doch nicht zutrauen etc.“.

Natürlich werden wir dies immer wieder diskutieren müssen. Aber ein gemeinsamer Anfang ist gemacht.

Ganz bestimmt trifft dieses Beispiel auch auf viele andere Bereiche unserer politischen Arbeit inner- und außerhalb der Organisation zu. Dies ist m.E. eine Ursache der jetzigen Situation und wird viel zu wenig in den Leserbriefen bedacht. Mehr Mut Genossen!

Natürlich findet nun nicht die totale „Gleichmacherel“ statt. Die unterschiedlichen Fähigkeiten werden kollektiv eingesetzt und zugleich vermittelt.

Ich habe das auch deswegen so ausführlich geschildert, weil damit ein ganz bestimmtes bürgerliches Verhalten bei mir geknackt wurde.

Ein anderes Beispiel aus diesem technischen Bereich:

Eine zeitlich genau geplante Broschüre verzögert sich in ihrer redaktionellen Erstellung. Aber sie muß zu den anstehenden Wahlen unbedingt politisch eingesetzt werden. Die gesamte Planung (tippen, lesen, ...Layout...) gerät durcheinander. Für die Genossen bedeutet das Nachschicht. Sie weigern sich, diese Broschüre in Nachschichten durchzuhaufen, da ein paar Tage später die Zeitungserstellung mit weiteren Nachschichten ansteht, und weil ihnen weder die politische Bedeutung bekannt, noch die Ursache der Verzögerung mitgeteilt wurde. Also nicht etwa weil sie faul sind oder keinen Bock haben. Es kommt zum Streik, zur Auseinandersetzung. Nachdem kollektiv sowohl Fehler als auch Vereinbarungen für die Zukunft diskutiert wurden, packten alle mit Kraft an.

Das sind zwei Beispiele, wie solche Fragen gelöst werden können und wie durch falsches Herangehen unserer gesamten Sache großer Schaden zugefügt wird.

Aus der Untersuchungsarbeit die Lösung entwickeln

Oftmals wird aus Unwissenheit bzw. aus Zeitmangel vergessen, bestimmte Aufgaben und Schwierigkeiten in der Zelle, im Umgang mit Genossen usw. zu untersuchen.

Ich habe damit auch meine Schwierigkeiten. Aber man muß hartnäckig sein. Ein Artikel soll geschrieben werden. Das erscheint als riesiges Problem. Keiner will den Artikel schreiben. Alle haben Angst davor, was falsch zu machen usw. Aber wie kann man Angst davor haben? Angst kann man doch nur bei Unklarheiten haben. Und die können gelöst werden. Denn statt die Stoßrichtung festzulegen, statt Hinweise zu geben, sitzt der arme Genosse mit seinen Zeitungschnippseln nun da – vielleicht sogar noch dazu delegiert – und soll was erfinden.

So kann doch der beste Redakteur keinen Artikel schreiben. Und wenn sich solche Erfahrungen wiederholen, wird Artikelschreiben zur kompliziertesten Sache der Welt.

Ursachen sind

- nicht richtig diskutiert
- keine Untersuchungsarbeit
- ganz vergessen, daß wir dies auch lernen müssen, systematisch zu erarbeiten.

Und meine Erfahrungen entsprechen jenen im Artikel „Soweit ist es mit uns gekommen“:

Eine Frage wird nicht allseitig zu betrachten versucht, und man gibt sich allzusehn mit der Meinung der Redaktion bzw. des Anleiters, dessen Wissen selten über AK-Artikel hinausgeht, zufrieden und arrangiert sich auch noch damit. Im letzteren liegt der entscheidende Fehler.

Wie es auch anders gehen kann, wird ja auch durch die jetzige „Artikelflut“ deutlich:

Über den ARBEITERKAMPF, über die Anleitung, über die Zukunft der Organisation gibt es tatsächlich Vorstellungen. Aber warum kommt das erst jetzt? Weil die bisherige Arbeit eben mit dem Beginn der Diskussion in Frage gestellt wurde. Das müssen wir unbedingt als wichtige politische Erfahrung in unserer alltäglichen Praxis nutzen.

Die Arbeit richtig organisieren

Viele Genossen, auch ich, haben „kaum Zeit“ zur Schulung bzw. können ihre Arbeit nicht richtig organisieren. Bei zu vielen Terminen ist zu fragen: Müssen sie sein? Kann da nicht ein anderer Genosse mit entsprechender politischer Anweisung beauftragt werden? Sitzen dort nicht zu viele Genossen? Muß der Anleiter, der junge Genossen anleiten soll, nun auch noch dort oder gerade dort seinen Hintern hinsetzen?

Warum werden da keine neuen Kader herangezogen? Haben die Anleiter Angst, daß andere Genossen alles falsch machen? Dann machen sie doch auch alles falsch. Sonst könnten sie die Genossen ja auch anleiten. Was spricht dagegen?

Da müssen wir lernen, unsere politische Arbeit effektiver zu gestalten.

Zum Inhaltlichen habe ich oben schon einiges gesagt. Zum Organisatorischen:

Man/frau kann z.B. statt eines Termins gemeinsam Essen gehen. Weil man eh essen muß. Bringt zudem noch Spaß.

Man/frau kann sich kleine Zettel schreiben bzw. kurze, knappe Berichte; kann sich anrufen, vorher alle Fragen aufnotieren, damit nicht erst am Telefon die Überlegungen beginnen, und man sich so die Zeit stiehlt.

Wichtig ist doch, in regelmäßiger Diskussion die Fragen systematisch zu lösen.

Man braucht auch nicht auf jeden Zellentermin (in Ausnahmefällen). Stehen wichtige Praxis-Termine etc. an, können Fragen und Vorschläge schriftlich rechtzeitig an die Zellengenossen geleitet werden. Mehr mit Berichten und Protokollen arbeiten. Körperliche Anwesenheit ist doch noch kein Zeichen von politischer Anwesenheit. Beispiele, die mich in der Organisation meiner Arbeit weitergebracht haben:

Zur Schulung

Gelegentlich setzt man/frau sich ja nun doch mit einem Klassiker in die Sonne. Aber viel zu wenig wird zuvor überlegt, ob gerade dieser Text auch meine aktuell politischen Fragen beantworten bzw. anregen kann. Nicht, daß diese Texte immer direkt umzusetzen sind. Ihre Bedeutung liegt ja auch darin, daß man die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge besser

versteht. Aber noch schwerer wirds mit so einem Text, wenn ein gewisser Bezug zur Praxis fehlt.

Und oft wird vorher nicht überlegt, welche Fragen ich habe. Damit wird dann mit dem Lesen unsinnig viel Zeit verloren. Zudem ist wichtig, beim Lesen die entscheidenden Stellen — merke: wonach suche ich? — anzustreichen, rauszuschreiben. Vielleicht sogar nach dem Text kurz das Wichtigste zusammenzufassen. Das kann man anderen erzählen oder kurz niederschreiben. Das alles schult auch, sich auf das Wesentliche hin zu erziehen.

Aus meiner Erfahrung ist auch die richtige Arbeitsweise eine entscheidende Sache, gerade weil wir nicht sehr viel Zeit haben. Zur Schulung sollten die Vorschläge „Soweit ist es mit uns gekommen“ so schnell als möglich umgesetzt werden.

Welche Organisation brauchen wir?

Dies ist m.E. die zentrale Frage in der gegenwärtigen Auseinandersetzung. Die Zukunft des KB hängt davon ab, wie eindeutig hier Prinzipien festgelegt werden und auf die Einhaltung geachtet wird.

Im Augenblick sieht es doch so aus, daß gerade junge Genossen zum KB finden. Sie sympathisieren mit unseren Positionen zu „Stammheim“, „Bunte Liste“, „Antifa“, „Anti-AKW“. Oder aber, wie die Leserbriefe zeigen, sie wollen einfach nur mehr diskutieren bzw. organisierter arbeiten.

Die Gründe sind also sehr unterschiedlich. Viele können sich unter der Politik des KB nichts vorstellen bzw. wissen zu wenig darüber. Trotzdem werden sie rasch „integriert“.

Bei der Organisation von neuen Genossen werden überhaupt nicht deren eigene Vorstellungen ihrer Arbeit im KB berücksichtigt.

Andererseits werden Anforderungen, wie an lange organisierte Genossen gestellt.

Oft wird dieser Widerspruch durch tatsächliches Interesse und Freude an organisierter Arbeit verdeckt. Das zeigt sich dann bei mangelnden Erfolgen bzw. persönlichen Schwierigkeiten etc.

Selbst dann wird dies in den seltensten Fällen analysiert, eher noch: gar nicht bemerkt! Stattdessen setzt der Druck ein. Wen wundert, wenn da jemand mit starkem politischem Kater erwacht.

„Unter manchen unserer Funktionäre haben wir beobachtet, daß sie nur von der Vergrößerung des Bestandes der Roten Armee, von der Vergrößerung der Transportabteilung von der Eintreibung der Bodensteuer, von der Zeichnung der Anleihe sprechen. Was aber alles Übrige betrifft, diskutieren sie weder darüber, noch kümmern sie sich darum; mehr noch, sie machen sich überhaupt keine Sorgen“ (Mao, Kümern wir uns um das Alltagsleben der Volksmassen, achten wir auf die Arbeitsmethoden)

Wir brauchen eine revolutionäre Partei

Wenn ich mir so anschau, was wir erreichen wollen, geht das doch nur über einen einheitlichen Willen, über die Anerkennung bestimmter Prinzipien:

Wer sollte das sonst sein, als eine revolutionäre Partei? Ein Haufen von hundert verschiedenen Meinungen in den entscheidenden Fragen? Wie sollte der uns weiterbringen? Das liegt doch auf der Hand.

Lenin hat die Organisationsgrundlagen einer solchen Partei eindeutig benannt: „Die marxistische Partei ist ein Teil, ein Trupp der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse hat jedoch viele Trupps, folglich

kann nicht jeder Trupp der Arbeiterklasse als Partei der Arbeiterklasse bezeichnet werden. Die Partei unterscheidet sich von anderen Trupps der Arbeiterklasse vor allem dadurch, daß sie keinen einfachen Trupp, sondern den V o r trupp, den bewußten Trupp, den marxistischen Trupp der Arbeiterklasse darstellt, ...der mit der Kenntnis des gesellschaftlichen Lebens, mit der Kenntnis der Entwicklungsgesetze des gesellschaftlichen Lebens, mit der Kenntnis der Gesetze des Klassenkampfes gewappnet und infolgedessen fähig ist, die Arbeiterklasse zu führen, ihren Kampf zu leiten“ (kurzer Lehrgang, S.56).

Und weiter schreibt er:

„Die Partei ist nicht nur der Vortrupp, der bewußte Trupp der Arbeiterklasse, sondern zugleich auch der o r g a n i s i e r t e Trupp der Arbeiterklasse, der seine Disziplin besitzt, die für alle seine Mitglieder verbindlich ist. Deshalb müssen die Parteimitglieder unbedingt Mitglieder einer der Organisationen der Partei sein. Wäre die Partei kein o r g a n i s i e r t e r Trupp der Klasse, kein O r g a n i s a t i o n s s y s t e m, sondern eine einfache Summe von Menschen, die sich selbst für Parteimitglieder erklären, aber keiner der Organisationen der Partei angehören und daher n i c h t o r g a n i s i e r t, folglich auch nicht verpflichtet, sich den Parteibeschlüssen unterzuordnen, so würde die Partei niemals einen einheitlichen Willen haben, würde sie niemals die Aktionseinheit ihrer Mitglieder verwirklichen können und würde infolgedessen nicht die Möglichkeit haben, den Kampf der Arbeiterklasse zu leiten. Die Partei kann nur dann den Kampf der Arbeiterklasse praktisch leiten und die Arbeiterklasse auf ein Ziel hinlenken, wenn alle ihre Mitglieder in einem einheitlichen gemeinsamen Trupp o r g a n i s i e r t sind, der durch die Einheit des Willens, die Einheit der Aktionen, die Einheit der Disziplin zusammengeschweißt ist (Gesperrtes auch im Original, Kurzer Lehrgang, S. 57).

Lenin nennt dann im weiteren folgende Prinzipien, um Parteimitglied werden zu können:

Jedes Mitglied muß das Programm der Partei anerkennen, diese materiell unterstützen und Mitglied einer ihrer Organisationen sein (was aktive Mitarbeit meint).

Ich verstehe den KB als eine Aufbauorganisation einer solchen Partei. Und ich denke, daß wir deshalb auch diese Prinzipien heute bekannt machen und anwenden müssen: Wie sollte sonst eine revolutionäre Partei entstehen?

Und da steht m.E. eben die Frage für alle Genossen, wenn ihnen das bekannt ist, ob sie das wollen oder nicht. Wenn nicht, muß man andere Lösungen der Zusammenarbeit finden.

Cl., KB-Gruppe
Hamburg



Anfangen möchte ich mit einem Zitat eines sozialistischen Psychologen der 20iger Jahre; Jodl: „Der menschliche Wille ist ein Riese; aber losgelöst vom mütterlichen Boden des Gefühls bricht er alsbald kraftlos in sich zusammen.“

Wenn wir ausschließlich verstandesgemäß, intellektuell, für den Sozialismus kämpfen, und wir nicht mehr genügend in der Lage sind, uns gefühlsmäßig über den Barbarismus dieser Gesellschaft in seinen sämtlichen Bereichen (von dem Ausländerproblem, Behindertenproblem, die Unterdrückung der Kinder durch ihre Eltern, Neonazismus bis zur Ausbeutung in den Betrieben und den Antiterrorgesetzen) zu empören, den Kapitalismus nicht aus ganzem Herzen hassen können, wie sollen wir

es durchhalten, für eine neue Gesellschaft ohne Unterdrückung zu kämpfen? Wenn die Genossen vormals aus Empörung (natürlich nicht nur, aber das ist in der Regel die Ursache) zu uns kamen, und dann in organisatorische und terminliche „Notwendigkeiten“ gezwängt werden, ohne daß sie genügend Gelegenheit haben, sich auch kulturell weiterzuentwickeln, dann ist die unausweichliche Folge, daß die Genossen abstumpfen und verbürokratisieren. Die Genossen sollten ermutigt werden, wenn sie das Talent haben, über die Fragen, die sie bewegen, zu malen, schreiben, dichten, Musik machen usw.. Sie müssen die Zeit haben, ihre Kollegen- und Freundeskreise zu erhalten und auszubauen, um mit ihnen zu reden, ihre Fragen und Bedürfnisse nicht aus den Augen zu verlieren.

Aber wie sieht es aus? Man hat „keine Zeit“ mehr, „was könnte man in der Zeit nicht alles schaffen“? Aber schafft man letztendlich in der Zeit, wo man nur noch röhrt und röhrt, wirklich mehr? Haben wir nicht häufig den für unsere Politik und unsere Weltanschauung so wichtigen direkten Kontakt zu unseren Freunden zu stark eingeschränkt und uns von ihnen isoliert?

Ich will nicht sagen, daß dies die Hauptseite unserer Politik sein soll. Aber es ist ein wichtiger, ein sehr wichtiger Bestandteil, der stark vernachlässigt wird und für viele Genossen schlimme Folgen hat. Sie werden unkritisch, warten darauf, was man ihnen von der Leitung vorsetzt und verlieren mit der Zeit die Lust am Kämpfen. Sie handeln dann häufig nur noch nach „Notwendigkeiten“ und nur mit halber Initiative.

Jetzt denken bestimmt einige: „Der will ja nur, daß man nach dem Bockprinzip arbeitet, der will weniger Politik im KB“. Mir geht es nicht um ein Bockprinzip, das natürlich jede ernsthafte Sache kaputt macht, aber mir geht es um das Prinzip, „Bock“ zur Arbeit zu haben, und das wird bestimmt nicht durch Schablonen erreicht, nach denen man häufig Schul- oder Betriebspolitik etc. macht.

Z.B. AK-Verkauf auf dem Markt. Das läuft so ab: Die Genossen erscheinen jede Woche mit AK's und wenn sie es „schaffen“, mit 1 - 2 Stellschildern. Sie verkaufen regelmäßig (gäh) ihre 5 - 6 AK's. Aber, mag man sagen, hier kann man wenigstens Kontinuität sehen. Das stimmt auch, aber sind die Genossen mit Begeisterung dabei, wenn sie über Jahre jede Woche die gleiche Leier mit dem gleichen Ergebnis durchziehen? Nimmt man hier nicht eine Schablone und legt sie jede Woche wieder neu auf? Anstatt sich mal zu überlegen, zu bestimmten Themen am Vortage Flugblätter in die Hauskästen der umliegenden Häuser zu werfen und sich damit anzukündigen usw.

Aber dies zu tun, erfordert nicht nur eine technische Planung, sondern dazu gehört unbedingt die Lust am Kämpfen.

Deswegen will ich nicht weniger Politik, sondern „kulturell“ eine andere Politik.

Warum sollen wir uns z.B. nicht über die Frage streiten, ob es einen Gott gibt oder nicht? Selbst Engels hatte in seinem Buch „Dialektik der Natur“ es als wichtig angesehen, zu beweisen, daß es keinen Gott geben kann. Zu sagen, man sei Atheist (sagen wir mal, es zu glauben) und es zu wissen, das ist noch ein ganz schöner Unterschied. Und dadurch, daß Engels es damals bewiesen hat, ist es heute noch genauso wichtig, es zu wissen. Ich finde diese „Kleinigkeiten“ nicht so bedeutungslos, daß man über solche Fragestellungen nur nichtssagend grinsen muß. Für die Frage, ob Widerstand einen Sinn hat, oder ob das Leben vorbestimmt ist, ist eine solche Diskussion zumindest interessant. Deswegen hat sich Engels wohl auch die Mühe gemacht, das niederzuschreiben.

Ich will nicht sagen, man soll über Gott diskutieren, aber wir müssen endlich aus

dem AK-lesen-Trott herauskommen und über alle Fragen des Sozialismus diskutieren, die uns interessieren. Unser täglicher Kampf wird dadurch nicht abgewürgt, sondern bereichert. Solche Diskussionen schaffen die Voraussetzung für die Begeisterung für den Sozialismus; und nur, wenn man begeistert ist, wird auch der AK-Verkauf lebendiger und besser.

Zur Frage der Kultur sagt Maxim Gorki: „Die Aufgabe der Kultur ist es, im Menschen das soziale Gewissen und die soziale Moral zu entwickeln und zu stärken und alle Fähigkeiten und Talente des Einzelnen zu organisieren“.

All dem, was diesem Zweck dienlich ist, muß von uns viel mehr Beachtung geschenkt werden. Sonst sind und/oder werden wir trocken und ohne Begeisterung.

Gen. N. aus Hamburg



Seltsame Wandlungen gehen in letzter Zeit im AK vor. Zum einen, daß sich das Themenspektrum noch mehr erweitert hat (Kirche, Kultur etc.). Zum anderen auch die offene Diskussion über das Selbstverständnis des KB und der massenhafte Abdruck von Leserbriefen dazu. Damit ist dem KB für meine Begriffe geradezu ein Sprung über den eigenen Schatten gelungen. Gerade die Diskussion über das Wegflippen, die Arbeitsweise und überhaupt die breite und offene Diskussion in der Zeitung haben mich sehr gefreut.

Ich gehöre nämlich auch zu den Absgesprungenen und arbeitete vor Jahren in der KB-Sympathisanten-Gruppe Freiburg mit, bis ich wegen inhaltlicher Differenzen (Leninismuskritik) und wegen der lahmen Arbeitsweise der Freiburger Gruppe zur Stadtzeitung für Freiburg ging.

Dort lernte ich dann auch gründlich das sogenannte „Bockprinzip“ kennen, Freiheitssymbol der Spontis. Aber trotzdem hat die Zeitung ganz gut funktioniert, weil es eben dort auch einige Genossen gab, die nicht stur auf dem Bockprinzip beharrten und die Interessen der Zeitung auch mal vor ihre eigenen privaten Wünsche setzen konnten. Das sah dann mitunter so aus, daß wir zu dritt oder weniger in der Nacht vor dem Drucktermin durchgemacht haben und die breiten Massen der Zeitungsmacher erst nach dem Druck und dem Zusammenlegen der Zeitung wieder erschienen. Vor allem diese Erfahrungen haben mich zur Überzeugung gebracht, daß für sinnvolles politisches Arbeiten absolute Zuverlässigkeit und Verbindlichkeit Voraussetzung ist, soll die Arbeit auch Früchte tragen.

Im übrigen ist das plötzliche „Wegflippen“ keine besondere Erscheinung der Kommunisten, sondern dieses traurige Erscheinungsbild ist auch und gerade in Spontikreisen anzutreffen, nämlich immer dann, wenn einer durch Arbeitsüberlastung frustriert oder von Nicht-Bockhabenden sitzen gelassen wurde.

Sind die Auswirkungen im Endeffekt nicht dieselben, ob einer von einem rigiden Anleiter mit Arbeit überschüttet wurde oder einer auf dem Kram sitzen bleibt, weil andere ihr Bockprinzip hochhalten??? Das Problem liegt doch darin, warum die Leute nicht eigenverantwortlich, selbstständig arbeiten und die Arbeit nicht solidarisch unter sich aufteilen, so daß diese „Arbeit“ auch noch Spaß bringt? Die Wurzel dieses Übels liegt im politischen Bewußtsein der jeweiligen Genossen. Kei-

nen Bock zu haben ist keine Naturerscheinung, sondern eine Folge von ungeklärten Widersprüchen zur betreffenden Sache. Es ist daher wichtig, bei diesen Widersprüchen einzuhaaken, Fragen, Artikel etc. inhaltlich zu diskutieren und sich vor allem auch Zeit für diese Diskussionen zu nehmen, vor allem bei Neuen.

Soweit zum Arbeitsfrust.

Einer der Leserbriefschreiber in den letzten AKs forderte eine Diskussion über den Widerspruch, daß „in den KB als bekanntermaßen „undogmatische“ Organisation viele Genossen und Genossinnen gekommen sind, die im Grunde etwas anderes wollen als den Marxismus-Leninismus und die revolutionäre kommunistische Organisation“. Ich meine auch, daß sich der KB in dieser Hinsicht klarer äußern sollte. Meiner Erfahrung nach lieben die Anleiter des KB diese Fragen nämlich nicht und führen Gespräche darüber nur, wenn es anders wirklich nicht mehr geht (so meine Sicht aus Freiburg). Dies läßt bei mir die Vermutung aufkommen, daß für dieses Verhalten nicht nur Zeitgründe ausschlaggebend sind, sondern eine direkte Verbindung zum Leninismus besteht, die dafür Grundlage ist.

Vor einigen Jahren hörte ich einige Hamburger KBler eifrig den „Genossen Stalin“ verteidigen, der ja nun so schlimm auch wieder nicht gewesen sei. Stalin ist für mich in jeder Hinsicht absolut indiskutabel. Und ich frage mich auch, inwieweit das leninistische Organisationsprinzip nicht schon in seinen Wurzeln die Anlagen für Stalins, Breschnews und ähnliche Kumpanen trägt. Auch die Praxis des Herrn Lenin ist nicht so wahnsinnig überzeugend, daß man alles, was dieser Mensch geschrieben und getan hat, kritiklos übernehmen oder sich gar Leninist nennen kann. Dies wird vor allem deutlich an der Frage, wie man sich gegenüber den Massen verhält und deren politische Funktion einschätzt. Sehen wir uns nur kurz einige einschlägige Zitate Lenins an „Was tun“ an: „Wir haben gesagt, daß die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewußtsein gar nicht haben konnten. Dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden. Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag, (...). Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klasse, der Intelligenz, ausgearbeitet wurde. Auch die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, gehörten ihrer sozialen Stellung nach der bürgerlichen Intelligenz an. (Zweifelsohne richtig, aber dann, (Anm. der Verfasserin): Ebenso entstand auch in Russland die theoretische Lehre der Sozialdemokratie ganz unabhängig von dem spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung, entstand als natürliches und unvermeidliches Ergebnis (Klapperstorchtheorie, Anm. der Verf.) der ideologischen Entwicklung der revolutionären sozialistischen Intelligenz.“

Oder weiter, noch klarer: „Aber die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung führt eben zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie, sie verläuft eben nach dem Programm des „Credo“, denn spontane Arbeiterbewegung ist Trade-Unionismus, ist Nur-Gewerkschafterei, Trade-Unionismus aber bedeutet eben ideologische Versklavung der Arbeiter durch die Bourgeoisie. Darum besteht unsere Aufgabe, die

Aufgabe der Sozialdemokratie, im Kampf gegen die Spontanität, sie besteht darin, die Arbeiterbewegung von dem spontanen Streben des Trade-Unionismus, sich unter die Fittiche der Bourgeoisie zu begeben, abzubringen und sie unter die Fittiche der revolutionären Sozialdemokratie zu bringen.“

Sehr unwissenschaftlich stellt Lenin fest, daß die Arbeiter von selbst nicht in der Lage seien, ein revolutionäres Bewußtsein zu entwickeln, für ihn wohl ein völliges Naturereignis, das man nicht mehr zu hinterfragen braucht, und so stellt er zwangsläufig die Theorie auf, daß die Massen angeleitet werden müssen, Führer brauchen, Fittiche gar und, wen wundert's weiter, daß nach seiner Theorie ausschließlich Angehörige einer arbeiterfeindlichen Klasse dazu in der Lage sind, die bürgerliche Intelligenz nämlich, der er ja nicht zuletzt selbst angehört hat. Und nach 60 jährigem Fittichwechsel wird mir wohl jeder zustimmen, daß er den Arbeiter- und Bauernmassen in der UdSSR keinerlei Gewinne, also Freiheit, gebracht hat, und der Weg dieses Fittichwechsels mit unzähligen Toten der Arbeiter- und Bauernklasse gepflastert ist. Unter den sorgvollen Fittichen Lenins und Trotzki wurde z.B. der Tscheke gestatet, bzw. sie wurde aufgefordert, die besten Kämpfer der „schwarzen“ Armee (das ist die ukrainische Bauernarmee unter der Leitung des Anarchisten Machnos) nach dem gemeinsamen Sieg der „schwarzen“ und „roten“ Armee gegen die konterrevolutionären Wrangel-Truppen im November 1920, festzunehmen und Hunderte wurden erschossen. (Rudi Dutschke, Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen, S. 249).

Welchen unglaublichen Schaden die bluttriefenden Horrorfittiche Stalins anrichteten, mag ich gar nicht weiter ausführen, und auch die Fittiche Breschnews sind eben Fittiche, nämlich Unterdrückungsinstrument der jeweils Herrschenden!

Es wäre schön, wenn der KB sich hinsichtlich dieser Fragen zu eindeutigen Positionen durchringen, die „Heiligen“, auch wenn sie tausendmal z.B. Lenin heißen, vom Sockel stoßen und schlicht und einfach auf die Füße stellen könnte.

Es kann für mich niemals darum gehen, jemand etwas von außen zu bringen oder unter meine Fittiche zu nehmen etc. Für mich stellt sich die Massenfrage grundlegend von anderer Seite.

Frederike



Ich bin 41 Jahre alt, habe 1953 in der FDJ gearbeitet, wurde dann Mitglied der KPD, ging ein Jahr in die DDR, erkannte wie idealistisch ich an Probleme der internationalen kommunistischen Bewegung heranging, erlebte den seelischen Schock „zertrümmerter“ Stalin-Bilder, unterstützte als erster Hamburger die chinesische Position, war aktiv beim SDS, beteiligte mich an Aktionen, soweit ich sie für unterstützungswürdig hielt, machte aktiv bei der „Bunten Liste“ mit.

Wenn ich nun „Eine Debatte“ lese, „die die ganze Linke angeht“ („Wie geht's weiter im KB“), dann lese ich sie aus der Distanz eines etwas älteren, der all diese Empfindungen und Gefühle, die dort zum Ausdruck kommen, schon früher erlebt und seine Erfahrungen daraus gezogen hat.

Fluktuation wird es immer geben. Einmal liegt es an Gründen, die von den Genossen in der „Debatte“ angeführt werden (Kritik an der Regie im KB), zum anderen gibt es Genossen, die ständig „Erfolgs-erlebnisse“ brauchen. Im Rausch der Revolution sind Millionen bereit, ihren „Feierabend“, ihre „Geburtstagsfeier“ usw. zu vergessen. Das S e i n hat das Bewußtsein bestimmt, aber, der Enthusiasmus steht und fällt mit der Bewegung. So handeln die meisten Menschen. Wird die Bewegung kontinuierlicher, verliert sie ihren natürlichen Schwung, dann werden die meisten nicht mehr davon angezogen.

Unser Kampf im Kapitalismus ist abhängig von den Zuspitzungen der antagonistischen Widersprüche. Wir müssen das wirklich erkennen und neben den Fehlern der kommunistischen Organisation diese Seite nicht unterbewerten. Ich habe den Eindruck, die Herausgabe von „Unser Weg“ mit der „Debatte“ hat erst richtig die Resignation im KB ausgebreitet. Nicht, daß ich gegen solche Debatten bin, ganz im Gegenteil, ich halte sie für das lebensnotwendige, demokratische Element einer revolutionären Organisation, aber sie zeigt doch, daß viele Genossen, nachdem die „Debatte“ die Lage erst deutlich gemacht hat, sich davon noch im negativen Sinne „angesteckt“ fühlen. Sie gehen nicht politisch an die Widersprüche heran, sondern subjektiv-emotional.

Als ich mit einer Genossin aus dem KB darüber sprach, wie großartig es ist, überall auf den Straßen AKW-Gegner zu sehen, wie groß das Engagement ist, mit Plaketen gegen die AKW's und für die „Bunte Liste“ sich öffentlich zu zeigen, da wehrte sie leicht resigniert ab und meinte: „ach, es wäre gut, wenn diese Leute auch aktiv wären.“

Seht mal Genossinnen und Genossen: ich habe viele Jahre ant imperialistischen Kampf hinter mir. Zu keiner Zeit gab es so viele Menschen, so viel Courage und Engagement wie heute! Ich bezeichne das als Morgenrot, welches sichtbar wird. Verlangen wir nicht zu viel von den Menschen. Wenn ein Genosse keinen AK mehr auf der Straße verkaufen will, weil ihm nicht danach ist, dann sollte man ihn nicht kritisieren, sondern diese Haltung als ganz natürlich auffassen. Revolutionäre haben es nicht nötig, ihre Mitgenossen zu bestimmten Aktivitäten zu zwingen. Revolutionäres Handeln ist gewollte Selbstdarstellung. Puppen, die man aufzieht, brauchen und wollen wir nicht. Ich meine, der KB hat gegenüber anderen Organisationen relativ richtig gehandelt, nicht den Maßstab an der ausgeführten Arbeit anzulegen. Hätte er dies so kategorisch und unverzeihlich getan wie wir es bei der ML kennen, würden alle Ausgetretenen kein gutes Haar mehr am KB lassen. Das scheint nicht der Fall zu sein.

Ich gehörte früher zu den schärfsten Kritikern des KB (SALZ), stelle aber seit ca. 2 Jahren fest, daß sich im KB demokratische Strukturen zeigen. Auch die revolutionäre Intention ist klarer geworden (siehe Stammheim-Artikel). Blödsinnige Demonstrationen, die in Wirklichkeit nur dem Aufbau einer sektiererischen Organisation dienen sollten und weniger dem Thema, sind zum Glück fast ganz verschwunden. Heute hat man den Eindruck, der KB meldet sich zu Wort, wenn es was zu sagen gibt, und nicht weil Ernst Thälmann Geburtstag hat. Auch die früher sehr einseitige Ausrichtung auf den Aufbau von „Betriebsarbeit“, „Gewerkschaftsarbeit“, „DKP-Einheitsillusionen“ usw. hat erfreulicherweise nachgelassen. Der rechte Schwanz an der Politik des KB wurde doch erheblich gestutzt. Früher majorisierte der KB, trat oft überheblich auf, ging nur Aktionsbündnisse ein, wenn er auch an der Spitze marschierte und die Führung hatte. Heute versucht der KB Aktionsbündnisse ohne diese sektiererische Attribute zu führen.

Das braucht und soll nicht Selbstaufgabe bedeuten, aufzugehen im großen Spontikuchen, zurück zur antiautoritären Bewegung. Vielmehr kann der KB dadurch seine ideologische Stärke beweisen, Richtung aufzuzeigen, vorwärts zu kommen. Die Politik für die „Bunte Liste“ hat den ersten Erfolg sichtbar gemacht, auch wenn umgekehrt sich hier und da Stimmen aus der „Bunten Liste“ gegen den KB richten.

Ich meine, als „Außenstehender“, der KB hat zur Zeit den wenigsten Grund, an seiner Politik zu zweifeln, eher sollte er den jetzt eingeschlagenen Weg ausbauen, für alle alternativ werden, selbst alternativ werden. Die straffe ML-Mentalität, wie sie lange dem KB anlastete, bringt zwar „Gläubige“, nach einem „Rettungsring“-Suchende, zum KB aber keine bewußten Revolutionäre. Jeder Genosse muß aber fähig sein, selbstständig zu denken und zu handeln. Der Idealismus ist eine weitverbreitete Strömung, die sich auf das Jugendpotential stützt. Junge Genossen gehen natürlich viel gefühlsbetonter und spontaner, teils auch gläubiger mit einer kommunistischen Organisation. Sie verdrängen erste Enttäuschungen, bis sie dazu nicht mehr fähig sind und Kopf über Hals ausbrechen. Wenn wir Genossen schulen, dann sollten wir besonders den Kampf gegen den Idealismus führen, der immer zu Enttäuschungen führt. Wir müssen die Gesetzmäßigkeit des dialektischen und historischen Materialismus verstehen, dann können wir auch „Niederlagen“ verkraften und brauchen nicht in Frustration zu verfallen.

Ein Debattierer aus der „ganzen Linke“



Vorwort

Ich habe mir den m.E. ergiebigsten Artikel vorgenommen, um daran meine Ansprüche zu entwickeln. Und ich habe versucht in der Auseinandersetzung damit, die Widersprüche, die ich zu diesem Brief habe, zu Ende zu verfolgen. Dabei ist ein unerhört hoher Anspruch herausgekommen.

Ich selbst genüge diesen Ansprüchen nicht! Das soll hier noch mal klargestellt sein. Ich spüre den Mangel an Kadern bei uns bzw. den Mangel an Kadereigenschaften bei mir selbst ebenso wie dieser Genosse. Trotzdem finde ich es richtig, den Anspruch zu formulieren. Das Ziel, das man/Frau sich setzt, liegt immer in einiger Entfernung. Ich protestiere nur gegen falsche Ziele.

Wie geht es weiter im KB, oder – vielleicht besser – wie es nicht weitergehen sollte.

Ich will mich im folgenden auf zwei Punkte beschränken, die ich für zentral halte: die von Gen. Klaus aus Hannover aufgeworfene Frage (AK 134) der Handwerkelei und die Frage des demokratischen Zentralismus. Den ersten, weil ich es angesichts der uns als Kommunisten gestellten Aufgaben, die ich jetzt nicht alle wiederholen will, für entscheidend halte, mit welchem politischen Waffenarsenal wir den Kampf antreten bzw. fortführen. Den zweiten, weil an diesem Punkt die Widersprüche offensichtlich zur Explosion kommen. Dabei will ich vor allem von dem erwähnten hannoveraner Brief ausgehen. In diesem sind zahlreiche Gesichtspunkte – wenn auch in sich z.T. recht widerspruchsvoll – zu einer gewissen theoretischen „Reife“ herausgearbeitet,

die in anderen mehr oder weniger subjektiv ausgesprochen werden.

Wider die Handwerkelei!

Der Genosse ist mit dieser Parole angetreten. Nur leider läuft seine Kritik darauf hinaus, eben die Handwerkelei zu untermauern.

Der Genosse schreibt: *„Tatsächlich ist aber die theoretische und die Untersuchungsarbeit der Gruppe der entscheidende Hebel, um die Einstellung der Genossen zu ihrer Zeitung zu ändern. Nur eine Zeitung, die in ihren wesentlichen Aussagen begriffen ist und auf deren Niveau man steht, ja, an der man in dem einen oder anderen Aspekt mitgearbeitet hat, wird ohne Entfremdung verkauft werden.“*

Auf die Frage der „Entfremdung“ komme ich noch am Schluß. Aber was für ein Anspruch ist das, die Forderung aufzustellen, bevor ich „ohne Entfremdung“ den Arbeiterkampf verkaufe, sollte ich an dieser Zeitung „mitgearbeitet“ haben? Wenn das nicht auf eine Platteit hinauslaufen soll – nämlich die, daß ein/e Gen. an der Zeitung mitarbeitet, indem er/sie in der Organisation mitarbeitet und damit die Inhalte unserer Politik mitträgt – , müßte das ja in anderen Worten heißen: soll ich mich mit dem Arbeiterkampf wirklich identifizieren können, muß schon ab und zu mal ein Artikel von mir drinstehen. Ganz eindeutig in diese Richtung zielt der Genosse K., wenn er argumentiert, daß sich der Verkauf des AK nur dann nicht nach unten entwickelt, wenn entweder durch die Aktualität und Brisanz einer spontanen Bewegung eine erhöhte Nachfrage besteht, oder aber er „das Produkt unserer subjektiven Arbeit“ ist. Die Konsequenz der Übertragung dieser Kategorie der kapitalistischen Produktion auf unsere Propaganda- und Organisationsarbeit wäre ziemlich katastrophal. Zuende gedacht wurde das doch darauf hinauslaufen, daß das Niveau des AK gesenkt werden müßte, damit die AK-Redaktion nicht auch noch den Verkauf allein bewerkstelligen muß. Denn der gegenwärtige Zustand bei uns ist doch der, daß ein angeblich frauenfeindlicher Auftritt Jutta Weinholds wesentlich mehr Echo – in geschriebener Form – hervorruft als beispielsweise der Rechtsputsch in China. Sicher kann und muß das Niveau der gesamten Organisation gehoben werden, und sollen wir uns nicht mit dem gegenwärtigen Stand zufriedengeben, aber genauso sicher wird unser Zentralorgan der Kristallisationspunkt der theoretischen Auswertung unserer politik und unserer Untersuchungs- und Programmarbeit bleiben. Diesen Kristallisationspunkt in jeden einzelnen AK-Verkäufer (wovon nach Auskunft des Gen. die eifrigsten in Hannover Sympathisanten (!!) des KB sind) verlegen zu wollen, widerspricht nicht nur dem Wesen eines Zentral (!) organs, sondern stellt diese als solches in Frage. Es gibt ja in der westdeutschen Linken eine ganze Reihe derartiger „Zentral“-organe, die sich auf dem Niveau der breitestmöglichen Zugänglichkeit bewegen – gebaut aus dem Material, was man mit seinen eigenen zwei Händen zusammentragen kann. Das sind die Handwerker!

Nebenbei sei daran erinnert, daß die Iskra seinerzeit in der Verbannung konzipiert und im Ausland gemacht worden ist, ohne daß uns nennenswerte Beschwerden über eine derartige „Entfremdung“ überliefert wären.

An einer anderen Frage wird dasselbe deutlich: an der Frage der Kader. Wir können hier eigentlich gleich weitermachen: Hatte Lenin das Recht, aus der Verbannung oder dann vom Ausland aus derartigen Einfluß auf den Gang der russischen Revolutionäre zu nehmen? Oder Engels, der jahrelang von England mit den deutschen Genossen korrespondierte?

Nun gut, lassen wir die großen Vorbilder. Der hannoveraner Genosse schreibt:

„Die inhaltlichen Arbeiten kristallisieren sich um sehr wenige Genossen, die Flugblätter schreiben können, AE-Verhandlungen führen, Veranstaltungen vorbereiten usw., die aber aufgrund ihrer immensen Arbeitsbelastung diese Fähigkeit kaum weitervermitteln können, geschweige denn an innerorganisatorische Bedürfnisse geknüpfte Aktivitäten wie z.B. Schulungen durchführen zu können. Diese (1) Auseinanderentwicklung von Führungsgruppe und ‚Basis‘ zerstört die demokratische Struktur der Gruppe...“ Es ist also nicht der Mangel an Kadern, der den Genossen weiter unten zu dem Schluß führt, lieber „weniger Aufgaben gut zu machen“, während „die Aufgaben immer größer sind als die Kräfte“, sondern es sind Mängel der Kader, der wenigen, überlasteten, die nun nicht noch neben den paar Flugblättern und Veranstaltungsvorbereitungen flugs eine Schulung hinlegen können. Und es ist schon ein starkes Stück, wenn diese Genossen dann auch noch der „Zerstörung der demokratischen Struktur der Gruppe“ angeklagt werden. In dieselbe Richtung geht die von dem anderen Genossen Klaus aus Frankfurt so bestimmte „Kontrollfunktion“ der Basisarbeit.

Der demokratische Zentralismus

Ich kann die hannoveraner Verhältnisse nicht beurteilen, ich kenne sie nicht. Selbstverständlich unterstelle ich dem Genossen, daß es ihm um ein politisch vertretbares Verhältnis von Aufwand und Effekt geht. Nur so hat er die Frage nicht gestellt. Er hat ja nicht, sagen wir mal, die These aufgestellt: konzentrieren wir uns auf den Anti-AKW-Bereich, denn hier ist politisch am meisten rauszuholen; dafür ist der Bereich X oder die Kampagne Y weniger ergiebig und verzettelt nur unsere Kräfte. Auf dieser Ebene wäre es dann angebracht gewesen, Mao ins Feld zu führen, und die leitenden Genoss/innen dazu aufzurufen, auf Kritiken, die nicht „perfekt“ sind oder mit falschen Konsequenzen geführt werden, sehr ernst zu nehmen, nicht zu mauern, Gespür für Widersprüche zu entwickeln usw.

Doch zurück zur „Auseinanderentwicklung von Führungsgruppe und ‚Basis‘“. Wozu ruft uns der Genosse auf, diese Kluft zu überwinden? Ruft er aus: „Werden wir Kader! Qualifizieren wir uns!“? Nein, „bescheiden geworden, verlange ich ersteinmal nur den Nachvollzug (II) der Diskussionen, die im AK oder in der „Soli“ ihren Niederschlag finden.“ Wohlbermerkt derselbe Gen., der eben noch gefordert hat, daß man an der Zeitung „in dem einen oder anderen Aspekt“ erstmal mitgearbeitet haben muß, bevor man sie „ohne Entfremdung“ verkaufen kann. Und wenn mich nicht alles täuscht, ist das nicht ein Genosse, der erst seit gestern dabei ist.

Noch ein Wort zur „Entfremdung“ und zur „Zerstörung demokratischer Strukturen“. Im Brief des Genossen, wie in einer ganzen Reihe anderer, ist häufiger die Rede von „ihren (der Führungsgruppe, th.) Aktionen“, Kampagnen „des LG“ u.ä. Meines Wissens ist keine einzige Kampagne als abgehoben, falsch oder sonst was konkret kritisiert worden. Im Gegenteil: die grundsätzliche Übereinstimmung mit der KB-Politik wurde allenthalben betont, selbst vom Genossen M. (erster Leserbrief), der das so ausdrückt: „irgendeine (I) Scheißveranstaltung ist wichtiger, weil ‚politisch‘...“. Bei den Leserbriefen, die ich meine, auch bei Klaus aus H. findet sich bei aller „Übereinstimmung“ hiergegen kein Wort des Protestes, eher insgesamt Verständnis für den Unmut des Genossen M. Hieran wird doch deutlich, wer die Grundlage der Einheit des Widerspruchs zwischen Demokratie und Zentralismus verlassen hat oder dabei ist, sie zu verlassen, und objektiv anstrebt, die „andere“ Seite des Widerspruchs – den Zentralismus – zu liquidieren.

Daß wir als kommunistische Organisation aber allein mit Demokratie nichts werden, habe ich versucht am Beispiel des Zentralorgans darzustellen.

th., Druckbereich



„Der KOMMUNISTISCHE BUND ist ein Zusammenschluß von kommunistischen Organisationen ... auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und seiner Weiterentwicklung durch Mao Tse-tung.“

Der KB verteidigt die unmittelbaren politischen und ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse, kämpft für die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutersystems und die Zerschlagung seines Staatsapparates, für den Aufbau des Sozialismus unter der Klassenherrschaft des Proletariats, für eine kommunistische Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen über den Menschen.

Deshalb führt der KB einen ständigen Kampf an der politisch-ideologischen Front gegen alle Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie, insbesondere gegen deren Einfluß in der Arbeiterbewegung.

Die Sache der Arbeiterklasse erfordert die kommunistische Partei als Zusammenschluß des bewußtesten Teiles der Arbeiterklasse. Daher ist es notwendig, besonders intensiv an der politisch-theoretischen und organisatorischen Einheit der westdeutschen Kommunisten zu arbeiten. Der KB wird dieser Aufgabe besondere Aufmerksamkeit widmen, zumal die westdeutsche Kapitalistenklasse einer Organisation der Kommunisten nicht mehr lange tatenlos zusehen wird. Aus diesem Grund sind die westdeutschen Kommunisten verpflichtet, mit größerem Nachdruck als bisher, an dem Wiederaufbau der kommunistischen Partei zu arbeiten.“ (Art. 1 des KB-Statuts)

Diese wichtigen und im Prinzip immer noch richtigen Aussagen scheinen viele Genossen „vergessen“ zu haben bzw. gar nicht zu kennen. So bin ich als „undogmatisch“ Aufgenommener (Frühjahr 77) erst durch die jetzt laufende Diskussion eher zufällig auf das Statut gestoßen, als ich mir von einem Genossen die alten KAB-AZs (Zeitung des KAB, einer Gründungsorganisation des KB, Anm. Red.) und UWs aus der „Gründerzeit“ ausgeliehen habe. Die Schulungen, die während meiner bisherigen Zeit im KB stattfanden, können an einer Hand abgezählt werden. Diese von Pe. aus Westberlin sehr richtig festgestellte, Theoriefeindlichkeit erschwerte es gerade den neuen Genossen, sich das für die politische Praxis notwendige theoretische „Rüstzeug“ anzueignen. Anfangs empfand ich das keineswegs als Mangel, im Gegenteil, ich freute mich, daß der KB so „undogmatisch“ war. Ende '77 aber wurde die Krise immer deutlicher sichtbar.

Fehler und Mißerfolge, „Ausflippen“ und Austritte häuften sich. Die Disziplin und das Klima in der Organisation verschlechterten sich zusehends. Erst die Krisendiskussion holte die Theorie wieder aus dem Bücherregal. Meist jedoch auf individueller Ebene. Wir haben also lange Zeit nicht „auf der Grundlage des marxismus-leninismus und seiner Weiterentwicklung durch Mao Tse-tung“ gearbeitet, sondern blinden Pragmatismus betrieben. Können wir so die „Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie“ bekämpfen, „insbesondere deren Einfluß in der Arbeiterbewegung“? Nein, wir kapitulieren letztlich sogar vor deren Einfluß auf uns Kommunisten!

Der Aufschwung der spontanen Bewegung (Brokdorf) hat dazu geführt, daß gerade die qualifiziertesten Kader in die BIs geschickt wurden und da die großen Erfolge organisiert haben, die uns erst zu dem politischen Faktor werden ließen, der wir

heute sind. Das war auch zunächst ganz gut, aber die Kleinarbeit in den Betrieben, Schulen ... ist dabei ziemlich „über den Deister“ gegangen. Viele Zellen existieren nur noch auf dem Papier. Einziger Maßstab der politischen Arbeit war, ob in Initiativen oder Kampagnen „was (?) rauszuholen ist“. Natürlich sind Kampagnen notwendiger Bestandteil unserer Politik, natürlich sollen KB-Genossen in BIs arbeiten, nur, so wie das bei uns betrieben wurde, hatte es Elemente von Opportunismus und Nachtrabpolitik in sich. Es ist oft einfacher, mit „anpolitisierten“ Leuten in BIs, Russellkomitees etc. zu arbeiten, als sich mit der tagtäglichen Kleinarbeit, mit den Alltagsorgen der Kollegen zu beschäftigen und dort „Politik zu machen“, wo man nicht davon ausgehen kann, daß es die, an die man sich wendet, auch interessiert. Viele Genossen flüchteten in die Kampagnenrödel, weil die Aussicht auf einen schnellen Erfolg, oder das, was dafür gehalten wurde, hier größer war. Hinzu kam ein fast ausschließlich quantitativer Bewertungsmaßstab der Politik der einzelnen Genossen. Dahinter steckte offenbar die Auffassung, daß tausend Leute auf einer Demo „besser“ seien, als ein Genosse im BR, AStA oder SV. Das ist nicht nur politisch kurzsichtig, sondern auch massenfeindlich: denn die Massen erscheinen in dieser Vorstellung nicht als politisch handelnde Subjekte, als Menschen, deren Vertrauen wir gewinnen wollen, sondern als Demo-Fußvolk und Stimmvieh. Können wir so „die unmittelbaren politischen und ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse“ verteidigen? Wohl kaum. Die Anstrengungen in dieser Richtung wurden vernachlässigt, stattdessen wurde das Schwergewicht auf das „Protestpotential“ gelegt. Späte Nachwirkungen der alten APO-Fehler? Jedenfalls widerspricht die derzeitige politische Praxis des KB elementaren Aussagen des Statuts. Offenbar gibt es Genossen, die den vor 7 Jahren eingeschlagenen Weg für falsch halten. Diese meinen, der KB sei so etwas wie der linke Flügel der BI-Bewegung (passen also den theoretischen Anspruch der Nachtrabpraxis an).

Krassester Ausdruck dieser Linie (jajwohl, Linie, denn auch im KB gibt es zwei) ist eine Neuauflage des Liquidatorentums, das besonders von bereits ausgetretenen Genossen propagiert wird. Kaderorganisationen wie der KB seien „überholt“, ein „Anachronismus“. Die Gründung einer neuen linken Partei sei notwendig. Aber auch im KB ist diese Tendenz ziemlich stark. So stellen z.B. Genossen den demokratischen Zentralismus als solches in Frage, da dieser zu autoritären und autoritätshörigen Verhaltensweisen führen würde. Diese Genossen stellen an den KB nur den Anspruch, Unterstützung für „ihre“ politische Arbeit zu erhalten, „übersehen“ aber, daß der KB umgekehrt auch Ansprüche an sie hat und daß diese Ansprüche in der Regel an erster Stelle zu stehen haben. Der schweizer Genosse hat eine völlig richtige „Diagnose“ gestellt, wenn er im UW schreibt, daß der KB am Liberalismus erkrankt ist. Welche „Medizin“ brauchen wir? Zunächst einmal Klarheit, theoretische Klarheit über die Notwendigkeit einer kommunistischen Kaderorganisation. All die guten Vorschläge, die der AK-Reakteur im UW macht, nutzen wenig, wenn nicht allen Genossen im KB deren Bedeutung klar ist. Die Vertreter der „undogmatischen“ Linie müssen davon überzeugt werden, daß sie auf dem Holzweg sind. Neben Klassikertexten könnten hier auch gut die Erfahrungen der deutschen Revolution (1918–23) und des spanischen Bürgerkrieges verwertet werden, denn diese Beispiele zeigen sehr anschaulich die Notwendigkeit einer Organisation, wie es die Bolschewiki zu Lenins Zeiten waren. Das wär's erstmal.

Rotfront, Uwe (Flensburg)

Meine Widersprüche liegen weniger in den in den verschiedenen Leserbriefen problematisierten Standpunkten, sondern vielmehr in meinen eigenen Ansprüchen als Kommunistin angesichts meiner mehr als mangelhaften politischen Aktivitäten. Angefangen hatte alles mit einer immer größer werdenden Angst vor der Macht im BRD-Staat. Ich glaube, ich brauche jetzt nicht auf alle Einzelheiten einzugehen, es gab bei mir auch kein sog. „einschneidendes Ereignis“, irgendeine besondere Niederlage. Ich bin da irgendwie ziemlich unbewußt reingerutscht: Meine sonst recht zuversichtliche Einstellung wurde überdeckt von Angst vor Knast, Illegalisierung der Organisation. Lange Zeit las ich fast nur noch Antifa-Artikel im AK und war auch noch in der Lage, meine Angst in Energie umzuwandeln. Z.B. legte ich mich ins Zeug für die beiden Antifa-Seminare mit unserer Betriebsgruppe. Gleichzeitig war das auch der Zeitpunkt, wo sich die Fronten in der ÖTV so zugespitzt hatten, daß auch für die Kollegen in der Betriebsgruppe klar wurde, daß die Funktionäre mit ihrem Verhalten die allgemeine Kriminalisierung der Linken noch übertrafen. Zu diesem Zeitpunkt habe ich mich stark engagiert, mich ins Schußfeuer auf MVs gestellt und war für meine Verhältnisse auch mutiger geworden, aber die Angst blieb. Klar, Angst hatte ich auch früher häufig, besonders vor Brokdorf und anderen militanteren Aktionen, trotzdem war ich sicher.

Heute bin ich im KB, weil ich es für politisch notwendig halte, nicht so sehr, weil ich glaube, wir könnten diesen ganzen unmenschlichen Staat in den nächsten zehn bis 20 Jahren besiegen. Vielleicht bin ich auch früher zu blauäugig an unsere Möglichkeiten herangegangen. Jedenfalls belastet mich der Zustand, gegen das, wovor ich Angst und Abscheu empfinde, so wenig ausrichten zu können.

Vor diesem Hintergrund sind die ganzen Schwierigkeiten im Erzieher-Bereich eine zusätzliche Belastung. In vielem bin ich unsicher geworden und vor der Debatte um diese Fragen auch gleichgültiger. Viel zu sehr befassen wir uns heute mit dem Kleinkrieg, mit diesem oder jenem Bereich – und das noch nicht mal gut. Im Moment sagt jeder, was ihm stinkt und bastelt sich eine für ihn passende Organisation zusammen. Was mir fehlt, ist eine Einschätzung des Kräfteverhältnisses, der Bündnispartner, unseres nächsten Ziels in der BRD und eine Überprüfung unserer Organisation. Ob unsere Ansprüche mit denen einer heute notwendigen kommunistischen Organisation noch übereinstimmen. Früher war mir das klarer. Auch warum ich mir früher sicherer war, ist mir nicht ganz bewußt. Jeder belächelt die damalige Situation, wahrscheinlich jeder aus einem anderen Grund. Was haben wir falsch gemacht, was richtig? Waren wir 100 %ig und worin bestanden die 50 %, die uns sektiererisch oder sonstwas gemacht haben? Darüber haben wir nie diskutiert.

Wir sind heute nach meiner Meinung eine Mischmasch-Organisation. Weder eine Kaderorganisation noch eine Massenorganisation. Wir haben einige wenige Kader und einige, denen ich das zutrauen würde (nach den Kriterien aus dem Rundbrief). Und wir haben eine Menge von Genossen, die sich schon als Kader fühlen, aber noch lange keine sind, und etliche, die auch nie Kader werden wollen. Aber die Frage: Was will ich eigentlich selber leisten, wo ordne ich mich ein?, fällt mir sehr schwer, weil mir unsere Aufgabe, unser Weg für die nächsten Jahre nicht mehr klar sind. Es hat zwar auch mit meinen Aktivitäten zu tun, wie die Kräfteverhältnisse in nächster Zeit aussehen werden, aber auch mit objektiven Bedingungen und unseren Grenzen.

P., ÖTV-Bereich, KB-Gruppe Hamburg

Die folgende Stellungnahme stammt von einem Arbeitergenossen aus der Hamburger KB-Gruppe, der seinen Entschluß, seine Arbeit aufzugeben, um anzufangen zu studieren, begründet. Hierfür führt er hauptsächlich persönliche Gründe an, fährt dann jedoch fort:

Es besteht jedoch unleugbar auch ein Zusammenhang mit meiner politischen Arbeit und der gegenwärtigen Debatte. Über lange Zeit war erklärtermaßen die Betriebsorganisation das Fundament unserer Organisation. Von diesem Selbstverständnis waren die Betriebsgenossen – war auch ich – durchdrungen. Wir fühlten uns – lange Zeit zu Recht, wie ich meine – als der stabile Faktor in der Arbeit der Organisation. Überall wurde experimentiert, in den Bezirken, in den verschiedenen Bündnisbereichen und das war gut so; aber ohne uns, ohne die Betriebsarbeiter, hätten diese politischen Expansionsversuche nicht die notwendige stabile Kraftquelle gehabt. Für dieses Gefühl war meiner Ansicht nach nicht eine sicher vorhandene gewesen – und immer wieder auftretende – Überschätzung der Möglichkeiten erfolgreicher politischer Arbeit im Betrieb selbst entscheidend. Die politische Linie unserer Organisation, die Analyse des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, die Einschätzung des politischen Charakters der sich entwickelnden Gewerkschaftsopposition (politisch indifferente Strömung, im wesentlichen noch auf dem Boden sozialdemokratischer Ideologie und Illusion) und nicht zuletzt die eigene Erfahrung ließen verhältnismäßig wenig Raum für solche Fehleinschätzungen.

Dieses Gefühl – das Grundlage für ein sehr ausgeprägtes, unbedingtes Organisationszugehörigkeitsgefühl war – wurde wesentlich gespeist aus der Sicherheit, daß es letztlich eben darauf ankommen wird, nicht nur die Revolution zu machen, sondern die Diktatur des Proletariats zu errichten. Es war die Sicherheit, auch ohne spektakuläre Erfolge zu erzielen, „an der Quelle“ zu arbeiten. Dem Hochhalten „stiller Keinarbeit“ folgte das Versinken in der Kleinarbeit. Die relative Verständnislosigkeit für die „rasch auftretenden Möglichkeiten der Massenpolitik“ bzw. für die Frage ihrer Abstimmung mit dem bisherigen „Klein-Klein“ (das eine tun, ohne das andere zu liquidieren, auch Verbindungen zu suchen) drückte sich aus in einer äußerst schädlichen Anerkennung der im AK und/oder von der Leitung formulierten politischen Schwerpunkte in Worten und ihrer Nichtbefolgung in der Tat.

Ist schon das Ausdruck starker politisch-ideologischer Versumpfung, so fördert gerade ein solches Herangehen den Versumpfungsprozeß rapide. Unerhlichkeit den Aufgaben und der Anleitung gegenüber, gegenseitiges Mißtrauen, breiteste Liberalität (kritisiert du mich nicht, kritisiere ich dich nicht) etc. verpesteten das politische Klima. Daß es soweit kommen konnte, liegt meines Erachtens vor allem daran, daß schon sehr lange, zumindest in den Bereichen, in denen ich gearbeitet habe, das von La. (siehe Schreiben in diesem UNSER WEG) so bezeichnete „Lieblingsklima“ für unsere Arbeit nicht bestand. „Der politische Streit, das furchtbare Gemetzel um die richtige Position“, ich kann mich kaum an solche befreienden Diskussionen erinnern und vor allem nicht daran, selbst daran aktiv daran teilgenommen zu haben.

Das oben genannte starke Organisationszugehörigkeitsgefühl konnte, zusammen mit einigen anderen Eigenschaften, die Grundlage dafür sein, daß ich z.B. zu Anleiter-Zeiten nach Instruktionen durch Leitungsgenossen loszog und politische Inhalte überzeugend weitergab, bzw. auch das tat, was heute als „Durchpeitschen von Beschlüssen“ von vielen kritisiert wird. Diese Seite des Anleitens

konnte ich erfüllen (zumindest solange ich selbst mitzog), aber zu überzeugen in einer qualifizierten Auseinandersetzung, wissenschaftlich um Positionen zu ringen, eine selbsterarbeitete Position zur Debatte zu stellen und um sie zu kämpfen bis zu ihrer Durchsetzung oder ihrer gemeinsamen Korrektur: das habe ich nicht gelernt bzw. nicht gemacht und viele andere sicher auch nicht.

Sicherlich kann eine verstärkte Schulungsarbeit helfen, vor allem kann eine intensive Auseinandersetzung mit unseren grundlegenden, längerfristigen Aufgaben motivierend wirken. Aber ändern müssen wir uns schon selber.

W., KB-Gruppe Hamburg



Ich finde, die Leserbriefdebatte wird im wesentlichen an den falschen Fragen geführt. Damit meine ich, eine Debatte um Fragen der innerorganisatorischen Demokratie, Kaderpartei oder Massenorganisation entbehrt jeder Grundlage, solange nicht klar ist, wo wir hinwollen. Das Hauptproblem beim KB und insgesamt für die westdeutsche Linke besteht doch darin, daß wir derzeit allesamt keine politische Perspektive haben. Also müssen wir uns eine erarbeiten. In welcher Form wir uns heute organisieren, hängt doch davon ab, welche Strategie und Taktik wir verfolgen. Die können wir aber nur bestimmen aus einer Einschätzung der derzeitigen Entwicklung der BRD und der Pläne der Imperialisten, und der Untersuchung darüber, wer die Hauptkräfte sind, auf die wir uns stützen müssen. Daraus müssen wir dann entwickeln, an welchen Hebeln wir ansetzen und wie wir das am besten können (an dem Punkt erst ist die Organisationsdebatte angebracht).

Klassikerschulung kann uns bei all dem insofern weiterhelfen, als wir von denen die Methoden lernen können, wie man eine politische Perspektive schafft. Mehr aber auch nicht. Was ansteht, ist eine umfassende und gründliche Strategiediskussion in der westdeutschen Linken.

Gerade deswegen muß der AK unbedingt so bleiben, wie er ist, bzw. nicht weniger Fakten, sondern mehr, nicht weniger Untersuchungen, sondern mehr Untersuchungsarbeit sind nötig. Die Vorschläge zur Kürzung, Streichung oder die Vorschläge, statt Fakten Einschätzungen zu bringen, sind Ausdruck der ideologischen Verflachung. Wollen sich diese Genossen das Denken vollends abgewöhnen? „Was du nicht selber weißt, weißt du nicht.“ B. Brecht.

Z.B. waren wir vor einigen Jahren noch in der Lage, die Entwicklung in der BRD für die kommenden Jahre einzuschätzen. Wir hatten die Faszisierung vorausgesehen und daran unsere Politik orientiert. Damals war diese Einschätzung noch sehr umstritten, heute ist das so offensichtlich, daß selbst der „Stern“ von der Neuen Gestapo schreibt. Aber was nützt uns das? Wir haben nicht weitergearbeitet – ideologisch. Wir können heute nicht sagen, worauf wir in den nächsten Jahren rechnen und was zu tun ist, um der Revolution in der BRD näher zu kommen bzw. zu verhindern, daß uns der Faschismus zuvorkommt.

Worum es mir geht ist, daß politische Debatten um unsere Arbeit in der BRD geführt werden müssen (während man bei den Leserbriefen den Eindruck haben kann, als sei die Organisation Selbstzweck).

H., Karlsruhe

Nach unserer Meinung hängt die schwierige Situation im KB mit der unzureichenden politisch-ideologischen Schulung zusammen. Wenn uns nicht die sinnvolle (d.h. an der Praxis orientierte) Schulung bei der jetzigen ideologischen Versumpfung hilft, was dann? Für uns stellt sich die „Versumpfung“ am krassen in folgenden Fragen dar:

Ist die Arbeiterklasse heute noch die revolutionäre Klasse?

Für uns, die nicht in Betrieben arbeiten, wird die Notwendigkeit einer Betriebsarbeit nicht deutlich gemacht. Die Bezirke werden zwar durch Betriebe angeleitet (was uns neu war!), aber die Kriterien, nach denen wir angeleitet werden und nach denen im Betrieb gearbeitet wird, werden uns nicht vermittelt. Wenn wir die Arbeiterklasse als führende Kraft verstehen, muß uns heute der Stand der Entwicklung des betrieblichen Kampfes stärker vermittelt werden. Durch die Verbindung Betrieb und Bezirk muß die politisch ideologische Orientierung bestimmt werden. Wie können wir, ohne diese Verbindung, auf kommende Kämpfe (Lohnabbau, Rationalisierung) gerüstet sein? Denn auf diese Kämpfe müssen wir Kommunisten doch (legal in welchen Initiativen wir arbeiten) unsere Aufmerksamkeit richten.

Ist der KB eine radikaldemokratische Organisation?

Viele von uns haben den KB in erster Linie als radikaldemokratische Organisation kennengelernt. Es trat die Frage auf, ob wir eine radikaldemokratische Praxis machen und wo der Unterschied zur kommunistischen Praxis ist. Den Kommunisten unterscheidet vom Radikaldemokraten die Theorie, d.h. was er im Kopf hat und was er als Ziel anstrebt. Z.B. sind wir als Kommunisten verpflichtet, eine demokratische Bewegung aufzubauen (BL). Wir dürfen dabei aber nicht unser Ziel aus den Augen verlieren. Wir müssen bei solch einer Praxis immer fragen, warum und mit welchem Ziel wir sie machen. Auch aus diesem Grund ist es für uns erstrebenswert, die theoretische Grundlage zu kennen, bevor wir eine Praxis entwickeln (z.B. am Anfang der Diskussion um die BL hätte Lenin „Über den Parlamentarismus“ geschult werden sollen, dann wären weniger Widersprüche im Wahlkampf aufgetreten). Wieso kann ein Radikaldemokrat im KB bestehen?

Die Diskussionen verlaufen selbst radikaldemokratisch, in den Zellen wird z.T. nur die Praxis diskutiert, die z.T. radikaldemokratisch erscheint.

Durch diese Diskussionen entstehen Widersprüche zur kommunistischen Arbeit wie z.B. ob es sich lohnt, so mühsam zu arbeiten? Z.B. AK-Verkauf oder spontane Arbeit und keine kontinuierliche Arbeit. Wie werden Widersprüche in der Organisation behandelt?

Diese Frage, wie andere auch, hängt eng mit der Organisationspraxis zusammen (ohne Diskussion der grundlegenden Standpunkte des KB, punktuelle Organisation ...). Wir vertreten den Standpunkt, daß die formale Rangehensweise an die Kritik der Genoss/inn/en heute z u t a g e (viele Genossen sind einer harten Auseinandersetzung, einem Gemetzel, nicht gewachsen; es wäre besser, wenn die Erziehung dazu vor der Organisation anfängt) eine große, wenn nicht entscheidende, Bedeutung für das Klima innerhalb des KB hat. Die Form der Kritik ist an sich ein Nebenwiderspruch, stellt aber in bestimmten Fällen für manche (besonders von Neuen) den Hauptwiderspruch dar (Einschüchterung durch Anleiter). In diesem Zusammenhang ist ein anderer wichtiger Punkt, die Behandlung von Kritik der Basis. Wir müssen verlangen können, daß die Anleitung dazu Position bezieht und nicht auf Grund eigener ideologischer Schwächen die Kritik an die Basis zurückgibt (nach dem Motto: warum habt ihr

denn selbst nicht z.B. für ideologische Schulung gesorgt? Dies muß auch diskutiert werden, nur es ist keine Antwort auf eine Kritik). Die Leitung muß für ideologische Schwächen an der Basis verantwortlich gemacht werden!

Desweiteren tritt für uns die Frage auf: Ist der Marxismus-Leninismus eine Utopie oder eine Wissenschaft und wie lösen wir diesen Widerspruch?

Im Moment glauben und hoffen wir nur, daß der Kapitalismus durch die sozialistische Revolution besiegt wird. Uns fehlt die theoretische Grundlage, die beweist, daß der Sozialismus siegen wird. Dies ist natürlich nicht so zu verstehen, daß jetzt alle Marx- und Lenin-Bände geschult werden, bis wir alles drauf haben, aber wir müssen die Diskussionen in diese Richtung bringen. Denn ohne dieses Wissen, sondern nur mit dem Glauben daran, werden wir die kommenden Kämpfe nicht bestehen können.

Anmerkung:

Viele Punkte unserer Kritik haben wir im Artikel „Soweit ist es mit uns gekommen“ im UW wiedergefunden. Wir sind aber der Meinung, euch trotzdem unsere Stellungnahme zu schicken, weil es wichtig ist, ein Meinungsbild zu erstellen!

RF, K. und A. Harburg



Zunächst möchte ich euch sagen, daß wir über eure Tendenz, eine breite, öffentliche Diskussion über „private“ Probleme von Genoss/inn/en zu führen, angenehm überrascht und erfreut sind. Dieses nicht deshalb, weil der KB den AK wieder für ein weiteres neues Thema geöffnet hat, ja nicht einmal deshalb, weil der KB so demokratisch ist, auch solche Probleme öffentlich zur Diskussion zu stellen (obwohl das in der westdeutschen Linken wohl auch einmalig ist), sondern weil wir fest davon überzeugt sind, daß wir in diesem Punkt „von den Spontis lernen“ müssen.

Über die Notwendigkeit dieser Diskussion: Zum einen läßt sich sagen, daß das psychische Elend der Menschen, aufgrund der zunehmenden Möglichkeiten der Manipulation (Psychologie, Soziologie) und der zunehmenden Vereinzelung, zugenommen hat. Auf der anderen Seite wächst aber auch das bewußte oder unbewußte Bedürfnis nach einer Alternative. Als Beispiel sei nur das Spektrum von den allerorts aus dem Boden schießenden Selbsterfahrungsgruppen bis zur Alternativkommune genannt.

Dieses psychische Elend des Einzelnen kann uns nicht gleichgültig sein; zum anderen aber schließt eine politische Enthaltsamkeit auf diesem Gebiet weite Teile der Bevölkerung und eine politische Befassung mit deren Probleme vollkommen aus. Enthaltsamkeit heißt hier aber auch: Ignorieren unserer ureigensten persönlichen Widersprüche zu dieser Gesellschaft und freiwilligen Verzicht auf politisches Eingreifen und Perspektive. Daraus ergibt sich unserer Meinung nach für jede kommunistische Organisation die Aufgabe, Probleme der Emanzipation als Notwendigkeit für jeden (und nicht nur für Frauen) hier und jetzt anzugehen.

Nun schreibt ihr (AK Nr. 132/26.7.78): „Trotzdem muß einschränkend festgestellt werden, daß heute zwei Genoss/inn/en, die in einer Zweierbeziehung total aufeinander fixiert sind, aber revolutionäre politische Arbeit leisten, immer noch viel wertvoller für unseren Kampf sind, als zwei „sexuell befreite“ Individuen, die allenfalls noch einmal im Vierteljahr zur Demo gehen und sonst nicht mehr politisch aktiv sind“.

Wir meinen dazu: Für uns darf das keine Alternative sein! Wir brauchen weder den einen, noch den anderen Typ!

Frage: Was leistet ein Genosse für eine politische Arbeit, wenn er nicht auch den Bereich seiner Beziehungen (und damit seiner gesamten Einstellung) kritisch hinterfragt? Man/frau kann nur kommunistische Politik betreiben, wenn er/sie sich selbst einer radikalen (d.h. an die Wurzel gehenden) Kritik unterzieht. Sonst bleibt unsere Politik etwas Aufgesetztes, d.h. Politik aus dem Kopf und nicht auch aus dem Bauch.

Konkret: Ich vertrete in einer Organisation die Position, daß Freiheit sich z.B. daran messen läßt, wie frei frau ist, verhalte mich aber in meinem „privaten“ Bereich wie der letzte Chauvinist.

Nochmals: Kommunistische Politik kann jedoch nicht nur aus dem Bauch betrieben werden. Bauch und Kopf stehen immer in einem dialektischen Verhältnis.

Fazit: Kommunistische Politik muß diese zwei Pole miteinander verbinden. Warum wird das so wenig in der Organisation beachtet?

Das Vorgehen der Organisation spiegelt die kapitalistische Realität wider. Hier das Individuum mit seinen Bedürfnissen, Gefühlen, Motiven usw., dort Gesellschaft mit dem Prinzip des maximalen Profits.

Behauptung: Die meisten kommunistischen Organisationen reproduzieren diesen Widerspruch, ohne ihn zu hinterfragen. Wo drückt sich das aus?

— Private Probleme eines Genossen bleiben seine private Sache — sie werden nicht aufgegriffen und kritisch, solidarisch behandelt.

— Der Bereich der Bedürfnisse und Gefühle bleibt Privatsache jedes einzelnen. Die Arbeit in der Organisation ist nach dem Prinzip des maximalen Effekts ausgerichtet.

— Die politische Arbeit läuft häufig über „Persönlichkeiten“, da man es für zu schwierig hält, den einzelnen anzugehen und zu überzeugen. Damit bedient man sich genau der Hierarchien, die ja bekämpft werden sollten.

Was haben wir für Möglichkeiten? Wir sehen dieses alles bei weitem nicht nur als organisatorisches Problem an; weder von der Ursache her, noch von der Lösung. Natürlich gibt es Strukturen, die den Bereich der Zwischenmenschlichkeit und dessen Befreiung ausschließen. Insofern würden wir auch eine Entkrustung dieser Strukturen für unbedingt notwendig halten. Andererseits ist es wohl kein Zufall, daß auch in eurer Diskussion immer wieder nur diese Strukturen angesprochen werden, das Problem also letztendlich auf eine rein organisatorische Ebene heruntergekocht wird.

Ein zusätzlicher wichtiger Aspekt liegt aber gerade in unserer persönlichen Unfähigkeit, Bedürfnisse, Gefühle und Ängste zu artikulieren. Selbstverständliche Voraussetzung hierzu ist eine demokratische Organisationsstruktur. Es besteht darüber hinaus jedoch die Notwendigkeit, eben für diese Bedürfnisse, Gefühle und Ängste sensibel zu werden, sie zu äußern, sie als gesellschaftliche Widersprüche aufzugreifen und andere in diesem Prozeß zu unterstützen. Dieser Anspruch gilt nicht nur für jeden einzelnen, sondern auch dem KB als Organisation. Keine Revolution ohne Emanzipation — Keine Emanzipation ohne Revolution!

Zwei Genossen aus Würzburg



Wir können nur organisiert etwas ausrichten. Wir brauchen eine Kaderorganisation, aber was ist das?

Eine Kaderorganisation besteht nicht aus Parteilbuch, Hierarchie und Leitungspöstchen. Sie besteht aus uns, aus Genossen, die für den Kommunismus kämpfen und die die konkreten Aufgaben anpacken, die auf dem Weg dorthin heute anfallen. Eine kommunistische Organisation ist ein Teil der demokratischen Bewegung, aber der bewußte, vorwärtstreibende Teil, der die Notwendigkeit der Revolution und das Ziel des Kommunismus vertritt. Zu diesem Zweck müssen sich die Revolutionäre eine eigene Organisation schaffen und dürfen nicht in der demokratischen Bewegung aufgehen.

Das ist der Erfolg des KB, daß er es geschafft hat, sich als kommunistische Organisation (z.B. in der Bunten Liste) in der demokratischen Bewegung zu verankern, ein untrennbarer Teil dieser Bewegung zu sein, sie vorwärtzutreiben und zu führen. Das ist der Erfolg von jedem einzelnen Genossen, die wir da gerädelt haben und obwohl wir viele Fehler gemacht haben. Vergleicht doch mal unsere Haltung mit der von DKP, KBW, GIM etc. Wir müssen der Teil der heutigen demokratischen Bewegung sein, der die Begrenztheiten und Halbheiten dieser Bewegung erkennt, veröffentlicht und überwinden hilft.

Ich will jetzt nicht in den Fehler verfallen, „Kaderkriterien“ anzugeben, weil das notwendigerweise abstrakt bleiben würde. Ich meine, daß wir unsere Linie gemeinsam in der Praxis entwickeln werden. Nur einen Punkt will ich noch weiter betonen.

Die revolutionäre Entwicklung unserer Organisation läßt sich nicht durch Organisationsstrukturen und Forderungskataloge, sondern vor allem durch eine ständige offene ehrliche radikale politische Auseinandersetzung nach innen und außen garantieren. Gegen eine Entwicklung wie in China gibt es keine Garantie außer unserer eigenen politischen Tätigkeit. Jeder einzelne Genosse muß selbständig seine politische Linie entwickeln und offen darum kämpfen, sie in und mit der Organisation durchzusetzen.

„Es muß eine politische Situation geschaffen werden, in der beides, sowohl Disziplin als auch Freiheit, sowohl Zentralismus als auch Demokratie, sowohl einheitlicher Wille als auch persönliches Behagen und vitale Regsamkeit, vereint ist.“ (Statut der KP Chinas) ...

Jawohl, Ansprüche müssen gestellt werden!

Es gibt primitive Ansprüche, Beitrag, Verkauf, Pünktlichkeit zu Terminen usw., über deren Berechtigung nicht diskutiert werden kann. Was die weiteren Ansprüche angeht, so ist dies meine Meinung: Versucht herauszukriegen, wo eure Fähigkeiten liegen und stellt euch Aufgaben, die bis an die Grenzen dieser tatsächlichen Fähigkeiten gehen. Redet euch nicht ein und laßt euch nicht einreden, daß eure Schwierigkeiten auf euer persönliches Holzbein zurückgehen. Geht gegen eure Fehler und Schwierigkeiten kollektiv an, stützt euch auf eure Genossen. Unsere „persönlichen“ Schwierigkeiten sind in Wirklichkeit Erfolge des Klassenfeindes, gegen den wir einzeln wenig ausrichten können. Darum organisieren wir uns und kämpfen. Jeder Genosse braucht eine klare Kenntnis unserer heutigen Situation, realistische Vorstellungen von der Zukunft und solides Wissen über unser Ziel. Das läßt sich nicht aus dem Ärmel schütteln, das muß jeder erarbeiten. Werft die Angst ab, daß ihr Fehler machen könntet und schlägt jeden Standpunkt zurück, der euch bei dieser Angst packen will.

Laßt uns arbeiten, arbeiten, arbeiten, lesen, diskutieren, in die Massen gehen, kämpfen, konkret, inhaltlich und auf dem höchstmöglichen Niveau.

E. 15.8.78



Um welche Fragen muß die Diskussion geführt werden?

M.E. läuft die Diskussion um die Frage „wie geht's weiter im KB“ bisher auf einer recht subjektivistischen und unpolitischen Linie. Gestritten wird nicht um die politische Linie der Organisation, z.B. welche Kampagne führen wir durch, um die Organisation oder die demokratische Bewegung zu stärken, sondern ob es überhaupt sinnvoll ist, Kampagnen durchzuführen. Die Frage, welches Zeitungskonzept, welche Organisationsform, welche Kampagne usw., kann m. E. nur dann beantwortet werden, wenn eine Einschätzung der politischen Situation in der BRD und der Aufgaben der Kommunisten vorgenommen wird.

Insgesamt hat die Bourgeoisie nach der antimilitaristischen Massenbewegung 57/59, den Kämpfen gegen das BVG usw. einen wesentlichen Abbau der demokratischen Rechte in der BRD, eine ideologische Kampagne in Richtung Faschisierung und Klassenzusammenarbeit und Chauvinismus durchsetzen können, ohne daß die Arbeiterbewegung oder die demokratische Öffentlichkeit dem nennenswerten Widerstand entgegengesetzt hätten.

In den letzten Jahren hat es mit dem Aufschwung z.B. der Anti-AKW-Bewegung eine gewisse Gegen Tendenz gegeben, die z.B. ein Demoverbot (Brokdorf) aufheben konnte, ein paar vorläufige Baustopps durchsetzte. Nachdem die kommunistischen Zirkel die Jahre vorher mehr oder weniger ein Sektendasein gefristet haben, gelang es insbesondere auch dem KB, zeitweise innerhalb dieser Kämpfe eine führende Rolle einzunehmen (Brokdorf), neue Sympathisanten zu gewinnen und den Einfluß anderer Zirkel zurückzudrängen (KBW). Insgesamt hatte es für die Organisation aber auch die Auswirkung, daß in dem Maße, wie die Organisation innerhalb bestehender Bewegungen eingriff, das ideologische Niveau der Genossen, die Arbeit der Gruppe, überspitzt gesagt auf Bunte-Liste-Niveau herabgesunken sind (Beispiel: Zaire Veranstaltung in Nürnberg mit 0,0 Mobilisierung). Eigentlich ist es eine bekannte Erscheinung in der Geschichte auch anderer kommunistischer Organisationen oder Parteien, daß mit dem Aufschwung von spontanen Bewegungen neue Menschen zur Organisation strömen, die erst einmal mit den grundsätzlichen Positionen nicht vertraut sind und evtl. sich mehr als „Initiativenarbeiter“ denn als Kommunisten verstehen. Dies hat auch immer schon eine Gefahr für die Linie der Organisation dargestellt (Pannekoek schreibt hierzu einiges in „Die Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung“). Lotta Continua stellt wohl auch ein extrem negatives Beispiel hierfür dar. Dies führt zu unterschiedlichen Ansprüchen und auch zu Widersprüchen in der Arbeit und muß durch eine Differenzierung innerhalb der Organisation — je nach Ansprüchen — gelöst werden.

Da die Bourgeoisie natürlich auch versucht, ideologischen Einfluß auf die spontane Bewegung zu nehmen über Repression, Selbsthilfeprojekte, „Ökologie statt Ökonomie“ (Gruhl) usw. wirkt diese Ideo-

logie auch auf die Genossen und Sympathisanten, die innerhalb der Bewegung arbeiten, wenn nicht innerhalb der Organisation die Diskussion um unsere grundsätzlichen politischen Positionen geführt wird.

Die Mängel des Zirkelwesens, die wir Anfang der 70er Jahre u.a. im Mangel an revolutionärer Erfahrung, mangelnder Verbindung mit den Massen kennzeichneten, sind heute teilweise überwunden. Insgesamt hat die Organisation erheblich an praktischen Erfahrungen in der Massenarbeit und der Bündnispolitik gewonnen. Und im Verhältnis zu den anderen Zirkeln sind wir diesen in dieser Beziehung weit voraus. Trotzdem ist der KB natürlich personell und ideologisch nicht in der Lage, eine führende Rolle — wie z.B. eine kommunistische Partei — innerhalb der BRD zu übernehmen. Neben dem KB existieren weiterhin andere sektiererische oder rechte Strömungen, die insbesondere durch den ideologischen Kampf (AK-Verkauf) zurückgedrängt werden müssen. Das Ziel, über einen Zusammenschluß der Zirkel eine einheitliche kommunistische Organisation aufzubauen, ist heute noch mehr als zu Anfang der 70er Jahre in weite Ferne gerückt. Und die kommunistische Partei wird im wesentlichen über den AK-Verkauf und die Arbeit innerhalb spontaner Bewegungen — aus neuen Kräften — aufgebaut werden können. Das bedeutet, daß wir in Zukunft der Auseinandersetzung mit der Linken in Schulungen und eigenen Veranstaltungen wieder mehr Raum widmen müssen. Was im Moment das Verhältnis zwischen unserer Massenarbeit und der Festigung der eigenen Reihen betrifft, meine ich, daß auf Grund der oben gezeichneten Entwicklung — Einfluß der spontanen Bewegung auf die Politik unserer Organisation — der Festigung der eigenen Position und der Organisation der Vorrang gewährt werden muß.

G., Nürnberg



1. Bock oder Leistung

Ich fürchte, viele Genossen meinen, daß es später im Kommunismus nur noch nach Bock gehen wird. Daraus wird dann abgeleitet (da man ja heute schon anfangen muß, gewisse Prinzipien durchzusetzen, z.B. in der Frauenfrage), daß man heute auch schon danach vorgehen soll (kann). Allerdings fußt diese Ableitung auf falschen Voraussetzungen. Wenn nun einer im Kommunismus Lust hat, sich stinkbürgerlich zu benehmen... (brauch ich wohl nicht weiter zu erklären).

„Nach dem Bock vorzugehen“ hört sich nun schrecklich negativ an. Was in dem Begriff nicht enthalten ist, ist die notwendige Entspannung und Erholung, die jeder von uns nötig hat und die man nicht immer so sich nehmen kann wie Nichtorganisierte.

Ich gehe davon aus, daß für Kommunisten klar ist, daß das Bock/Entspannungs- usw.-Prinzip grundsätzlich zweitrangig ist. Viele Genossen sehen das auch so, nur kommen sie damit so klar, daß sie nur erstrangig (Politik) machen und das Zweitrangige so lange nicht beachten, bis es sich mit Gewalt meldet. Das Problem sehe ich darin, daß nicht kapiert wird, daß Haupt- und Nebenwiderspruch sich auch mal umkehren können, d.h. die Erholung kann zeitweise auch mal Hauptsache werden.

Der Grund, warum hieran viele kurze oder längere Zeit ausfilippen, liegt m.E. an der mangelnden politischen Selbstständigkeit, am mangelnden politischen Selbstbewußtsein, am mangelhaften Überblick

über den eigenen Bereich. Wie ist das nun behebbar? „Das ist ein weites Feld“ (Effi Briest, Fontane). Ich will versuchen, am Schluß, wenn sich aus den anderen Punkten (hoffentlich) schon was rausgeschält hat, hier näher darauf einzugehen.

2. Das Klima — wer schuld daran ist

Für mich stellt sich die Frage eigentlich anders (siehe auch meinen Leserbrief — I — im AK):

Das scheißliberale Klima — und wie ist es zu ändern. Die Tatsachen sind bekannt: Keine tiefgehenden Diskussionen und Streit in der GE um einzelne und weitergehende Probleme unserer Politik, halbherzige Mitarbeit bei den Kampagnen, mangelnde Vorbereitung auf die Sitzungen, häufiges Nichterscheinen auf Versammlungen... und bei keinem der Punkte ein offensives Nachhaken der Leitung (GE-Leitung, Lehrerkomitee etc.). Einige Folgen davon: keine fundierte Kritik, sondern Nörgeln und Mosern über irgendwelche Anweisungen; Rumrödeln ohne Perspektive; keine Auswertung der eigenen Politik (und damit keine Analyse von Erfolgen oder Mißerfolgen und Lernen daraus); Politik (die ja trotz allem stattfindet bei den einzelnen) neben, vor und hinter dem KB aber nicht mit ihm. Ich selbst habe den Eindruck, daß ich die Politik, die ich in der Schule und in der GEW (hier etwas weniger) mache, mit hier-und-da-im-AK lesen und ab-und-zu-eine-bestimmte-Genossin-anrufen genauso weiter machen kann wie bisher, auch ohne organisiert zu sein. Wie ist das zu verbessern?

a) in den GE'en muß verbindlicher gearbeitet werden, z.B. stelle ich mir vor, daß jeder kontinuierlich einen Bericht über die Lage in seiner Schule (entsprechend Betrieb) geben muß und wie er sich die Arbeit langfristig und wie er sich die nächsten Schritte vorstellt. Erst dann ist gewährleistet, daß die anderen eine gewisse Kontrolle ausüben, nachfragen können, daß eine Koordination und Ausrichtung im kommunistischen Sinne stattfindet.

b) Widersprüche, die auftauchen, wurden bei uns sehr lasch behandelt, z.B. „Ich bin nur noch aus Gewohnheit im KB, weil ich meine Politik sowieso allein mache“. Um da den „Inneren Schweinehund“ besser überwinden zu können, könnte eine verbindliche Berichterstattung und die Kontrolle der Berichte gut sein, damit u.U. von anderer Seite nachgehakt werden kann.

Eines verspreche ich mir auch noch davon (und das bezieht sich dann tatsächlich auf die Art von Klima, die von den meisten Genossen in den Leserbriefen angesprochen wurde), daß nämlich die „Bewertung“ der einzelnen Genossen nach ihrer tatsächlichen Leistung und nicht nur an Zahlen oder Funktionen (20 AK verkauft und Vertrauensfrau geworden) stattfindet. Wenn ein Genosse, der an einer politisch miesen Schule arbeitet, einen Kollegen für etwas gewinnt, dann kann das ja u.U. viel mehr bedeuten (auch an Arbeit!) als wenn einer x Leute anschleppt, weil er sowieso an einer ganz tollen Gesamtschule ist. Ich habe mich schon oft bei Gedanken ertappt, wie katastrophal es für mich wäre, wenn ich versetzt würde an irgendeine Kilpschule (was drin ist), alle GEW-Funktionen dabei automatisch verlieren würde und ob die Genossen X. und Y. mich dann noch genauso aufmerksam und freundlich behandeln würden wie jetzt.

Dieses mangelnde Vertrauen ist natürlich der Anfang vom Ende. Und tippt das Problem der politischen Selbstständigkeit und des Selbstbewußtseins an. Die Genossen können einem dabei helfen, wenn sie nämlich die wirklichen Leistungen erkennen können (siehe 2a).

3. Wir und die Massenarbeit

Ohne einheitliches Auftreten hat eine kommunistische Organisation gar keine

Daseinsberechtigung (siehe Lenin und andere Vorläufer des KB) (...)

Aus meiner eigenen Erfahrung kann ich sagen, daß mein manchmal nicht-einheitliches Auftreten ganz offen zutragende Gründe hatte:

1. war mir das einheitliche Auftreten als Prinzip ganz aus der Birne
2. wurde man von Spontikreisen als nicht-dogmatisch eingestuft und hofiert
3. hatte eine Vereinhaltung gar nicht stattgefunden, d.h. man kannte die Standpunkte des KB gar nicht und holte sie aus dem eigenen Bauch (und der ist nicht immer der beste, auch wenn er einem selbst gehört.)

Als Erklärung zu 2. noch folgendes: in der Vor-Sponti-Zeit war der KB in nichtorganisierten linken Kreisen ziemlich kritiklos anerkannt (es gab ja auch keine Alternative, denn DKP oder Superlinke waren meist gleichermaßen abgelehnt). Die „plötzlichen“ Angriffe der Sponti-Szene haben viele Genossen verunsichert, die vorher in einer Welle des Anerkanntseins schwammen, ohne eigentlich selbst fundierte und beweisbare Standpunkte zu besitzen. Ein Abdriften ist dann wohl nicht verwunderlich. Nicht umsonst — so meine ich — kommt die Kritikkampagne gerade jetzt.

Zur Frage der Vereinhaltung gibt es nur zu sagen, daß tatsächlich vereinhaltet werden muß, d.h. Fraktionstreffs verbindlich sind. Vorher hat jedoch noch eine Schulung über einige Prinzipien kommunistischer Arbeit stattzufinden, wo die Genossen sich entscheiden können — u.a. eben auch an der Frage des einheitlichen Auftretens nach außen — ob sie einer kommunistischen Organisation angehören wollen oder nicht.

Zur Massenarbeit gehört noch ein Punkt: (und das hängt natürlich wieder eng mit anderem zusammen, nämlich der Diskussion und Kontrolle der Arbeitsbereiche des einzelnen) die Anerkennung von Treffen mit Kontakten, was eben manchmal bedeuten kann, daß ein Organisationstermin ausfallen muß. Bisher habe ich das z.B. immer allein entschieden, weil ich der Meinung war, die Genossen akzeptieren das nicht so richtig.

4. Schulung

Dazu habe ich eben schon was gesagt. In der Konfrontation mit gewissen Erfordernissen kommunistischer Politik ist erst eine Entscheidung dafür möglich. Hinzu kommt noch, daß z.B. ich die Erfahrung gemacht habe, nachdem ich jetzt die Lenintexte gelesen hatte, daß ich endlich (!) mal wieder das Gefühl hatte, in einer weltweiten und historischen Bewegung drin zu sein und dazugehören (zu pathetisch?); habe den Blick mal wieder vom täglichen Klein-Klein weggeklüfft und einen geraderen Rücken bekommen.

In der Frage der Schulung hätte das LG (das ja den Zustand wohl kannte) viel eher einschreiten müssen! Das darf nie wieder aus dem Auge verloren werden!

Zur Aufnahmepolitik: Ich selbst bin auch schwuppdwupp im KB gelandet („Du warst doch im BDJ — die GE-Sitzung ist nächsten Mittwoch bei G.“), ohne daß nach meiner politischen Vergangenheit bzw. momentanen Verfassung gefragt wurde und ohne, daß mir irgendwas Grundsätzliches über den KB erzählt wurde. (Gestern habe ich z.B. nebenbei erfahren, daß der SSB als Massenorganisation geplant sei!?)

Ich meine, bei Neuaufnahmen sollte ruhig etwas formaler (oder ist das vielleicht doch nicht so formal?) vorgegangen werden: Statut des KB (steht sie/er dahinter?), Beitragsfrage klären, AK-Verkauf klären. Und es sollten mindestens zwei Genossen (egal welche) der Gruppe, in die der/die Neue kommt, erklären, wieso sie meinen, daß er/sie in den KB aufgenommen wer-

den soll (Bewußtseinsstand, was bisher gemacht, warum will er/sie selber usw.).

5. Kampagnen

Der Mißmut über Kampagnen hängt mit so vielen anderen Sachen zusammen: AK nicht lesen, grundsätzliche Schulung nicht haben, keine tiefergehenden Auseinandersetzungen anstreben (bezieht sich auf meine GE) ... meistens haben wir die Kampagnen überhaupt nicht oder eben so am Rande mitgemacht, so daß man gerade eben noch an einer schärferen Kritik vorbeikam — die ja in letzter Zeit sowieso kaum zu befürchten war.

Ich kann deshalb nur etwas lahm sagen, daß ich Kampagnen für richtig und wichtig halte (stimmt auch), aber eine Kritik daran (an einzelnen Kampagnen) kann ich nicht führen, weil ich quasi kaum daran teilgenommen habe.

6. Objektive Schwierigkeiten — oder?

Wenn mit „objektiv“ die Schwierigkeiten, mit der Lage in China, Chile etc. zurecht-zukommen, gemeint ist, so neige ich erst einmal auch dazu, dem die Schuld zuzuschreiben. Beim zweiten Anlauf ist mir aber was eingefallen: „Die äußeren Widersprüche wirken vermittelt der inneren“ (kommt mir so bekannt vor, muß schon mal einem vor mir eingefallen sein). Das heißt natürlich nicht, daß die äußeren Bedingungen gar keine Rolle spielen, aber sie erschweren es eben, (oder verschleiern es) die inneren Widersprüche zu erkennen. Ist ja auch einfacher zu sagen, „der Revi ist doof“, wenn er einem gerade eine Frage betreffs der eigenen Politik gestellt hat, die man nicht beantworten konnte, weil man noch gar nicht klarblickte, sondern nur dahergequatscht hat.

Wir müssen unterscheiden zwischen zwei Sachen:

a) der Genosse, der in den Zeiten des Aufschwunges (wenn vielleicht auch nur eingebildet) mitmacht und — vielleicht auch aufgrund seiner Klassenlage — sich entfernt, wenn alles nicht mehr so „neu“ ist und die allgemeine politische Lage ihm hoffnungslos erscheint

b) der Genosse, dem wir nicht genügend Rüstzeug mitgeben, so daß er bei den ersten (oder späteren) Enttäuschungen in Resignation verfallen muß.

Die äußeren Bedingungen sind bei beiden gleich, aber die Inneren sind die wichtigeren (wenn auch verschieden; bei dem einen die Klassenlage, bei dem anderen die mangelnde Information/Schulung etc.).

Da wir aber von vornherein gar nicht wissen, um was für Menschen mit welcher Entwicklungsfähigkeit es sich handelt (auch die Klassenlage kann ja überwunden werden!), müssen wir die zumindest KB-inneren Schwierigkeiten reduzieren, und das geht, so meine ich nur durch folgendes (und damit komme ich auch zu meinem Schlußwort und zur Zusammenfassung):

1. NC bei der Aufnahme (wie weiter oben beschrieben)
2. Diskussion über Prinzipien kommunistischer Politik in der gesamten Organisation/Aufbau KP/Was ist Massenarbeit/Revisionismus/Linksradikalismus
3. Kontrolle der Arbeit in den GE'en (Berichtswesen!)
4. Verstärkt Hinzunahme von klassischen Texten bei aktuellen Problemen (bewirkt Bewußtsein von der Kontinuität und historischen Bedeutung unserer Arbeit und lernen kann man auch was daraus!)

Wir werden das schon schaffen!

I., KB/Gruppe Hamburg



Um einmal anzufangen, was schwer ist, weil es so viele Probleme gibt: Ich denke, eine liquidatorische Politik, eine Rundherumkritik wie: alles war Scheiße, der KB sollte in die Bunte Liste aufgehen, der AK (wie er ist) ist einzustellen usw., — so z.B. Leo, S. 28/29 UW — ist nicht gerechtfertigt. Bei allen Schwächen, Fehlern, Quälereien, die vom AK, von Anleitern, Organisationsteilen etc. produziert wurden: Es gibt doch politische Aussagen, politische Erkenntnisse, auch ganz praktische Auswirkungen des KB, die glasklar richtig sind/waren (Faschisierungsthese, China-Einschätzung, AKW/Brokdorf-Aktion...), von denen ich nicht sehe, daß sie irgendwo sonst in der BRD so entwickelt und auch durchgehalten wurden/werden. Das gilt, denke ich, auch für den Lehrerbereich/GEW-Arbeit (obwohl ich hier viel weniger als andere Genossen das konkrete Vorgehen z.B. des Lehrer-Komitees kenne, Einzelschritte etc. viel weniger mitgemacht habe). Trotzdem: Es ist m.E. nicht so, daß in diesem Bereich eine Bankrott-Politik gemacht wurde (dagegen spricht doch schon, wie aufmerksam die Gegenseite registriert, was vom KB aus passiert: Siehe das GEW-Spitzel-Machwerk zu den K-Gruppen und gerade zum KB!).

Solange ich nicht überzeugt bin, daß die eben beschriebene Situation falsch eingeschätzt ist (bzw. das es von da weg, ins Falsche, ML-Wiederkauende geht), wüßte ich nicht, weshalb ich dem KB den Rücken kehren sollte oder weshalb der KB aufzulösen etc. wäre. Das ist die Frage, warum überhaupt mitmachen? Ich finde, die Antwort ist ganz pragmatisch zu finden: Gibt es (gegenwärtig) eine bessere Möglichkeit (ein besseres Instrument), um ziemlich viele Lebensbereiche (politische Bereiche!) studieren zu können? Gibt es irgendwo anders eine bessere Möglichkeit, wenn man sich eigene Gedanken gemacht hat, sie zur Diskussion zu stellen, sie durchzusetzen? Gibt es irgendwo sonst, wenn man was tun will — politisch arbeiten will —, angenehmere, vielseitigere Möglichkeiten? Ganz einfach: Nicht, daß ich wüßte.

Das heißt: Trotz allen Unbehagens, allen Unwillens, aller Angst und Unlust, die im KB-Alltag da ist (für mich genauso wie für offenbar alle anderen auch) finde ich, daß ich noch genügend „Positives“ für mich rausziehen kann.

Das vorausgeschickt, will ich nur auf einen Punkt eingehen: Ich kann nicht herleiten, wie und weshalb jetzt (ja auch nicht plötzlich) Unlust, Resignation, Angst, Erschöpfung massenhaft ausbricht (also: warum die Krise?). Das ist ja nun wirklich nicht nur im KB so; und es ist andererseits ja auch nicht nur z.B. im Lehrerbereich so.

Mein Gefühl ist, daß bei mir/insgesamt (?) die Fähigkeit fehlt, über die zwei nächsten Wochen hinaus zu sagen: deshalb setz ich mich hin und les' das durch, deswegen red' ich mich ab mit dem und jenem, deshalb geh ich nicht hin und bereit' z.B. meinen Unterricht besser vor, sondern geh' stattdessen zu irgendeinem Termin etc. Das ist die Frage des Funktionalisierens. Und das ist methodisch gesehen das Ding mit der Spirale: Warum soll ich mir die Hacken abrennen, spät ins Bett und früh raus, nicht richtig essen und nicht genug Zeit zum Nachdenken nehmen, wenn ich nicht weiß, warum gerade diese Sitzung — und wofür — wichtig ist? Weiter: Warum soll ich die Softy-Taktik Lernke (Landesvorsitzender der GEW in Hamburg — Anm. d. Red.) gegenüber mitmachen, wenn nicht klar ist, warum nicht draufgehauen werden soll auf den Sozialdemokraten? Und dann: Warum soll ich eigentlich in einem Haufen rummachen, der von mir verlangt, daß ich Marxist-Leninist bin — und weiß der Teufel, vielleicht ist das ja tatsächlich alles Mist, was Lenin gesagt hat? Zu einigen dieser Fragen wüßte ich schon was, zu vielen aber nichts. Also schöpfe ich aus meiner individuellen Ver-

gangenheit noch genügend Energie, um allen Scheiß runterzuschlucken und auszuhalten; aber das ist eben nicht genug Energie, um so vielseitig, initiativ, überzeugt, selbstsicher etc. zu sein, wie ich mir vorstelle, daß es von mir verlangt wird (aber nach der jetzt geführten Debatte seh ich das nicht mehr so verblissen), und wie ich selber doch auch gerne sein möchte. Das „Ausflippen“, in welcher Form immer, ist m.E. Ergebnis des Mangels an dieser Energie.

Ich denke, daß es also jetzt — und für immer — darauf ankommt, mich/die Genossen mehr zu stärken: Mehr Klassiker zu lesen (was ist das eigentlich: demokratischer Zentralismus? Diktatur des Proletats?), mehr zu studieren (In welcher Situation sind wir eigentlich gesellschaftlich, um die GEW-Rolle einzuschätzen; dann die Politik des KB in und um die GEW?), kurzgefaßt: mehr den eigenen Kopf anstrengen (fundiert natürlich). So, könnte ich mir vorstellen, wird das mit vielen Schlampereien und Drückbergereien aufhören (können!) (ich spreche von mir: aber wohl auch von anderen). So werd ich wohl auch eher in die Lage kommen, Ängste zu verdauen, mehr Mut zu eigener Initiative zu haben. Das ist übrigens, was ich mir unter einem Kader vorstellen (einem zunehmend nicht fix-und-fertigen! sich entwickelndem): kritisch, selbstsicher, selbstbewußt (im wörtlichen Sinn), selbständig.

Ich denke, daß genau das auch die Frage der Disziplin, das Anordnungen-Ausführens („Zentralismus“) löst. — So verstanden, bin ich für eine Kader-Organisation.

R. KB/Gruppe Hamburg, BO Altona



1. Privatleben contra politische Arbeit

Im AK 132 wird die „Unvereinbarkeit zwischen den Ansprüchen einer politischen Arbeit im KB einerseits und den individuellen Bedürfnissen andererseits“ behauptet. Unklar bleibt, ob der Autor damit eine grundsätzliche Unvereinbarkeit meint oder nur eine aktuelle bei der gegenwärtigen KB-Praxis. Vermutlich meint er, daß ein Kommunist „politische Arbeit“ stets an die erste Stelle setzt? Individuelle Bedürfnisse dagegen zurückzutreten haben.

Wenn unter individuellen Bedürfnissen zu verstehen ist: irgendwelche Hobbys usw., so kann ich dem zustimmen. Stutzig macht aber, daß im AK lediglich aufgezählt werden: „persönliche Beziehungen“ und „Kinder kommen nicht auf ihre Kosten“. Daraus kann man nur schließen, daß ein Kommunist möglichst keine Beziehungen hat und keine Kinder oder daß er in beides nur soviel Arbeit investiert, was noch übrig bleibt nach Erledigung des politischen Werktages!

Das ist aus mehreren Gründen falsch. „Persönliche Beziehungen“ und die Kinderfrage und insbesondere die Schwierigkeiten, die dabei auftreten, haben eine ganze Menge mit der Gesellschaftsform zu tun, in der wir leben. Was schafft denn Konfliktstoff in Beziehungen? Sind das vor allem „individuelle“ (vielleicht „angeborene“) Fehler des Einzelnen? Oder sind es nicht eher das von dieser Gesellschaft geförderte Konkurrenzverhalten, der Leistungsdruck und die geschlechtsspezifische Rollenverteilung, die eine solidarische konstruktive Beziehung verhindern? Warum kommt es denn zu Eifersucht und Trennungsängsten usw.? Weil doch in dieser Gesellschaft außerhalb einer Beziehung

erst recht Solidarität fehlt und der Druck auf den einzelnen häufig unerträglich ist. Damit soll nicht der einzelne entschuldigt werden, weil ja doch an allem die Gesellschaft schuld ist. Aber die gleichen gesellschaftlichen Widersprüche, mit denen wir es bei der Arbeit „im“ KB zu tun haben (sogenannte eigentliche politische Arbeit), beeinflussen weitgehend auch unser sogenanntes „Privatleben“. Wenn wir nur an der einen Front kämpfen (sogenannte politische Arbeit), die andere aber zur Privatsache erklären, dann werden wir letztlich scheitern, weil wir gar nicht voll begriffen haben, was und für wen wir ändern wollen in der Revolution. Eine schematische Trennung in politische Arbeit und Privatleben läuft letztlich auf ein formales Verständnis von politischer Umwälzung hinaus (politisches Ergebnis davon: siehe DDR usw.). Man darf sich auch nicht darüber wundern, wenn Genossen austreten und kein Interesse an „politischer“ Arbeit mehr haben, wenn sie schließlich den Eindruck gewinnen, das ganze betrifft sie gar nicht mehr als Person, sondern ist für sie eigentlich völlig ohne persönliche Bedeutung. Ich meine, wir sollten für den Kommunismus auch kämpfen, weil wir auch ganz „individuell“ dabei Fortschritte machen und etwas davon haben. Meiner Ansicht nach ist der Satz im AK-Artikel „eine Beziehung kann ruhig bürgerlich fixiert sein, Hauptsache daneben läuft die politische Arbeit astrein“ (sinngemäß) ein Beleg dafür, daß der AK-Autor von solchen Zusammenhängen noch nichts verstanden hat.

Ich will seine undialektische Gegenüberstellung mal zuspitzen: man/frau setze statt „aufeinander fixierte Beziehung“ mal „Genosse verprügelt Genossin“ (soll ja im KB vorkommen) oder „Genosse macht Politik, Genossin sitzt an Heim und Herd“ (auch nicht ungewöhnlich bei uns). Ich glaube, es wird deutlich, was ich meine. Gute und erfolgreiche politische Arbeit kann meiner Ansicht nach längerfristig eben nicht von Kommunisten gemacht werden, die „privat“ bürgerliche Spießer sind und konkreter für uns eben „Frauenfeinde“. Wenn notorische Frauenfeinde jahrelang rumrödeln, gleichzeitig aber ihre „Beziehung“ verkümmern lassen, dann kann das letztlich auch keine kommunistische Politik sein, was sie da machen. Auch hier gilt, daß wir nur weiterkommen, wenn wir auf zwei Beinen gehen, nicht auf einem humpeln. Dazu gehört, daß in diesem „Privatbereich“ auch mal Ansprüche von seiten der Organisation an den Einzelnen gestellt werden; bzw. wenn deutlich ist, daß jemand nicht klar kommt, ihm auch mal unter die Arme gegriffen wird, konkret also eine politische Diskussion seiner Probleme stattfindet.

Es gibt so was wie die Flucht vor persönlichen Problemen in die Politik. So angenehm das vordergründig für die Organisation ist, so gefährlich ist es letztlich für den Betroffenen. Der KB sollte in solchen Fällen durchaus auch mal einen Genossen bremsen und damit die politische Arbeit des Betroffenen auf eine solide Grundlage stellen.

„Politik an die erste Stelle“ setzen, ist ein schöner Anspruch. Die Wirklichkeit bei uns sieht aber doch in der Regel so aus, daß die Praktizierung dieses Anspruches auf Kosten anderer geht. Während der Vollblutpolitiker 20 Stunden am Tag arbeitet (und dabei seinen Spaß hat! trotz aller Dementis anleitender Genossen), dürften seine Mitbewohner dafür sorgen, daß sie nicht im Schmutz erstickten, Essen da ist usw. usw. Unser Vollblutpolitiker kommt aus Terminnot nicht dazu. So was ist leider üblich und Gift für den KB wie für alle Beteiligten. Auch hier kommt es darauf an, zu erreichen, daß politische Aktivitäten nicht auf Kosten anderer gehen (unter anderem auch auf Kosten der Möglichkeiten zu politischem Engagement der anderen) und in einem vernünftigen Verhältnis zu den „normalen“ angeblich un-

politischen Lebensabläufen stehen. Hier Dampf zu machen, ist wohl besonders auch Anliegen der Genossinnen.

Vieles würde bei uns besser laufen, wenn wir kommunistisch erzogen worden wären. Insofern ist absolut nicht einzusehen, warum Kindererziehung nun ein „individuelles Bedürfnis“ ist (Kinderfeind der AK-Autor). Gerade in die Kinderfrage müssen wir auch kollektiv Arbeit reinstecken – und das ist eine extrem politische Arbeit. Oder wollen wir, daß die Genossen lauter kleine Bourgeois aufziehen? Und wer in diesen Bereich reinguckt, sieht, daß es da nur so von ungeklärten Fragen, dogmatischen Standpunkten und Widersprüchen wimmelt. Falsch ist auch die Praxis vieler KB-Genoss(inn)en, die Kinderfrage einigen Fachleuten zu überlassen, die dann teilweise als „Oberbevollmächtigte für Kinderfragen“ durch die Gegend ziehen und natürlich durch die vielen konkreten Probleme überfordert sind.

Das Problem des Vorziehens individueller Bedürfnisse vor politischer Arbeit stellt sich für die Genossen doch erst, wenn die politische Arbeit keinen Spaß mehr macht. Die politische Arbeit ist natürlich auch erfolgreicher, wenn sie Spaß macht. Spaß macht sie, wenn sie einem auch persönlich was bringt. Sie bringt was, wenn man/frau sich einbringen kann, betroffen ist, kapieren kann, daß da auch das eigene Leben verändert wird. Wenn das so läuft, stellt sich die Prioritätenfrage auch gar nicht. Auch aus diesem Grund muß die Anleitung darauf achten, daß jede/jeder da arbeitet, wo es seinen Fähigkeiten entspricht, und daß genau klar ist, wo es lang geht.

P., Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg



Impressum

Herausgeber: Kommunistischer Bund
Verlag: J. Reents Verlag
Auflage: 3.500
Erschienen im Oktober 1978

NAZIM HIKMET: „MENSCHENLANDSCHAFTEN“



Der Volksdichter Nazim Hikmet (1902 - 1963) gilt als einer der bedeutendsten Schriftsteller nicht nur in der Türkei sondern auch in der Weltöffentlichkeit, die ihn mit Namen wie Pablo Neruda oder Brecht nennt...

Über 17 Jahre seines Lebens mußte Nazim Hikmet unter schlimmsten Bedingungen in türkischen Kerkern verbringen. Hier entstanden die meisten seiner Gedichte und Schriften,

die Zeit seines Lebens verboten waren und teilweise der Vernichtung zum Opfer fielen. Sein fünfteiliger Roman in Versform „Menschenlandschaften“ konnte gerettet werden.

„Menschenlandschaften“ schildert die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Türkei aus der Sicht der Armen und Unterdrückten und ihren Widerstand. Diese Romanreihe wird im Herbst dieses Jahres exklusiv für die Bundesrepublik im j. reents - verlag erscheinen.

Der bekannte türkische Maler und Freund Nazim Hikmet's Abidin Dino entwarf den vierfarbigen Cover und illustrierte die einzelnen Bände reichhaltig.

120 Seiten Paperback
ISBN 3-88-305-021-0

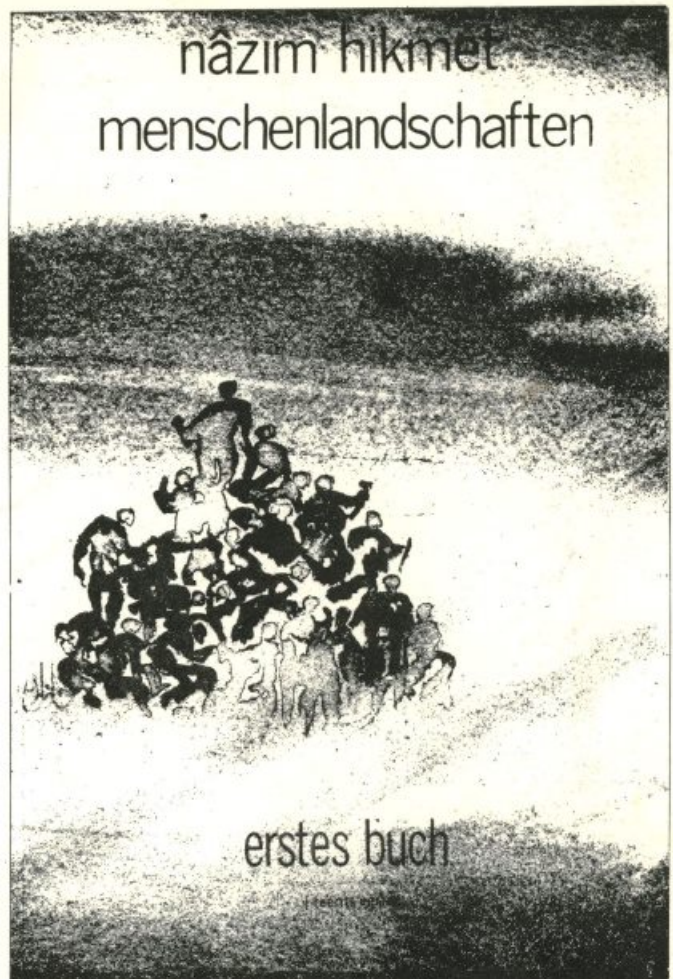
Rotbuch
zum Rotwerden...

Rotbuch
zu den
Gewerkschaftsausschlüssen

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

Die Zeitschrift „DASDA“ zu diesem Buch:
„....Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

650 Seiten, Paperback
DM 22,-
ISBN 3-88305-011-3



BESCHLAGNAHMT, WIEDER FREIGEgeben !

Anti-faschistische
RUSSELL - REIHE

5

Nach Schleyer:
„Sonderkommandos“ in der BRD-
Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo



Der Journalist
Hendryk. M. Broder
in der „Frankfurter Rundschau“ vom 15.8.1977
zu diesem Buch:

„....Die Justiz maßt sich wieder an, darüber zu bestimmen, wieweit Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen gehen darf und welche Stücke der Vergangenheit sie aussparen muß. Das sollte jeder bedenken, dem das Buch, um das es hier geht, selbst keinen Protest wert ist..“

240 Seiten, Paperback,
DM 14,-
ISBN 3-88305-005-9

**j. reents
verlag**

j. reents-verlag, Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50